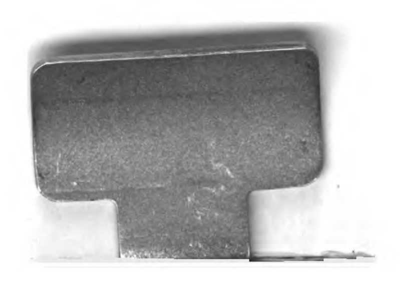
Der Musta'min

Ein Beitrag zum internationalen Privat- und Völkerrecht des islamischen Gesetzes.

Von
Dr. jur. Julius Hatschek
Professor des öffentlichen Rechts
an der Universität Göttingen.

Berlin und Leipzig 1920
Vereinigung wissenschaftlicher Verleger
Walter de Gruyter Co.
vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.



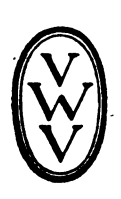
Der Musta'min

Ein Beitrag zum internationalen Privat- und Völkerrecht des islāmischen Gesetzes.

Von

Dr. jur. Julius Hatschek

Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Göttingen



Berlin und Leipzig 1919

Vereinigung wissenschaftlicher Verleger

Walter de Gruyter Co.

Vormals G. J. Göschen'sche Verlagshandlung — J. Guttentag, Verlagshandlung — Georg Reimer — Karl J. Trübner — Veit & Comp.



Inhaltsverzeichnis

Zur Einführung 3
§ 1. Die heute geltenden Grundsätze der Šarī'at über das internationale Privatrecht 5
§ 2. Aš-Šaibānī und sein kitāb as-sijar al kabīr 25
§ 3. Iǧāra, 'Amān und die hellenistisch-byzantinische Wurzel des letzteren 51
§ 4. Die byzantinischen Grundlagen des öffentlichen Vertragsrechts der Šarīat 82
Schlußbetrachtung 107

Zur Einführung.

Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Kapitulationen hat die Türkei ein Gesetz vom 23. Februar 1915 über die Rechte und Pflichten der Ausländer erlassen, worin es u. a. heißt: „In solchen Fällen (es ist vorher von Prozessen der Ausländer untereinander oder mit Osmanen die Rede) werden die Gesetze der Staaten berücksichtigt, denen die Beteiligten angehören, und in strittigen Fällen wird auf die Grundsätze des internationalen Privatrechts zurückgegriffen, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß diese der osmanischen öffentlichen Ordnung nicht zuwiderlaufen."

Es ist von vornherein klar, daß zu dieser öffentlichen Ordnung die Grundsätze der Šarī'at gehören, über das, was unserm internationalen Privatrecht entspricht. Aber wo sie finden? Schlägt man nämlich die landläufigen Bücher unserer Orientalisten auf, wie das von van den Berg, Sachau und selbst das neueste von Juynboll, so findet sich kein Wort darüber. Geht man aber der Sache näher auf den Grund, indem man die arabischen Lehrbücher des Fiqh zu Rate zieht, so stößt man allerdings in einem Abschnitte, der betitelt ist „Von den Heerfahrten" (as-sijar), auf ein Kapitel, das die Grundsätze enthält, welche das islāmische Gesetz über das internationale Privatrecht aufstellt: es ist die Lehre von den Rechten und Pflichten des Musta'min, das ist desjenigen, der als Ausländer den staatlichen Schutz (أمان) erhält, um welchen er sich bemüht hat, um daraus Vorteile für sich zu erlangen. Dieser Schutz wird nicht nur während der Kriegszeit erteilt, sondern auch in Friedenszeiten. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß für den gläubigen Muslim der Kriegszustand gegen die Ungläubigen ein dauernder ist, nur durch vorübergehenden Waffenstillstand unterbrochen. Aber gerade während dieser Zeit spielt der dem Musta'min gewährte Schutz eine Hauptrolle und hat seine größte praktische Bedeutung. Das ergibt namentlich das Studium eines klassischen Werkes, nämlich kitāb as-sijar al-kabīr des aš-Šaibānī (s. weiter unten § 2), zu dessen Füßen die Söhne des Harūn ar-Rašīd saßen, um seine berühmten Vorlesungen über Völkerrecht zu hören. Das Werk, das vorläufig nur handschriftlich bekannt ist, wird uns noch im folgenden mehr beschäftigen.



Der Umstand, daß die Lehre vom Musta'min sich in den Fiqhbüchern nur im Abschnitt „as-sijar" findet, — was die europäischen Gelehrten mit Kriegsrecht zu indentifizieren pflegen, ohne zu beachten, daß nach der oben angemerkten Auffassung vom fortdauernden Kriegszustand gegen die Ungläubigen das gesamte Völkerrecht des Islām im Sammelnamen „von den Heerfahrten" zusammengefaßt wird, — hat es bewirkt, daß unsere Orientalisten die Lehre vom Musta'min, in ihrer Bedeutung für das internationale Privatrecht so vollständig übersehen konnten.

Es handelt sich bei unserer folgenden Darstellung aber nicht blos darum, ein von der abendländischen Forschung vernachlässigtes Kapitel zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Es stehen noch viel bedeutendere Fragen und Aufgaben dahinter.

Zunächst ist festzuhalten, daß die Lehre vom Musta'min nur ein Teil des islāmischen Völkerrechts ist. Das Deutsche Reich hat in den Rechtsverträgen mit der Türkei von 1917 nicht bloß das oben angeführte Gesetz der Türkei als rechtsbeständig anerkannt (Dr. des R.T. Nr. 755 ex 1914—17 S. 184), sondern auch, wie weiter unten dargetan werden soll, die internationalen Privatrechtsbeziehungen zwischen der Türkei und Deutschland unter Berücksichtigung der islāmischen Lehre vom Musta'min und von internationalen Verträgen überhaupt festgelegt. Dadurch ist eine große Wandlung im Verhältnis der Türkei zum allgemeinen europäischen Völkerrecht eingetreten, die nicht ohne weittragende Folgen auf die übrige Welt des Islām bleiben kann. Bis zu jenen Rechtsverträgen zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei von 1917 galt für das Verhältnis der Türkei zum europäischen Völkerrecht der im Pariser Frieden (vom 30. März 1856, Artikel VII.) niedergelegte Grundsatz:

„Se. Majestät der König von Preußen, Se. Majestät der Kaiser von Österreich, Se. Majestät der Kaiser der Franzosen, Ihre Majestät die Königin des vereinigten Königreiches von Großbritannien und Irland, Se. Majestät der Kaiser aller Reußen und Se. Majestät der König von Sardinien erklären die Hohe Pforte teilhaftig der Vorteile des öffentlichen Rechts und des europäischen Konzerts." Mit anderen Worten: Es gab nur ein europäisches Völkerrecht. Die Türkei mußte froh sein, zu seinen Segnungen zugelassen zu werden. Das Völkerrecht des Islām wurde von Europa ignoriert. Niemand kümmerte sich damals und sechzig Jahre später darum, ob es nicht auch ein Völkerrecht

des Islām gäbe, das in seiner Vollausbildung beinahe tausend Jahre älter war, als dasjenige, zu dessen Vorteilen die Türkei „großmütig" zugelassen wurde. Denn wer wußte, daß der Islām schon ein Völkerrecht besaß, das sich neben dem um vieles jüngeren europäischen sehr gut sehen lassen konnte? Ja, wer weiß heute im Abendland etwas vom Völkerrecht des Islām?! Das Deutsche Reich hat nun eine neue, allerdings nicht durch Sachkenntnis gewonnene Bahn in dieser Richtung eingeschlagen und das Völkerrecht des Islām auf einem — wenn auch vorläufig nur kleinen — Gebiet, als dem europäischen Völkerrecht ebenbürtig anerkannt. Andere Staaten werden vielleicht folgen, und die Frage könnte ganz allgemein entstehen, wie weit man noch andere Teile dieses islāmischen Völkerrechts wird anerkennen mögen, ohne dem Gerechtigkeitsgedanken zu vergeben. Auch der Islām wird Konzessionen machen müssen, namentlich auf jenen Gebieten, die nicht gerade untrennbar mit der Religion verbunden sind. Denn das Fiqh hat mit Hilfe seiner Ḥadītbildung viel fremde, namentlich aramäisch-hellenistische Kultur in sich aufgenommen[1]).

Gerade in der von uns im folgenden behandelten Lehre vom Musta'min und vom internationalen Vertragsrechte des Islām werden sich hellenistisch-byzantinische Rechtseinflüsse nachweisen lassen. All das ergibt die neue Aufgabe dieses Recht, das Völkerrecht des Islām, auch kennen zu lernen.

§ 1: Die heute geltenden Grundsätze der Šarī'at über das internationale Privatrecht[2]).

Mittelpunkt und Träger desselben ist der Musta'min. Die Lehre unterscheidet sehr übersichtlich zwischen den beiden Hauptgruppen von Rechtsverhältnissen des Musta'min:

1. Das eine Mal ist der Muslim, der ins Ausland geht, Träger der Rechtsverhältnisse als Musta'min.

[1]) Becker in der Zeitschrift „Der Islām" I. S. 1 ff.

[2]) Die Grundlage der folgenden Darstellung bildet ein Werk der ḥanafitischen Rechtsschule, das namentlich in der Türkei ein großes Ansehen hat (s. Savvas Pacha, Étude sur la théorie du droit Musulman I. 1892 p 155 f.): Ibn Abidīn's kommentierende Glosse unter dem Titel „Radd al-muḥtār 'ala 'd-durr-al-muḫtār." Der Verfasser war 1198 d H (1782) geboren und starb 1252 d H (1836), Katalog der Khedivebibl. III. 52. Sein Buch ist eine erläuternde

2. Das andere Mal der Ungläubige, der im Lande des Islām Schutz sucht und findet (der Abschnitt im Fiqhbuch lautet: (فصل فى استئمان

Glosse zum Werk des Šamsaddin M. b. Abdallāh b. Šihābadīn at Timirtāšī al Ġāzī al Ḥanafī, gest. 1004 (1595), welches den Titel führt „ausgewählte Perlen": ad-durr-al-muḫtār. Die Erklärung des Titels radd al muḥtār macht den türkischen Juristen — wie es scheint — Schwierigkeiten. Die gewöhnliche türkische Auslegung (Savvas Pacha a. a. O. I. 156) ist, „Wiedergabe des Ausgewählten," wobei die Türken ihr „iḥtijar" gleich „iḫtiar" setzen, was bei ihnen sehr leicht ist, indem sie das arabische ح = خ setzen. Die türkische Auslegung ist aber auch deshalb falsch, weil — wie Savvas Pacha a. a. O. dartut — der Verfasser nichts „auswählen", nichts weglassen, sondern eher etwas hinzufügen will. Freilich die Erklärung, die Savvas Pacha gibt „il l'a reintégré à la place qu'elle doit occuper" ist unbefriedigend, weil sie durch das sprachlich zum Ausdruck Gebrachte nicht gedeckt wird. Wir müssen den Autor selbst hören (I. p 3.). Nachdem er ausgeführt hat, wen er von den Rechtsgelehrten außerdem berücksichtigt habe, sagt er:

قد ارشدت من احتار من الطلاب فى فهم معانى هذا الكتاب فلهذا سميتها رد المحتار على الدر المختار.

„Ich habe diejenigen Lernenden, die im Begreifen des Sinnes des Buches (ad-Durr al-muḫtār) verwirrt waren, zum richtigen Wege geführt; und deswegen benenne ich diese (Randbemerkungen): die Rückkehr des Verwirrten zu den ausgewählten Perlen." Das „muḥtār" heißt also „verwirrt"; hier gewählt offenbar wegen des Gleichklangs mit «مختار».

In der Türkei gebraucht man nicht „Mustamin" sondern „Müstemen" (Zenker WB. 892), was das nomen patientis an Stelle des sonst üblichen nomen agentis ist. Die Zulässigkeit dieses Sprachgebrauchs, die dem Musta'min als Schutzsuchendem die Bedeutung gibt: ein Schutz „suchend" gewordener, bestätigt der Radd al muḥtār: (Stambuler Ausgabe von 1306 d. H. d. i. 1890):

المستامن بكسر الميم اسم فاعل بقرينة التفسير و يصح بالفتح اسم مفعول و السين و التاء للصيرورة اى من صار مؤمنا.

I. Der Muslim als Musta'min im Ausland.

Das Problem, das hier das islāmische Gesetz zu lösen sucht, ist die Frage nach den Rechtsfolgen, welche die von einem solchen Musta'min im Auslande begründeten Rechtsverhältnisse im islāmischen Inland haben.

Der Musta'min, d. i. derjenige welcher zu seinem Vorteil Schutz sucht und findet, kann diese Rechtstellung, soweit sie dann später von seinem muslimischen Heimatstaat anzuerkennen ist, nur im Ausland erlangen, also nur in einem Staate, der von seinem Heimatstaat verschieden ist, gleichviel ob der Schutzstaat ein muslimischer oder nichtmuslimischer ist. Wesentlich ist nur, daß er in jenem Staate, dessen Musta'min er werden soll, keinen (natürlichen) Beschützer findet[1]).

Das zum Ausland begründete Schutzverhältnis sieht das islāmische Recht als Vertrag (عهد) an, dessen Verletzungen vom Islām als Betrug (غدر) angesehen wird. Diese Auffassung ist für die ganze Rechtstellung des mulimischen Musta'min grundlegend. Denn es folgt daraus der wichtige Satz:

„Geht ein Muslim mit einem Schutzbrief (أمان) ins Ausland, so ist ihm durchaus jeder Angriff auf Leben, Eigentum oder Frauenehre eines der Mitglieder des Schutzstaats verboten vorausgesetzt, daß diese sich der Reziprozität befleißigen." Wenn also der Herrscher des Schutzstaates sich an dem Gute des Musta'min treulos (اذا غدر به ملكهم), d. i. unter Verletzung der zugesicherten Schutzes, vergreift oder ihm die Freiheit entzieht und dergl. mehr tut, so hört für den Musta'min das bezeichnete Verbot des islāmischen Gesetzes auf, denn „sie" sind dann diejenigen, welche den Vertrag verletzt haben. Sonst aber haben die Muslims bei ihren Vertragsbedingungen zu bleiben[2]).

Das islāmische Verbot deckt aber mit seinem Mantel nicht nur den Teil der Rechtsordnung des Schutzstaates, der der islāmischen Rechtsordnung nicht widerspricht, sondern auch die gesamte Rechts-

---

[1]) Radd III. 341:

المراد بالدار الاقليم المختص بقهر ملك اسلام او كفر لاما يشمل دار السكنى حتى يرد انه غير مانع .

[2]) Radd III. 341: اذا المسلمون عند شروطهم .

ordnung des Schutzstaates, selbst wenn sie etwas anordnet und zuläßt, was in der Rechtswelt des Islām unzulässig ist. Wenn z.B. der muslimische Musta'min Handel treibt mit Wein, Schweinen oder toten Tieren, so ist ihm dies in der muslimischen Heimat streng verboten. Als Musta'min im Ausland darf er jedoch dies tun. Denn hier ist ihm nur das verboten, und zwar auch nach islāmischer Rechtsvorschrift, was sich als Verletzung des Schutzvertrages, als غدر, erweist. Beim Handel mit jenen Gegenständen gelangt er jedoch zu jenen Gegenständen mit freiem Willen der Angehörigen des Auslandsstaates, da liegt kein غدر vor. Also ist jener Handel nach islāmischer Vorschrift zulässig.

Das Verbot, sich an den Sachen der Angehörigen des Schutzstaates zu vergreifen umfaßt auch die von diesen gefangenen Sklavinnen, auch wenn sie vorher Eigentum des Musta'min waren. Denn nun sind sie Eigentum der Angehörigen des Schutzstaates. Anders steht es aber mit seiner gefangenen Frau[1]) und mit gefangenen Nachkommen der Muslims. Diese können niemandes Eigentum, also auch nicht das Eigentum der Angehörigen des Schutzstaates sein. Sie muß er aus den Händen jener befreien, „wenn er es vermag[2])."

Die unbedingte Achtung des Islām vor der Rechtsordnung des Schutzstaates zeigt sich auch an folgendem Beispiel:

Wenn ein Musta'min sich in den Besitz eines Weibes setzt, dessen Beiwohnung ihm die Rechtsordnung des Schutzstaates ebenso verbietet, wie jedem anderen, der das Weib von ihm kauft, so ist dieses Kaufgeschäft auch nach muslimischer Rechtsauffassung ungiltig. Ja noch mehr: selbst wenn auch nach der Rechtsordnung des Schutzstaates die Beiwohnung besonders nur (خاصة) dem Ersterwerber verboten, demjenigen, der das Weib von jenem kraft rechtsgiltigen Kaufes erworben, gestattet wäre, so ist in den Augen des islāmischen Gesetzes der zweite Erwerber nicht besser gestellt als der erste, denn sein Erwerb ist nur durch Betrug (غدر), das ist durch Verletzung des Schutzvertrages seitens des Ersterwerbers, möglich geworden, daher im Lande des Islām eine verabscheuungswürdige Tat[3]).

[1]) Radd III. 341.
[2]) Radd: فله تخليصهم من ايديهم اذا قدر.
[3]) Radd III. 342.

Das oben bezeichnete Verbot gilt jedoch nur für den Musta'min, aber nicht für den muslimischen Kriegsgefangenen. Dieser kann sich also jederzeit an dem Eigentum und dem Leben der Angehörigen des Gefangenhalter-Staates vergreifen. Nur die Frauenehre darf er nicht angreifen, weil er nur Frauen außerehelich beiwohnen darf, die sein Eigentum sind, nach den Grundsätzen des Islām aber Eigentum an einem Beutestück nur im Lande des Islām erworben werden kann (Radd III p 342).

Führt ein Muslim aus dem Schutzstaat in seinen Heimatstaat Gegenstände ein, die er nur unter Verletzung des oben bezeichneten Verbots erworben hat, so soll er sie gemäß religiösem Gebotes als eine freiwillige Liebesgabe unter die Bedürftigen verteilen (فيتصدق به وجوبا). Solche Liebesgabe ist aber keine rechtspflichtmäßige Abgabe.

Eines unangefochtenen Besitzes an solchem, im Schutzstaat durch Usurpation (غصب) erworbenen Gute darf er sich auch nicht im muslimischen Ḥeimatsstaate erfreuen. Es soll sein Einfuhrgut an der heimatlichen Zollgrenze angehalten und registriert werden. Stellt es sich nachträglich als usurpiertes Gut heraus, so muß es den rechtmäßigen Besitzern wieder herausgegeben werden[1], sofern es noch nicht verausgabt oder verbraucht ist[2].

Was nun die Rechtsfolgen der im Schutzstaat begründeten Rechtsverhältnisse und die Anerkennung jener im Lande des Islām anlangt, so muß im einzelnen unterschieden werden:

1. Fragen des Eherechts. Heiratet ein Musta'min im Schutzstaat und schafft er seine Ehefrau mit Gewalt in das Land des Islām, so wird er ihr Eigentümer, die Ehe gilt als aufgelöst und er darf jene rechtsgiltig verkaufen. Wenn sie ihm aber freiwillig ins Land des Islām folgt, so ist ihr Verkauf rechtlich unzulässig, denn er besitzt sie nicht als Eigentum. Allerdings ist dann auch ihr „Import" als verabscheuungswürdig

[1]) Radd III. 341 f: die Darstellung des kommentierten Textes (links und rechts hoch am Rande):

فيتصدق به وجوبا قيد بالاخراج لانه لوغصب منهم شئا رده عليهم.

[2]) Die Glosse fügt nämlich zu dem obigen Text (s. Anm. 1) hinzu: لانه لولم يخرجه وجب رده عليهم.



zu verhindern[1]). Ja selbst wenn er sich vorgenommen hat, sie in seinen islāmischen Heimatsstaat auszuführen und zu verkaufen, so muß er sie — vertragsgemäß und zur Erfüllung des Versprechens — mit sich nehmen, aber ein Eigentum an ihrer Person hat er nicht.

Erwirbt er Sklavinnen oder Kriegsgefangene des Schutzstaates in diesem, so muß er, zur Vermeidung des Zweifels wegen des rechtmäßigen Eigentumserwerbs und der Nachkommenschaft aus solcher Verbindung, vor dem Beischlaf die vom islāmischen Gesetz vorgeschriebene Wartezeit (عدة)[2]) einhalten und verstreichen lassen. Darüber ist unter den islāmischen Rechtsgelehrten Streit, ob er mit einer bereits verheirateten Kriegsgefangenen im Schutzstaat eine rechtsgiltige Ehe, d. h. eine nach islāmischen Rechtsbegriffen giltige Ehe abschließen darf. Denn die einen sagen, durch die Gefangenschaft sei die erste Ehe aufgelöst, die anderen verneinen dies. Die einen wollen unterscheiden, ob die Frau vor oder nach dem Manne gefangen wurde, oder ob sie gleichzeitig gefangen wurden. In letzterem Falle, ob — wegen Mangels der Trennung ihres Aufenthaltsortes — die im Lande der Ungläubigen geschlossene Ehe fortdauere. Die letzte Ansicht scheint die überwiegende zu sein (Radd III. 342).

2. Schuldverhältnisse. Hat ein muslimischer Musta'min bei einem Ausländer im Ausland eine Schuld kontrahiert, sei es durch Aufnahme eines Darlehens, sei es durch Kauf auf Kredit, und kommt er dann, ohne sie bezahlt zu haben in das Land des Islām, so kann der ordentliche Richter (قاضى) nicht darum angegangen werden, denn zu der Zeit als die Schuld kontrahiert worden war, hatte der Richter keine Kompetenz über ihn. Ein Urteil setzt einen Amtsauftrag (eine Herrschaft) voraus, auf welchen er sich stützt, und dieser fehlte zu der Zeit, als das Schuldverhältnis eingegangen war[3]). Aber auch im entgegengesetzten Falle, wenn der Ausländer der Schuldner ist und dann als Musta'min ins Land des Islām kommt, so kann

---

[1]) Radd (Glosse), III 342:

و قيدوا اخراجها كرها.

[2]) Radd III. 342.

[3]) Radd III. 342:

لان القضاء يستدعى الولاية يعتمدها ولا ولاية وقت الادانة.

ihm der muslimische Gläubiger wegen der im Ausland kontrahierten Schuld nichts anhaben. Denn zu der Zeit als die Schuld eingegangen war, waren beide außerhalb des Bereiches der islāmischen Gerichtsbarkeit. Nun sind sie zwar zur Zeit des Urteilspruches unter der Gerichtsbarkeit des Qāḍī, aber nur dadurch daß der Ausländer den Schutz des islāmischen Staates erlangt hat. Aber dieser gilt nur für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit. Deshalb ist der Qāḍī inkompetent[1]). Gleiches gilt bei widerrechtlicher Besitzentziehung (غصب). Hier besonders aus dem Grunde, weil der Usurpator, an dem im fremden Auslande belegenen Gute sich vergreifend, nur ein vom Islām nicht geschütztes Gut angegriffen hat und deshalb dessen im Lande des Islām anerkannter Eigentümer geworden ist[2]). In beiden Fällen, sowohl der im Ausland kontrahierten Schuld als auch der dort begangenen widerrechtlichen Besitzaneignung, kann der Qāḍī zwar nicht angegangen werden, ein Urteilsspruch also nicht ergehen. Wohl aber kann ein Fatwā, ein religiöser Rat, erteilt werden, die „treulos" vorenthaltene Schuld bezw. den treulos vorenthaltenen Besitz wieder herauszugeben. Dies zu tun ist aber bloß religöse Pflicht[3]).

Wenn zwei Ausländer unter gleichen Umständen ins Land des Islām kommen und hier Schutz erhalten, also Musta'mins werden, so ist die Rechtslage die gleiche. Wenn sie aber vor ihrer Zuwanderung in das muslimische Land den Islām angenommen haben und dann im Lande des Islām den Qāḍī wegen der im Auslande zwischen ihnen kontrahierten Schuld angehen, so ist der Qāḍī kompetent. Denn die Schuld ist ohne Treulosigkeit durch freien Willen kontrahiert und der Qāḍī ist, da sie sich beide dem Islām unterworfen haben, ihr zuständiger Richter. Hat aber einer von ihnen dem anderen widerrechtlich den Besitz entzogen, so kann der Qāḍī kein Urteil zu Gunsten des Klägers sprechen, denn der Beklagte ist an dem („ungeschützten", im Ausland belegenen) Gute Eigentümer geworden[4]).

---

1) Radd a. a. O.

2) Radd III. 342:

و الغصب فى دار الحرب سبب يفيد الملك لانه استيلاء على مال مباح غير معصوم.

3) Radd III. 342.

4) Radd III. 342 (Text rechts).

Nicht einmal die Prozedur des religiösen Rates ist offen, denn eine Treulosigkeit (غدر) liegt nicht vor, da keiner von beiden im Auslande dessen Musta'min war[1]).

3. Die Rechtsfolgen strafbarer Handlungen. Die Frage, die hier zur Erörterung steht, ist die nach den Rechtsfolgen eines im Auslande von einem muslimischen Musta'min begangenen Delikts im Lande des Islām. Der Fall, daß der Musta'min im Auslande einen Ungläubigen tötet, wird nicht als rechtlich beachtenswert für das Land des Islām betrachtet und daher nicht erwähnt. Im übrigen unterscheidet die Lehre zwei Fälle:

a) Der muslimische Musta'min tötet dolos oder kulpos seinen muslimischen Musta'min-Gefährten. In diesem Falle ist zwar der Blutpreis (دية), das muslimische Wergeld, den Forderungsberechtigten[2]) zu zahlen. Hingegen entfällt die Möglichkeit der Talion (قود) und der Strafe des religiösen Gesetzes (حدّ), was die Rechtslehre damit begründet, daß die Voraussetzung dieser beiden, das Bestehen der muslimischen Rechtsordnung und die Gemeinschaft der Gläubigen sind. Die letztere allein vermag die Verantwortung der Sippe (عاقلة) zu begründen; dies alles fehlt im Ausland. Auch kann die Sippe nicht verantwortlich werden wegen der Scheidung der Wohnsitze (تباين الدارين), nämlich zwischen Sippe und schuldtragenden Angehörigen, die sich im Auslande aufhalten und dort eine Missetat begangen haben. Die religiöse Buße (كفّارة) muß aber jedenfalls geleistet werden.

b) Tötet aber ein muslimischer Musta'min einen muslimischen Kriegsgefangenen oder ein muslimischer Kriegsgefangener den anderen oder ein Muslim einen ehemaligen Ungläubigen, der aber zur Zeit der Tat, zum Islām bekehrt, im Auslande lebte, so entfällt auch der Blutpreis. Es ist bloß die religiöse Buße zu erfüllen. Der Grund für die Entscheidung in den beiden ersten Fällen ist, daß das Objekt des tötlichen Angriffs in diesen beiden Fällen der kriegsgefangene Muslim ist, der nach Abū Ḥanīfa keinen freien Willen der Bewegung hat, also den Un-

---

1) Radd III. 342 (Glosse):
لايؤمر بالرد لان ملكه صحيح لاخبث فيه اى لانه لا غدر فيه بخلاف المستأمن.

2) Radd III. 343.

gläubigen folgen muß, wohin sie wollen, während der Musta'min im Auslande die vollständige Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit jederzeitiger Rückkehr in das Land des Islām besitzt, was ihn offenbar zu einem würdigeren und daher mehr qualifizierten Schutzobjekt macht, als den kriegsgefangenen Muslim. Nun sollte man aber glauben, daß der im Auslande zum Islām Bekehrte, der doch auch vollständige Bewegungsfreiheit besitzt, ein ebenso würdiges Schutzobjekt sei, wie der muslimische Musta'min. Aber hierfür hat die Rechtslehre ein anderes Argument ausgearbeitet, das für den prinzipiellen Standpunkt des islāmischen internationalen Privatrechts von grundlegender Bedeutung ist[1]). Der Schutz, den der Islām seinen Gläubigen mit ins Ausland gibt, ist von doppelter Art, nämlich die sünde-schaffende Protektion (العصمة المؤثمة) und die in Geld oder Gut abschätzbare (العصمة المقومة)[2]). Die erstere ist bloß an die Person geknüpft und begleitet den Muslim in alle Weltgegenden. Sie schafft die persönliche Verantwortung jedes Muslims, der sich an einem anderen Muslim vergreift, also auch im Ausland, aber ihre Sühnung besteht bloß in der religiösen Buße.

Die in Geld oder Gut abschätzbare Protektion des Islām ist aber die Grundlage für die Auferlegung des Blutpreises. Sie setzt den Schutz der muslimischen Regierung über die Güter des Muslim voraus, aus denen der Blutpreis gezahlt werden muß. Tötet ein Musta'min den anderen im Ausland, so ist und bleibt die abschätzbare Protektion seiner Güter im islāmischen Heimatlande ungeschmälert. Handelt es sich aber um einen im Auslande zum Islām Bekehrten, der niemals das Land des Islām betreten hat, so sind seine Güter niemals unter die abschätzbare Protektion des Islām gekommen. Deshalb kann für seine Tötung kein Blutpreis angeordnet werden. Die religiöse Buße aber bleibt aufrecht, weil durch seine Tötung die sünde-schaffende Protektion verletzt ist[3]). Nebenbei wird in den Quellen die Frage aufgeworfen, wie der Fall zu entscheiden sei, wenn ein muslimischer Kriegsgefangener einen muslimischen Musta'min

---

[1]) Siehe die Schlußbetrachtung.

[2]) Radd III. 343.

[3]) Radd III. 343.

im Auslande tötet. Die Entscheidung ist dieselbe, wie in dem Falle, wo ein muslimischer Musta'min seinen Musta'min-Gefährten tötet; also außer der religiösen Buße ist der Blutpreis zu zahlen [1]).

II. Die Rechtsstellung des ungläubigen Musta'min im Lande des Islām.

1. **Begriffliche Bestimmung und Abgrenzung des Musta'min gegenüber dem Schutzbefohlenen** (ذمى) **in muslimischen Landen.**

Jeder Ausländer, auch der Ungläubige (حربى), kann in muslimischen Landen zum Musta'min werden, wenn er entweder von der kompetenten islamischen Autorität den Schutzbrief *('amān)* erhalten hat und damit ins Land kommt, oder als Gesandter eines ausländischen Staates mit einem Beglaubigungsschreiben von anerkannter Autorität [2]) einzieht. Wer ohne Musta'min zu sein, ins Land kommt, wird ebenso wie seine Habe „Gemeingut" (also فى) der Muslims. Nur wenn er vor der Ergreifung den Islām angenommen, soll er nach der Meinung der beiden Rechtsgelehrten Abū Jūsuf und Abū Muḥammad als freier Mann angesehen und die bei ihm vorgefundene Habe immun sein. Abū Ḥanīfa hingegen erklärt, daß es für diesen Fall gleichgiltig sei, ob die Annahme des Islām vor oder nach der Ergreifung stattgefunden habe.

Wichtig ist, daß der Schutzbrief von einer kompetenten Autorität erteilt worden ist. Denn dadurch unterscheidet sich der Friedens'amān von dem Kriegs'amān, d. i. dem Pardon, der im Kriege gewährt wird. Dieser kann nämlich, wie wir noch (unter § 3) sehen werden, von jedem Muslim, auch von dem Geringsten, erteilt werden; der Friedens'amān hingegen nur von der kompetenten Autorität, oder, wenn ein Muslim behauptet, den 'amān erteilt zu haben, durch den Beweis von zwei Zeugen außer dem 'Amānerteiler [3]).

---

[1]) Radd III. 343.

[2]) Radd III. 343:

فلومعه كتاب بعلامة تعرف.

[3]) Radd III. 343:

ولو قال مسلم انا امنته لم يصدق الا ان يشهد رجلان غيره.

In muslimischen Landen finden sich außer den Muslims noch die „Leute des Schutzes“ (اهل الذمة), die sogenannten Dimmīs, denen vertragsmäßig bei der Eroberung nicht-muslimischer Lande durch die Muslims Leben und Freiheit und — mit Einschränkung — Eigentum zugesichert ist. Sie befinden sich, im Vergleiche zu den Muslims, in einem gesteigerten Subjektionsverhältnis. Sie müssen zwar alle Steuern, welche die Muslims zahlen, tragen, dazu aber noch die vom Muslim als schimpflich angesehene ǧizja, die Kopfsteuer. Der Dimmī darf nicht dieselbe Kleidung wie der Gläubige tragen, er darf keine Waffen tragen, kein Pferd reiten. Die Dimmīs dürfen keine Gotteshäuser bauen Ein beschränkter öffentlicher Gottesdienst (ohne Glockengeläut!) ist ihnen zugestanden. Sie sind im muslimischen Staate nicht Vollbürger, überhaupt nicht Bürger, sondern bloß Schutzbefohlene. Ihr Schutz in Kriminalfällen ist ebenso beschränkt, wie ihr Zeugnis vor Gericht nicht vollwertig ist. Ihr connubium mit muslimischen Frauen ist verboten. Sie dürfen über Muslims keine Vormundschaft führen. Auch das wechselseitige Beerbungsrecht zwischen ihnen und den Muslims ist ausgeschlossen. Im übrigen ist das commercium zwischen beiden Kategorien freigegeben.

Welches ist nun die Rechtsstellung des Musta'min zwischen diesen beiden Personengruppen, den Muslims und den Dimmīs. Die Šarī'at gibt darauf folgende Antwort:

Um zu verhindern, daß der Musta'min zum Spion seines Heimatstaats und Hilfe gegen den islāmischen Staat werde[1]) (لئلا يصير عينا لهم وعونا علينا), ordnet das Gesetz des Islām an, daß der ungläubige Musta'min sich im Lande des Islām nicht länger als ein Jahr[2]) aufhalte und daß ihn der Imām innerhalb dieses Jahres auffordere, das Land zu verlassen, wenn er es nicht vorziehe, die Lasten des Dimmīs, insbesondere die Kopfsteuer auf sich zu nehmen. Es soll ihm eine Frist hierfür gesetzt werden, doch nicht so, daß er hierdurch zu Schaden kommt (ينبغى ان لا يلحقه ضرر). Läßt er diese Frist unbenützt, bleibt er also über sie hinaus im Lande des Islām, dann ist seine Rückkehr in den Heimatstaat ausgeschlossen. Die Rechtsgelehrten streiten darüber, ob die ausdrückliche Setzung der Frist eine Bedingung

---

[1]) Radd III 344.

[2]) Radd a. a. O.

des Rückkehrverlusts ist, oder ob ohne Setzung einer besonderen Frist die Verweisung auf das Jahr als Höchstmaß seines Aufenthalts genüge, um dasselbe Resultat herbeizuführen. Im ersteren Falle wäre nach der Rechtslehre des Islām für die Setzung der Bedingung (شرط) die Zustimmung des Musta'min nötig. Wesentlich ist jedenfalls die Aufforderung und der Hinweis auf das Jahr, da sonst, wenn diese nicht vorangegangen ist, der Musta'min jahrelang seinen Aufenthalt unangefochten nehmen kann[1]), ohne Ḏimmī werden zu müssen. Wird eine Aufenthaltsfrist gesetzt, so läuft sie von diesem Zeitpunkte an, nicht vom Zeitpunkte des Einzugs in das Land des Islām (فابتداء المدة من وقت التقدم لا من وقت الدخول).

Solange der Musta'min nicht zum Ḏimmī geworden ist, gelten für ihn folgende Normen:

1. Die allgemeinen Statusverhältnisse.

Er genießt denselben Rechtsschutz wie der Ḏimmī, nur kann, wenn er getötet oder körperlich verletzt wird, keine Talion dafür genommen werden, wenn der Übeltäter ein Muslim oder ein Ḏimmī ist, wohl aber wenn er selbst ein Musta'min ist. Den Strafen des islāmischen Gesetzes (حدّ) unterliegt er unbeschränkt mit Ausnahme der Strafe, die auf das Weintrinken gesetzt ist. So nach Abū Jusūf. Andere wollen seine Strafbarkeit noch weiter einschränken: er soll nur wegen der Verleumdung zur Verantwortung gezogen werden und der Talion nur wegen der Tötung eines Sklaven unterworfen sein. Im übrigen gilt für die Statusverhältnisse seiner Familienmitglieder, daß, wenn eines der musta'minischen Elternteile zum Islām übergeht, die minderjährigen Familienmitglieder ebenfalls Muslims werden[2]).

---

[1]) Radd a. a. O.

[2]) Doch nur bei sogenannter Einheit des Wohnsitzes (اتحاد الدار). Wenn das minderjährige Kind im Auslande verweilt und der Vater im Lande des Islām Muslim wird, so wird das Kind hierdurch nicht Muslim. Besucht ein Kind seine Eltern und ist nur ein Elternteil Muslim geworden, so wird auch das Kind Muslim. Sind hingegen beide Elternteile Ḏimmī, so kann das vom Auslande kommende Kind ungehindert zurückkehren, ohne Ḏimmī zu werden (Radd p 348). Die volljährigen (d. h. geschlechtsreife nicht bloß verstandsreife) Kinder werden niemals durch den Übertritt eines der Elternteile zum Islām berührt.

Tritt aber bloß der Großvater zum Islām über, nicht aber der Vater (z. B. weil er inzwischen gestorben ist), so zieht das den Übertritt des minderjährigen Enkels keineswegs nach sich, weil sonst, wie der Verfasser des Radd al-muḥtār meint, alle Ungläubigen, die ja Söhne von Adam und Noah seien, als Abtrünnige angesehen werden müßten, da doch Adam und Noah als Muslims angesehen werden[1]). Wenn ein Sklave des Musta'min zum Islām übertritt, so muß er ihn an einen Muslim verkaufen, jedenfalls darf er ihn nicht außer Landes führen.

2. Schuldverhältnisse.

Der Musta'min darf alle vermögensrechtlichen Rechtsgeschäfte abschließen, wie der Muslim. Doch ist er hierbei denselben Beschränkungen unterworfen, wie dieser. Das unterscheidet den muslimischen Musta'min im Auslande von dem ungläubigen Musta'min im Lande des Islām. Ersterer darf, wie wir oben (S. 8) gesehen haben, im Auslande Rechtsgeschäfte abschließen, die ihm in der muslimischen Heimat verboten wären. Letzterer ist aber den muslimischen Beschränkungen unterworfen, trotzdem er Nicht-Muslim ist. Denn da er sich im Lande des Islām aufhält, ist er den Anordnungen der Šarī'at unterworfen: das Land des Islām ist der Ort der Ausführung des Šarī'atgesetzes[2])[3]) (لان دارنا محل اجراء الاحكام الشرعية). Unter sich sind die Musta'mins in ihren Rechtsgeschäften frei. Im Verkehr mit dem Muslim jedoch darf der Musta'min kein Rechtsgeschäft abschließen, das auf Zinsenempfang gerichtet ist. Es gilt auch für ihn das Ribā-Verbot. Auch alle aleatorischen Rechtsgeschäfte sind als Glückspiel verboten. Aus diesem Grunde sieht die Rechtslehre des Islām den Versicherungsvertrag als unerlaubtes Rechtsgeschäft an, die Seeversicherung[4]) ebenso wie jede andere Form der Versicherung. Dabei wird sehr fein zwischen dem im Auslande von dem muslimischen Musta'min abgeschlossenen Versicherungsvertrage und dem im muslimischen Inland abgeschlossenen unterschieden. Der erstere ist rechtsgiltig, weil der muslimische

---

[1]) اذا لو صار مسلما باسلام الجد الادنى لصار مسلما باسلام الأعلى فيلزم الحكم بالردة لكل كافر لانهم اولاد آدم و نوح.

[2]) Radd III. 345.

[3]) Radd III. 345.

[4]) Radd III. 345 f.

Musta'min im Auslande auch nach der Šarī'at verbotene Rechtsgeschäfte abschließen darf. Die auf Grund eines solchen Versicherungsgeschäftes zahlbare Versicherungssumme darf auch im Lande des Islām rechtsgiltig gezahlt werden. Das Gegenteil gilt von einem im muslimischen Inland abgeschlossenen Versicherungsvertrage. Der Vertrag ist ungiltig; die Versicherungssumme darf auch von keinem islāmischen Richter zuerkannt werden. Es kommt, wie die islāmische Rechtslehre sagt, alles auf den „Sitz" (صدر) des Rechtsgeschäftes an[1]), woraus wir entnehmen können, daß die islāmische Rechtslehre der Savigny'schen Theorie vom „Sitz des Rechtsverhältnisses", nach dessen Rechtsordnung das Rechtsverhältnis zu beurteilen wäre, wenigstens im Recht der Schuldverhältnisse ziemlich nahe kommt.

3. Grundbesitzübertragung.

Sie ist im Verhältnis zum Musta'min unbedingt rechtlich zulässig[2]). Nur wird der Musta'min durch solchen Grundbesitzerwerb zum Ḏimmī[3]). Die Tatsache des Erwerbs genügt nicht. Daß auch die Steuer, der Ḫarāǧ davon gezahlt werde, ist noch außerdem erforderlich. Auch durch Erwerb eines Pachtbesitzes kann man Ḏimmī werden. Dies ist besonders bei der Pachtung auf Teilung des Ertrages (der Muqāsama) der Fall, denn der Ḫarāǧ wird in diesem Falle direkt vom Pächter und nicht vom Eigentümer erhoben[4]) (اذاكان خراج مقاسمة فانه يؤخذ منه لا من المالك), und darauf kommt es für die Begründung des Ḏimmīverhältnisses an.

4. Eherecht und eheliches Güterrecht.

Die Šarī'at befaßt sich besonders mit folgenden Fällen[5]):

a) Ein weiblicher Musta'min (Jüdin oder Christin) zieht ein und heiratet einen Muslim oder einen Ḏimmī. Sie wird dadurch allein schon selbst eine Schutzbefohlene (ذمية), auch ohne daß

---

[1]) Radd III. 346.

[2]) Falsch daher Padel und Steeg, De la législation foncière Ottomane 1904 p 49, welche die Unzulässigkeit aus der Eigenschaft des „harbī" herleiten.

[3]) Radd III. 346.

[4]) Radd III. 346—47.

[5]) Radd III. 347.

mit ihr der Beischlaf vollzogen worden ist[1]), (وان لم يدخل بها)[2]. Gehört die Frauensperson der persischen Religion der Magier an, so muß der islāmische Richter sie auffordern, den Islām anzunehmen und im Weigerungsfalle die Ehe auflösen, worauf die Frau in ihre Heimat zurückkehren muß.

b) Ein musta'minisches Ehepaar kommt in das Land des Islām und der Ehemann tritt zum Islām über. Die Ehefrau wird, wie im Falle a, Schutzbefohlene.

c) Ein Musta'min heiratet im Lande des Islām eine Schutzbefohlene oder

d) ein musta'minisches Ehepaar kommt in das Land des Islām und die Ehefrau tritt zum Islām über. In beiden Fällen wird der Ehemann nicht Ḏimmī und kann daher in seine Heimat ohne Beanstandung zurückkehren. Denn ihm steht allein das Recht der Ehescheidung (طلاق), im Sinne des islāmischen Gesetzes, zu.

Daraus ergibt sich, daß das muslimische internationale Privatrecht in unserer Frage auf dem Standpunkt des „locus regit actum" steht.

In den Fällen unter a und b ist das nach muslimischem Eherecht zu bezahlende Brautgeld (مهر) ohne weiteres fällig. In den Fällen c und d nur, wenn der Ehemann unter Versäumung der ihm für die Abwanderung vom Imām gesetzten Frist im Lande verbleibt und Ḏimmī wird. Freilich kann ihn die Frau als Gläubiger, wie jeder andere Gläubiger, an der Ausreise verhindern, sodaß er durch diese Hinderung, die ihm zur Ausreise gesetzte Frist (Siehe oben S. 15) unter Umständen versäumt.

6. Die erbrechtlichen Verhältnisse.

Nur die beweglichen Sachen der Erbschaft werden dem im Auslande wohnenden Erben ausgehändigt und nur gegen Bürgenstellung, daß sie die richtigen Erben sind. Der von der ausländischen Behörde ausgestellte Erbschein (die islāmischen Rechtsbücher sagen „der Brief ihres Königs" (كتاب ملكهم), genügt nicht[3]).

---

[1]) Radd III. 347.

[2]) Über diese Phrase Wellhausen in den Mitteilungen d. Gö. Ge. Ge. 1893, S. 443.

[3]) Radd III. 346.

Hat das islāmische Recht in den uns beschäftigenden Fragen eine gewisse Ähnlichkeit mit dem europäischen Recht gezeigt, so unterscheidet es sich wesentlich in einem Hauptpunkte von unsere Rechtanschauung: die eben geschilderte Rechtsstellung befindet sich gewissermaßen nur in einem labilen Gleichgewicht. Sie kann nämlich durch zwei Umstände gestört werden, durch die Abwanderung des Musta'min und durch Eroberung seines Heimatstaats seitens des islāmischen Staats.

Die beiden Möglichkeiten der Rechteverschiebung sind zu beachten, zunächst die Abwanderung.

Jeder Musta'min kann im Gegensatze zum Ḏimmī das Land des Islām verlassen, vorausgesetzt, daß er nicht wegen aufgenommener Schulden im Interesse seiner Gläubiger zurückgehalten wird.

Wenn er aber abwandert, in seine Heimat oder anderswohin [1], so wird der 'amān hinfällig und „sein Blut erlaubt" (حل دمه لبطلان أمانه), d. h. sein Leben hört auf unverletzlich zu sein. Wird er demgemäß später von den Muslims gefangen oder sonst überwältigt, oder wird sein Heimatstaat von den Muslims mit Gewalt besetzt, so wird sein Gut (مال Vermögen), das im muslimischen Staat sich befindet, die Schuldforderung bei einem Ḏimmī oder einem Muslim, das Depot (وديعة) bei eben diesem, ihm zustehende noch nicht gezahlte Kaufpreisforderungen, alle ihm gehörigen Gesellschaftsanteile, alles Hausmobiliar, kurz alles was ihm aus seinem Besitz entzogen, Eigentum des muslimischen Staats (فئ) [2]. Hat er ein Gut verpfändet [3], so ist er nicht im Besitz des Gutes. Der Pfandgläubiger kann es zur Deckung seiner Forderung verkaufen; der Überschuß über den Forderungsbetrag (مازاد على قدر الدين) wird Eigentum des muslimischen Staats [4]. Alle seine Schuldforderungen, deren Gegenstände noch nicht in seinen Händen sind, deren Eigentümer bloß der Schuldner ist, und wo der Gläubiger nur ein ähnliches, nicht gerade einen individuell

---

[1]) Radd III. 347:

فان رجع المستأمن اليهم و لو لغير داره.

[2]) Radd III. 347.

[3]) Radd III. 347 und 348.

[4]) Für sein Leben ist kein Blutgeld zu zahlen.

bestimmten Gegenstand fordern kann, kurz gesagt alle Forderungen, welche vertretbare Sachen betreffen (الدين ليس ماله لانه ملك المديون وللمالك حق المطالبة به ليستوفى مثله لا عينه)[1] werden nicht فئ. Der abgewanderte Musta'min kann zu ihrer Beitreibung und zur Rückforderung der Depots bei einem Nichtmuslim oder Nicht-dimmī einen Vertreter ins Land des Islām entsenden, der nach Abzug der Schulden des Musta'min den Überschuß mitnehmen darf (Radd III. 347 am Rande links in fine).

Aber selbst aus dem zu فئ gewordenen Depositum müssen die Schulden vorweg bezahlt werden[2]). (و عليه فيوفى منه دينه هنا ولوصارت وديعته فيأ). Wird der Musta'min getötet oder stirbt er nach seiner Abwanderung, ohne gefangen worden zu sein, so bleiben alle seine Rechte unverletzt seinen Erben: „Was ihm gehört, gehört ihm" (ماله له).

Die feindliche Besetzung seines Heimatstaats[3]) durch die Muslimen, bringt auch eine Veränderung in seine normale Rechtsstellung als Musta'min. Wenn er auch nicht abwandert, vollziehen sich an seinen nicht im islāmischen Staat begründeten Rechtsverhältnissen Änderungen, wenn die Muslims den Heimatstaat mit Krieg überziehen, also die occupatio bellica vornehmen. All sein dort bei einem Muslim oder Dimmī des islāmischen Staats befindliches Depositum wird Eigentum der Muslims, seine dort im besetzten Gebiete befindliche Frau und seine minderjährigen Kinder werden Sklaven der Muslims. Sein dortiges Eigentum wird überhaupt فئ der Muslims, selbst dann, wenn er inzwischen im Lande des Islām zum Islām übergetreten oder Dimmī geworden ist. Denn die im von den Muslims kriegerisch besetzten Ausland befindlichen Sachen und Personen stehen nicht in seinem Besitz- und Gewaltverhältnis (لعدم يده و ولايته). Ist nämlich dieses gegeben z. B. deshalb, weil er vor der feindlichen Besetzung seiner Heimat durch die islāmischen Krieger im Heimatstaat Muslim oder Dimmī auf Distanz geworden

---

1) Radd III. 347.
2) Radd III. 348.
3) Radd III. 348 f.: ثم ظهرنا عليهم الخ

(لم يسلم بل بعث الى الامام انى ذمة لكم), oder weil er im Lande des Islām Muslim geworden, aber zur Zeit der Invasion sich gerade in seinem Heimatstaate aufhält, so treten die eben geschilderten Rechtsfolgen überhaupt nicht ein.

Geht er im Heimatstaat zum Islām über und befindet er sich zur Zeit der Invasion im Lande des Islām, so treten die geschilderten Folgen nur zum Teil ein. Die ihm folgenden in seiner Nähe befindlichen minderjährigen Kinder sind freie Muslims. Das im Heimatstaate bei einem sog. معصوم (d.h. einem Muslim oder Ḏimmī) bewahrte Depositum bleibt ihm erhalten, denn die Hand des letzteren ist wie seine eigene, und diese Hand ist respektiert (محترمة). Im übrigen wird alles andere „Gemeingut" (فىء) der Muslims, also insbesondere seine Frau, die in der Heimat geblieben, seine volljährigen Kinder, seine in der Heimat belegenen Grundstücke (عقار) und das Depositum bei allen Untertanen des besetzten Staats, die nicht Muslims und nicht Schutzbefohlene des islāmischen Staats sind.

III. Der Begriff des Auslandes im internationalen Privatrecht des Islām[1]).

Da der Begriff des Musta'min sich nur für eine Person ergeben kann, welche sich im Ausland (دار الحرب) aufhält oder vom Auslande in das Land des Islām geschickt wird, so ergibt sich für die islāmische Rechtslehre — wie auch für das europäische internationale Privatrecht — die Kardinalfrage: unter welchen Voraussetzungen wird aus dem Lande des Islām Ausland (دار الحرب wörtlich: Land des Krieges) und umgekehrt? Es sind insbesondere drei Voraussetzungen, welche aus dem Lande des Islām Ausland in dem obenangeführten Sinne machen:

1. daß die Urteile und Anordnungen der Ungläubigen, und nicht die des Islām zur Ausführung gelangen. Werden aber neben den Anordnungen der Ungläubigen auch die Anordnungen des

---

[1]) Vergl. dazu Radd III. 340 f. Ausführlicher, besonders Abu'l-Fatḥ Ibn Abi Bakr.. al-Margīnānī, Fatāwā fuṣūl al-'iḥkām fī 'usūl al-'aḥkām al-m'arūf bi Fuṣūl-i-'Imādī. I. p. 17. f.

Islām ausgeführt, so ist das Land noch keineswegs feindliches Ausland (وظاهره انه لواجريت احكام اهل الشرك لا تكون دارحرب). Unter diesem Gesichtspunkte wurde jedenfalls vor 1908 Bosnien und Herzogowina von türkischer Seite nicht als Ausland sondern als Land des Islām angesehen[1]).

2. ist erforderlich, daß das betreffende Land an das Ausland grenzt und nicht durch ein Land des Islām vom räumlichen Zusammenhange mit dem Auslande abgeschnitten ist oder, wie die islāmischen Juristen sagen: „daß zwischen ihnen kein Land des Islām eindringe“[2]). Das Land der Drusen wird aus diesem Grunde noch für ein Land des Islām angesehen, — wenn auch blos die Anordnungen der Ungläubigen zur Anwendung kommen, — weil es eben von dem Land des Islām umschlossen ist[3]).

3. ist erforderlich, daß in dem Lande kein Muslim oder Schutzbefohlener des islāmischen Staats sich aufhalte.

Unter den entsprechend entgegengesetzen Voraussetzungen wird aus dem Lande des Islām Ausland. Nur besteht ein großer Unterschied[4]) des Umwandlungsprozesses in dem einen und anderen Falle. Nach der herrschenden, von Abū Ḥanīfa aufgestellten Lehre[5]), kann nur dann aus dāru 'l-Islām dāru 'l-ḥarb werden, wenn alle drei Voraussetzungen, die wir oben genannt haben, zutreffen. Hingegen kann dāru'l-Islām nicht aufhören, sofern nur eine von den angeführten Voraussetzungen zutrifft[6]). Daraus ergibt sich der wichtige Satz: Jedes Land, in welchem die Muslims ein Asyl finden, worin ihnen von Seiten der Ungläubigen die Einrichtung des Freitagsgebets und des der islāmischen Feiertage gestattet, der ḫarāǧ erhoben, ein muslimischer Qāḍī eingesetzt wird, die Witwen von staatswegen verheiratet werden,

---

[1]) Vergl. Krcšmárik in der Z D M G. LVIII (1904) p 87, aber ohne nähere Begründung.

[2]) Radd III. 350: لا يتخلل بينها بلدة من بلاد الاسلام.

[3]) Radd a. a. O.

[4]) den europäische Autoren, wie z. B. Macdonald in Enz. d. I. I. p 956 f., übersehen haben.

[5]) Nach der Lehre der „beiden“ Imāme genügt auch eine der drei Voraussetzungen; s. Marġīnānī a. a. O. I. p 17.

[6]) Bei Marġīnānī a. a. O. 1018:
انها صارت دار الاسلام بعزا الاحكام الثلثه فلا تصير دار الحرب ما بقى شئ منها.

ist selbst dann noch dāru'l-Islām, wenn es sonst vollständig in der Gewalt der Ungläubigen sich befindet. Es ist eine religiöse Pflicht der Muslims in solchem Lande die Bestellung eines eigenen Wālī zu fordern [1]), und die Ausübung der gerichtlichen Gewalt darf nur mit wechselseitiger Zustimmung der Muslims erfolgen (بتراضى المسلمين).

Jetzt begreifen wir den Wert jener internationalen Vertragsklauseln, worin die Türkei, wenn sie zu Gebietsabtretungen genötigt wird, die Einsetzung und Aufrechterhaltung des Qāḍī-Amtes sich zusichern läßt (z. B. in Anschluß an den türk.-ital. Vertrag von Lausanne: das Kgl. Decret vom 17. Oktber 1912 [2]). Es wird damit wenigstens in den Augen der Gläubigen die nominelle Herrschaft des Islām aufrechterhalten. Durch die eben erwähnte Erschwerung der Umwandlung von dāru'l-Islām in dāru'l-ḥarb und die Erleichterung der Umwandlung von dāru'l-ḥarb in dāru'l-Islām wird etwas Ähnliches erreicht, wie mit dem Begriffe der terra missionis und terra papae im kanon. Recht. Nur muß man sich, wie bekannt, davor hüten, dem islāmischen Ḫalīfen etwa die Beschränkung auf das „geistliche“ Gebiet zuzumuten [3]). Denn nicht bloß religiöse Herrschaft, sondern ein richtiges Staatsimperium bezw. seine Erhaltung wird der Einsetzung des Qāḍī-Amtes bedeutungsgemäß unterlegt. —

---

[1]) Marġīnānī a. a. O.:

ويجب عليهم ان يلتمسوا واليا مسلما .

[2]) Art. 2 II.: „e nassūn impedimento sarà apportato alla relazioni dei mussulmani col capo religioso denominato Cadì che sarà nominato dallo Sceich ul Islam e coi Naib nominati da lui“.

[3]) Diese Beschränkung oder „Vergeistlichung“ des Kalifats — dem Islām ursprünglich ganz fremd — vollzog sich gewissermaßen als Verbeugung vor dem europäischen Ausland seit dem 18. Jahrhundert. Siehe Barthold-Becker in Zschr. „Der Islam“ VI (1913) 409 ff.

§ 2. Aš-Šaibānī und sein kitāb as-sijar al-kabīr.

In dem Radd al-muḥtar, den wir der vorausgehenden Darstellung des geltenden internationalen Privatrechts zugrunde gelegt haben, finden sich in den diese Materie betreffenden Kapiteln häufige Verweisungen auf ein Buch, das im Orient ein großes Ansehen hat, während es bei uns kaum dem Namen nach bekannt ist. Das Buch ist verfaßt von keinem Geringeren als dem einen der „beiden Imāme", als welche die orientalische Rechtsgelehrtheit die beiden Schüler des Abū Ḥanīfa verehrt, nämlich Abū Jūsuf und unsern Autor, Muḥammad ibn al-Ḥasan aš-Šaibānī [1]. Er wurde im Jahre 749 (132 d. H.) zu Wāsiṭ geboren und starb 804 (189 a. H.) zu Raj. Das Buch „as-sijar" ist sein letztes gewesen, was bei diesem äußerst produktiven Schriftsteller — er soll an die 1000 Schriften verfaßt haben — besagen will, daß dieses Buch etwa um das Jahr 800 verfaßt worden ist, zur Zeit des Ḫalīfen Hārūn ar-Rašīd. In der Tat berichtet auch die Einleitung zu seinem Buch [2], der Ḫalife hätte nach der Lektüre desselben seine Söhne in die Vorlesung von aš-Šaibānī geschickt, damit sie den Gegenstand aus dessen Mund selbst hörten [3].

Der Inhalt des Buches wird von abendländischen Gelehrten (Flügel in der Übersetzung des Ḥāǧī Ḫalfa III. 637, Brockelmann

[1]) Über diesen, außer Brockelmann, Geschichte der arab. Literatur I. 171 f., noch die von Barbier de Meynard gegebene und auf Ibn Ḫallikān, Ḥāǧī Ḫalfa u. a. gestützte Lebensbeschreibung des aš-Šaibāni im Journal Asiatique 4. s. XX. 406 ff.

[2]) Wir benutzen das Wiener Manuskript, Flügel W 1778. Daneben einen Kommentar in türkischer Sprache von Muḥammad Munīb el-Aintābī, Professor und Qāḍī von Smyrna, der im Jahre 1241 d. H. (1825) in Konstantinopel gedruckt wurde. Ohne Parallelbenutzung der arabischen Handschrift kann dieser Kommentar (richtiger Übersetzung) keinen Nutzen schaffen.

[3]) Wiener Codex (im Folgenden W. C. citiert) fol. 12:
ولما نظر (der Ḫalīfa) فيه (das Buch) ازداد اعجابه به ثم بعث اولاده الى مجلس محمد ليسمعوا منه .

II. 72 u. a.) kurz mit „Kriegsrecht“ abgetan. Wie weit eine solche Charakterisierung des Werkes zutrifft, wird noch im Folgenden näher zu prüfen sein. Hier sei zunächst erwähnt, daß der Name „sijar“ die Mehrzahl von dem Worte „sīrat“ ist, was bei Lane mit „a going in any manner“, „a mode or manner of going“ übersetzt wird. Freilich heißt es auch dort, als Terminus des Rechts bedeute der Ausdruck in seiner Pluralform „militärische Expeditionen“. Das würde, unseren Gelehrten noch keineswegs das Recht geben, schon gleich aus „militärische Expeditionen“ ein „Kriegsrecht“ zu machen. Der Name unseres Buches wird wohl mit folgender Erzählung über seine Entstehungsgeschichte zusammenhängen, welche sich in seiner Einleitung findet[1]). Danach hatte unser Autor zunächst ein kleineres Buch verfaßt. Dem syrischen Rechtsgelehrten Auzāʿī kam dies kleine Buch vor Augen. Er fragte nach dem Verfasser, und man sagte ihm, es sei Muḥammed aus dem ʿIrāq. Darauf der erzürnte Gelehrte: „Wie kommt ein ʿIrāqer dazu, ein Buch über dieses Thema zu verfassen? Die ʿIraqer haben doch keine Kenntnis davon, denn die militärischen Expeditionen (*sijar*) und die Razzias (*maġāzī*) des Gesandten Gottes, waren doch in Syrien und im Ḥiǧāz, also nicht im ʿIrāq, und die Eroberung von ʿIraq und die Herren ʿIraqer waren geschichtlich viel jünger.“ Dies, als es aš-Šaibānī zu Ohren kam, versetzte ihn in Zorn, und er gab sich mit Eifer der Sache hin, bis er dieses Buch (nämlich den Sijar al-kabīr) verfaßte, und es wird berichtet, daß Auzāʿi, als es ihm zu Gesichte kam, sagte: „Wenn er sich nicht dabei so auf die Ḥadīṯe gestützt hätte, würde ich sagen, daß er sich den Stoff aus den Fingern gesogen hat.“

---

[1]) W. C. fol. 12:
وكان سبب تصنيف هذا الكتاب ان السير الصغير وقع بيد عبد الرحمن بن عمرو الاوزاعى عالم اهل الشام فقال لمن هذا الكتاب فقيل لمحمد العراقى فقال مالاهل العراق والتصنيف فى هذا الباب فانهم (فانه .Cod)لاعلم لهم بالسير و مغازى رسول الله عليه السلام من جانب الشام والحجاز دون العراق فانه واصحابه محدثة فتحا فبلغ ذلك محمدا فغاظهٔ ذلك وفرّغ نفسه حتى صنف هذا الكتاب فحكى انه لما نظر فيه الاوزاعى رحمه الله قال لو لا ما ضمنه من الاحاديث لقلت انه يضع العلم من نفسه.

Man sieht also: Worauf es dem Autor unseres Buches besonders ankam, war das Belegen der Rechtssätze durch die Ḥadīṯe über die militärischen Expeditionen des Propheten. Nun weiß jeder, der sich mit dem Gegenstande beschäftigt, daß ein Ḥadīṯ zum Belege mannigfacher Rechtssätze verwendet werden kann. Erzählungen über die militärischen Expeditionen des Propheten brauchen keineswegs bloß zum Belege von Kriegs-recht verwendet zu werden, und das uns vorliegende Buch ist sicherlich beinahe zur Hälfte mit anderem Stoff angefüllt. Da aber auf die „sijar“ des Propheten soviel ankam, erhielt das Buch den Namen davon, ohne daß dieser den Inhalt des Buches deckte. Später ist der Name „sijar“ eine feste Bezeichnung in jedem Fiqhbuch geworden für einen Abschnitt, der zwar vom heiligen Krieg, von der Beute handelt, aber auch die Lehre vom Musta'min, vom ḫarāǧ, von der ǧizia bringt, die zweifellos im Frieden ihre Hauptbedeutung haben. Wie wenig unser Buch bloß „Kriegsrecht“ ist, wird noch am Schlusse dieses Paragraphen klar werden.

Das Buch unseres Autors ist uns im Original nicht erhalten, sondern bloß in einer kommentatorischen Verarbeitung durch Muḥammad ben Aḥmad ben abū sahl as-Saraḫsī (gest. 1102 = 495 d. H.). Der Kommentar schließt sich dem Haupttext so an, daß es nicht immer möglich ist, beides auseinanderzuhalten. Da entsteht nun die Frage: welchen Anteil hat der Kommentar an dem uns vorliegenden Werke? Einige Anhaltspunkte gewährt uns die dem Werke vorhergehende Lebensbeschreibung des Kommentators und dann die Einleitung. Aus der letzteren erfahren wir (fol. 12), daß der Autor, aš-Šaibānī, das fertiggestellte Werk, in 60 Heften geschrieben, auf einem Wagen an den Hof des Ḫalīfa bringen ließ (ثم امر محمد ان يكتب هذا الكتاب في ستين دفترا وان يحمل على عجلة الى باب الخليفة). Die Hefte (*daftar*) dürfen wir ruhig als aus mehreren Blättern Großformat (vielleicht Folio, da dies die Form der Amtsregister, die ebenfalls als daftar bezeichnet werden, war) bestehend annehmen. Wären je bloß 10 Blätter zusammengeheftet, so ergibt dies etwa 600 Blätter, und der vor uns liegende Kommentar hat allerdings in dem schönen Nasta'liq des Wiener Codex 387 Blätter, also vielleicht nicht viel mehr als das Original, so daß der Kommentator nicht viel hinzugefügt haben konnte. Dazu kommt noch, daß die Lebensbeschreibung des Kommentators seinen eigenen Anteil an dem

Werke nicht in ein besonderes Licht stellt. Bescheidenheit ist aber nicht vorauszusetzen. In der Lebensbeschreibung wird angeführt, daß as-Saraḫsī während seiner Verbannung auf der Feste Ūzğand in Fargāna mit seiner Arbeit begann. Er diktierte ohne weitere Hilfsmittel als seinen Geist, ohne Benutzung eines Buches [1a]) oder einer Notiz. Seine eigene Ansicht oder auch bloß eine Erklärung pflegt der Kommentator mit den Worten, „sieht er nicht?“ oder „siehst du nicht?“ (ألا يرى oder ألا ترى), einzuleiten, während die Ansicht des Autors aš-Šaibani mit den Worten beginnt: »قال oder قال محمد« [1]). Die Arbeitsmethode, die er auf der Festung betrieb, scheint sich aber verbessert zu haben, als er — mitten in seiner Arbeit — entlassen wurde und sich nun nach Marğinān (so Ḥāğī Ḫalfa) oder, wie die Wiener Handschrift sagt, nach Farğāna [2]) begab. Hier brachte er offenbar unter günstigeren Verhältnissen System in das Buch. In der Tat macht auch das Buch, wie es uns vorliegt — von dem Punkte an, wo er die Arbeit in Ūzğand unterbrach, d. i. von dem Abschnitt über die Voraussetzungen der Verträge [3]), einen durchaus einheitlichen Eindruck, indem es nur Friedensrecht enthält. Aber auch der Teil vorher behandelt nicht bloß Kriegsrecht, sondern auch Friedensrecht. Insbesondere sind die meisten von uns (unter § 1) angeführten Normen des heute geltenden internationalen Privat-

---

[1a]) W. C. p 11 rechts:

وهو املاه من خاطره من غير مطالعة كتاب و لا مراجعة تعليق .

[1]) Es ist daher eine Übertreibung, wenn Ahlwardt (Berliner Handschriften XVI. 346) bei Beschreibung des Berliner Bruchstücks sagt, daß das Auseinanderhalten von Text und Kommentar „kaum möglich“ sei.

[2]) Auch das dem türkischen Kommentar zu Grunde liegende Exemplar hat „Fargana“, türk. Kommentar a. a. O. I. p. 10.

[3]) Die Lebensbeschreibung sagt bloß (W. C. fol. 11):

»ولما وصل الى . ب الشروط حصل له الفرج« .

Es wird Flügel beizupflichten sein, wenn er dies auf das Kapitel von den Bedingungen der Verträge bezieht (p. 29. d. W. C.):

»باب الشروط فى الموادعة و غيرها« .

(s. Flügel's Beschreibung des Codex, in „die arab. etc. Handschriften der k. k. Hofbibliothek zu Wien,“ III. 201.)

rechts in diesem ersten Teile abgehandelt[1]), natürlich aber auch im zweiten Teile (und zwar von p. 297 des W. C. an).

Wir wollen aus diesem 2. Teile nur 2 wichtige Abschnitte genau darlegen, weil sie in den heute maßgebenden Fiqhbüchern nicht ausführlich wiedergegeben werden und weil sie gleichzeitig zeigen, welche feinen Rechtsfragen die islāmische Rechtstechnik des 9. Jahrhunderts schon zu meistern verstand. Es sind dies die Kapitel über das internationale Vermächtnisrecht und über das internationale Steuerrecht.

II. Der Konflikt der Rechtsordnungen im Gebiet des Testaments- und Vermächtnisrechts[2]).

Unter Vermächtnis (وصية) versteht die Rechtslehre des Islām auch unser Testament. Die Frage, welche Rechtsordnung zur Anwendung kommt, wenn aus Vermächtnissen oder Testamenten entstehende Rechtsverhältnisse Anknüpfungspunkte im Auslande und Inlande haben, kurz die Frage des internationalen Testaments- und Vermächtnisrechts spitzt sich im islāmischen Gesetz zur Frage zu: liegt ein sogenannter Ittiḥād ad-dārain vor? Ist dieser „Ittiḥād" gegeben, dann kommt das islāmische Recht zur Anwendung, sonst nicht.

Was ist aber „**Ittiḥād ad-dārain**"? Wann liegt er vor? Die islāmische Rechtslehre kann ihn nur durch die Negation definieren: wenn eine sogenannte Trennung der territorialen Staatssouveränität und eine Trennung der Gerichtsinstanzen, der die Parteien des Rechtsverhältnisses unterliegen, nicht gegeben

---

[1]) Es kommen besonders in Betracht:

a) باب لمسلم يخرج من دار الحرب ومعه مال فيها يصدق فيه وما لا يصدق.

b) باب المستامنين من المسلمين ياخذون اموال اهل الحرب ثم يخرجون

c) باب ما يحل فى دار الحرب ما لا يجوز مثله فى دار الاسلام.

d) باب ما يسع الاسير المسلم ان يفعله لهم اذا اكرهوه و ما لا يسع.

e) باب ما يحل للمسلمين ان يدخلوه دار الحرب من التجارات.

[2]) Diesen Gegenstand behandelt as-Šaibānī auf fol. 342 rechts folg. des W. C. unter dem Titel:

باب ما يختلف فيه اهل الحرب واهل الذمة من الشهادات و الوصايا.



ist[1]). Eine Trennung der territorialen Staatssouveränität (sog. تباين الدارين) liegt nun vor im Verhältnis zwischen Muslims und Dimmīs einerseits und dem Musta'min andrerseits, denn der Dimmī gehört zum dāru'l-islām, nicht aber der Musta'min (وحال اهل الذمة مع المستامن كحال المسلمين مع اهل الذمة لانهم من اهل دارنا بخلاف المستامن). Wo solche Trennung der beiden „Dārs" vorliegt, da kommt das islāmische Gesetz nicht zur Anwendung.

Nun folgen eine Reihe von Beispielen, die die „Trennung" oder „Einheit der beiden Dārs" illustrieren:

Ein Musta'min im Lande des Islām vermacht einem Muslim sein g a n z e s Vermögen. Das islāmische Gesetz, welches verbietet, daß mehr als $^1/_3$ des Vermögens ohne Zustimmung der Intestaterben (ورثة) vermacht werde, kommt nicht zur Anwendung, denn es liegt „Trennung der beiden Dārs" vor. Deshalb ist ein solches Testament giltig, und um die Intestaterben des Musta'min im Auslande braucht sich das islāmische Gesetz nicht zu kümmern[2]).

---

[1]) Der Verfasser geht hierbei von der Tatsache aus, daß das Zeugnis eines Ausländers gegen einen anderen Ausländer vor dem islāmischen Gerichte nur angenommen werde, wenn es sich um Ausländer handelt, die unter einer und derselben Protektion stehen, und daß es sonst nicht angenommen werde bei Verschiedenheit der Protektion. Denn das hindernde Moment sei nur die Trennung der territorial verschiedenen Herrschaften unterliegenden Gebiete und nicht etwa die Verschiedenheit der Religionsgemeinschaft. Die Trennung der Gebiete unter diesen (Ausländern) könnte also nur auf der Zugehörigkeit zu verschiedenen Schutzländern beruhen. Ebenso sei es bei Erbschaften. W. C. fol. 342 r:

قد بيننا (Cod. بينا) ان شهادة اهل الحرب المستامنين فى دارنا بعضهم على بعض مقبولة اذا كانوا اهل منعة واحدة و لا يقبل عند اختلاف المنعة لان المانع تباين الدارين لااختلاف النحلة و تباين الدارين فيهم باختلاف المنعة و على هذا حكم التوارث بينهم.

[2]) W. C. a. a. O.:

و وصية المستامن لجميع ماله لمسلم او ذمى يكون صحيحة ليس لوارثه فيها حق الرد لان حرمة ماله لحقه لا لحق وارثه الذى فى دار الحرب و لان بطلان

Wenn aber ein Ḏimmī im Lande des Islām ein Testament zu Gunsten des Musta'min im Lande des Islām macht, so ist es vorausgesetzt, daß es sich innerhalb der Drittelgrenze hält, ebenso giltig, wie das des Muslim zu Gunsten des Ḏimmī. Denn der Ḏimmī ist dem muslimischen Gesetze unterworfen (لانه ملتزم حكم الاسلام).

Wenn aber ein Muslim oder Ḏimmī ein Testament zu Gunsten eines Ḥarbī (Ausländers) macht, der sich im Auslande befindet, und dabei die Drittelgrenze überschreitet, so ist das Testament oder Vermächtnis selbst mit Zustimmung der Intestaterben ungiltig, ausgenommen den Fall, daß sie wünschen, daß der Fremde im Ausland etwas von ihrem Vermögen schenkungsweise erhält, was er in Besitz genommen. Denn „wer im ungläubigen Ausland sich aufhält, steht dem Rechte nach dem Toten gleich [1]).“

Wenn die Intestaterben des Musta'min schon mit ihm im Lande des Islām auf Grund eines 'amān sich aufhielten, also selbst Musta'min sind, dann ist das Testament des Musta'min, welches das Drittelverbot verletzt, unausführbar, außer mit Zustimmung der Intestaterben. Dasselbe gilt, wenn noch andere Erben später dazu kommen aus dem Auslande.

Die Intestaterben, die beim Tode des Erblassers im Lande des Islām sich aufhalten — Frau oder Söhne —, wahren gewissermaßen auch das Anfechtungsrecht der übrigen Intestaterben im Auslande. Denn nach islāmischem Gesetz — das in unserem Falle zur Anwendung kommt — muß der Richter über die Zustimmung aller Erben wachen [2]).

الوصته فيما زاد على الثلث عند عدم اجازة الورثة من حكم الاسلام و المستامن غير ملتزم لذلك.

[1]) W. C. fol. 342:
ووصية المسلم او الذمى لحربى فى دار الحرب لايكون صحيحة و ان اجازها الورثة الاان يشاؤا ان يهبوا له شيا من مالهم فيجوز ذلك اذا قبض لان من فى دار الحرب فى حق من هو فى دار الاسلام كالميت.

[2]) W. C. a. a. O.:
لان القاضى لايجد بدّا من ان يقضى لميراثها فى الزيادة على الثلث اذا لم يجز وقضاؤه بميراث بعض الورثه فى مال يكون ابطالا للوصية فى ذلك المال.

Vermacht ein Musta'min im Lande des Islām sein gesamtes Vermögen (also unter Verletzung des Drittelverbots) einem Ausländer im Auslande und kommen sowohl der Intestaterbe als auch der Legatar vor dem islamischen Richter, so ist das Testament giltig. Die Rechte der ausländischen Testamentserben brauchen nicht gewahrt zu werden. Die Rechte des Vermächtnisnehmers werden nur deshalb gewahrt, weil er gewissermaßen der gewollte Rechtsnachfolger des Erblassers ist, der auf Grund seines 'amān (Schutzes) in seinen Rechten erhalten wird („Die Vermögensgüter sind angefügt dem Recht des Erblassers")[1]).

Hat der Musta'min im Land des Islām einen Ausländer eines andern Staats[2]) in der gleichen Weise bedacht, wie im vorstehenden Fall, so ist das Testament auf jeden Fall hinfällig. Denn zwischen ihnen besteht die sogenannte „Trennung der beiden Dārs" sowohl tatsächlich wie rechtlich, ganz ebenso wie in dem oben angeführten Falle, wo der Dimmī bezw. der Muslim einem Ausländer im Auslande ein Vermächtnis macht oder ihn zum Testamentserben bestellt.

Der Unterschied zwischen dem Falle, wo der Musta'min im Lande des Islām einen Ausländer im Auslande bedenkt und dem oben erörterten Falle, wo der Must'amin einen anderen Musta'min des gleichen Heimatstaats im Lande des Islām bedenkt, ist eben der, daß in diesem Falle eine „Trennung der beiden Dārs" nicht vorliegt, während sie in ersterem Falle gegeben ist[3]).

---

[1]) Der Autor sagt:

„و انما كان المال محترما لحق الميت"

Es entspricht dies der Rechtsparömie, die in solchen Fällen (s. v. Bar, internationales Privatrecht, I, 600 f.) häufig angewendet wird: mobilia ossibus (sc. des Erblassers) inhaerent; مال sind in diesem Falle mobilia„ da der Musta'min, wenn er Immobilien erwirbt, Dimmī wird.

[2]) W. C. a. a. O.:

ولوكان الموصى له من اهل دار غير داره فالوصية له باطلة لتباين الدار حقيقة و حكما.

[3]) W. C. a. a. O.:

بخلاف ما اذا كان الموصى له فى دارنا بامان لان تباين الدار هنا غير موجود صورة. و ان كان موجود احكما وبخلاف ما اذا اوصى لمسلم او ذمى و هو فى

Hat aber der Musta'min im Lande des Islām zu Gunsten eines Muslim oder Ḏimmī, der im Ausland auch als dortiger Musta'min oder als Gefangener sich aufhält, ein Vermächtnis oder Testament gemacht, so ist beides giltg, denn eine „Trennung der beiden Dārs" ist — trotz der räumlichen Trennung — nicht gegeben.

Ebenso liegt der Fall, wenn der Bedachte im Auslande ist, der im Zeitpunkte der Testamentserrichtung bereits zum Islām übergetreten ist. Eine „Trennung der beiden Dārs" ist hier nicht gegeben. Das Testament resp. Vermächtnis ist giltig.

Es muß aber im Zeitpunkt der Testamentserrichtung „Einheit der beiden Dārs" vorliegen. Fehlt sie, dann ist das Testament bzw. Vermächtnis ungiltig. So z. B. wenn der Bedachte erst nach der Testamenterrichtung zum Islām übertritt, gleichviel ob dieser Übertritt vor oder nach dem Tode des Erblassers stattfindet. Auch die Zustimmung der Intestaterben nützt nichts, denn sie tritt einem bereits ungiltigen Akt hinzu. Aus der Kasuistik die aš-Šaibānī noch weiter liefert (s. W. C. fol. 324 bis 344 rechts), möchten wir noch einen Fall hervorheben, wo die Bedeutung der „Einheit der beiden Dārs", damit die Frage, wie der Konflikt der Rechtsordnungen gelöst wird, besonders scharf hervortritt. Ein Ausländer macht einen Muslim im Land des Islām zum Testamenterben, stirbt dann, und nach seinem Tode geht — vor der Erbschaftsteilung — dies Ausland zum Islām über. Liegt eine „Trennung der beiden Dārs" vor? Man weiß was davon abhängt: Nichtanwendbarkeit des islāmischen Gesetzes mit allen seinen Konsequenzen: Ungiltigkeit des Testaments etc.: Hier liegt „Trennung der beiden Dārs" vor und zwar im Zeitpunkt der Vermächtnisses resp. der Testamentserrichtung. Befindet sich, unter sonst gleichen Verhältnissen,

---

دار الحرب بامان او اسير لان هناك لم يوجد تباين الدار حكما فالمسلم من اهل دار الاسلام حيث ما يكون.

ولوكان اوصى له وهو حربي ثم اسلم قبل موت الموصى له اوبعده فوصية باطلة لانها وقعت لالتباين بعينه فانها يعتبر حاله يوم اوصى له و قدكان ميتا عند ذلك حكما فبطلت الوصية له ولوصيه الباطلة لاتنقلب صحيحة با سلامه وكذلك ان اجازت الورثه وصية لان الاجازة انما يلحق الموقوف لا الباطل.

der Muslim im Auslande, am Orte der Testamentserrichtung, so ist das Testament, soweit das Drittelverbot nicht verletzt, giltig, denn es kommt das islāmische Gesetz wegen der „Einheit der beiden Dārs“ zur Anwendung. Der Muslim befindet sich im Lande des Islām, d. h. im Ausland, das zum Islām übergegangen ist, ganz ebenso wie wenn ein Muslim im Land des Islām ebenda einem Musta'min ein Vermächtnis macht[1]).

Hat aber in diesem Falle die Erbschaftsteilung schon stattgefunden, **bevor** das Ausland zum Islām übergegangen ist, und wurde zur Zeit, da noch das ausländische Recht galt, das Testament bezw. das Legat für ungiltig erklärt, so bleibt es dabei, ebenso wie wenn die Erbschaftsteilung nach dem ausländischen Recht stattgefunden hätte, ehe der Gesamtübertritt zum Islām sich vollzog. In diesem, wie im unmittelbar vorhergenden Falle, bleibt doch eine dem islāmischen Gesetze widersprechende Erbschaftsteilung aufrecht, weil sie nach dem ausländischen Recht, zur Zeit da dieses noch galt, giltig war[2]).

---

[1]) W. C. fol. 343 und 344 rechts:

ولوان حربيا فى دار الحرب اوصى بوصيته لمسلم ثم مات الحربى ثم اسلم اهل الدار قبل ان يقسموا الميراث فان كان المسلم الموصى له يوم الوصية فى دار الاسلام فالوصية باطلة لتباين الدارين بينهما و تباين الدارين يمنع الوصية كما لو اوصى المسلم لحربى فى دار الحرب بوصيته لم يجز فان اجازها ورثته بعد ما اسلموا فهى باطلة الاان يدفعوها اليه و يسلموها فكانت بمنزلة الهبة منهم لان الوصية خرجت على البطلان والباطل لا يلحقه الاجازة.

وان كان المسلم يوم اوصى له فى دار الحرب ثم اسلم اهل الدار و لم يقسموا الميراث فانى انفذ الوصية له من الثلث و اقسم ما بقى بين ورثته على فرايض الله تعالى اما الوصية جائزة لانهما كانا فى دارواحدة فجازت الوصية كالمسلم اذا اوصى لحربى مستامن جازت الوصية و انما ينفذ من الثلث لان الدار صارت دار الاسلام يجرى فيها حكم المسلمين و فى حكم المسلمين جواز الوصية من الثلث.

[2]) W. C. 344 rechts:

وان كان اقتسموا الميراث و قبضوه و ابطلوا الوصية ثم اسلموا ابطلت الوصية لانه جرى فى هذا الحال حكمهم فلا يتعرض لما مضى فيه من حكمهم الايرى انهم لو اقتسموا المواريث على خلاف قسمة المسلمين ثم اسلموا لانتعرض لتلك القسمة.

III. Der Konflikt der Rechtsordnungen im Gebiete des Steuerrechts (sogenanntes internationales Steuerrecht).

Die Steuerpflicht im internationalen Verkehre ist selbst heute jenes Gebiet des internationalen Rechts, welches die dürftigste Ausbildung erfahren hat. Nur schüchtern wagen bis jetzt gewisse Gerechtigkeitsprinzipien, sich geltend zu machen. Sehr häufig herrscht — wie v. Bar in seinem internationalen Privatrecht (I. 317) feststellt — hier einfach das Prinzip, alle Personen und Sachen, die zu treffen irgend möglich erscheint, mit der Steuer zu erreichen, ohne Rücksicht darauf, ob in Wahrheit eine so weite Ausdehnung der Steuerpflicht sowohl dem innern Prinzip der Steuer als auch dem Umstande entspricht, daß auch ein anderer Staat aus demselben Grunde den gleichen Steueranspruch an dasselbe Individuum erhebt.

Um so wunderbarer erscheint es, wenn mehr als tausend Jahre vorher das islāmische Gesetz den Versuch macht, sich über das niedrige Niveau staatlicher Gesinnung hinauszuheben, einfach Steuern auf alles das zu legen, dessen man habhaft werden kann, und die Besteuerung der Ausländer auf gewisse Gerechtigkeitsprinzipien begründet. Das gilt sowohl für die Grundsteuern, wie für die Personalsteuern.

1. Die Grundsteuer.

Aš-Šaibānī stellt als Grundsatz des islāmischen Gesetzes hin, daß der Musta'min nicht die Grundsteuer zu zahlen habe, wenn er sich im Lande des Islām aufhält, um es zu verlassen[1]). Wenn er länger als ein Jahr im Lande sich aufhält und Grundbesitz erworben hat, dann soll er — wie ein Ḏimmī — die Grundsteuer, den ḫarāǧ, bezahlen. Es wird dies von dem Gewährsmanne aš-Šaibānīs auf ein Dekret 'Umar II. zurückgeführt[2]), der be-

[1]) W. C. fol. 344:

باب الحربي يدخل بامان فيقيم فى دار الاسلام ليترك لايؤدى الخراج .

[2]) W. C. a. a. O.:

فكتب ان خيروهم فان احبوا ان يقيموا مع اهل ذمتنا بمثل ما يعطى مثلهم من الخراج فذلك لهم وان ابوا فسيروهم الى بلادهم بامانهم .

„Lasset sie wählen, ob sie es vorziehen in Gesellschaft unserer Schutzgenießenden (der Ḏimmīs) gleichberechtigt mit diesen (d. i. den Ḏimmīs), das gleiche an Grundsteuer zu zahlen; aber wenn sie es verweigern, so schicket sie in ihre Heimat mit ihren Geleitbriefen."



kanntlich [1]) nächst ʿUmar I. als diejenige Autorität gewöhnlich angeführt, die die Grundlage der islāmischen Finanzwirtschaft gelegt haben soll. Uns genügt jedenfalls, daß das islāmische Finanzrecht am Ausgange des 8. Jahrhunderts diesen Grundsatz ebenso schon hatte, wie dies für die Gegenwart auch rechtens ist. Der Zusammenhang mit dem Ḏimmī bedeutet das Steuerprinzip, daß man Grundsteuer nur zahlen soll, wenn man den Schutz des Staates für den Bodenbesitz genießt. Ein sehr modernes Prinzip (siehe v. Bar a. a. O. I. 320) ist damit zum Ausdruck gebracht.

2. Die Zölle [2]).

Schon Wellhausen [3]) und dann Becker [4]) haben festgestellt, daß der arabischen Rechtsanschauung ursprünglich der Rechtsbegriff des Zolles fernlag, und daß erst verhältnismäßig spät, etwa um das 9. Jahrhundert, der Zoll (*ʿušr*) in das islāmische Steuersystem eingegliedert wird, indem man ihn für den Muslim unter die Armensteuer (*zakāt*), für die Nichtmuslims unter den Tribut (*ḫarāğ, ğizia*) unterbringt. Die Darstellung von aš-Šaibānī ergänzt in wesentlichen Punkten die von Abū Jūssuf [5]) gegebene. Vor allem ermöglicht sie uns auch, den Gedankengang, durch welche jene oben erwähnte Eingliederung erfolgte, klarer zu erfassen. Ausgangspunkt ist der Rechtsgrund, aus welchem der Außengrenzzoll auch von den Muslims und Ḏimmīs und infolgedessen auch von den Ausländern erhoben werden mußte. Dieser Rechtsgrund ist zunächst bei den Muslims die Nichtzahlung der zakāt, der heimischen Vermögenssteuer für die ausländische Ware, da sie doch eingeführt wird. Dafür wird ein Surrogat in Gestalt des Einfuhrzolls geschaffen. Unter Berufung auf einen

[1]) s. Wellhausen, Das arabische Reich, S. 177 ff.

[2]) Die Darstellung bei aš-Šaibānī: in W. C. fol. 356 — 357 nnd im 2. Abschnitt:
باب من عشور اهل الحرب و المسلمين و اهل الذمة und باب العشور من اهل الحرب.

[3]) Das arab. Reich, S. 189, Anm. 1.

[4]) In seiner Einleitung zu den Papyri Schott-Reinhardt I. (1906) S. 54 f.

[5]) Kitāb al-ḫarağ p. 76 ff. Auf ihr beruht die Darstellung bei Becker a. a. O. Jetzt ausführlich: Aghanides in der unter S. 51[2] citierten Schrift S. 202 — 349, aber ohne jede nähere Berücksichtigung des internationalen Steuerrechts des Islām.

Ausspruch ʿUmars I. wird festgestellt, daß er den Anas ibn Mālik als Zollkontrolleur an ein Landestor zwischen den Muslims und den Ungläubigen setzte (اقامه عمر على درب الذى كان بين المسلمين و الكفار). Er befahl ihm, den Zoll von demjenigen zu nehmen, der mit seiner Ware das Landestor passierte und keine Armensteuer zu bezahlen hätte. (و امره ان ياخذ من كل من يمر عليه بماله و لم يؤد زكوة).

Für alle Klassen von Menschen galt als Rechtsgrund des Zolles: die Erhaltung der Wege und die Sicherheit des Verkehrs unter dem Schutze des Imām. (وانما اثبت عمر حق الاخذ للعاشر لان هذا المال فى رعاية الامام وحمايته لان امن الطريق بالامام فصار هذا المال آمنا برعاية الامام و حمايته)

Aus der Anlehnung an die Zakāt folgen folgende Rechtsgrundsätze für den Zoll. Zunächst darf er, da er nur ein Surrogat für die nichtgezahlte Zakāt sein soll, nur von jenem Wertminimum (نصاب) erhoben werden, was für die Zakāt von Kaufmannswaren gilt. Dieses Wertminimum sind 200 Dirham. Da ferner davon nur ein Satz von 1 : 40 erhoben werden darf, muß auch der Zoll von Muslims nur immer ein Viertel des Zehnten *(zakāt* oder *ʿušr)*, der von der entsprechenden Warenkategorie im Inlande erhoben wird, betragen. Der volle Zehnt wird von den Ausländern erhoben, dies bloß aber der Vergeltung und Reziprozität wegen. Erheben sie weniger, so müssen auch „wir" — sagt aš-Šaibānī — eine entsprechende Senkung des Tarifs herbeiführen [1]), im entgegengesetzten Falle auch erhöhen. Diese Berücksichtigung des internationalen Verkehres ist rühmlich anzumerken, und hebt die islāmische Rechtslehre über den ihr [2]) gemachten Vorwurf,

---

[1]) W. C. 356:
و اما الحربى فانما امر باخذ العشر منه لانهم ياخذون منا العشر فامر باخذ العشر منهم اذا الامر بيننا و بينهم مبنى على المجازاة حتى انهم ان كانوا ياخذون منا الخمس اخذنا منهم الخمس و ان كانوا ياخذون منا نصف العشر اخذنا منهم نصف العشر.

[2]) Von Becker a. a. O. S. 55. Er sagt: „Und nun zu den Tarifen! Prinzip der Einteilung ist die Stellung zum Islām (Muslim $^1/_4$, Schutzgenossen $^1/_2$, Ausländer den ganzen ʿušr), nicht etwa der Charakter der importierten Ware. Das ist

als ob sie zur Besteuerung nur nach der Person des Zollpflichtigen, nicht nach dem Gegenstand, den Tarif zurecht gemacht hätte. Die Reziprozität ist das Grundprinzip der islāmischen Tarifbildung und ermöglicht allerlei Anpassung an die realen Verhältnisse. Wenn aber das Ausland nicht „von uns nimmt", dann nehmen „wir auch nicht von ihnen" (وان كانوا لا يا خذون منا شيئاً فنحن لا ناخذ منهم شيئاً).

Daß der Dimmī in der Mitte zwischen Muslim und Ausländer die Zollpflicht zu erfüllen hat, wird durch seine Mittelstellung in der Zeugenschaft begründet. Er kann nicht gegen einen Muslim Zeuge sein, wohl der Muslim gegen ihn. Der Dimmī kann aber gegen einen Ausländer Zeuge sein, nicht der Ausländer gegen ihn. „Daher" (!) muß er auch — sagt aš-Šaibānī — in der Zollpflicht eine Mittelstellung einehmen: Zahlt der Muslim ein Viertel des Zehnten, der Ausländer den vollen Zehnten, so zahlt der Dimmī den halben Zehnten[1]).

Die Anlehnung des Zolls an die Zakāt, insbes. die Auffassung, daß für den Muslim der Zoll nur ein Surrogat für die nichtgezahlte Zakāt darstelle, erklärt uns auch den Satz, daß der Muslim durch Erlegung des Zolls für das ganze folgende Jahr — mag er die Grenze noch so oft überschreiten — zollfrei ist. Auch

schon für die Praxis der ältesten Zeit unrichtig." Becker stellt dann diese Praxis der Theorie des islāmischen Gesetzes gegenüber: „Das ist eine Politik der Vorzugszölle! Sie fragt nicht nach dem Gegenstand, nicht nach der Stellung des Besitzers zum Islām, wie es wider alle praktische Vernunft die einseitige theologische Theorie tut." Wir müssen aber diese „Theorie" durchaus in Schutz nehmen. Denn auch sie unterscheidet nach dem Gegenstand der Waren. Vergleiche z. B. Māwardī, aḥkām fol. 359 Z 13–14: فان كان يختلف باختلاف الامتعة والاموال فصلت فيه

[1]) W. C. fol. 357 rechts:

ان الحربي ينزل من الذمى منزلة الذمى من المسلم لان شهادة لايقبل عليه و يقبل شهادة الذمى على الحربي كماانه لايقبل شهادة الذمى على المسلم و يقبل شهادة المسلم على الذمى ثم الذمى يوخذ منه ضعف ما يوخذ من المسلم فكذلك الحربي يوخذ منه ضعف ما يوخذ من الذمى و يوخذ من الذمي نصف العشر فيوخذ من الحرب ضعفه و هو العشر.

die Zakāt wird für ein ganzes Jahr (allerdings postnumerando) entrichtet. Dem Muslim ist der Ḍimmī, aber auch der Musta'min im islāmischen Lande gleichgestellt, sofern es im Grenzverkehr geschieht[1]). Diese Bevorzugung des Grenzhandels, die das europäische Völkerrecht erst im 19. Jahrhundert sich zu eigen gemacht hat, kennt das islāmische Recht bereits elfhundert Jahre früher.

Daraus ergibt sich, daß schon im internationalen Zollrecht des Islām nicht der Grundsatz herrscht, den Zoll von jedem zu erheben, der in den Gewaltbereich des Islām tritt, sondern die Zollpflicht im internationalen Verkehr auf die Grundsätze der Gerechtigkeit (hier gewährleistet durch Reziprozität und durch die Privilegierung des Grenzhandels) zu begründen. Noch mehr tritt diese Rücksichtnahme auf das Ausland im Gebiete der Verkehrssteuer und der Vermögenssteuer zu Tage.

3. Vermögenssteuer und Verkehrssteuer von beweglichen Gegenständen *('ušr, zakāt)*.

Der Muslim hat eine Steuer zu zahlen von gewissen Bestandteilen seines Vermögens: Feldfrüchte, Vieh, Gold, und Silber, Kaufmannsware. Von den drei letzten Vermögensteilen ist die Vermögenssteuer nicht sofort, sondern erst nach einjährigem Besitz zu zahlen. Infolgedessen erhält die Vermögenssteuer auch den Charakter der Verkehrssteuer, denn es wird gewissermaßen eine regelmäßige Vermehrung des Vermögens als ratio der Besteuerung nach 1 jährigem Besitz angenommen. Deshalb sind Kaufmannswaren, die steuerpflichtig sind, nur diejenigen Güter, die jemand nicht zu eigenem Gebrauch erworben hat, sondern um damit Handel zu treiben (s. darüber Juynboll, Handbuch des islamischen Gesetzes 103). Die Steuerfreiheit aller dieser Güter und insbesondere von Gold, Silber und Schmucksachen, sofern sie nicht in Umlauf sind, sondern bloß als nutzlose Schätze aufbewahrt werden, ist der äußere Ausdruck dafür, daß unsere Vermögens-

---

[1]) W. C. 357:
واذا دخل الحربى دار الاسلام بامان تاجرا فعشره عاشر المسلمين ثم مر على
عاشر آخر المسلمين لم يعشره احد فى تلك السنة حتى تمضى فاذا مضت تلك السنة
عشره مرة آخرى لانه مادام يتردّد فى دار الاسلام والذمى لا يعشره العاشر الا مرة و
ان مر عليه فى تلك السنة مرارا فكذلك لا يؤخذ من الحربى.



steuer gleichzeitig eine Verkehrssteuer ist, weshalb sie erst nach 1jährigem Besitz der obengenannten Waren und Viehstücke fällig wird. Was der Muslim als zakāt zahlt, entrichtet der Dimmī und der Musta'min im islāmischen Lande als 'ušr[1]).

Diese Steuer wird nur fällig, wenn

1. ein Jahr seit dem Erwerb des steuerpflichtigen Gegenstandes vergangen ist. (Sog. حال الحول)
2. der Steuerpflichtige (Muslim, Dimmī oder Musta'min) „vor den Steuererheber (عاشر) gegangen ist" (مر على عاشر, mit der Sache: به). Die Steuer ist also eine Bringschuld, keine Holschuld.
3. Die Gegenstände, für die gesteuert werden soll, müssen sich im Lande des Islām befinden.

Wenn alle diese drei Tatsachen zusammentreffen, ist die Steuer fällig. Aber nur dann. Daraus ergibt sich die Möglichkeit verschiedener Anknüpfungspunkte des Rechtsverhältnisses im Auslande resp. im Inlande. Z. B.: Die Ware ist im Auslande, der Steuerschuldner im Inlande. Der Steuerschuldner verbringt einen Teil des Steuerjahres und des einjährigen Besitzes im Inlande, den andern Teil im Auslande. Auch muß nach islāmischer Rechtsregel die Steuer erhoben werden, bevor das 2. Steuerjahr vollendet ist. Sonst verjährt eben die Steuerpflicht des ersten Jahres[2]) — ein Zeichen mehr, daß unsere Vermögenssteuer den

---

[1]) s. darüber und zum Folgenden aš-Šaibānī im W. C. fol. 357 ff. Er redet zuerst vom Einfuhrzoll, der auch 'ušr heißt, und dann folgt fol. 358 — 360 die uns hier interessierende Vermögens- und Verkehrssteuer, ebenfalls 'ušr genannt. Beide Arten von Abgaben sind in dem Kapitel zusammengefaßt:

باب من عشور اهل الحرب و المسلمين و اهل الذمة .

[2]) W. C. fol. 359:

و ذلك لان العاشر انما يعشر المال الذى فى دار الاسلام اذا كان يحميه و وقت الاخذ باق ما لم يجب الحق فى المال ثانيا فمتى وجب الحق فى المال ثانيا فقد مضى وقت اخذ الوجب الاول و جار وقت خذالو اجب الثانى فمتى مر عليه بعد ما حال الحول الاول قبل ان يتمّ الحول الثانى فوقت الاخذ باق فيعشره ومتى تم الحول الثانى فقد مضى وقته فلا يعشره.



Charakter einer Verkehrssteuer hat, da sie nach Maßgabe von Vorgängen, also vorübergehenden Dingen, angeordnet ist[1]). Bei dieser Rechtslage ist nun der Fall möglich, daß das eine Jahr die Sachen sich im Inlande, das andere Jahr im Auslande befinden, und nun die Frage entsteht, ob für das erste Jahr oder das zweite Jahr oder für alle Jahre der islāmische Staat Steuergläubiger bleibt. Aus diesen verschiedenen, möglichen Anknüpfungspunkten entwickelt das islāmische Gesetz ein internationales Steuerrecht, das aš-Šaibānī mit wunderbarer Klarheit und Feinheit zeichnet. Sehen wir näher zu:

a) Zunächst wird der Fall erörtert, daß ein Muslim mit Kaufmannswaren und mit einem Schutzbrief (*'amān*) in's Ausland geht oder ohne Waren, aber im Auslande Handel treibt und dort Güter erwirbt, mit denen er über die Grenze wieder in die muslimische Heimat zurückkehrt, nachdem er im Auslande die einjährige Besitzdauer hat verstreichen lassen. Die Frage entsteht: kann ihm wegen der in seinem Eigentum befindlichen Güter, mit denen er zurückkommt, die Vermögens- resp. Verkehrssteuer abgefordert werden? Antwort: Nein. Denn während der einjährigen Besitzdauer war er nicht unter der Herrschaft des islāmischen Gesetzes: der Schutz des Imām, der, wie wir wissen, der Rechtsgrund des 'ušr ist (s. oben S. 37), kam nicht in Frage, daher auch kein 'ušr[2]). Nach der Rückkehr in das

---

[1]) Über dieses charakteristische Merkmal der indirekten Steuern, also auch der Verkehrssteuer, im Gegensatz zur direkten Vermögenssteuer: Neumann, Die Steuer und das öffentliche Interesse, Leipzig 1887, Seite 446.

[2]) W. C. fol. 358:

و اذا دخل المسلم دار الحرب بامان و معه مال يتجر به او ليس معه فاتجر في دار الحرب فاصاب مالا فحال عليه حول في دار الحرب ثم اخرجه الى دار الاسلام و مر على عاشر المسلمين لم ياخذ العاشر منه شيئا لان العاشر انما يجبى صدقة مال كان في حماية الامام و رعايته حتى يكون الجباية بازاء الحماية الا ترى انه يعشر الدراهم والدنانير التي يمر بها على العاشر لحاجتها الى الحفظ و الحماية و لايعشرها متى اتجر في مصره ، لاستغنائها عن حفظ و حماية و ليس للامام حماية و لارعاية في دار الحرب فلا يعشر الاموال التي لاحماية له فيها و لارعاية .

Land des Islām ist er nur kraft religiöser Pflicht gebunden, die Steuern zu zahlen, nicht durch rechtlichen Zwang. Es soll ihm nur die Ermahnung werden, daß er durch Nichtzahlung eine Sünde begehe [1]). Der religiöse Rat (*fatwā*) ohne Rechtzwang, der allein in diesem Falle gestattet ist [2]), erinnert an das gleiche Mittel, das wir oben (S. 11) in dem Falle kennen gelernt haben, wo der Muslim im Auslande eine Besitzentsetzung begeht und den religiösen Rat im Lande des Islām erhält, das weggenommene Gut wieder zurückzugeben.

Ebenso hat ein Ungläubiger, der im Auslande zum Islām übertritt, wenn er ins Land des Islām kommt, nur dann die Vermögenssteuer zu zahlen, wenn die Frist des einjährigen Besitzes nach Eintritt der Kenntnis seiner Pflicht im Auslande begonnen hat und auch dann nur aus freiem Willen (اذا رضى من الزكوة), nicht kraft Rechtzwangs.

b) Anders liegt aber der Fall, wenn ein Ausländer, der im Auslande den Islām annimmt, hier sein Vermögen hat (der Verfasser sagt „viel Vermögen bestehend aus Handelswaren und Weidevieh": also kommt es auf die Steuerpflicht in Bezug auf Feldfrüchte und Früchte und Viehstücke an, wegen deren er im Lande des Islām steuern müßte). Kommt er nun mit anderen Gütern in das Land des Islām, so muß er, falls er erst im Lande des Islām die volle einjährige Besitzfrist vollendet, steuern, und zwar nicht bloß wegen der bei ihm befindlichen Güter, sondern auch wegen der im Auslande noch befindlichen. Denn ihn ereilt die Pflichtigkeit im Lande des Islām, er befindet sich unter der Herrschaft des Imām auch wegen derjenigen Güter, welche noch im Auslande belegen sind. Denn, wenn auch die Ursache der Pflichtigkeit im Auslande: die Notwendigkeit der Pflichterfüllung ist im Inlande, und auf sie kommt es an. Die Sache wird ähnlich angesehen, als ob die einjährige Frist, die mit der Belastung regelrecht begonnen, dann unterbrochen und schließlich in einem anderen Jahre vollendet wird, ohne daß die dazwischen liegende

---

1) W. C. a. a. O.
و يخبر انه ان لم يؤد فهو آثم لانه حال الحول على مال مسلم فيجب فيه الزكوة و الزكوة متى وجبت يؤمر بالاداء كالصلوة و الصوم.

2) W. C. a. a. O.: فانه يفتى بان زكى ماله ما مضى.

Zeit der Unterbrechung in Rechnung gezogen werden muß[1]). Das Gleiche gilt unter gleichen Umständen von dem gefangenen Muslim und dem Muslim, der sich auf Grund eines ausländischen Schutzbriefs im Auslande aufhält.

Nehmen wir aber den entgegengesetzten Fall:

c) Ein Muslim oder Ḏimmī vollendet die einjährige Besitzfrist im Auslande. Er wird nicht besteuert, wenn er mit diesen Waren wieder über die Grenze kommt. Ebenso wenn er die Waren erst im Auslande erworben, dann die einjährige Besitzfrist vollendet und schließlich über die Grenze in die Heimat kommt. Hat er aber seine einjährige Besitzfrist im Lande des Islām begonnen, den größten Teil derselben im Auslande vollendet bis auf einen oder zwei Tage, die er dann wieder im Lande des Islām verbringt, so wird er steuerpflichtig. Denn die Fällligkeit — der Zeitpunkt der Vollendung jener Besitzfrist — findet in dem Augenblicke statt, wo er unter der Herrschaft des Imām steht, während in den beiden ersten hier unter c) genannten Fällen dies nicht der Fall ist[2]).

---

1) W. C. f. 359 rechts:

ولو ان رجلا من اهل الحرب اسلم و له مال كثير من مال التجارة و مال السائمة فعلم ان الزكوة يجب فى مال فمكث ستة اشهر فى دار الحرب او اقل او اكثر ثم خرج بماله الى دار الاسلم فحال الحول و هو فى دار الاسلام ثم مر على العاشر فان العاشر يعشر ماله و المصدق ياخذ صدقة سوائمه لان الحول انعقد على ماله فى دار الحرب فان الزكوة يجب عليه فى ماله فى دار الحرب الا يرى انه يومر بالاداء و يصير آثما اذا لم يؤد فسبب الوجوب وجد فى دار الحرب والوجوب وجد فى دار الاسلام و العبرة بحال الوجوب و حال الوجوب المال فى حماية الامام و رعايته و فى موضع يجرى حكم امام المسلمين فياخذ منه العشر الا يرى ان الحول لو انعقد على النصاب ثم انتقص ثم تم فى آخر الحول فانه يجب الزكوة فيه و اعتبر فيه حال تمام الحول التى هى حال الوجوب و لم يعتبر النقصان الذى كان فى اثناء الحول فكذلك لا يعتبر كونه فى دار الحرب فى اثناء الحول و يعتبر حال تمام الحول.

2) W. C. a. a. O.:

ولو ان مسلما اوذميا مر على عاشر المسلمين بمال له من دراهم او دنانير يريد ان يدخل به فى دار الحرب للتجارة فقال للعاشر انما اصبته منذ اشهر و لم يحل



Die bisherigen Fälle brachten internationale Anknüpfungspunkte dadurch, daß von der einjährigen Besitzfrist, die zur Fälligkeit der Steuerschuld gefordert wird, ein Teil im Inlande, der andere Teil im Auslande verbracht wird. Nun folgen Fälle, wo bereits abgelaufene Besitzfristen aufeinanderfolgen und entweder zwischen ihnen eine Aufenthaltsveränderung (Reise nach dem Auslande oder umgekehrt) mit den steuerpflichtigen Waren stattfindet, oder die einjährige Besitzfrist im Inlande, die darauffolgende Besitzfrist im Auslande ohne Zahlung der Steuer verbracht ist.

Wir haben demnach folgende Fälle vor uns:

d) Ein Muslim, Ḏimmī, oder Musta'min im Lande des Islām besitzt 1, 2 oder 3 Jahre im islāmischen Inland die Ware, reis aber mit ihr innerhalb dieser Zeiträume (also nach dem 1., 2. oder 3. Jahre) ins Ausland, wie gestaltet sich da die Steuerpflicht? Da muß man unterscheiden, ob die einzelne Steuerschuld, d. i. die Steuerschuld nach jeder Besitzfrist, durch das „Wandern vor den Steuererheber" fällig geworden ist oder nicht. Fällig wird sie auch in jedem Falle dann, wenn nur „vor den Steuererheber gewandert", wenn aber die Ware selbst verheimlicht wird. In diesem Falle muß wegen aller abgelaufenen Besitzfristen die Steuer gezahlt werden, wenn die Verheimlichung nachher hervorkommt. Das Wandern vor den Steuererheber macht die Steuerschuld auf jeden Fall fällig, vorausgesetzt, daß die Ware während

---

له عندى حول صدقه على ذلك و لم ياخذ منه عشرا لانه انكر وجوب الحق فى ماله فكان القول قوله. فان دخل دار الحرب فاشترى به و باع حتى تم الحول منذ ملكه و هو فى دار الحرب ثم خرج به الى دار الاسلام فمر به على العاشر فانه لا ياخذ منه العشر لما مضى لان الحول حال و المال فى دار الحرب و وقت الوجوب و قت تمام الحول فاذا لم يكن المال وقت لوجوب فى موضع يجرى فيه حكم امام المسلمين لا ياخذه الامام.

فان كان اقام فى دار الحرب تمام الحول مذ ملكه فى دار الاسلام الا يوما او يومين ثم خرج الى دار الاسلام فتم الحول فى دار الاسلام ثم مر به على العاشر عشره لان المال وقت وجوب الحق فى حماية الامام و فى موضع يجرى فيه حكم الامام و كان له حق الاخذ.

der Besitzfrist im islāmischen Inland war. Die Verheimlichung schadet dann nicht. (W. C. fol. 359 r: لان الزكاة وجبت فى المال فى دار الاسلام و .لحق متى ثبت لا يبطل بالتاخير و لا بالكتمان).

Ist aber die Fälligkeit nicht erfolgt, deswegen weil der Steuerschuldner garnicht vor den Steuererheber kommt[1]), reist z. B.: der Ausländer nach ein-, zwei- oder dreijähriger Besitzfrist im Lande des Islām mit der Ware ins Ausland, ohne sie zu versteuern, so wird die Steuerschuld hinfällig, denn wenn er auch wieder vor den Steuererheber kommt, so ist die Steuerschuld für das abgelaufene Jahr für den islāmischen Staat hinfällig. Denn unser Musta'min erscheint jetzt wie jeder andere Ausländer, der von neuem ins Land kommt, steuer- resp. zollpflichtig. Seine frühere Steuerschuld ist erloschen, ebenso wie sein Schutzbrief (*'amān*), während dessen Giltigkeit er die frühere Steuerschuld kontrahierte, wegen der Rückreise in die Heimat erloschen ist[2]).

Wenn unter gleichen Verhältnissen ein Muslim, Ḏimmī oder Musta'min im islāmischen Lande durch ein-, zwei- oder dreijährige Besitzfrist wegen der betreffenden Waren Steuerschulden kontrahiert, ohne vor den Steuererheber wegen der ersten 2 Jahre zu kommen und erst nach Ablauf des dritten Jahres seine Steuerschuld deklariert, so ist sie wegen der abgelaufenen 2 Jahre hinfällig: es ist die Verjährung eingetreten. Denn wir wissen (s. oben S. 40), daß die Einforderung der Steuerschuld für das erst abgelaufene Jahr vor dem Ablauf der

---

[1]) Wir wissen, unsere Steuer ist eine Bringschuld!

[2]) W. C. fol. 359 rechts und 359:
فان كان الحربى يدخل فى هذه الاحوال الثلثة فى كل مرة دار الحرب قبل ان يعشره ثم يخرج فليس ينبغى للعاشر ان يعشره الا لهذه المرة الاخرة لهذا الحول الثالث لانه لما دخل دار الحرب فى كل مرة فقد بطلت عنه احكام المسلمين و ارتفع ذلك الامان و صار كحربى آخر حين خرج فى مرة الثانية و لثالثة الا يرى ان العاشر لو عشره ثم دخل دار الحرب ثم خرج ... ذلك ومر على العاشر فانه يعشره ثانيا حكما ابطل دخوله دار الحرب العشر الذى كان عند المسلمين و صار فى الحكم كحربى آخر خرج فكذلك يبطل دخوله دار الحرب ما كان للمسلمين عنده و يصير كحربى آخر خرج فى كل مرة.

einjährigen Besitzfrist für das 2. Jahr stattfinden muß, und hier findet sie erst im 4. Jahre statt. Also ist die Steuerschuld für die abgelaufenen 2 Jahre hinfällig (W. C. fol. 359).

Befindet sich die Ware aber zur Zeit „des Wanderns vor den Steuererheber" überhaupt **nicht** im Lande des Islām, sondern im Auslande, so nützt auch die Einforderung der Steuerschuld für das abgelaufene Jahr vor dem Ablauf der Besitzfrist des 2. Steuerjahres nichts. Dann ist eben auch die Steuerschuld für das erste Jahr hinfällig[1]).

e) Der vorhergehende Fall hatte das Aufeinanderfolgen der Besitzfristen im Lande des Islām zur Voraussetzung, wobei nur in den Zwischenräumen zwischen diesen Fristen der internationale Aufenthaltswechsel erfolgt. Nun erörtert der Verfasser den Fall, wo die einjährige Besitzdauer im Lande des Islām und die folgende einjährige Besitzzeit für dieselbe Ware im Auslande verbracht wird. Wie steht es da um die Steuerschuld? Es kommt auch hier alles darauf an, ob die Waren zur Zeit der Fälligkeit der Steuerschuld, d. i. in dem Augenblicke, da nach einjähriger Besitzzeit der Steuerschuldner vor den Steuererheber kommt (مربه على العاشر), sich unter der Herrschaft der islāmischen Rechtsordnung und unter dem Schutze des Imām befinden.

Wandert z. B. nach einjähriger Besitzzeit ein Muslim oder Ḏimmī mit Handelswaren über die Grenze, ohne sie dem Steuererheber zu deklarieren, bleibt im Auslande dann ein weiteres Jahr und führt die Waren über die Grenze zurück in

---

[1]) W. C. fol. 359: Regel wenn die Ware im Inland ist:
فمتى مر عليه بعد ما حال الحول الاول قبل ان يتم الحول الثانى فوقت الاخذ باق فيعشره و متى تم الحول الثانى فقد مضى وقته فلا يعشره.

Gegensatz:
و هذا بخلاف ما اذا حال الحول و المال فى دار الحرب فان العاشر لا يعشر هذا المال و ان مر به صاحبه عليه قبل ان يتم الحول الثانى لان الحول حال هنا و المال فى موضع ليس يجرى فيه حكم امام المسلمين فلم يثبت له حق الاخذ ابداً و اما المال الذى فى دار الاسلام فانه فى موضع يجرى فيه حكم الامام فله حق ان يعشره متى ما مر به قبل ان يمضى وقته بوجوب الحق الثانى.

die Heimat, so ist die Steuerschuld für das erste Jahr hinfällig, denn inzwischen ist bereits die Besitzzeit des zweiten Jahres abgelaufen, ohne daß die Steuerschuld des ersten Jahres eingefordert worden war, daher Hinfälligkeit (s. oben S. 40). Aber auch die des zweiten Jahres ist hinfällig, da die Ware zur Zeit des Fälligkeitstermins und während der vorhergehenden einjährigen Besitzzeit sich im Auslande befunden hat[1]).

Hat aber der Muslim oder Ḏimmī unter sonst gleichen Verhältnissen nach dem ersten Jahre zwar die Wanderung vor den Steuereinnehmer gemacht, aber die Ware verheimlicht, im übrigen sich so verhalten wie im ersten Falle, so ist die Steuerschuld für das erste Jahr unbedingt fällig, für das zweite Steuerjahr aus dem oben angeführten Grunde hinfällig[2]).

Hat schließlich ein Musta'min im Lande des Islām das erste Besitzjahr der Ware vollendet, wandert dann über die Grenze, ohne dem Steuererheber zu deklarieren, kommt dann nach einem weiteren im Auslande verbrachten Jahre wieder über die Grenze in den islāmischen Staat und deklariert jetzt die Ware dem Steuererheber, so darf von ihm nur der etwa bestehende Einfuhr-

---

1) W. C. fol. 360 rechts.

و اذا كان للرجل المسلم او الذمى مال التجارة فحال عليه حول فى دار الاسلام ثم ادخله دار الحرب بامان فاتجر به حولا آخر ثم اخرجه من دار الحرب فمر به على عاشر المسلمين لم يعشره لاللسنة الاولى و لاللسنة الثانية اما السنة الاولى فلانه لم يحل عليه بماله فى وقت الاخذ فلا ياخذ و اما السنة الثانية فلان الحول قد حال على المال و المال فى دار الحرب وقد ذكرنا ان العاشر لا يعشر المال الذى قد حال عليه الحول فى دار الحرب.

2) W. C. a. a. O.:

فان كان مر به بعد الحول الاول على العاشر فى دار الاسلام فكتمه المال ثم ادخله دار الحرب فمكث حولا فى دار الحرب ثم اخرجه فمر به على العاشر و اخبره خبره فانه يعشر للحول الاول ولا يعشره للحول الثانى اما يعشره للسنة الاولى لانه قد مر به بعد وجوب الحق فى المال و وقت الاخذ باق فيثبت له حق الاخذ فلا يسقط ذلك الحق بالتاخير و اما الحول الثانى حال و المال فى دار الحرب فلايعشره.



zoll erhoben werden, nichts aber von der Verkehrssteuer für die abgelaufenen zwei Jahre, denn als er das Ausland betrat, wurden alle Anordnungen des Islām für ihn hinfällig[1]), und damit erlosch auch das Recht des Imām zur Neuerhebung für die abgelaufenen Jahre[2]).

f) Da, wie wir sahen, der springende Punkt bei allen den genannten internationalen Steuerrechtsfragen, der ist, daß über Person und Sache des Steuerschuldners, zur Zeit der Fälligkeit der Steuerschuld bezw. während der einjährigen Besitzzeit, der Schutz des Imām und seine Herrschaft gegeben ist, so entsteht die weitere Frage: Kann durch Erteilung des Schutzbriefes *('amān)* an einen Ausländer im Auslande, die Herrschaft des Islām und des Imām, damit auch die islāmische Steuergewalt begründet werden? Die Antwort lautet: Nein. Dies gilt zunächst in dem Falle, wo der Musta'min vom Lande des Islām, statt in seinen Heimatstaat zurückzukehren, in ein anderes Ausland mit dem Schutzbrief des Islām wandert und von dort zurückkehrt. Er ist in der gleichen Lage wie der Musta'min, der in seinen Heimatstaat zurückkehrt und dann wieder in das Land des Islām kommt: die vor der Abwanderung ins Ausland kontrahierte Steuerschuld wird hinfällig. Er hat sich nämlich in ein Land begeben, wo die islāmische Rechtsordnung nicht gilt. Also ist auch die Steuerforderung dadurch erloschen[3]).

---

[1]) Da sein 'amān hinfällig wurde; siehe oben S. 45 und ferner S. 49.

[2]) W. C. 360 rechts:

و لو ان حربيا مستامنا فى دار الاسلام حال الحول على ماله او حولان فى دار الاسلام فمر بعاشر المسلمين و معه ماله فكتمه ذلك ثم ان العاشر ظفر به و اخبر خبره فانه يعشره لما مضى فان لم يظفر به العاشر حتى دخل دار الحرب ثم خرج فاخبر العاشر خبره و معه ماله ذلك بطل كل عشر كان وجب عليه لما مضى من السنين و عشره لخروجه من دار الحرب هذه المرة و ابطل عنه ما مضى لانه حين دخل دار الحرب بطلت عنه احكام المسلمين و حق الاخذ يثبت للامام بالحكم فاذا لم يكن للمسلمين عليه حكم لم يكن للامام حق الاخذ.

[3]) W. C. fol. 360:

و لو كان وجب ذلك عليه فلم يدخل دار الحرب التى هو من اهلها و لكنه

Was hier zum Nachteil des islāmischen Staats angeordnet ist, hat auch für den qualifizierten Musta'min eine Kehrseite. Er wird trotz seines 'amān für das Ausland bei der Rückkehr in den muslimischen Staat so angesehen, als ob er keinen 'amān je erhalten hätte; denn der frühere ist durch seine Abwanderung ins Ausland für den islāmischen Staat erloschen. Die Folge davon ist, daß er, wie jeder andere Ausländer, noch während desselben Jahres zum zweiten Mal den Einfuhrzoll entrichten muß (W. C. fol. 360).

Das gilt auch für den Fall, wo ein Ausländer eines mit dem islāmischen Staate durch Vertrag (موادعة) verbundenen Staates gemäß dem Vertrage, also gewissermaßen kraft eines generellen Schutzbriefes, einwandert. Er gilt immer als Ausländer: selbst wenn er während desselben Jahres öfters die Grenze überschreitet, muß er jedesmal den Zoll entrichten (W. C. fol. 360).

Hat er, obwohl Angehöriger eines Vertragsstaats, in einem von seinem Heimatstaat verschiedenen Auslandsstaat von der muslimischen Regierung einen 'amān zur Einwanderung erhalten und hat er während seines Aufenthalts im islāmischen Staat Steuerschulden der vorgenannten Art kontrahiert, wandert sodann in seine Heimat ab und kehrt mit denselben Waren, wegen deren die Steuerschuld kontrahiert war, in das Land des Islām zurück. so wird ihm höchstens der Einfuhrzoll abgefordert, die vorhin kontrahierte Steuerschuld ist aber durch die Abwanderung ins

---

دخل دار حرب اخرى من دار الاسلام بامان يتجر فيها و ان كان المستامن من المسلمين حين دخل ارض المسلمين و لم يذكر لهم دخول تلك الارض فانه يبطل ما كان وجب عليه من العشور لانه دخل دار الا يجرى فيها حكم المسلمين فصار كما لو دخل دار نفسه ثم خرج و لو كان كذلك بطل عنه ما وجب عليه من العشور فكذلك هذا ولو كان استا من المسلمين لينفذ الى تلك الدار ويرجع اليهم فامنوه على ذلك فهذا ايضا والاول سواء ويبطل عنه كل عشر وجب عليه و هكذا لو مستامن على ان ينفذ تلك الدار ويكون آمنا فيها من المسلمين ثم يخرج الى دار الاسلام آمنا حتى يرجع الى داره فامنوه على ذلك فدخل اليهم بعد ما وجب عليه العشور ثم خرج فانه لا يعشر لما مضى و يعشره المسلمون اذا خرج من تلك الدار الى دار الاسلام لان حكم المسلمين غير جار فى دار الحرب التى خرج المستا من اليها.

Ausland und das Hinfälligwerden des 'amān jedenfalls hinfällig, denn die Tatsache, daß ein Vertragsverhältnis zwischen dem muslimischen Staat und seinen Heimatstaat besteht, vermag die zur Einforderung der Steuerschuld notwendige Herrschaft des Imām unter islāmischem Gesetze nicht zu ersetzen [1]).

Wir glauben nun, nach diesem Einblick in die geistige Werkstätte unseres aš-Šaibānī, feststellen zu können, daß sein Buch nicht mit der Inhaltsangabe „Kriegsrecht" abgetan werden darf. Er behandelt nicht bloß Kriegs- sondern auch Friedensrecht, kurz ein jus belli ac pacis. Wir haben hier einen Hugo Grotius des Islām vor uns, der ein System des Völkerrechts rund 825 Jahre vor Grotius geschrieben. Er behandelt die Frage des internationalen Privatrechts zu einer Zeit, da das abendländische Recht bei Behandlung dieser Fragen noch tief in der Barbarei des Personalprinzips steckt. Da erhebt sich für uns die Frage, woher hat der Islām diese Probleme und zum Teil auch ihre Lösung? Die Antwort wird vielleicht in einen der dunklen Teile der frühmittelalterlichen Völkerrechtsgeschichte hineinleuchten können. —

---

[1]) W. C. 360:

كما لو خرج من غير دار الموادعة بامان فيوخذ منه العشر و لو وجب عليه عشور فى دار الاسلام ثم دخل دار الموادعة ثم خرج فانه لا يعشره العاشر لما مضى لما قلنا ان هذه الدار و الدار التى لا موادعة بينها و بين المسلمين سواء و دخول المسلم و الذمى دار الموادعة بمنزلة دخولهما دار حرب ليس بين اهلها و بين المسلمين موادعة سواء لانه لم يصر دار الاسلام بتلك الموادعة لعدم جريان حكم الاسلام فيها .

§ 3. Iǧāra, 'Amān und die hellenistisch-byzantinische Wurzel des letzteren.

I. Der Musta'min leitet seine Rechtsstellung aus dem 'amān her. Der 'amān ist die Schutzgewährung, welche die Rechtslehre des Fiqh mit einem Vertragscharakter umkleidet, ohne daß dies ihr, wie wir gleich sehen sollen, ganz gelungen wäre. Caetani merkt in seinen Annalen des Islām (II², 119) an:

„La parola amān significa realemente sicurezza: da ciò (?) è venuto il senso di patto che concede questa sicurezza, ed in fine specificamente di trattato, secondo il quale il vincitore musulmano accorda al vinto (musulmano e non musulmano) la sicurtà nei beni e nella vita."

Wie aber der 'amān von der Bedeutung eines Schutzes zu der Ursache des Schutzes, nämlich des Vertrages, der den Schutz gewährt, gelangt ist, das erzählt uns weder Caetani noch sonst einer der Orientalisten. Und doch ist er der Kernpunkt des Problems. Juynboll, ein anderer Forscher, der sich mit dem 'amānbegriff beschäftigt hat (E. d. I. I, 341), gelangt nicht einmal soweit wie Caetani. Er erkennt nämlich nicht[1], daß der Kriegs-'amān von dem Friedens'amān, der General'amān von dem Individual- oder Spezial'amān zu scheiden ist und von der islāmischen Rechtslehre auch scharf geschieden wird. Sehen wir z. B. an, wie Māwardī dies tut. Nachdem er vorher (p. 83 f) von dem 'amān gesprochen, der durch allgemeinen Friedensvertrag oder durch Waffenstillstandsvertrag vom Islām gewährt ist und zur Folge hat, daß die bisherigen Feinde, wenn sie islāmisches Gebiet betreten, für ihre Person und ihr Eigentum vollständige Sicherheit genießen, setzt er fort (p. 85):

„Was den besonderen 'amān anbelangt, so kann er von jedem Muslim gewährt werden, Mann oder Weib, Freien oder Sklaven."
(واما الامان الخاص فيصح ان يبذله كل مسلم من رجل اوامراة حر او عبدٍ.)

---

[1]) Richtig erkennt dies dagegen neuestens N. P. Aghnides, Mohammedan Theories of Finance, Columbia University Studies in History, Economics, Public Law XX 4 (1916) p 355 f, ohne allerdings diesen grundlegenden Unterschied weiter zu verfolgen.

Wohl gemerkt, Māwardī sagt يبذله: Der 'amān wird „gewährt, geschenkt". Er sagt aber nicht: Dieser 'amān ist vertragsmäßig abgeschlossen, wie er dies vom General'amān des Imām vorher ausführlich dargetan. Dabei hat er doch vorher so scharf die Vertragsnatur präzisiert, daß er bloß das Erscheinen der Ausländers im Lande des Islām mit Geschenken noch keineswegs als notwendige Ursache des 'amān bezeichnet: denn Vertrag entsteht noch nicht aus der Offerte zu einem Vertrage (لانّ العهد ماكان عن العقد).

Wir haben also festzuhalten, daß der General'amān immer durch Vertrag, der Individual- oder Spezial'amān auch durch einseitige Handlung entstehen kann. (Vgl. die interessante Parallele des römischen Gastrechts bei Mommsen, Römische Forschungen I. 324). —

Aš-Šaibānī unterscheidet noch schärfer innerhalb des Individual'amān [1]). Er tut dies im Anschlusse an fogenden Fall:

„Wenn während der Belagerung einer Festung von Seiten der Muslims ein Mann (sc. der Festung) einen 'amān verlangt, um zum Feind (sc. den Muslims) zu gelangen, wenn sie (sc. die Muslims)

[1]) WC. fol. 69 und f. 70 rechts:
ولو ان المسلمين حاصروا حصنا فطلب رجل اليهم الامان على ان ينزل اليهم فاعطوه ذلك فخرج و معه امراته و ولده الصغار و رقيقه و ماله فذلك كله فئ غيره لان هذا قد صار مقهورا خايفا على نفسه فانما يطلب الامان لينجو بنفسه و فى تحصيل هذا المقصود لاحاجة الى اتباع شئ من هولاء معه بخلاف الاول فهو كان فى داره غير خايف و انما استامن الى دارنا ليسكن فيها ويتجر و لايتم له هذا المقصود الا باستصحاب هولاء و الثانى ان حق المسلمين قد ثبت فى جميع مافى الحصن هنا فان المحصور كالماخوذ و لهذا يتوقف حكم تصرفاته فالحاجة الى ابطال حق المسلمين عنهم بعد ما ثبت وذلك بالنص يكون لابدلالة الحال فاما الذى استامن الى دارنا لم يثبت حق المسلمين فيمن استصحبهم معه و انما حاجته الى منع ثبوت حق الاسترقاق فيهم و دلالة الحال يكفى لذلك

Der gefangene Ungläubige, der Pardon von einem Muslim erhält, bewahrt sein Leben allen anderen gegenüber, aber er selbst wird fai' der Muslims: WC. fol. 90 rechts.

ihm einen solchen gewähren, und er mit seiner Frau, seinen kleinen Kindern, seinen Sklaven und seinem beweglichen Vermögen nun (aus der Festung) auszieht, so ist dies alles bis auf seine Person fai' (d. i. Gemeingut) der Muslims. Denn er ist (in diesem Falle) bezwungen und in Furcht für sein Leben, und wenn er den 'amān fordert, so geschieht dies nur, um seine Person zu retten, und zur Erreichung dieses Zieles liegt keine Notwendigkeit vor, daß ihm die genannten Personen und Sachen folgen. Im Gegensatze dazu steht der erste (früher genannte) Fall, wenn er in seinem (Heimat-)Staate sc. ohne Furcht war und den 'amān für unser (Muslim-)Land erbeten hat, um sich darin aufzuhalten und Handel zu treiben. Dann kann seine Absicht nicht zur Vollführung kommen außer durch Begleitung dieser (Personen und Sachen). In dem zweiten Falle steht ein Recht der Muslims unbestritten fest, nämlich auf die Gesamtheit dessen, was dort in der Festung ist, denn das Belagerte ist so gut wie das Erbeutete, und deswegen wird (sc. nur) die Verfügungsmöglichkeit darüber aufgeschoben. Und die Notwendigkeit für den Wegfall eines Rechts des Muslims, wenn es einmal feststeht, kann nur stattfinden kraft ausdrücklicher Abmachung, nicht aber auf Grund der augenblicklichen Lage. Was aber den Musta'min (sc. im 1. Falle) für unser Land anlangt, so haben die Muslims kein feststehendes Recht, an dem was in seiner Begleitung ist, und (daher) fürwahr die Notwendigkeit des Schutzes seines feststehenden Rechts zur Beherrschung ihrer (sc. der Sachen und Personen in seiner Begleitung) genügt dafür ebenso wie die Vermutung aus der augenblicklichen Lage (sc. ohne daß hier ausdrückliche Abmachung nötig wäre)."

Aus dem Angeführten ergeben sich folgende Sätze für die Rechtslage.

Der General'amān ist von dem Individual'amān scharf zu scheiden. Der erstere kann nur vom Imām erteilt werden für alle Bewohner des durch Vertrag verbundenen Auslands und erzeugt den Schutz derselben im Lande des Islām sowohl für ihre Person als für ihr Eigentum. Der Individual'amān wird von jedem Muslim erteilt mit der Wirkung, daß er für alle übrigen Muslims verbindlich ist. Er ist entweder Kriegs'amān oder Friedens'amān. Der erste schafft nur persönliche Sicherheit — wir würden sagen: Pardon wird gegeben —, der zweite erwirkt für den damit bedachten die Rechtsstellung eines Musta'min, wie



der General'amān. Wie wir gesehen haben (S. oben 14) und (§ 4) noch sehen werden, kann der Friedens'amān als Spezial-'amān in der Praxis auch nur vom Imām erteilt werden.

Kurz, ein Friedens'amān (General- oder Individual'amān) schafft die Rechtsstellung eines Musta'min, ein Kriegs'amān in der Regel nur die Pardonierung des Lebens. Der erste ist gewöhnlich nur als Vertrag denkbar, der letztere durch einseitige — wie wir bald sehen sollen — auch symbolische Handlungen des 'amān-gewährers oder -empfängers möglich.

Wie im germanischen Recht[1]) haben wir hier im islāmischen Recht die beiden Formen der Haftung: die sog. unselbständige Haftung durch Zugehörigkeit zu einem Verbande (Haftung aller Muslims für die Innehaltung des vom einzelnen Muslim gewährten 'amān) und die sog. selbständige Haftung (Haftung der Muslims für den erteilten 'amān) kraft Rechtsgeschäfts (Vertrags).

Es entsteht nun die rechtsgeschichtlich wichtige Frage: welche dieser Haftungsformen ist im islāmischen Recht die ältere?

II. Die Iǧāra-Wurzel im 'Amānbegriff.

1. Die Gleichstellung von iǧāra und 'amān im ältesten Recht des Islām begegnet uns in einer Reihe von authentischen Dokumenten, die wir hier zunächst anführen wollen.

Da ist zunächst die (im Jahr 2 d. H.) entstandene Gemeindeordnung von Medina zu nennen, welche in ihrem Schlußartikel — nach Wellhausen's Übersetzung[2]) — den Satz enthält:

„Wer zu Felde zieht, genießt Sicherheit, und wer zu Hause bleibt, genießt Sicherheit in der Medina."

Bei Ibn Hišām, der das Original enthält, lautet die Stelle (ed. Wüstenfeld I. 344):

وان من حرج آمن و من قعد آمن بالمدينة .

Dann setzt der Text fort:

الا من ظلم و أثم و ان الله جار لمن بر و اتقى،

was Wellhausen (a. a. O.) übersetzt:

„Ausgenommen (d. h. von dem Genuß der Sicherheit) wer offen oder geheim Unrecht begeht. Gott ist der **Schutzherr** dessen, der redlich ist und fromm."

---

[1]) S. Gierke, Schuld und Haftung, S. 12.

[2]) Skizzen und Vorarbeiten, IV. S. 73.

Der Zustand des Sicherheitsgenießens (آمن) macht Gott zum Schutzherrn (جار).

Eine andere wichtige Belegstelle ist der Qur'ān, Sūra IX 6: وان احد من المشركين استجارك فاجره حتى يسمع كلم الله ثم ابلغه مأمنه.

„Wenn einer der Ungläubigen dich um Schutz bittet, so gewähre diesen ihm, bis er das Wort Gottes hören kann. Darauf laß ihn seinen Ort der Sicherheit erreichen."

Diese Stelle liefert nicht bloß aus ihrem eigenen Wortlaut heraus den Beweis für die Gleichung zwischen iǧāra und 'amān (Rechtsfolge des اجرة = das Erreichen lassen des مأمنه = Ort der Sicherheit)[1]), sondern auch deshalb den Beweis für die Gleichstellung beider Begriffe, weil aus diesem Satz des Qur'ān ein Rechtssatz des 'amān-Instituts, von einigen sogar die ganze Lehre des 'amān, abgeleitet wird. Insbesondere wird aus dieser Qur'ānstelle der Rechtssatz abgeleitet: Wenn ein Ungläubiger den Ort seines Schutzes (منعة) verläßt ohne Waffen, ohne Begleitung und ohne sonstige Anzeichen einer Angriffsabsicht, und den 'amān mit erhobener Stimme fordert, so wird er āmin. Denn gleichviel ob ihm die Muslims 'amān gewähren oder nicht, das heilige Gesetz gewährt ihm in diesem Falle den 'amān. Denn Gott sagt: und nun wird Qur'ān IX, 6 zitiert[2]).

---

[1]) Daß schon die Frühzeit des Islām hier in dieser Qur'ānstelle iǧāra = 'amān setzte, bezeugt der berühmte Vertrag Āmr ibn al-Āṣī's mit den von ihm unterworfenen Christen von Ägypten (bei Ṭabarī I. p. 2588 f.):

و من ابى و اختار الذهاب فهو آمن حتى يبلغ مأمنه.

„Wer dies verweigert oder das Wegziehen vorzieht, der soll den 'amān haben, bis er zum Ort seiner Sicherheit gelangt." Hier ist die Verbalform iǧāra der Qur'ānstelle direkt durch 'amāna ersetzt.

[2]) Aš-Šaibānī, W. C. fol. 59:

و ان كان فى منعة حيث لا يسمع المسلمون كلامه و لا يرونه فانحط من ذلك الموضع ليس معه احد ولا سلاح حتى اتى المسلمين فلما كان حيث يسمعهم نادى بالامان و هو فى ذلك الموضع غير ممتنع من المسلمين فهو آمن لانه اتى بما فى وسعه من مفارقة المنعة و النداء بالامان اذا صار بحيث يسمع المسلمين و القى السلاح

Schließlich sei noch ein Dokument aus den ältesten Zeiten des Islām angeführt, eines von den Sendschreiben Muḥammads an die Banu Ǧanba[1]) und die Bewohner von Maqnā:

„Und wenn dieses mein Schreiben zu euch gelangt, so seid ihr sicher und habt den Schutz Gottes und seines Boten (فانكم امنون لكم ذمة الله و ذمة رسوله). Es soll euch kein Unrecht widerfahren und keine Befehdung, denn der Bote Gottes nimmt euch in Schutz gegen alles, wovor er sich selber wahrt (وان رسول الله جاركم مما منع منه نفسه).“

Auch hier wird das Sichersein durch 'amān dem Schutz durch das ǧār-Verhältnis gleichgestellt.

2. Das ǧār-Verhältnis.

Die Verleihung des Schutzes (اجارة) im vorislāmischen Arabien konnte 2 Formen annehmen, eine Individualform oder eine Generalform. Entweder wurde ein Individuum in den Schutz eines Stammes aufgenommen oder ein ganzer Stamm. Für beide Formen dasselbe Wort der Schutzverleihung, ähnlich wie der 'amān ein General- oder Individual'amān sein kann.

Über die iǧāra an ein Individuum sind wir verhältnismäßig ausgezeichnet informiert[2]). Diese konnte von jedem Mitglied des Stammes, sogar von Frauen und Kindern verliehen werden. Es galt aber gewöhnlich als Zeichen hohen Ansehens, wenn

---

فالظاهر انه جاء طالبا الامان فهو آمن امنوه او لم يومنوه لان الشرع امن مثله قال الله تعالى و ان احد من المشركين استجارك فاجره حتى يسمع كلام الله.

[1]) Wellhausen, Skizzen und Vorarbeiten, IV. p. 16, § 44 (arab. Text) und p. 119 f. (Übersetzung). Dazu das folg. Sendschreiben a. a. O. § 45.

[2]) Insbes.: durch Quatremère, Les asiles chez les Arabes, in Mémoires de l'Académie Royale des inscriptions et belles-Lettres t XV. (1842) p. 307. Der Titel „Asyl“ als Resultat der iǧāra ist irreführend und deckt nicht die Sache, wie aus der schönen Arbeit selbst hervorgeht. Vergl. noch außerdem über den Gegenstand: Fraenkel in Or. St. (für Nöldeke 1907) I 293 ff.; Zaidān, Ummayads und 'Abbásids in Gibb Memorial Series, IV (1907) p. 25 f. § 15, wo man freilich unter dem Titel „neighbourhood“ kaum die iǧāra als Rechtsinstitut wiederzuerkennen vermag.

man viele Schutzbefohlene hatte, und der arabische Krieger beeilte sich, wenn ihn jemand mit erhobener Stimme um Schutz bat, vom Pferde zu steigen und Schutz ohne Ansehen der Person zu gewähren.

Symbolische Handlungen bewirkten auch die iğāra, z. B. das Aufhängen der Kleider vor dem Zelt des Schutzherrn, die Aushändigung des Turbans, den der Schutzherr getragen, das Anfassen der Hüften oder des Bartes des künftigen Schutzherrn, die Überlassung des eigenen Gewandes des Schutzherrn an den Schutzbefohlenen, das Aufsetzen auf die Knie u. a. m. Der Schutzherr hieß ğār. Die Wirkung der iğāra, war nicht bloß der Schutz durch den Schutzherrn, sondern durch seine ganze Sippe und seinen Stamm (einschl. seiner Klienten). Dieser Schutz ging bis zur Blutrache für den Tod des Schützlings.

Da symbolische Handlungen zur Aufnahme genügten, konnte diese auch einem Widerstrebenden durch List aufgenötigt werden.

Die Schutzentkleidung, d. h. die Aufgabe des Schutzes, konnte aber nur durch wechselseitiges Einvernehmen zwischen dem Schutzherrn und Schutzbefohlenen, gewöhnlich nur öffentlich, vorgenommen werden. Ohne Einwilligung des Schutzbefohlenen war eine solche Entziehung des Schutzes unzulässig. Aber der Schutzbefohlene konnte seinen Schutz zurückgeben [1]). Auch leblosen Gegenständen, Sachen konnte die iğāra erteilt werden.

Weniger gut [2]), als über die Individualiğāra, sind wir über die Kollektiviğāra an einen ganzen Stamm informiert. Ob die Quellen (vielleicht Ağānī) noch viel Material darüber bringen können, scheint uns zweifelhaft, weil gerade diese Form der iğāra vor Muḥammads und des Islām Kampf gegen das arabische Stämme- und Fehdewesen im allgemeinen und gegen die iğāra [3])

---

[1]) رد عليه جواره: Ibn Aṯīr II. p. 58.

[2]) Außer gelegentlichen Äußerungen bei Wellhausen, Skizzen und Vorarbeiten IV. S. 11 ff., S. 77 ff., noch Pedersen, der Eid bei den Semiten, in „Der Islam“ Beiheft Nr. 3, S. 29 f.

[3]) Vergl. z. B.: Ağānī XVII. 56. Die islāmische Obrigkeit, inbes. die Umajaden bekämpften bloß die Individualiğāra, s. Ağānī XVII. 57.



im besonderen, sich in die Wüste [1]) verziehen mußte, um überhaupt noch fortzuleben. Immerhin haben wir ein anderes Mittel, um das Wesen dieser Kollektivig̃āra kennenzulernen. Es steht nämlich fest, daß das hebräische gēr dem arabischen g̃ār gleichzusetzen ist [2]). Nun sind wir über die Rechtsstellung der alttestamentlichen gērīm, der Schutzbefohlenen, sehr gut unterrichtet [3]). Wir geben eine kurze Zusammenfassung dieser Rechtsstellung nach Max Weber (Archiv für Sozialwissenschaft, Bd. 44, S. 84—94) wieder:

Neben den eigentlichen Israeliten standen, ursprünglich rituell von ihnen geschieden, die stammfremden, teils in Ortsverbänden, teils ohne solche, in Sippen und Stämmen organisierten „gērīm" (Metöken), entweder als bodensäßige Klientelstämme, die z. B. noch fronpflichtig gewesen sein mögen, oder als nicht bodensäßige Gaststämme und Gastsippen. Sie standen im Gegensatz zum „nokhri", dem rechtlosen Landfremden, in einem festen und geordneten Rechtsverhältnis zu dem politischen Verband (der Stadt), dem sie angegliedert waren, wurden von diesem geschützt, scheinen sogar als gerichtsstandsfähig gegolten zu haben. In ebendemselben Rechtsverhältnisse des „gēr" konnten sich aber auch vollberechtigte Israeliten, ja ganze israelitische Stämme befinden (so z. B. der Stamm Issachar), wenn sie sich bei einem fremden Stamme niedergelassen hatten oder in einen solchen einordnen mußten.

Diese Gleichstellung von hebr. gēr und arab. g̃ār befähigt uns auch das großartigste Beispiel einer politischen Zusammenfassung durch Kollektivig̃āra, die die arabische Geschichte kennt, zu begreifen: Wir meinen die politische Zusammenfassung von Arabern und Juden durch die Gemeindeordnung Muḥammads

---

[1]) Hier hat sie sich allerdings sowohl als Kollektiv- als auch als Individualig̃āra bis auf den heutigen Tag erhalten. Siehe Musil, Arabia Petrāa III. p. 345 ff. Nur heißt es immer statt des alten اجار nun دخل على. Auch Frauen erteilen Schutzfehderecht der Sippe des Schützers gegen die den Schutz verletzenden ebendort. Beispiel einer Kollektivig̃āra: Musil a. a. O. 67.

Gelegentlich heißt das Schutzgewähren auch 'amāna, siehe Musil a. a. O. 237., meist aber daḫala ʿalā.

[2]) Vergl. Dozy, die Israeliten zu Mekka S. 94 f. und jetzt Bertholet, Kulturgeschichte Israels, 1919, S. 104⁵.

[3]) Vergl. Bertholet, die Stellung der Israeliten und der Juden zu den Fremden (1896); Benzinger in Hauck's R. E. VI. 262 ff.

für Medina (um das Jahr 2 d. H.). Es war nichts natürlicher als diese verschiedenen Stämme durch das ihnen, d. h. sowohl den Arabern, als auch den Juden, verständliche Rechtsinstitut der iǧāra zusammenzubringen, da die Hoffnung auf eine Islāmisierung der Juden verschwunden war. Zudem befanden sich die Juden schon durch alte Gewohnheit in diesem Verhältnis zu den (Aus und Ḫazraǧ) Anṣār. Muḥammads Tat bestand nun darin, daß er die politische iǧāra zu einer religiös-politischen iǧāra ummodelte und das Resultat derselben aus einem politischen Schutzverhältnis *(ḏimma)* zu einem religiös-politischen, als Schutzherrschaft Gottes *(ḏimmatu 'llāhi)*, werden ließ. Das Wesen der arabischen iǧāra können wir aber, wenn wir von der religiösen Färbung absehen, wohl am besten an der Ḏimma von Medina studieren.

3. Die arabische Ḏimma, das Resultat der Iǧāra: eine Kollektivverantwortlichkeit ohne Vertragsgrundlage.

In Medina lebten vor der Ankunft Muḥammads Araber und Juden untereinander im ǧār-Verhältnisse. Aber dies war noch dadurch potenziert, daß ein Stamm gleichzeitig einen anderen schützen und von einem dritten beschützt werden konnte.

Die arabischen Stämme hatten jüdische Stämme oder Sippen zu Klienten und diese wieder arabische Geschlechter[1]. Ein solches Geflecht von ǧār-Verhältnissen konnte selbst nur durch Legalisierung des Bestehenden und religiöse Spiritualisierung desselben zur Ordnung gebracht werden.

Muḥammad tat dies, indem er aus den Gläubigen, Heiden und Juden von Medina eine durch das ǧār-Verhältnis geeinigte Schutzgemeinschaft *(ḏimma)* machte. Die Gläubigen untereinander und mit den Ungläubigen und den Juden bildeten eine einzige Gemeinschaft *(umma)* gegenüber den anderen Menschen. Einer der wesentlichsten Seiten dieser Gemeinschaft ist die Schutzgemeinschaft in oder durch Vermittlung Gottes (die *ḏimmatu 'llāhi,* vergl. § 15 und 25 der Gemeindeordnung). Diese Schutzgemeinschaft ist eine Kollektivverantwortlichkeit durch Gottes Vermittlung. Dieser Zusatz ist islāmisch. Arabisch und vorislāmisch: die Kollektivverantwortlichkeit der einzelnen Mit-

[1]) Vgl. Wellhausen, Skizzen und Vorarbeiten, VI. a. a. O. S. 10 ff; Wensinck, Mohammed en de Joden te Medina, Leyden 1908.



glieder des ǧār-Verhältnisses untereinander. Aufnahme in das ǧār-Verhältnis kann der Geringste gewähren. Die spätere Fiqhlehre beschränkte und erweiterte den Sinn dieses Rechtssatzes (§ 15 der Gemeindeordnung) gegenüber der vorislāmischen Zeit. Sie beschränkte ihn (s. weiter unten), indem sie nur den Erwachsenen das Recht der iǧāra verlieh. Sie erweiterte ihn, indem sie auch den Nichtstammgenossen, z. B. den Sklaven oder Freigelassenen, sofern er nur Muslim war, zur Schutzgewähr zuließ. Allen Menschen konnte dieser Schutz gewährt werden: nur nicht den Quraischiten (§ 20 der Gemeindeordnung). Die iǧāra blieb dem Stamm und jedem Mitglied des Stammes. Aber nicht nur die Individualiǧāra (§ 15 der Gemeindeordnung), sondern vor allem die Kollektiviǧāra. Jeder Stamm — ob vorislāmisch-arabisch oder jüdisch — konnte einem anderen Stamm gegenüber die iǧāra gewähren. Denn wie die Wirkung der Individualiǧāra die ist, daß der ganze Stamm des Schutzgewährers die Kollektivpflicht übernimmt, den Schutzbefohlenen zu schützen, so verpflichtet die Kollektiviǧāra eines Stammes, die ganze Schutzgemeinschaft der umma. Das ist wohl der Sinn des sonst dunklen Satzes (§ 45 der Gemeindeordnung):

„Wenn sie (die Juden von den Gläubigen) zu Frieden aufgefordert werden, daß sie ihn schließen und annehmen sollen, so sollen sie es tun; und wenn sie die Gläubigen zu Ähnlichem auffordern, so haben diese ihnen gegenüber die gleiche Pflicht, ausgenommen den Krieg wegen der Religion. Jeder hat sein Teil, das ihm zunächst obliegt."

Durch die Ausnahme zu Gunsten der Religionskriege, die jeder Glaubensgemeinschaft auf eigene Gefahr zustehen, bleiben die übrigen Kriege, durch Kollektiviǧāra — die spätere Zeit würde hier General'amān sagen — beendbar. Durch das ǧār-Verhältnis ist die umma von Medina eine Art von Bundesstaat, worin jeder Stamm ein Kriegsrecht auf eigene Faust hat, mit Rechtswirkungen für den Gesamtverband.

Wir lernen aus dieser Gemeindeordnung für die Rechtsverhältnisse der iǧāra folgendes:

i) Die iǧāra ist auch in islāmischer Zeit entweder Individual- oder Kollektiviǧāra; beide lösen, wie der Individual- und General-'amān der späteren Zeit, eine Kollektivverantwortlichkeit des Stammes resp. aller verbündeten Stämme (der sog. Eidgenossen § 37 der Gemeindeordnung) aus.

ii) Diese Kollektivverantwortlichkeit heißt ḏimma. Das Resultat der iǧāra ist also die ḏimma[1]) und zwar im Islām die ḏimmatu 'llāhī (die Schutzgemeinschaft Gottes) und seines Gesandten.

iii) In die Schutzgemeinschaft Gottes konnten in der ersten Zeit des Islām Ungläubige und Juden aufgenommen werden. Das ist ja nur eine Folge der vorislāmischen iǧāra, die eben auch Stammesfremden Schutz gewährte. Die Gemeindeordnung von Medina bestätigt dies. Andere Beispiele aus dem frühesten Islām lassen sich nachweisen und finden sich in den Annalen des Islām von Caetani (passim). Erst die spätere Zeit hat daran Anstoß genommen, daß auch die Ungläubigen in den Schutz Gottes und seines Propheten genommen werden und hat höchstens für die Ungläubigen den Schutz *(ḏimma)* der Muslims oder des betreffenden Oberbefehlshabers des islāmischen Heeres zugelassen (s. weiter unten § 4).

iv) Die Schutzgemeinschaft *(ḏimma)* als Resultat der Individual- oder Kollektiviǧāra setzt keine Vertragsgrundlage voraus. Das hat Wellhausen[2]), für die ḏimma, die zu Medina bestand, nachgewiesen. Und in der Tat: die vorislāmische iǧāra konnte, wie wir wissen, durch symbolische Handlungen, ja sogar durch Überlistung desjenigen, dessen Schutz man gewinnen wollte, begründet werden. Von Vertrag ist deshalb

---

[1]) Sehr interessant ist, wie sich diese Rechtstatsache noch bei den Geschichtsschreibern der späteren Zeiten erhalten hat. Ibn Aṯir berichtet (II p 58), daß die von Muḥammad nach Abessinien gesandten Muslims auf ihrer Rückreise in die Nähe von Mekka kamen. Sie fürchteten vor der Gewalttätigkeit der dem Islām abholden Quraischiten und wagten nur insgeheim (مستخفيا) oder durch in Anspruchnahme der iǧāra (بجوار) seitens ihrer Freunde oder Verwandten in Mekka Unterschlupf zu erhalten; bald besannen sie sich aber, daß die Schutzgemeinschaft Gottes wertvoller ist, als die der Ungläubigen. Einer sagte: „Ich bin in der Schutzgemeinschaft eines Ungläubigen. Der Schutz Gottes ist wertvoller", und er gab dem Gewährer seinen ihm gewährten Schutz zurück:

ثم قال اكون فى ذمة مشرك جوار الله اعز فرد عليه جواره.

[2]) A. a. O. S. 83.

gar keine Rede. Einseitige Handlungen des Schutzgewährers sind die iğārahandlungen, und auf solchen einseitigen Handlungen ruht die ḏimma oder Schutzgemeinschaft. In diesem Sinne sind wohl die meisten, wenn nicht alle sogenannten Sendschreiben Muḥammads an die arabischen Stämme in der Frühzeit des Islām, aufzufassen. Sie sind nicht „Verträge", als welche sie die spätere Tradition und Geschichtsschreibung hinzustellen liebt, sondern einseitige Handlungen der Schutzgewähr.

Wir greifen aus den vielen nur einen Beleg hervor[1]).

„Und Muhammad schrieb an die banū Ǧanba — das sind Juden in Maqnā — und an die Bewohner von Maqnā — Maqnā ist nahe bei Aila. Eure Gesandten sind bei mir eingetroffen auf ihrem Heimwege nach ihrer Stadt. Und wenn dies mein Schreiben zu Euch gelangt, so seid ihr sicher und habt den Schutz Gottes[2])."

Der obige Brief legt dem Adressaten Pflichten auf, wofür sie gewissermaßen als Gegenleistung den Schutz Gottes und seines Boten erlangen. Kein Wort davon, ob sie die Bedingungen auf sich nehmen wollen, kein Wort davon, ob sie dem „Vertrag" zustimmen wollen. Sie erhalten den Schutz, in dem Augenblick, wo sie den Brief erhalten. Punktum!

Das ǧār-Verhältnis braucht eben keine Vertragsgrundlage. In das ǧār-Verhältnis und in das es ablösende 'amān-Verhältnis kommt nun durch die Traditionarier und das Fiqh die Vertragsgrundlage.

III. Die Hineinarbeitung des Vertragscharakters in iğāra und 'amān durch Tradition und Fiqh.

Für das Studium dieser Gedankenarbeit bietet aš-Šaibānī, der lange vor Buḫārī die Traditionen unserer Frage gesammelt hat, in seinem Buch eine wahre Fundgrube.

Wir können hier Tradition und Fiqh gewissermaßen in ihrer Werkstätte belauschen. Die Aufgabe für sie war, die dem Stammeswesen entspringende Kollektivverantwortlichkeit und Kollektivhaftung, verwirklicht durch iğāra und 'amān, in eine auf Vertrag ruhende Haftung umzudeuten. Die Gründe, warum sie dazu

---

[1]) Wellhausen a. a. O. 119.

[2]) فاذا جاءكم كتابي حذا فانكم امنون لكم ذمة الله .

genötigt war, werden wir (noch weiter unten IV) kennen lernen. Hier die Arbeit.

Die feinsten und schönsten Probleme in diesem Buche — so sagt aš-Šaibānī in seinem Eingangs-Kapitel über den 'amān [1]) — enthalten die Kapitel über den 'amān. Denn sie verbinden die Feinheiten des Rechts mit der Sprachwissenschaft. Es pflegte auch unser Autor seinen Vetter, den berühmten Hofphilologen Hārūn's, Alī ben Ḥamza al Kisā'i [2]), in Fragen der Sprachwissenschaft zu Rate zu ziehen [3]).

Daß die Sprachwissenschaft von den Gelehrten des Islām zur Auslegung des Rechts eifrig herangezogen wurde, geht aus den Prolegomena Ibn Ḫaldūn's hervor: Alle Gesetze der šarī'at folgen aus Qur'ān und Sunna. Diese seien in arabischer Sprache festgelegt. Daher müsse man mit Hilfe arabischer Sprachwissenschaft die Erklärung schwieriger Textstellen suchen (III p 279 des arabischen Textes). Nach Al-Kisā'ī und As-Šaibānī soll dies nun besonders in der Lehre vom 'amān der Heerfahrten zutreffen.

Gleich ein Pröbchen dieser Methode — die geradezu das Gegenstück unserer historischen Methode ist — bietet aš-Šaibānī, in seinem oben zitierten Eingangskapitel zur Lehre vom 'amān. Es wird dort der bekannte Ausspruch des Propheten:

المسلمون يد على من سواهم يسعى بذمتهم ادناهم .

in wörtlicher Übersetzung: „Die Muslims haben die Gewalt über die Nicht-Muslims: es vermag den Schutz von seiten der Muslims herbeizuführen der geringste unter ihnen“ — erklärt. Nach Ibn Hišām und Wāqidī soll der Prophet den Ausspruch getan haben (allerdings in der Form: (انه يجير على المسلمين ادناهم) als Zainab, die Frau des Abū 'l 'Āṣ ibn ar-Rabī', ihrem heidnisch gebliebenen Mann, in Medina mittels iǧāra Unterkunft gewährte.

---

1) W. C. a. a. O. fol. 52.

2) Über dieses Brockelmann I 115.

3) W. C. a. a. O.

و كان يشاور فيها على بن حمزة الكسائى فانه كان ابن خالته وكان مقدما فى علم النحو.

Es wurde damals gesagt (قيل): Wer die gründlichen Kenner der Rechtslehre und der Sprachwissenschaft prüfen wolle, der müßte sich an die Lehre vom 'amān der Heerfahrten machen;

و من اراد امتحان المتبحرين فى النحو و الفقه فعليه بامان السير .

Ohne Rücksicht auf diesen historischen Hintergrund, wird nur durch Heranziehung verschiedener Qur'ānsprüche unter Verwendung des نحو, der Sprachwissenschaft oder Grammatik, untersucht, woher man das (ادنّاهم) abzuleiten habe. Entweder — sagt aš-Šaibānī (W.C. fol. 52) — man leitet das Wort von »ادنى« ab, dann bringt man es mit dem Qur'ānwort (Sūra 58, v. 8) in Zusammenhang: „Es gibt keine geheime Unterhaltung unter Dreien, wobei Gott nicht der Vierte, nicht unter Fünfen, wo er nicht der Sechste ist. Es können sich nicht vereinigen — weniger oder mehr — (ولا ادنى من ذلك و لا اكثر) bei denen er nicht wäre . . ." Die Verbindung mit diesem Qur'ānworte zeigt, daß der Rechtsatz voll begründet ist, daß der 'amān eines einzigen rechtsverbindlich (sc. für die übrigen Muslimen) ist. Hier ist also die aus dem Stammeswesen zu erklärende Kollektivhaftung durch eine Wortinterpretation erklärt. Leitet man — sagt aš-Šaibānī — aber das Wort von der Wurzel ادنو ab, so kann man es mit dem Qur'ānworte (Sūra 53 v. 9) in Verbindung bringen: „Er war in der Entfernung doppelter Bogenwurfweite oder noch näher (فكان قاب قوسين او ادنى)." Dann wird — so sagt aš-Šaibānī — die rechtliche Zulässigkeit des 'amān jener Muslims begründet, welche an den Grenzen wohnen und den Feinden näher sind. Oder man leitet — so führt aš-Šaibānī schließlich aus — das Wort von الدنّاءة [1]) (Wurzel دنّاء) ab, so wird durch diese Verbindung der Rechtsatz begründet, daß auch derjenige der andauernd gegen das Gesetz sündigt (فاسق) einen 'amān erteilen kann, denn „das Gegenteil der Niedrigkeit ist's was den Muslims geziemt." (لان ضد الدنّاءة به يلق من المسلمين).

So kann man mit Hilfe der Sprachwissenschaft alle Rechtsätze in den Qur'ān hineinlesen. Nach aš-Šaibānī ist die Ḏimma und der 'amān ein Vertrag und zwar entwender ein zeitlich beschränkter oder zeitlich unbeschränkter. (W. C. a. a. O. fol. 52: والمراد بالذمة العهد موقتاً كان او مويدا و ذلك الامان.

Schwierig ist es nur, auf Grund dieser neuen Grundlage des Vertrags eine Kollektivverantwortlichkeit der Muslims juri-

[1]) Gleichbedeutend mit Niedrigkeit.

stisch zu begründen. Die vorislāmische d̲imma konnte dies leisten. Da sie aber in der neuen Fiqhlehre zum Vertrage geworden ist, wie wir eben hörten, muß ein anderer Begriff herangezogen werden, aus dem die Kollektivverantwortlichkeit mit der Vertragsgrundlage sich vereinbaren läßt. Dieser neue Begriff ist die Nuṣra (نصرة), die Hilfe, der Beistand oder der Sieg, von dem Qur'ān 48, 1 und 48, 3. handeln[1]), der von Gott ausgesprochen ist und von jedem einzelnen Muslims von neuem realisiert werden muß.

Alle die Muslims sind berufen, (persönlich) zu einem solchen Sieg der Religion beizutragen. Jeder von ihnen repräsentiert in solchem Falle die Gesamtheit der Muslims. (و كل مسلم من اهل ان يقوم بنصرة الدين و يقوم فى ذلك مقام جماعة المسلمين.) Mit anderen Worten: jeder Muslim erlangt die von Gott eingegebene Funktion, die Fähigkeit zum Vertragsschlusse für alle.

Der Autor setzt dann fort: „Ist es nicht offenbar, daß er, wenn von ihm (sc. dem Muslim) die Nuṣra durch Kampf betätigt wird, so daß er die Ungläubigen vernichtet, für die Gesamtheit (der Muslims) das Gebot (nämlich die Ungläubigen zu bekämpfen) hinfällig macht? Desgleichen wenn von einem Muslim die Nuṣra durch Knüpfung des 'amān oder des Friedens gefunden wird, so kommt es dem gleich, als ob das gleiche Resultat von der Gesamtheit der Muslims gefunden würde." (فكذلك اذا وجد منه و النصرة يعقد الامان والصلح كان ذلك كالموجود من جماعة المسلمين.)

Auf diesen Grund stützt sich die Rechtsverbindlichkeit des 'amān, der von einer muslimischen Frau erteilt ist. Wir wissen freilich, daß dies mit der Fähigkeit der Frau, die iğāra zu verleihen, zusammenhängt, eine Fähigkeit die wieder (siehe oben) aus dem Stammeswesen und seiner Kollektivhaftung folgt[2]). Unser Autor islāmisiert aber hier weiter. Das vom Islām bekämpfte Stammeswesen kann und darf nicht mehr zur Erklärung hinzugezogen werden. Er gibt eine andere Erklärung auf Grund der Nuṣra. „Wenngleich sie (sc. die Frau) auch nicht zum Kampfe mit Waffen von Natur aus veranlagt ist, der

---

[1]) Siehe darüber und zum Folgenden. W. C. fol. 52.

[2]) Sie ist noch heute bei den Wüstenarabern rechtens; siehe oben u. Musil a. a. O. S. 345 ff.

('amān ist eine Nuṣra durch das Wort, wozu ihre (sc. der Frau Natur fähig ist. Abgesehen davon, daß sie mit ihrem Vermögen an dem heiligen Krieg teilnimmt. Denn ihr Gut befähigt zu solchem ebenso vollständig, wie das Vermögen des Mannes[1]).«

Daß der Sklave in vorislāmischer Zeit die iǧāra nicht gewähren konnte, ist wohl anzunehmen. Er gehörte ja nicht zum Stamm und konnte daher nicht dessen Kollektivverantwortlichkeit herbeiführen. Die islāmischen Rechtsgelehrten müssen dies begründen oder im Sinne der Vertragsgrundlage modifizieren. Hören wir aš-Šaraḫsī[2]). Er führt zunächst die Meinung Abū Ḥanīfa's an: Der vom muslimischen Sklaven gewährte 'amān kann nicht berücksichtigt werden, es wäre denn, daß er mitgekämpft habe. Derselben Meinung ist Abū Jūsuf. Muḥammad (d. i. aš-Šaibānī) ist hingegen der Meinung, daß ein von einem muslimischen Sklaven erteilter 'amān giltig sei, gleichviel ob er mitkämpft oder nicht. Das was dem Sklaven eignet, das, worüber er verfügen darf, beschränkt sich auf seine Fähigkeit, der Sache des Islām zu dienen. Diese Fähigkeit wohnt jedem Muslim inne. Es genügt ein Wort, um den 'amān zur Existenz zu bringen. Er hat dazu die (physische) Fähigkeit und kann es daher tun. Anders der Sklave: ihm fehlt ein ähnliches Recht, wenn er k ä m p f t. Denn (der Kampf setzt seine Person in Gefahr) er hat kein Recht auf seine Person, noch auf die Verwendung seiner Person. Dies gehört seinem Herrn, der darüber verfügt (wenn er will) zum Vorteil der Religion (indem er ihn zum Kampf autorisiert). Darauf antwortet Abū Ḥanīfa unter stärkerer Betonung des Vertragsgrundlage: Indem der Sklave den 'amān gewährt, verwehrt er zunächst sich und infolgedessen den anderen, sich des Lebens (sc. und der Güter) der Ungläubigen zu bemächtigen. Ein solcher 'amān bindet auf einmal die Hände des Sklaven und des Freien. Aber wie kann der — nicht von seinem Herrn ermächtigte — Sklave, der nicht über sich selbst verfügen kann, eine solche Machtvollkommenheit

---

[1]) W. C. fol. 52:
و لهذا يصح امان المراة الحرة المسلمة لانها من اهل النصرة الاانه ليس لها بنية
صالحة لمباشرة القتال و الامآن نصرة بالقول و بنيتها صالحة لذلك
الا يرى انها تجاهد بمالها لان مالها يصلح لذلك كمال الرجل .

[2]) W. C. fol. 53 rechts und fol. 53.

(der dauernden Bindung) über andere erlangen, die von Anfang an nicht gebunden waren? (fol. 53. rechts: و انما يكون بالامان ملتزماً للكف عن قتالهم اذا كان متمكناً من القتال فاما اذا لم يكن متمكناً من ذلك كان ملزما غيره ابتداءً لا ملتزما و ليس للعبد هذه الولاية).

Der hierbei zu Tage tretende Vertragsgedanke ist:

Ein Sklave ist nicht geschäftsfähig. Er kann nicht an der kriegerischen Handlung teilhaben (مباشرة القتال). Nimmt er aber daran teil, kraft Erlaubnis seines Herrn, dann wird er geschäftsfähig für den Kampf im Auftrage seines Herrn (لمن كان مالك للقتال) und für die übrigen mit dem Kampf zusammenhängenden Rechtsgeschäfte, also für den 'amān. Nur die für Abū Ḥanīfa unumstößlich feststehende Vertragsgrundlage des 'amān kann auch zur Frage veranlassen: wie der Sklave zur Machtvollkommenheit käme, durch seinen Willen allein – ohne Ermächtigung des Herrn – andere Muslims zur Unantastbarkeit des Ungläubigen zu verpflichten. —

Noch stärker tritt die Vertragsgrundlage bei den islāmischen Juristen zu Tage, wenn es sich um die Frage handelt, ob der Minderjährige oder das Kind einen 'amān erteilen kann. Daß die iğāra von einem Kind erteilt werden kann, haben wir oben gehört. Wie stellt sich nun die Rechtslehre des Islām zur gleichen Frage bei der 'amān-Erteilung? Aš-Šaraḫsī gibt als Meinung des Abū Ḥanīfa an, daß selbst der Jüngling, der der Großjährigkeit nahe ist, geschweige denn das Kind, einen rechtsgiltigen 'amān nicht erteilen könne. Aš-Šaibānī ist der entgegengesetzten Meinung: wer das Glaubensbekenntnis ablegen kann, kann auch den 'amān erteilen. (W. C. fol. 53: و من صح ايمانه صح امانه wörtlich: wessen Glaubensbekenntnis rechtsgiltig ist, dessen 'amān ist giltig). Denn der 'amān ist eine Nuṣra des Glaubens, durch das Wort. Abū Ḥanīfa ist hier — wie auch sonst — viel praktischer. Der 'amān[1]) bedeute doch eine Verfügungsmacht und eine solche Erwartung (wörtlich Gesichtspunkt) sei in

[1]) W. C. fol. 53:
و ابو حنيفة يقول معنى الجزية و النظر فى الامان مستور لايعرفه الا من اعتدل حاله و اعتدال الحال لا يكون قبل البلوغ ثم هو لا يملك القتال بنفسه و انما يتبين الجزية فى الامان لمن يكون مالكا للقتال مباشرا له.

einem von einem Minderjährigen erteilten 'amān nur versteckt vorhanden. Man erkenne sie nicht, wenn der Zustand des Gewährers nicht in einer ebenmäßigen Proportion (sc. zur Rechtswirkung) stehe; und der Zustand sei nicht von der Art, bevor man volljährig geworden. Übrigens sei der Nicht-Volljährige auch nicht geschäftsfähig zum Kampfe und auch nicht zum 'amān.

Abū Ḥanīfa — so merkt aš-Šaraḫsī (a. a. O.) an — hat sich nicht darüber ausgelassen, ob die Genehmigung der Eltern den Jüngling zum Kampf fähig macht, den 'amān zu erteilen.

Abū Bakr ar-Rāzī spricht sich für die Rechtsverbindlichkeit eines solchen 'amān aus. Denn dadurch werde er fähig zu dem Geschäfte des Kampfes nach Art des Sklaven (sc. dem sein Herr die Erlaubnis gegeben). Andere „unserer" Rechtslehrer (وغيره من مشايخنا) sind der entgegengesetzten Meinung, weil er sich nicht in dem „proportionalen" Rechtszustand befindet und „nicht die Erwartung für einen a'mān bei den Muslimen erfüllt". Hier wird, wie in den vorhin erwähnten Beispiel des Minderjährigen, der ohne Erlaubnis der Eltern kämpft und doch den 'amān erteilt, der andere Gesichtspunkt hervorgehoben, der neben der Ratification durch die Eltern bei jedem Rechtsgeschäft des Minderjährigen in Betracht gezogen werden muß: ob nämlich das Rechtsgeschäft nach den Verkehrsanschauungen von einem Minderjährigen erwartet werden kann, vorausgesetzt, daß er sich hierbei wie ein Volljähriger benimmt, und der andere Teil guten Glaubens war[1]). Dem entspricht auch die Meinung aš-Šaraḫsī's: hat er die Erlaubnis nach Erlangung seiner Fähigkeit zum Kampfe erhalten, so ist er auch zum 'amān befähigt; übersteigt der Kampf seine Kräfte, so nützt ihm auch die Erlaubnis der Eltern nichts[2]).

---

[1]) Vergl. z. B. BGB § 109, wo ein ähnlicher Grundgedanke vorschwebt: Der andere Teil eines von einem Minderjährigen ohne Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters abgeschlossenen Vertrags soll nur dann gebunden sein, wenn er beim Abschluß wußte, daß es sich um einen von der Genehmigung abhängigen Vertrag handele. Enneccerus-Kipp, Lehrbuch I S. 371, 6—8.

[2]) W. C. fol. 53 (am Rande):

واذن الابوين للصبي بالقتال هل يصح قال ان كان يقاتل من وراء الجدر على وجه يكون مامونا صح الاذن و انما كان يقاتل خارج الجدر لا يصح الاذن بذلك.

Auf der Vertragsgrundlage werden die alten symbolischen Handlungen, wodurch die iǧāra vorgenommen werden könnte, von dem Fiqh umgedeutet. Die Gewährung der iǧāra, durch Verkündung mit erhobener Stimme, bekommt folgende Umdeutung, die nur auf der neuen Vertragsgrundlage zu verstehen ist:

„Wenn die Muslims eine Festung belagern, und einer von ihnen den Belagerten zuruft, von einem Orte aus, wo er unmöglich gehört werden kann: „Ihr seid āmins (geschützt durch den 'amān)!", so können diese Worte keinen 'amān begründen, weil doch der Zweck des Sprechens ist, sich verstehen zu lassen; und wenn derjenige, der gesprochen hat, weiß, daß er nicht verstanden werden konnte, so sind die Worte vergeblich und verloren; der 'amān ist nicht gewährt. Würde ein solcher 'amān zugelassen, so müßte man folgerichtig zugestehen, daß jeder Muslim ohne seinen Wohnort zu verlassen seinen 'amān an alle Ungläubigen, Griechen, Türken, Inder etc. verteilen könnte und ebenso anderen Muslims das Recht zu kämpfen verbieten könnte, bevor das Ende des 'amān ihnen angezeigt wäre, was der Vernunft offenbar widerspricht" [1]).

Die symbolischen Handlungen, die zur iǧāra führten, bestanden hauptsächlich in Z e i c h e n. Die Lehre des Fiqh mußte hier eine Kraftprobe leisten, um die Vertragsgrundlage hineinzuinterpretieren. Und sie gelang ihr, in einer Weise, die auch den modernsten Vertragsjuristen befriedigen könnte.

Aš-Šaibānī führt ungefähr aus [2]): „Nach einer Tradition sagte 'Umar, Sohn des Ḫaṭṭāb: Wenn ein Muslim einem Ungläubigen

---

1) W. C. fol. 71:
و اذا حاصر المسلمون حصنا فى دار الحرب فناداهم رجل من المسلمين فقال انتم آمنون و كان نداءه اياهم فى موضع لا يسمعون ذلك فليس هذا بامان لان المقصود بالكلام اسماع المخاطب فاذا علم انهم لا يسمعون كلامه كان لا عبا فى كلامه لا معطيا الامان لهم و لو كان هذا امانا لكان الواحد من المسلمين فى هذه البلدة يوءمن الروم و الترك و الهند فلا يسع للمسلمين قتالهم حتى ينبذوا اليهم و كل احد يعرف ان هذا ليس شى.

2) W. C. fol. 54:
وذكر عن عمر بن الخطاب رضى الله عنه قال ايما رجل من العدو اشار اليه رجل باصبعه انك ان جئت قتلتك فجاءه فهو آمن و بهذا ناخذ فنقول اذا اشار اليه

ein Zeichen mit dem Finger gibt, wie wenn er sagen wollte: „Komm näher!“ Aber wenn er sich denkt oder still vor sich hin sagt: „Wenn du kommst, werde ich dich töten!“; und wenn der Ungläubige (daraufhin) sich nähert, so ist der ’amān das notwendige Resultat des Zeichens. Gestützt auf diese Entscheidung des Ḫalīfa sagen wir: Es ist zugestanden, daß dieses Zeichen ein Anzeichen des ’amān ist; weil der Ungläubige keine Kenntnis davon hat, was der Muslim gesagt hat, so will das Gesetz, daß er āmin sei, weil ein Zeichen, das den ’amān anzeigt, eine Einladung sich zu nähern nur für denjenigen sein kann, welcher glaubt, dies in Sicherheit tun zu können, nicht aber für denjenigen, der glaubt fürchten zu müssen. Was die Worte anbelangt: „Wenn du kommst, werde ich dich töten“, so war der Umstand, daß sie leise gesprochen wurden, ein Hindernis, daß der ḥarbī ihre Natur und ihren Sinn erkennen könnte, und um dies zu wissen, hatte er kein anderes Mittel, als sich demjenigen zu nähern, der (jene Worte) gesprochen hat (vorausgesetzt nämlich, daß der ḥarbī wohl gemerkt hat, daß der Muslim außer dem Zeichen noch etwas gesagt hat).

Wollte man annehmen, diese Worte könnten eine Zurückziehung (sc. des ’amān) bedeuten (den man durch das Zeichen gewährt hat), so fordert doch das Gesetz, daß diese Zurück-

---

باشارة الامان و ليس يدرى الكافر ما قال فهو آمن لانه بالاشارة دعاه الى نفسه
و انما يدعا لمثله الآمن لا الخايف.

و ما تكلم به انك ان جئت قتلتك لاطريق للكافر الى معرفته بدون الاستكشاف منه و لا يتمكن من ذلك قبل ان يقرب منه فلا بد من اثبات الامان بظاهر الاشارة و اسقاط ما وراء ذلك للتحرز عن الغدر فان ظاهر اشارته امان له و قوله ان جئت قتلتك بمعنى النبذ لذلك الامان فما لم يعلم بالنبذ كان آمنا عملا بقوله تعالى فانبذ اليهم على سواء اى على سواى منكم و منهم فى العلم بالنبذ و اشار الى المعنى فيه فقال ان الله لا يحب الخائنين.

Wir haben die voraufgehende Stelle bei aš-Šaibānī in der erweiterten, weil kommentierenden, Form des türkischen Kommentators oben im Text wiedergegeben (türkischer Kommentar I p. 108). Die bloße Übersetzung des arabischen Textes wäre sonst unverständlich.

ziehung dem Ungläubigen bekannt sei, damit der Muslim nicht der Treulosigkeit geziehen werden könnte. Denn es will, daß, solange nicht die Zurückziehung von ihm (sc. dem Ungläubigen) gekannt ist, er alle mit dem 'amān verbundenen Privilegien genieße. Gott hat gesagt: „Muḥammad, wenn du von einem ungläubigen Volke eine Treulosigkeit befürchtest, so kündige ihm deine Verbindlichkeiten auf, damit du in Gleichheit seiest mit ihm." Das will sagen, daß du und dies Volk gleichermaßen wisset, daß die Verträge aufgelöst sind. Gott, der alles weiß, wollte damit zu verstehen geben, daß es unzulässig sei, Verträge zu brechen, ohne die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten angekündigt zu haben, fügt hinzu: „Und Gott liebt nicht die Verräter." (Nach Sūra VIII v. 60; worauf aš-Šaibānī bezugnimmt).

Auf gleichen Gedankengängen, insbesondere Qur'ānhinweisen, beruht der vom Fiqh ausgearbeitete Rechtssatz: Der 'amān, auch der vom einzelnen Muslim erteilte 'amān, muß vom Imām ordnungsmäßig gekündigt werden, ehe man zu Feindseligkeiten übergeht. Hier sehen wir ganz deutlich die Islāmisierung der arabischen iǧāra durch Einschiebung der Vertragsgrundlage. Verlangte die vorislāmische Zeit bloß eine regelrechte Auflösung durch öffentliche Bekanntmachung unter Zustimmung des Beschützten, so will der Islām, gestützt auf die Qur'ānworte (in Sūra VIII v. 60 und Sūra IX 6), daß

1. der Imām den Vertrag (*'amān*) kündige,

2. er zur Herstellung der „Gleichheit" dem bisherigen āmin Gelegenheit gebe, an den Ort seiner Sicherheit zu gelangen, ehe er angegriffen wird. (aš-Šaibānī: W. C. fol. 54.)

Durch dieses Monopol zur Auflösung des 'amān, das der Islām nur dem Imām übertrug, suchte man den Ausgleich zu finden, zwischen der auf dem Stammesprinzip aufgebauten iǧāra des einzelnen, mit ihren Rechtswirkungen für das ganze Gemeindewesen, und der höheren Staatsnotwendigkeit, die eigentlich nur der Imām beurteilen kann.

Bei aš-Šaibānī wird dies näher erwogen[1]):

> „Wenn die Muslims eine Festung belagern, so ziemt es sich nicht, daß ein einziger von ihnen ohne die Erlaubnis des Imām den 'amān erteilt allen Bewohnern oder bloß einem der Festung; denn ein solcher Individual'amān ist

[1]) W. C. fol. 102 und f.

ein Hindernis, die Festung zu nehmen. Und in keinem Falle darf ein einzelner Anlaß nehmen, um die Absicht der Muslims, Gewalt den Feinden anzutun, zu hindern, (و لا ينبغى لأحد من المسلمين ان يكتسب سبب الحيلولة بين جماعة المسلمين و بين مرادهم خصوصا فيما فيه قهر العدو).

Der einzelne Muslim soll sich dem Imām unterordnen, nicht dieser dem einzelnen. Denn nicht bei ihm, sondern beim Imām, der betraut ist mit der Obsorge für solches, steht die Sorge um Vorteil und Schaden des Gemeinwesens. (ما يكون مرجعه الى عامة المسلمين فى النفع و الضرر فالامام هو المنصوب للنظر فى ذلك).

Freilich hat jeder einzelne Muslim ein angeborenes Recht auf die Gewährung des 'amān, das ihm der Imām nicht entziehen darf. Er kann den Anmaßenden wegen seiner Voreiligkeit strafen, schon um jede Insubordination unmöglich zu machen. Aber wenn er den 'amān des Einzelnen für das Gemeinwesen vorteilhaft erachtet, dann darf er den Urheber desselben nicht strafen."

Jedenfalls der Individual'amān bleibt aufrecht; und der Imām hat nur das Recht, den unzweckmäßigen 'amān aufzukündigen. Nicht einmal durch Generalproklamationen, daß er in Zukunft keinen Individual'amān anerkennen wolle, kann er sich vor den Rechtswirkungen eines Individual'amāns schützen. Und jeder Muslim kann den vom Imām aufgekündigten 'amān wieder von neuem gewähren[1]).

Diese mißliche Rechtsstellung des Imām entsprach eben der Tatsache, daß das alte Stammwesen im Individual'amān noch fortlebte. Praktisch mußte es namentlich in der Frühzeit des Islām bei dem Gegenpart des muslimischen Staats oder bei den Muslims selbst, wenn ein Frieden mittels 'amān von einem anderen als dem Oberbefehlshaber geschlossen wurde, den Zweifel hervorrufen, ob der 'amān-Gewährer auch zum Friedensschluß berechtigt sei[2]). Wie im Laufe des Mittelalters die Praxis

[1]) W. C. fol. 133 rechts bis fol. 133.

[2]) So betreffs des von Ḫālid eigenmächtig mit dem Bischof von Damaskus abgeschlossenen Friedensvertrags. Belāḏorī 122: Abū 'Ubaida, der eigentliche Oberbefehlshaber sagte zur Erledigung des Zweifels: „Gegenüber den Muslims verleiht der geringste Schutz."



den Vertragsschluß und die 'amān-Gewährung ganz durch den Imām bezw. durch die Staatsobrigkeit monopolisieren ließ, soll uns noch (S. 106) beschäftigen. Theoretisch blieb das Recht der Obrigkeit neben dem Recht des einzelnen Muslim zur 'amān-Gewährung. Diese theoretische Nebeneinanderstellung, diese Unausgeglichenheit zwischen der alten und neuen Lehre befähigt uns aber die Nähte deutlich zu erkennen, die zwischen der alten, Kollektivhaftung bewirkenden iğāra und dem neuen, auf Vertragsgrundlage ruhenden 'amān-Begriff vorhanden sind Und nun die Frage, woher hat der Islām die Vertragsgrundlage erhalten?

IV. Die hellenistisch-byzantinische Wurzel im 'amān-Begriff.

Schon kleinere Eigentümlichkeiten des islāmischen Kriegsrechts weisen auf einen Zusammenhang mit byzantinischen Einrichtungen.

Wir möchten hier nun auf einige auffallende Zusammenhänge hinweisen, ohne die Frage auch nur annähernd erschöpfend behandeln zu wollen oder zu können. Wir sahen vorhin (siehe oben S. 69), daß der 'amān, der vom muslimischen Belagerer einer Festung den Belagerten angeboten wird, von einem Punkte und in der Weise geschehen muß, daß die Belagerten das Angebot auch hören können. In der Taktik des Kaisers Leo (Meursi, Opera VI. p 738 c. XV. § 22) lesen wir:

„Κηρύξουσι δὲ τότε, ἵνα μηδεὶς κτείνῃ τὸν μὴ ἔχοντα ὅπλον, μόνους δὲ κτείνειν τοὺς τὰ ὅπλα φέροντας. ταύτην δὲ τὴν φωνὴν κηρυττεσθεῖς τῇ τῶν πολιτῶν διαλέκτῳ ἕκαστος γὰρ ἀκούσας, καὶ τῆς ἰδίας προνοούμενος σωτηρίας, ἐν τῇ ἀκμῇ τοῦ φόβου ἀποῤῥίψει τὰ ὅπλα."

Auch der dem Ḫalīfa zugehörige Beuteanteil in dem Ausmaß des „Fünftels" (خمس) ist byzantinischen[1]) Ursprungs. Im Qur'ān ist von dem „Fünftel" Gottes und seines Gesandten die Rede (Sūra VIII, 42). Die vorislāmische Zeit kennt meist nur ein Viertel für den Häuptling (Juynboll, Handbuch des islāmischen Gesetzes 341).

---

[1]) Tactica Leonis a. a. O. p 894 c XX.: ὥστε τὸ πέμπτον μέρος ἀφορίσῃς τοῦ μέρους τοῦ δημοσίου, τὸ δὲ λοιπὸν ἐξ ἴσης μοίρας οἵτε ἄρχοντες καὶ οἱ ἀρχόμενοι μεριζέσθωσαν.



Der wichtige Begriff der منعة, des Schutzorts, in den sich die Ungläubigen zurückziehen können, wenn ihnen der 'amān aufgekündigt wird, und ehe sie angegriffen werden, ist ebenfalls auf byzantinisches Vorbild[1]) zurückzuführen. Denn in der منعة können auch Gläubige und Ungläubige Handelsgeschäfte treiben. Es werden hierbei Schutzorte unterschieden, welche die Ungläubigen einrichten, in welchen der muslimische Musta'min sich ebenso zu benehmen hat, wie in Feindesland. Das ist die منعة بنفسهم. Sie ist nicht der Herrschaftsgewalt des Imām unterworfen und daher nicht dāru'l-islām. Demgegenüber stehen die Schutzorte, welche dieser Herrschaft unterworfen sind. Sie sind منعة الامام[2]). Gerade diese doppelte Kategorie der Schutzorte zeigt, daß hier Paralleleinrichtungen im nicht-muslimischen Lande sich vorfanden. Und dies ist bisher nur von Byzanz bekannt.

Sehr beachtenswert ist die Art, wie die islāmische Theorie die Frage beantwortet, wann aus dāru'l-ḥarb dāru'l-islām wird. Wir sahen (oben S. 23), daß von den drei genannten insbesondere zwei Merkmale in Betracht kommen: Beobachtung islāmischer Rechtssätze und Gebräuche, sodann Bewohntsein durch Gläubige. Das letztere Merkmal führt auf den byzantinischen Gegensatz: zwischen ἔρημος und οἰκουμένη zurück. Auch dieser Unterschied ist durch die Tatsache gegeben, daß dort Feinde wohnen, hier nicht[3]). Das erste Merkmal führt uns auf die bekannte griechisch-hellenistische Gegensätzlichkeit zwischen Barbaren und Hellenen; bei diesen trotz aller staatlichen Verschiedenheit

---

[1]) Schlumberger, Un empereur byzantin au X. siècle, Nicéphore Phocas. Paris 1890 p. 180; vergl. auch Güterbock, Byzanz und Persien, 1906, S. 74, über vertragsmäßig festgelegte Handelsplätze an der byzantinisch-persischen Grenze. Ferner Belāḏorī fol. 163 f. über die von Byzanz errichtetes al-Awāsim an der arabisch-byzantinischen Grenze.

[2]) Aš-Šaibānī, W. C. fol. 214 rechts ff. im Kapitel mit der Überschrift:

باب المستامين من المسلمين ياخذون اموال اهل الحرب ثم يخرجوها.

[3]) Siehe Reiske in seinem Kommentar zum de cerimonis (Bonner Ausgabe 1830 II p. 481) und die dort angeführte Quellenstellen.

das gemeinsame Band der Religion, das im Verhältnis zwischen Hellenen und Barbaren vollständig fehlte.

Schließlich sei noch hervorgehoben, daß auch im byzantinischen Recht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit vorhanden war, wenn Griechen und Perser wechselseitig einander Schaden zugefügt hatten (Güterbock, Byzanz und Persien, 1905, S. 83 ff.). In ähnlicher Weise war und ist auch im Rechte des Islām eine Schiedsgerichtsbarkeit zu Gunsten oder zu Lasten des Musta'min (Abū Jūsuf, Kitāb al-ḫarāǧ fol. 125 f.), nur daß nur Schutzbefohlene der Muslims, niemals Ungläubige über Muslims zu Gericht sitzen dürfen. Weit mehr als diese Einzelheiten führt uns die juristische Analyse des islāmischen 'amān-Rechts auf hellenistisch-byzantinisches Vorbild.

Seit dem Beginn des 9. Jahrhunderts finden wir im Staate des Islām das Bestreben, die Stellung der sogenannten Ḏimmīs herabzusetzen[1]), im Verhältnis zu der der Muslims. Auf der anderen Seite brachte der immer mehr gesteigerte Verkehr mit dem Auslande eine große Zahl von Fremden ins Land, welche sich im Gegensatz zu den im Lande ansässigen „Leuten des Buches", Juden und Christen, durchaus nicht dauernd niederlassen wollten. Man wollte diesen Fremden – unsern Musta'min – gegenüber dem Ḏimmī abgrenzen, und dazu bot die hellenistische Auffassung von der Gegensätzlichkeit der Metöken und Paröken die nötige Grundlage. Aus der hellenistischen Überlieferung (Aristophanes v. Byzanz um 260 n. Chr.) stammt der Satz:

Μέτοικος δ' ἔστιν, ὁπόταν τις ἀπὸ ξένης ἐλθὼν ἐνοικῇ τῇ πόλει, τέλος τελῶν εἰς ἀποτεταγμένας τινὰς χρείας τῆς πόλεως. Ἕως μὲν οὖν ποσῶν ἡμερῶν παρεπίδημος καλεῖται καὶ ἀτελής ἐστιν, ἐὰν δὲ ὑπερβῇ τὸν ὡρισμένον χρόνον μέτοικος ἤδη γίγνεται καὶ ὑποτέλης (Aristoph. Byzant. Fragmente ed. Nauck 1848 frg. 38).

Hier ist der Gegensatz zwischen Metöken und vorübergehend sich aufhaltenden Fremden genau auf dasselbe abgestellt, was wir oben bei der Frage, wann aus dem Musta'min ein Ḏimmī werde, in der islāmischen Lehre als entscheidend angesehen haben (siehe oben § 1 S. 15 f.). Es kommt darauf an, daß der Musta'min, nachdem ihm der Imām eine Aufenthaltsfrist

---

[1]) I. H. Gottheil in dem Andenken Rainez Harper's gewidmeten Old Testament and Semitic Studies II, p. 359 ff.

gesetzt, diese überschreitet oder in der darauffolgenden Zeit Steuer des islāmischen Gesetzes zahlt[1]).

Daß sich die Erinnerung an diese hellenistische Gegensätzlichkeit im byzantinischen Reich erhalten hat, zeigt die bekannte Digestenstelle (D 50. 16, 239. 2): incola est, qui aliqua regione domicilium suum contulit: quem Graeci πάροικον appellant.

Im griechischen Altertum wurde die Rechtsstellung des Proxenos durch σύμβολα (tesserae hospitales) erworben, welche dem Fremden die asylia und asphaleia, Sicherheit der Person und des Eigentums gewährleisteten[2]). Die Vorzugsstellung des Proxenos und das ganze Rechtsinstitut der Proxenie wurde ganz in den Hintergrund gedrängt durch die Rechtsschutzverträge der späteren griechischen und hellenistischen Periode.[3]) Diese hießen συμβολαί. Nun ist zunächst festzustellen, daß die arabische Übersetzung von σύμβολον durch 'amāna gesichert ist: für das Symbolon von Nicaea finden wir sowohl bei Bar Hebraeus[4]) wie auch in einem Manuscript des Britischen Museums (Wright, Catalogue of Syriac Manuscripts II. 1901 p. 913, eine Geschichte des Nicaenischen Konzils):

وقال الثلثماية وثمانية عشر الذين اجتمعوا بنيقة فى الامانة المقدّسة .

Dozy führt in seinem Supplément aux Dictionnaires Arabes I. 39 zwar nicht die eben angeführten, aber noch andere Beispiele für symbolon = 'amāna an.

Auch der Prophet soll während seines Wirkens mitunter eine 'amāna erteilt haben[5]). In diesen Fällen handelt es sich mehr um Schutz und Geleit für den Einzelfall, als um dauernden Friedens'amān. Wir müssen uns die Form (امانة) 'amāna — im Gegensatz zu 'amān überhaupt mehr als den im Einzelfall erteilten Geleitbrief oder Paß, im Gegensatz zum Dauer'amān

---

[1]) Das langsame Aufkommen dieses Rechtssatzes kann man in der Darstellung bei Belāḏorī fol. 155 studieren. Siehe das Rechtsgutachten von al-Leiṯ ibn Sa'd.

[2]) Daß sie auch im byzantinischen und islāmischen Recht vorkommen, siehe oben Seite 14 ff. und 77, Anmerkung 3.

[3]) Siehe Francotte, Étrangers dans les cités grecques im Musée belge (1903) VII p. 353.

[4]) Historia Dynastiarum, F. Pocock p. 137: ورتبوا الامانة

[5]) Siehe Caetani a. a. O. II 1 p. 254.

vorstellen. Es entspricht dies auch den grammatischen Regeln[1]) und der Staatspraxis, namentlich der späteren Zeit[2]).

Ferner können wir aus byzantinischer Zeit die Existenz von Geleitbriefen = symbola nachweisen.

In den excerpta de legationibus Romanorum ad gentes (ed. de Boor I p. 147. Z 30 ff.) findet sich der Satz:

„Τοῦτον οὖν ἀφείλετο τὸν ἵππον καὶ οὔτε συνοδοιπορεῖν οὔτε συνεστᾶσθαι ἠνέσχετο ὥστε ἡμῖν ἐν τῇ βαρβάρων χώρᾳ γενόμενον σύμβουλον ἐς τοῦτο προελθεῖν."

Hier handelt es sich um einen im Auslande ausgestellten Geleitbrief. Daß das aber der byzantinische Geschichtschreiber besonders hervorzuheben für nötig hält, zeigt, daß auch im byzantinischen Reich die Ausstellung solcher „σύμβουλα" üblich war[3]). Auch aus dem späteren Mittelalter sind solche byzantinische Geleitbriefe tatsächlich belegt[4]), ohne allerdings den Namen σύμβουλον zu führen.

Daß die Araber in den der byzantinischen Herrschaft unterworfenen Gebieten als Schutzbefohlene sich aufhalten dürfen, belegt ein Ḥadīṯ: Ein Araber verlangt vom Propheten — wenn dieser Syrien erobern würde — ihm zwei Ortschaften in Palästina zu schenken, mit der Begründung, daß er in diesen Ortschaften einige Griechen zu Schutzgenossen hätte, die die genannten Dörfer besaßen[5]). — Er nennt sie seine „ǧīra".[6])

Handelte es sich im Voraufgehenden nur um eine Art von Indizienbeweis, daß für den Individual'amān der hellenistisch-byzantinische Geleitbrief von maßgebendem Einfluß war, so kann der unzweifelhafte Beweis für den General'amān geführt

---

[1]) Wright, Grammar of the Arabic Language I $\frac{3}{}$ (1896) S. 219.

[2]) Vergleiche 'Aḥmad al Qalqašandī, Kitāb aṣ-ṣubḥ I p 29.

[3]) Migne Patrologia, Series Graeca CXIII. p 746 wird σύμβουλον mit tessera hospitalitatis übersetzt.

[4]) Miklosich und Müller, Acta et diplomata III. Nr. 9 und 10.

[5]) Abū Jūsuf, Kitāb al-ḫarāǧ: S. 132 Z. 11 v. u.

فقال يا رسول الله ان لى جيرة من الروم بفلسطين لهم قرية يقال لها جيرون واخرى يقال لها عينون فان فتح عليك الشام فهبهما لى فقال هما لك.

[6]) Den gleichwertigen Plural „ǧīrān" übersetzt Munib el Aintābī a. a. O. II 178 f. mit „Schutzgenossen" nach „der Sitte der Araber". Vergleiche auch Aǧānī XIX. 97.

werden: Der General'amān, der völkerrechtliche Vertrag, durch welchen der islāmische Staat dem Auslande und seinen Angehörigen den 'amān erteilt (siehe oben S. 52), ist nämlich der antike Gastvertrag römisch-hellenistischen Charakters. Das ergibt der folgende in der islāmischen Frühzeit bei der Eroberung Ägyptens (im 31. Jahre der Hiğra [651—52 nach Christi]) mit den christlichen Nubiern abgeschlossene Vertrag, den wir nach al-Maqrīzī (al-ḫiṭaṭ I 200 der Būlāqer Ausgabe von 1853 bis 54) hier mit unserer Übersetzung wiedergeben:

بعد البسملة

عهد من الامير عبد الله بن سعد
بن ابى سرح لعظيم النوبة ولجميع أهل
مملكته عهد عقده على الكبير والصغير
من النوبة من حدّ أرض اسوان الى
حدّ أرض علوة أنّ عبد الله بن سعد
جعل لهم أمانا وهدنة جارية بينهم و
بين المسلمين ممن جاورهم من أهل صعيد
مصر وغيرهم من المسلمين وأهل الذمة
انكم معاشرَ النوبة آمنون بامان الله
وأمان رسوله محمد النبىّ صلعم ان
لانحاربكم ولاننصب لكم حربا ولانغزوكم
ما أقمتم على الشرائط التى بيننا وبينكم
على أن تدخلوا بلدنا مجتازين غير

Im Namen Gottes!

„Dies ist der Vertrag, der gewährt ist von seiten des Amīr ʿAbdallāh ibn Sʿad ibn Abī-Sarḥ an den Häuptling der Nubier und die Volksgesamtheit seines Reiches; ein Vertrag, der verbindlich ist für groß und klein von den Nubiern innerhalb der Grenze von Aswān bis zur Grenze von ʿAlwa. ʿAbdallāh b. Sʿad gewährt ihnen 'amān und Waffenstillstand, der läuft zwischen ihnen und den Muslims, ihren Nachbarn in dem Sʿaīdgebiet (Oberägypten) und allen anderen Muslims und Ḏimmis. Ihr Völker von Nubien (wörtlich Vereinigung der Nubier) sollt als Schutzgenießende im Schutze Gottes und im Schutze seines Gesandten Muḥammad, des Propheten, leben. Wir wollen Euch nicht bekriegen, noch Euch kriegerisch bedrängen, noch in Euer Land einfallen, wofern Ihr die Vertragsbedingungen aufrecht haltet, welche zwischen uns und zwischen Euch bestehen. Nämlich: Wenn Ihr in unser Land kommt, so sollt Ihr (bloß) Gastfreunde (wörtlich Durchreisende), nicht dauernd sich darin Niederlassende sein. Ebenso wir in Euerm

مقيمين قيه و ندخل بلدكم مجتازين غير
مقيمين فيه وعليكم حفظ من نزل بلدكم
أو يطرقه من مسلم أو معاهد حتى يخرج
عنكم وأنّ عليكم ردّ كل آبق خرج
اليكم من عبيد المسلمين حتى تردّوه الى
أرض الاسلام ولا تستولوا عليه ولا
تمنعوا منه ولا تعرّضوا لمسلم قصده
و حاوره الى أن ينصرف عنه و عليكم
حفظ المسجد الذى ابتناه المسلمون بفناء
مدينتكم و لا تمنعوا منه مصليا و عليكم
كنسه و اسراجه و تكرمته و عليكم فى
كل سنة ثلثمائة و ستون رأسا تدفعونها الى
امام المسلمين من أوسط رقيق بلادكم غير
المعيب يكون فيها ذكران و اناث ليس
فيها شيخ هرم ولا عجوز ولا طفل لم يبلغ
الحلم تدفعون ذلك الى والى اسوان و
ليس على مسلم دفع عدوّ عرض لكم

Land. Und auf Euch lastet die erhaltende Obsorge für jeden Muslim oder Verbündeten (der Muslims), der in Euer Land kommt oder es als unterkunftsuchender Wanderer betritt, bis er von Euch wegzieht. Auf Euch lastet die Pflicht der Rückgabe jedes flüchtigen Sklaven der Muslims, der zu Euch läuft, bis Ihr ihn ausliefert in das Land des Islām. Und nicht sollt Ihr die Herrschaft über ihn zu erlangen suchen und ihn nicht verweigern (d. h. seine Auslieferung). Auch sollt Ihr dem Muslim, der einen Rechts- oder Billigkeitsanspruch hat, kein Hindernis in den Weg legen, bis er sich von ihm abwendet (d. h. bis er befriedigt ist). Und Euch liegt ob die Erhaltung der Moschee, welche die Muslims in der Umgebung Euerer Stadt gebaut haben, und niemand vom Beten in ihr abzuhalten. Und auf Euch lastet die Pflicht, sie sauber zu erhalten und zu beleuchten und sie zu ehren. Ihr habt die Pflicht in jedem Jahr 360 Häupter (von Sklaven) dem Imām der Muslims zu geben und zwar von der mittleren Klasse der Sklaven Eueres Landes ohne Körperdefekte, männlichen und weiblichen Geschlechts, jedoch darunter keine alten Männer oder altersschwachen Frauen oder unmündigen Kinder (wörtlich Kinder, welche nicht den ḥilm[1]) erreichen).

[1]) Vgl. über die Bedeutung des Wortes Lammens, le berçau de l' Islam in Scripta Pontificii Instituti Biblici IX, 1 (1914) p. 218 ff.

و لا منعه عنكم من حدّ أرض علوة الى
أرض اسوان فان انتم آويتم عبد المسلم
أو قتلتم مسلما أو معاهدا أو تعرّضتم
للمسجد الذى ابتناه المسلمون بفناء
مدينتكم بهدم أو منعتم شيأ من الثلثمائة
رأس والستين رأسا فقد برئت منكم هذه
الهدنة و الامان وعدنا نحن و أنتم على
سواء حتى يحكم الله بيننا و هو خير
الحاكمين علينا بذلك عهد الله و ميثاقه
و ذمته و ذمة رسوله محمد صلّعم و لنا
عليكم بذلك أعظم ما تدينون به
المسيح و ذمة الحواريين و ذمة من
تعظمونه من أهل دينكم و ملتكم الله
الشاهد بيننا و بينكم على ذلك
كتبه عمرو بن شرحبيل فى رمضان
سنة احدى وثلاثين .

Ihr sollt sie dem Statthalter von Aswān übergeben. Kein Muslim soll verpflichtet sein, einen Feind, der sich Euch entgegenstellt, abzuwehren oder ihn von Euch zu hindern, von ʿAlwa bis Aswān. Wenn Ihr einen Sklaven der Muslims beherbergt, oder einen Muslim oder Verbündeten (der Muslims) tötet oder etwas gegen die Moschee, die die Muslims in der Umgebung Euerer Stadt gebaut haben, unternehmet durch Zerstörung oder irgendetwas verweigert von den 360, dann wird von Euch frei (d. h. hinfällig) der Waffenstillstand und der ʾamān und unser Vertrag: Wir und Ihr stehen gleich (d. h. feindlich), bis Gott zwischen uns richtet, der der beste der Schiedsrichter ist. Für die Erfüllung dieses Vertrages (nehmen wir) auf uns das Versprechen und die Verheißung Gottes und seines Schutzes und des Schutzes seines Gesandten Muḥammad und Ihr setzt deswegen ein (wörtlich auf Euch) zu unseren Gunsten das Höchste, was Ihr religiös verehret, den Messias und den Schutz der Apostel und den Schutz aller derjenigen, welche Ihr unter dem Volke Eueres Glaubens und Euerer Religion besonders verehrt. Gott sei Zeuge[1]) zwischen uns und Euch für solches, was geschrieben hat ʿAmr b. Šuraḥbīl im Ramaḍān des Jahres 31.«

[1]) Über die Bedeutung dieser Formel siehe weiter unten § 4, III, S. 86.

Dieser General'amān gleicht, wenn man Mommsens Darlegung des antiken Gastrechts[1]) folgt, in den Hauptpunkten unseres Vertrages einem römisch-hellenistischen öffentlichen Gastvertrag. Da wie dort die Verkehrsbeschränkungen auf Gäste, nicht dauernde Siedler, trotz der prinzipiellen Verkehrsfreiheit, da wie dort Sicherung des fremdländischen Gottesdienstes, da wie dort die Sicherung der Verpflegung, da wie dort Prozeßstandschaft, Rechtshilfe der Gastfreunde und Fremdenrecht[2]). Nun ist aber nach islāmischer Auffassung der öffentliche Gastvertrag der Urtypus jedes öffentlichen Vertrages, ebenso wie für das römische Recht Mommsen den Gastvertrag als Urbild des allgemeinen Staatsvertrages auffaßt (Römische Forschungen I, 328). Wie wenn aber für alle öffentlichen Verträge des Islām sich die antike Wurzel nachweisen ließe? Das soll auch im folgenden geschehen:

Das islāmische öffentliche Vertragsrecht beruht in seiner Grundlage auf byzantinischem Vorbilde.

---

[1]) Römische Forschungen I. 344—347 und Röm. St. R. III, 598 ff., dazu noch Täubler Imperium Romanum (1913) I, 402 ff.

[2]) Vgl. die oben in der Übersetzung des Vertrages gesperrten Stellen. Daß die christlichen Nubier, welche im obigen Vertrage als Vertragsteil auftreten, im 6. und 7. Jahrhundert unter starkem Einfluß byzantinischer Rechtskultur (insbesondere auch in der Urkundenformulierung) standen, darüber: Krall in den Denkschriften der Wiener Akademie, 46. Bd. (1900) IV, S. 11, 15 ff. (und vorher schon die Blemyer) S. 4 ff.

§ 4 Die byzantinischen Grundlagen des öffentlichen Vertragsrechts der Šarī'at.

Wir werden im nachfolgenden an der Hand von aš-Šaibānī (W. C. fol. 298 rechts fol.[1]) die Grundlagen oder Voraussetzungen (شروط) des islāmischen Vertragsrechts näher anführen und die mutmaßlichen Quellen der Grundsätze des Fiqh in diesem Rechtsgebiete aufdecken.

I. Die erste der Grundlagen ist, daß Verträge auf die Ewigkeit überhaupt nicht geschlossen werden dürfen zwischen Muslims und Ungläubigen. Denn der ǧihād, der heilige Krieg, ist eine religiöse Pflicht der Muslims, wie Gebet und Fasten. Ebenso wie man unmöglich auf Fasten und Gebet muslimischerseits verzichten darf, ebenso wenig auf den heiligen Krieg. Der Ewigkeitsklausel zustimmen kann man nur in Zeit der Not. Aber dann ist es auch Pflicht, einen solchen Vertrag zu brechen, sobald die Muslims ihre Kraft wiedererlangt haben. (Das sagt aš-Šaibānī W. C. fol. 42 rechts.) Die Verträge dürfen daher[1a]) nur auf bestimmte Zeit (لسنين معلومة) geschlossen werden. Aber auch nach der byzantinischen Staatspraxis sind nur kurzfristige Verträge üblich[2]), und schon im griechischen Altertum sollen Verträge nur für eine bestimmte Zeit von Jahren geschlossen werden[3]).

Dementsprechend geht auch die islāmische Rechtslehre nur von einem Vertrag auf bestimmte Dauer aus, und aš-Šaibānī beginnt sein wichtiges Kapitel über die Grundlagen des Vertrags-

---

[1]) Diesen Teil über „die Grundlagen" geben wir im Anhange als Faksimile wieder.

[1a]) Siehe weiter unten S. 108 den Beginn des Kapitels über „die Grundlagen" aus den W. C.

[2]) Vergleiche z. B.: Excerpta de legationibus ed. De Boor 175, 8: „Ῥωμαῖοι δὲ τοὐνάντιον ὀλιγοχρονίους τὰς συνθήκας εἶναι ἐβουλεύοντο. Siehe auch Laurent in der Zeitschrift Βυζαντις II. (1911 — 12) p. 108.

[3]) Schoemann-Lipsius, Griechische Altertümer II⁴, S. 19.

rechts (باب الشروط فى الموادعة و غيرها) mit der Hauptvoraussetzung:
و انا توادع المسلمون و المشركون لسنين معلومة.

II. Das zweite Haupterfordernis eines Vertrags nach islāmischer Rechtslehre ist die Schriftlichkeit. Begründet wird diese Forderung auf eine Qur'ānstelle:

„Wenn ihr Schuldner werdet für eine Schuld zu bestimmtem Termin, so bringt das zu Papier . . . außer wenn ihr Handel Zug um Zug unter euch treibt, so soll es keine Sünde sein, wenn ihr über das Handelsgeschäft kein Schriftstück aufsetzt[1]." Also folgert aš-Šaibānī (W. C. 298 r): es ist sündenhaft einen langfristigen Vertrag nicht in schriftliche Form zu bringen.

Daß die Araber in der vorislāmischen Zeit gleich die Höhe der Schriftform von Verträgen erklommen haben sollen, ist unwahrscheinlich. Primitive Völker leben zwar in einem Formalismus der Rechtsgeschäfte. Aber die Schriftlichkeit als der vollendete rechtsgeschäftliche Formalismus scheitert in primitiven Kulturverhältnissen schon an dem Mangel des geeigneten Schreiberpersonals. Auch der Frühislām hatte es nicht[2]. Daß auch die frühislāmische Zeit keinesweg von der Schriftlichkeit als Regel für den Vertragsschluß ausging, ergibt zunächst die Tatsache, daß Theophanes sich veranlaßt fühlt, besonders hervorzuheben, daß ein zwischen Constantin Pogonatus und Mu'āwija (um 6171) abgeschlossener Vertrag schriftlich und durch Eid bekräftigt, abgeschlossen worden war[3]. Sodann muß festgestellt werden, daß noch zur Zeit der Umajjaden[4] (Ăbd'ul-Malik) Gutachten von den Rechtsgelehrten verlangt wurden, ob den Ungläubigen überhaupt Verträge gehalten werden sollten. Eine solche Frage stellen, ist, wenn die Schriftform für die Verträge Rechtsregel ist, unmöglich, wenn nicht gerade aus dem Fehlen der Schriftform die Ungiltigkeit des Vertrags gefolgert wird, was damals zweifellos nicht der Fall war.

Wir haben es also mit einem fremden Einschlag zu tun, und da braucht man nicht lange nach der Quelle desselben

---

[1]) Sūra II. v. 282.

[2]) Vergleiche dazu Goldziher, Muham. Studien I. 111.

[3]) Siehe De administrando imperio in Migne Patrolog. Graeca C XIII p 202.

[4]) Belāḏorī p 155 ff.

zu suchen. Im byzantinischen Recht hatte damals der Literalkontrakt die mündliche Stiputulation in den Hintergrund gedrängt, ohne sie freilich vollständig zu verdrängen[1]). Was die Stipulation in der früheren Zeit war, allgemeinste Form des Vertrags, das wurde im byzantinischen Recht der Literalkontrakt[2]). Aber schon vorher im graeko-ägyptischen Rechtsverkehr war es überaus beliebt, den Abschluß von Rechtsgeschäften durch Errichtung einer Urkunde zu verbriefen[3]).

III. Der schriftlich geschlossene Vertrag muß in je einem Exemplar jeder Partei ausgehändigt werden.

Der Musterpräzedenzfall, den nach aš-Šaibānī[4]) die Tradition bietet (W. C. 298 rechts: ... الاصل فيه حديث), ist der Vertrag des Propheten mit den Quraiš nach der Schlacht bei Ḥudaibija. Aus Ibn Hišām[5]), Wāqidī[6]) und Ṭabarī[7]) ist die Geschichte bekannt. Suhail b. ʿAmr, der für die Mekkaner den Vertrag abschließen sollte, weigerte sich die Eingangsform: „Im Namen Gottes des Barmherzigen" zuzulassen. Er verlangte die herkömmliche Formel: „In deinem Namen, Allahuma!" Muḥammad gab nach. Dann sollte es heißen: „Dies ist der Friedensvertrag zwischen Muḥammad, dem Gesandten Gottes." Auch dagegen erhob Suhail Einspruch: „Würden wir dich als Gesandten anerkennen, so würden wir nicht gegen dich gekämpft haben." Er solle bloß den Namen seines Vaters einfügen, also M., Sohn des ʿAbdullāh. Muḥammad befahl ʿAlī, der Schreiber dieses Vertrags war, demgemäß zu schreiben, oder wie es bei aš-Šaibānī heißt:

> „Da befahl der Gesandte Gottes dem ʿAlī, daß er streiche, was er geschrieben habe (sc. nämlich die Worte „Gesandter Gottes"); doch ʿAlī verweigerte solches. Da strich der Gesandte Gottes (die Worte) mit eigener Hand und sagte: ‚Ich bin M. Sohn des ʿAbdullāh und „sein" Gesandter. Schreibe: Dies ist, worüber Vertrag ge-

---

1) Partsch, Zeitschrift für Handelsrecht Bd. 70 S. 401 f.

2) Rabel in Kohlers RE. I 7 S. 462.

3) Mitteis in Mitteis-Wilken, Grundzüge und Chrestomatie der Papyruskunde Bd. 2 (1) (1913) S. 48.

4) Siehe Anlage: W. C. fol. 298 rechts.

5) Übersetzt von Weil, II. S. 151.

6) Übersetzt von Wellhausen S. 157.

7) Ed. de Goeje I series III p 1546.

schlossen haben, M. Sohn des Ȧbdullāh und Suhail b. Ȧmr für das Volk von Mekka. Darauf diktierte er ihm das Schriftstück zu Ende. Und er befahl, daß auf dieser Grundlage zwei Exemplare angefertigt würden."

Bemerkenswert ist nun an dieser Darstellung der Tradition bei aš-Šaibānī, daß sie offenbar neues angedichtet hat. Weder bei dem zuverlässigen b. Hišām noch bei Ṭabarī findet sich etwas von den zwei Exemplaren des Vertrags; bei Wāqidī heißt es: Muḥammad bekam das von Ȧlī geschriebene Original, Suhail eine Abschrift.

Bei aš-Šaibānī wird zunächst eine schriftliche Grundlage geschaffen und davon werden zwei Abschriften gemacht. Dies ist ganz der byzantinische Prozeß der Urkundenanfertigung: zuerst die scheda (Kladde) und dann das Mundum[1]). Wir werden darauf noch im folgenden zurückkommen.

Das byzantinische Vorbild wird noch durch die folgenden Ausführungen aš-Šaibānīs (W. C. fol. 298 rechts) nahe gelegt. Er setzt, nachdem er den obigen Ḥadiṯ angeführt, fort:

> „Und dieser Präzedenzfall ist Muster unter diesem Gesichtspunkte (sc. der Anfertigung zweier Abschriften nach der schriftlich fixierten Grundlage), und weil jede einzelne der beiden Vertragsparteien ein Exemplar, das in den Händen ist, nötig hat bis zu dem Zeitpunkt, da die andere Partei ihr eine Vertragsbestimmung streitig macht. Da komme er auf das zurück, was in seiner

[1]) Siehe Codex Just. 4, 21, 17 und Brunner, Zur Rechtsgeschichte der römischen und germanischen Urkunde 1880 S. 72, siehe ferner den Vertrag zwischen Igor und Byzanz in Nestors Chronik ed. Leger. École des langues orientales. 2 ser. I (1884) p. 40. Dieser Vertrag ist ein richtiger Rechtsschutzvertrag. Er sichert insbesondere die Rechtsstellung der Russen in Konstantinopel. Ein anderer, ein Schiedsgerichtsvertrag, der um 562 geschlossen wurde, ist der Friedensvertrag zwischen Persien und Byzanz, den Güterbock a. a. O. S. 83 ff. analysiert. Siehe schließlich oben S. 78 ff. Es ist daher die Behauptung von Mitteis (römisches Privatrecht I 62$\frac{1}{}$) unrichtig: „Überhaupt sind Rechtsschutzverträge für die byzantinische Zeit nicht überliefert; freilich kann dies auf Zufall beruhen".

Hand ist, und stütze (احتجّ به) sich darauf gegenüber der anderen Partei oder gebe ihr nach. Sodann ist der damit verbundene Zweck Vertrauen und Vorsicht, und es ziemt sich, daß geschrieben werde mit voller Berücksichtigung jeder Möglichkeit[1]) und daß in dieser Hinsicht vermieden werde das Schelten jedes darüber Scheltenden (d. h. daß der Vertrag gegen jede Anfechtung gedeckt sei). Denn da ist der Hinweis darauf in seiner Rede (Sūra II. v. 282): der Schreiber soll nicht zurückweisen zu schreiben, gemäß dem Wissen, was Gott ihn gelehrt hat; und es ist bekannt, daß was Gott ihn gelehrt hat, gerecht und vertragsgemäß ist. Es geziemt sich also, daß geschrieben werde in dieser Weise, daß keiner es schelten kann."

Aš-Šaibānī sieht als wichtigsten Zweck der in die Hände der Parteien zugefertigten Exemplare, daß sie sich im Streitfalle darauf berufen, eventuell einen Vergleich der Urkunden vorzunehmen und je nachdem diese Vergleichung ausfällt, nachgeben oder nicht. Das ist die byzantinische „collatio instrumentorum", der Nov. 73 c. 7 § 3, die letzten Endes, wenn die Parteien bei ihren gegensätzlichen Behauptungen bleiben, nur zur Eidesleistung der einen oder anderen Partei führt. Das fällt natürlich bei einem völkerrechtlichen Vertrage aus, da die von einem Richter aufgetragene Eidesleistung hier nicht möglich ist.

IV. Der von dem Muslims abgeschlossene Vertrag soll im Eingang die Formel enthalten: Vertrag abgeschlossen zwischen dem Ḫalīfa X. und auf seiner Seite von den Muslims Y. Z. und dem Könige A und auf seiner Seite von dem Volke seines Reiches (sc. B. C., etc.)[2]). Bei den Byzantinern scheint es üblich gewesen zu sein, zunächst den Vertrag durch die hierzu bestellten Gesandten zu vereinbaren und dann die sogenannten σάκραι, d. h. die Ermächtigungsurkunden zum Vertragsabschlusse (für die Gesandten) wechselseitig auszutauschen. Der Vertrag begann mit den Worten[3]):

---

[1]) Das احوط الوجوه bedeutet wörtlich das „umfassendste der Richtungen".

[2]) Aš-Šaibānī a. a. O. fol. 298 rechts.

[3]) Excerpta de legationibus ed. de Boor I p 179 f.

Οἱ δὲ τὰς συνθήκας βεβαιοῦντες Ῥωμαίων μὲν Πέτρος ... καὶ Εὐσέβιος καὶ ἕτεροι, Περσῶν δὲ ὁ Ζὶχ ὁ Ἰεσδεγουσναφ Σουρήνας καὶ ἕτεροι.

Die Ermächtigungsurkunde[1]) des persischen Königs lautete (entsprechend auch die des byzantinischen Kaisers):

Χάριν ἀπονέμομεν τῇ ἀδελφότητι τοῦ Καίσαρος περὶ τῆς χρείας τῆς εἰρένης τῆς μεταξὺ τῶν δύο πολιτείων. Ἡμεῖς μὲν Ἰεσδεγουςναφ θείῳ κουβικουλαρίῳ ἐκελεύσαμεν καὶ ἐξουσίαν δεδώκαμεν, ἡ ἀδελφότης τοῦ Καίσαρος Πέτρῳ μαγίστρῳ τῶν Ῥωμαίων καὶ Εὐσεβείῳ ἐκέλευσε καὶ ἐπέτρεψε καὶ ἐξουσίαν δέδωκε λαλῆσαι καὶ τρακταῖσαι. Καὶ ὁ Ζὶχ καὶ ὁ λεγόμενος παρὰ Ῥωμαίοις μάγιστρος καὶ Εὐσέβειος τὰ περὶ τῆς εἰρένης κοινῶς ἐλάλησαν καὶ ἐτρακταῖσαν, καὶ ἐτύπωσαν τὴν εἰρένην πεντήκοντα ἐνιαυτῶν, καὶ ἔγγραφα πάντες ἐσφράγισαν. Ἡμεῖς οὖν καθ' ἃ ὁ Ζὶχ καὶ ὁ μάγιστρος τῶν Ῥωμαίων καὶ Εὐσέβειος ἐποίησαν, βεβαίως ἔχομεν τὴν εἰρένην καί ἐμμένομεν αὐτοῖς.

Nun begreifen wir, was es bedeutet, wenn es in der von aš-Šaibānī bemerkten Eingangsformel heißt:

هذا ما يوادع عليه الخليفة فلان و من معه من المسلمين و فلان و من معه من اهل مملكته.

Es ist die Form der byzantinischen σάκρα, die beim muslimischen Vertrag in den Eingang gestellt wird. Dies war umso mehr zulässig, als, wie wir noch weiter sehen werden, die Grundlage des Vertrags, die Kladde, die sogenannte وثيقة war. Die Abschrift dieser Kladde, das sogenannte Mundum, war erst der offizielle Vertragstext, der sogenannte كتاب. Er entsprach dem byzantinischen Hauptexemplar (κυριώτερον), während die – übrigens an sich rechtsverbindliche — waṯīqa der von den Gesandten unterzeichnete Vertragstext in Urschrift, die Kladde (das sog. βίβλιον) war (über die korr. byzantinischen Verhältnisse C. Neumann in der byzantinischen Zeitschrift I, 375 und Güterbock a. a. O. S. 100/04).

V. Die islāmische Vertragsurkunde ist, wie die hellenistische und byzantinische[2]), eine Dispositivurkunde. Das Rechtsgeschäft kommt erst durch die Errichtung der Urkunde zustande, es wird nicht durch die Urkunde leichter beweisbar gemacht. Das zeigt der Text bei aš-Šaibānī[3]). Er wendet sich

[1]) Excerpta a. a. O. p 176.

[2]) Darüber bes.: Mitteis Grundzüge S. 49, Rabel a. a. O. S. 462, Partsch a. a. O. 445 ff.

[3]) Vergleiche die Anlage: W. C. fol. 298 rechts.

gegen seinen Zeitgenossen, den Rechtsgelehrten, Abū Zaid al-Baġdādī[1]). Dieser hatte behauptet (in seinem Buche über die Vertragsvoraussetzungen):

„Das Vorzuziehende nach meiner Meinung ist, daß geschrieben werde, dies ist das Schriftstück, in welchem erwähnt (= bezeugt) wird, worüber man sich geeinigt hat. Denn dies ist wahr und entspricht der Wirklichkeit. Dies ist aber der Hinweis darauf, daß es zu Papier gebracht ist. Es ist aber nicht das Schreiben, worüber man sich geeinigt hat, sondern das, worüber man sich geeinigt hat."

Wir sehen hier: Abū Zaid al-Baġdādī erblickt in der Urkunde bloß eine Zeugnisurkunde.

Dem widerspricht aš-Šaibānī (hier vom Kommentator bloß Muḥammad genannt). Er tritt für die Formel ein: Dies ist der Vertrag, der abgeschlossen wurde (nicht bloß: Dies ist, worin bezeugt wird, daß ein Vertrag abgeschlossen wurde). Als Beleg verweist er einerseits auf den oben angeführten Vertrag zwischen Muḥammad und Suhail, sodann aber auf einen Vertrag zwischen dem Propheten und ibn Hauḏa, worin der Prophet einen Sklaven kauft. Die dies beweisende Aufschrift des Vertrags lautete: Das ist was Muḥammad, der Gesandte Gottes, von ibn Hauḏa gekauft hat." (هذا ما اشترى محمد رسول الله من العدّ ابن خالد بن هوذة).

V. Die Anführung des Tags des jüngsten Gerichts, im Hinblick auf welchen der Vertrag geschlossen wird, ist zulässig. „Zur Verheißung der Gnade für die Gottesfürchtigen und zur Drohung für die Lügner." (الوعد للابرار و الوعيد للفجار).

VI. Sodann muß[2]) Anfangs- und Endtermin der Zeit angegeben werden, für welche der Vertrag gelten soll, und zwar nach Monaten und Tagen. Denn der Vertrag bringt für „uns" die Verpflichtung, sich in dieser Zeit des Kampfes mit dem Gegner zu enthalten (العقد الذى يجرى حرمة القتال), und es muß (sc. daher) der Anfang und das Ende dieser Zeit bekannt sein." (فلابد من ان يكون اول تلك المدة و اخرها معلوما).

[1]) Sein voller Name nach Brockelmann I. 104: Abū Zaid Sa'īd b. Aus al-Anṣāri wurde im Jahre 774 (158 d. H.) nach Bagdad berufen. Er starb 830 (214 oder 215 d. H).

[2]) Aš-Šaibānī a. a. O. fol. 298 rechts, siehe Anlage.



VII. Der Vertrag darf nur Muwād'a heißen [1], d. h. gegenseitiges **Ablassen**, nicht etwa richtiger Friedensschluß (مصالحة) [2]. Denn mit den Ungläubigen gibt es keinen dauernden Frieden. Und doch ist dies eine richtige Vertragsabrede [3]. Denn es existiert das Gotteswort: „Mit denen von den Ungläubigen, mit welchen ihr ein Bündnis abgeschlossen habt," (Sūra IX v. 1); und — so fügt aš-Šaibānī hinzu — „die muwād'a, sie ist das Bündnis".

VIII. Jede Partei [4] soll dem anderen Vertragsteil zusichern, daß sie alles das erfüllen wolle, was in die Vertragsurkunde geschrieben wurde als ein Vertrag vor Gott und seinem Bund und im Schutze Gottes und seines Propheten und des Messias Jesus, Sohn der Mirjam. „Und dieses Wort — setzt As-Šaibānī fort — soll erwähnt werden in jeder Vertragsurkunde an diesem Anfang." Der Kommentator fühlt sich verpflichtet dieses Diktum von aš-Šaibānī zu erklären [5]: „Denn fürwahr er (aš-Šaibānī) stützte sich (hierbei) darauf, was der Zustand des Ḫalifats zu seiner Zeit war und fürwahr sie (sc. die Ḫalīfen) hatten damals Rom bekämpft und es war das erhabenste Wort bei Eingehung des Vertrags bei ihnen (sc. den Römern) und deswegen erwähnt er (sc. aš-Šaibānī) es." Wir haben hiermit den von unserer Quelle selbst hervorgehobenen Zusammenhang mit den byzantinischen Grundlagen: Es ist die uns aus byzantinischen Urkunden bekannte [6] Eingangsformel „ἐν ὀνόματι" (Anrufung Christi). Was der Kommentator des aš-Šaibānī, nämlich as-Saraḫsī, nicht hervorhebt, aber aus zeitgenössischen byzantinischen Quellen nachzuweisen ist, war die Tatsache, daß, um einem Vertrag größere Sicherheit zu geben, beide Teile den Vertrag zu beschwören pflegten. Wenn Byzantiner selbst mit **Ungläubigen** Verträge abschlossen, so schwur jede Vertragspartei nach dem ihr eigentümlichen Ritus. Belege: die

---

[1] Aš-Šaibānī a. a. O. fol. 298 rechts, siehe Anlage.

[2] Lane ist also, Dictionary Book I. part VIII. p 3051, im Unrecht, wenn er موادعة und مصالحة als synonyma ansieht.

[3] معاهدة.

[4] Aš-Šaibānī in W. C. fol.: 298 rechts, siehe Anlage.

[5] Siehe W. C. fol. 298 rechts und 298 in der Anlage.

[6] Schmidt, Die griechischen Papyrusurkunden 1843, S. 307 setzt den Beginn dieser Sitte vor Justinian, ihre Durchsetzung in seine Regierungszeit.



Russen (Ungläubige) schwören bei ihrem Gott Perun, bei Wolos, dem Gott der Heerden, die Byzantiner in ihrer Weise auf das Kreuz[1]). Mitunter schwur der Ungläubige außer nach seinem Ritus auch nach der byzantinischen Form.

So beschwört der Chakan der Avaren[2]) den mit Byzanz geschlossenen Vertrag nach avarischer Sitte, sodann nach römischer (τοιαῦτα βαρβαρικῶς ἀπομοσάμενος ὁ χαγάνος· νῦν ἔφη καὶ τοὺς Ῥωμαίους ὅρκους ὀμνύναι βούλομαι.) Was wir nun daraus folgern können, ist, daß die Byzantiner auch die Araber zwangen, gewissermaßen als Surrogat für den Eid in die Formel, die ihnen, den Arabern, teuer war, den Namen Christi aufzunehmen. Diese Eigenschaft der Formel tritt auch bei aš-Šaibānī hervor, natürlich ohne die historischen Zusammenhänge anzuerkennen, sondern in islāmischer Verkleidung. Der Kommentator aš-Šaraḫsī wirft nämlich im Anschluß an die vorhergehenden Ausführungen[3]) die Frage auf, ob die Aufnahme der Formel[4]) „Schutz Gottes, des Gesandten Gottes“ etc. gestattet sei. „Sagt doch — so setzt er fort — der Gesandte Gottes: Wenn ihr ihnen (sc. den Ungläubigen) den Schutz Gottes und den Schutz des Gesandten Gottes geben wolltet, so gebt ihn ihnen nicht, sondern bloß die Beschützungen eurer Väter und euere Beschirmungen. Denn die Verletzungen des von eueren Vätern und von euch gewährten Schutzes sind leichter.“ Wie soll nun aš-Šaibānīs Formel mit diesem Verbot des Propheten vereinigt werden? Daß das Fiqh sich mit dieser Frage ein Hindernis selbst zurecht macht, kann nach unseren vorhergehenden Ausführungen nicht zweifelhaft sein. Wir haben oben gesehen (§ 3, S. 61), daß in der Zeit des Frühislām die Erteilung des Schutzes Gottes und seines Gesandten an Ungläubige die Regel war, sodaß die Schutzerteilung an Gläubige als Ausnahme erscheint[5]). Das hatte man aber inzwischen vergessen. Die Ungläubigen galten als des Schutzes Gottes unwürdig.

---

[1]) Siehe Nestors Chronik a. a. O. p 24, 28. 40 f.

[2]) Excerpta de legationibus ed. de Boor II. 473 Z 24 f.

[3]) W. C. fol. 298, siehe Anlage.

[4]) Wörtlich die Niederschrift dieses Wortes.

[5]) Interessant ist wie auch durch diese Lehre des Fiqh die Sīrat des Propheten verfälscht wird — ein Problem, das Lammens im Allgemeinen gestellt hat und das im Spezialfall hier einen Beleg findet:



Nun aber war die von aš-Šaibānī angeführte Vertragsformel zweifellos Tatsache. Der Ausdruck „Schutz Gottes" wird hier, wie die ganze Formel, zum Sinne eines Eides umgedeutet. Das entsprach vollständig den historischen Tatschen; aber mit der Lehre des Islām war sie schwer zu vereinigen. Denn wir wissen, daß Muḥammad den Eid tatsächlich untergraben, jedenfalls seine alte Wertschätzung bei den Arabern stark zurückgedrängt hat. „Allah tut was er will, und läßt sich in keiner Weise durch Worte oder Taten der Menschen beeinflussen. Wie sollte man ihm dann durch seinen Eid irgendeine Art von Zwang auferlegen können[1])?" Trotz dieser Stellung des Propheten muß sich das Fiqh dazu bequemen die Vertragseide, die im internationalen Verkehr namentlich mit Byzanz nötig waren, mit in die Lehre des Idealrechts aufzunehmen. Es geschieht in der bekannten Weise durch Heranziehung von Qur'ānstellen, die

Ṭabarī (I. 1600) gibt für das Jahr 8 d. H. einen Brief des Propheten an Al-Mundir b. Sāwa al Ābdi in Baḥrain wieder, in welchem nach Aufzählung der Bedingungen, die Muḥammads Stammesgenossen zu erfüllen haben, ihnen zugesagt wird, daß sie alle Rechte und Pflichten der Muslimen haben sollten. Hağar, ein Traditionarier des 15. Jahrhunderts (Brockelmann II 67), fügt, wie Caetani a. a. O. II $\frac{1}{-}$ 196 mitteilt, noch nach der Aufzählung der Pflichten, die übernommen werden sollen, als Teil des Briefes hinzu: „Das sind die wahren Muslimen; ihnen kommt zu die dimma Gottes und seines Gesandten ..." Es ist merkwürdig — sagt Caetani — daß der Ausdruck dimma in Verbindung mit Gläubigen gebracht wird. Das ist richtig; aber Caetani weiß es nicht zu erklären. Nach dem im Text von uns festgestellten ist die Erklärung nicht schwer: Es ist dies offenbar eine Hinzufügung der späteren Tradition, die von der im Texte oben bezeichneten Fiqhlehre beeinflußt war, daß die dimma Gottes und des Propheten einem Ungläubigen nicht zukomme. Nur den „wahren Muslimen" kommt sie zu, und das wird dem Propheten in den Mund gelegt. Auf gleicher Beeinflussung der geschichtlichen Tradition durch das Fiqh beruht die Erzählung Belādorī's (fol. 182 f.) über das Verhalten 'Umar's zur Banū Taġlib.

[1]) Pedersen, Der Eid bei den Semiten, Beihefte zu „Der Islam" III. (1914) S. 196.

eigentlich wenig mit Eiden zusammenhängen. Sehen wir zu! Der Kommentator as-Saraḫsī behauptet, aš-Šaibānī hätte die Anrufung des „Schutz Gottes“ auch nur im Sinne eines Eides aufgefaßt. Er sagt[1]):

> „Es liegt auch nicht in der Absicht Muḥammads (d. i. aš-Šaibānī's) bei dem Gebrauch dieses Wortes (sc. der oben genannten Schutzformel) den Schutz Gottes und des Gesandten Gottes zu gewähren. Denn solches ist ihm verboten, wie es hervorkommt im Ḥadīṯ; vielmehr ist die mit diesem Wort verbundene Absicht, die Festmachung des Vertrags durch einen Eid, wie dies das folgende ergibt (بعاراة مخبلفتة). Denn sieht man nicht, daß er sagt: „Und besonders stark ist, was Gott mit den Propheten, Gerechten, Friedensstiftern als Vertrag und Bund abgeschlossen hat“, und diese Absicht (sc. aš-Šaibānī's) geht auch hervor aus dem Hinweis auf das Gotteswort[2]), und die Absicht ist die Eingehung der (Vertrags)verpflichtung auf die vollkommenste Weise, und unser Fall ist ähnlich (sc. wie die Qur'ānstellen). Sieht man ferner nicht, daß er (aš-Šaibānī) bemerkt, nach Erklärung der Möglichkeit des Betrugs: „und das insgesamt dieses Eides lastet auf dem, über dem Gott ist, wodurch er die Bürgschaft und seinen Schutz als frei (von Betrug) kontrolliert“. Und dadurch erklärt er (aš-Šaibānī), daß seine vorhergehende Absicht die Erwähnung des Eides ist.“

So ist der schwierige Prozeß gelungen: Die alte ḏimmatu 'llāhi ist — infolge des byzantinischen Vorbildes — zu einer Eidesanrufung umgemodelt und dies mit Hilfe einiger Qur'ānstellen zustande gebracht.

IX. Sodann soll die Vertragsurkunde ausgefertigt werden (ختم) durch Erwähnung des Datums[3]).

---

[1]) W. C. fol. 298, siehe Anlage.

[2]) Hier werden die beiden Qur'ānstellen Sūra III. v .184 und Sūra III 75 citiert.

[3]) Aš-Šaibānī: W. C. fol. 298, siehe Anlage!

Wir haben in dieser Anforderung die Notwendigkeit einer Vollziehungsklausel (ἀπολύειν) zu erblicken, deren Vorbild ebenfalls auf Byzanz zurückgeht[1]).

Daß es sich hierbei um die Vollziehungsklausel handelt sagt aš-Šaibānī in folgender Einkleidung:

„Eine Zeitangabe soll ja schon — wie wir oben erwähnt haben — im Eingange der Urkunde erfolgen und solches genügt, es wäre denn, daß man darauf zurückkommt am Schlusse der Urkunde wegen der Befestigung (للتأكيد). Und es liegt dem keine andere Absicht zu Grunde, als das Verbot des Kampfes in der bestimmten Zeit und sie beginnen sie (sc. die Zeit) mit dem Zeitpunkt der Vollendung der Vertragsurkunde und ihrer Beurkundung durch Zeugen[2]). Denn wenn seine Erwähnung (sc. des Datums) im Eingang der Urkunde genügte, so könnte oftmals die eine der Parteien Rechtsansprüche erheben während der Zeit, welche zufällig zwischen dem Beginn und dem Ende der Urkunde verstreicht, und es kommt solches vor. Deswegen wird die Urkunde ausgefertigt gleichfalls durch Erwähnung des Datums."

Schon der „Beginn und das Ende der Urkunde" (اول الكتاب و اخره) erinnert an das technische „initium" und „dimissio" der Urkunde, wie sie Novelle 45 (44) von 536 vorschreibt.

Im Mittelpunkt des Beurkundungsaktes steht, wie im römisch-byzantinischen Recht, der tabellio (συμβολαιογράφος), so hier der kātib, der Schreiber, hier wie dort keine Amts-, aber doch eine Vertrauensperson. Aš-Šaibānī sagt von ihm[3]):

انما يكتب للاحتياط فينبغي ان يكتب على احوط الوجوه وهي حكايته ما جرى فينبغي للكاتب انه يبين ما جرى بين الفريقين على ابلغ الوجوه.

„Fürwahr es soll geschrieben werden der Vorsicht wegen und es ziemt sich, daß geschrieben werde mit voller Berücksichtigung der Möglichkeiten: „und dies ist

---

[1]) Siehe Partsch a. a. O. S. 454 ff. über die byzantinische Kompletionsformel.

[2]) وابتداوها من وقت تمام الكتاب و لاشهاد.

[3]) W. C. fol. 300, siehe Anlage!

der Tatbestandsbericht, was sich ereignet hat“ und es ziemt sich, daß der Schreiber erkläre, was zwischen den Parteien vorgefallen ist, in der Richtung der wesentlichsten Möglichkeiten (d. i. der wesentlichsten Punkte).“

Wie nun nach byzantinischem Recht (Nov. 45 [44] von 536) offenbar die Tätigkeit des Schreibers so gedacht war[1]), daß das Niederschreiben der Kladde auf Grund der Angaben der Parteien zunächst beim Tabellio bestellt wird, und dann die Parteien nach einiger Zeit, während welcher das Mundum des Texts hergestellt wurde, mit den Zeugen zum Tabellio kommen, um zu unterschreiben, worauf der Tabellio die Vollziehungsformel hinschreibt, so wird sich auch nach islāmischem Rechte der Prozeß der Beurkundung vollzogen haben.

Stellen bei aš-Šaibānī machen dies sehr wahrscheinlich. Der Vollziehungsformel, d. i. hier der Datierung der Urkunde nach der Unterschrift der Zeugen, haben wir bereits oben gedacht. Sie werden auf das Mundum gesetzt, welches im Text von aš-Šaibānī als كتاب bezeichnet wird. Dem geht aber die Anfertigung der Kladde, der waṯīqa (وثيقة), voraus. Aš-Šaibānī sagt es an jener Stelle, wo er von der Abmachung der Leistungen des Vertrags handelt[2]):

ثم ذكر وثيقة الموادعة بعوض و هو على قياس ما تقدم و انما زاد فيها ذكر البدل و الحاصل فيه انه ينبغى له ان يعلم ابدل على وجه لا يبقى فيه منازعة فى الثانى.

„Darauf (d. h. nachdem er die Voraussetzung des Vertragsinstruments, das Mundum vorgetragen) erwähnt er (aš-Šaibānī) die waṯīqa des Vertrags in Bezug auf den (vertragsmäßig bedungenen) Gegenwert; und sie (die waṯīqa) ist nach Analogie dessen, was wir vorausgeschickt haben (sc. der Anlage des Vertragsinstruments), und er (aš-Šaibānī) verbreitet sich über den Gegenwert, und das Resultat davon ist, daß es sich geziemt, daß der Gegenwert gekannt wird, damit nicht ein Streit darüber übrig bleibe bei der Anfertigung der Abschrift[3]) (des Duplum oder Mundum).“

---

[1]) Siehe Brunner a. a. O. S. 72[2].

[2]) W. C. fol. 299 rechts, siehe Anlage.

[3]) Das ist hier die Bedeutung des ثان, siehe Lane, Dictionary, der es mit „doubling“ übersetzt.

Hier ist also scharf die Kladde (وثيقة) von der offiziellen Abschrift der Niederschrift des Vertragsinstruments unterschieden[1]).

Über die Art, wie der Schreiber bei der Abfassung der Kladde vorzugehen hat, heißt es bei aš-Šaibānī[2]) an anderer Stelle:

ثم بين انه كيف يكتب وثيقة هذه الموادعة و هو قياس ما سبق انما يحتاج فى هذه الوثيقة الى كتبة هذا الشرط خاصة و كذلك فى كل وثيقة فيها مقصود و لا بد من بيان ذلك المقصود قال و ينبغى للكاتب ان يكتب ابتداء على اشد ما يكون من الاشياء يعنى على احوط الوجوه فان كره المسلمون من ذلك شياء القوه من الكتاب القاء ما يريدون القاه اهون عليهم من زيادة ما يريدون زيادته و لعل اهل الحرب لا يقبلون الا الاشد فلهذا يكتب فى الابتداء بهذه الصفة فان قبلوا السير منه القى المسلمون منه ما احبوا .

„Darauf wird erklärt, wie geschrieben werden soll, die Kladde (waṯīqa) des Vertrags, und dies ist nach Analogie des Vorausgehenden: fürwahr die waṯīqa muß schriftlich sein. Dies ist insbesondere die Grundvoraussetzung. Und so soll es gehandhabt werden bei jeder waṯīqa, auf welche die Absicht gerichtet ist, und es muß solche Absicht klar sein.

Er sagt (aš-Šaibānī): Es ziemt sich für den Schreiber, daß er im Anfange die schwerere Vertragsbedingung hinschreibe, welche zum Gegenstand gehört, d. h. in voller Berücksichtigung der Möglichkeiten, und wenn die Muslims davor zurückschrecken, so werden sie es aus der Vertragsurkunde streichen, denn das Streichen dessen was man zu streichen wünscht, ist leichter als das Hinzufügen dessen, was man hinzufügen möchte[3]). Vielleicht wollen auch die Ungläubigen nur die schwerere Bedingung

---

[1]) Interessant ist, daß nach aš-Šaibānī, a. a. O. fol. 299 rechts, siehe Anlage, bei der Herstellung der Zahlungsfristen ein Astronom (منجم) fungiert.

[2]) W. C. fol. 301 rechts, siehe Anlage.

[3]) Dieser Satz hat aber nur dann Sinn, wenn man sich den Gegensatz zwischen Kladde und Mundum vor Augen hält. Im Mundum kann nur gestrichen, nicht aber Neues hinzugefügt werden, ohne einen neuen Vertrag abschließen zu müssen.

annehmen. Wählen sie aber die leichtere, so können die Muslims davon (d. i. von den in der Kladde aufgenommenen Vertragsbedingungen) nach Belieben streichen."

Die ganze Kautelarjurisprudenz wird damit berührt. Der Schreiber hält sich offenbar an Formulare[1]. Er nimmt alle möglichen Vertragsbedingungen, insbesondere die den Muslims günstigeren, auf und läßt bis zur Ausfertigung (ختم) der Urkunde beiden Parteien freien Entschluß, durch Abstreichen unter einander einig zu werden.

Wie wir uns diese Formulare, die der waṯīqa gewissermaßen zu Grunde gelegen haben, denken müssen, dafür haben wir aus dem byzantinischen Recht gewisse Anhaltspunkte. Im byzantinischen diplomatischen Rechtsverkehr war es üblich, wenn der Vertrag außerhalb Konstantinopels geschlossen wurde, dem Gesandten, der den Vertragschluß vermitteln sollte, außer dem Kreditiv noch ein Aktenstück mitgegeben, in welchem Punkt für Punkt die Ansprüche enthalten waren, die von der byzantinischen Regierung als unumgängliche Basis des abzuschließenden Vertrags angesehen wurden. Die Liste dieser Ansprüche (δέησις, τὰ ζητούμενα) enthielt nicht selten Forderungen, die an Unverschämtheit grenzten. Aber davon konnte man ja Abstriche machen lassen. Gerade dies empfiehlt aš-Šaibānī dem Schreiber der Kladde (waṯīqa), die schärferen Forderungen zuerst aufzuschreiben. Daß sich durch dieses eine Art von schriftlichem Handel und Feilschen ergeben konnte, zeigen ebenfalls die byzantinischen Quellen[2]. Der Vorgang war, wenn beide Parteien über das nötige Schreiberpersonal verfügten, der, daß zunächst jede Partei ihren Vertragsentwurf in die Sprache der anderen übersetzen ließ, daß dann beide Teile diese Übersetzungen mit ihren eigenen Instruktionen verglichen, sodann solange immer schriftlich herumfeilschten, bis Einigung erzielt war, in der Zwischenzeit aber auf die Punkte der inzwischen teilweise gewonnenen Einigung einander festlegten. War die Einigung erzielt, dann wurden Vertragsurkunden ausgefertigt[3]. Diese For-

[1]) So allein ist er in der Lage das احوط الوجوه („volle Berücksichtigung der Möglichkeiten") zu vollbringen.

[2]) Vergl. darüber C. Neumann, byzantinische Zeitschrift I. 373.

[3]) Freilich mit der dem islāmischen Recht nicht geläufigen Eigentümlichkeit, daß jede Partei die von ihr übernommenen Ver-

mulare, nach denen der islāmische Vertragsschreiber vorzugehen hatte, waren demnach die Instruktionen beider Parteien. Daher in unserer islāmischen Rechtsquelle die Ermahnung der „vollen Berücksichtigung der Möglichkeiten“ (احوط الوجوه).

Dem späterem Islām ist natürlich dieser ganze Zusammenhang der waṯīqa mit dem byzantinischen Vorbilde verloren gegangen. So fügt dann auch der türkische Kommentator anmerkungsweise hinzu[1], daß man in der Türkei von diesem „umständlichen“ modus procedendi abgekommen sei. Man

---

pflichtungen in der Urkunde in ihrer Kanzleiform und -sprache ausfertigte und sie gegen das korrespondierende Exemplar der anderen Partei austauschte. Da die in die Hände der Partei gelangende Vertragsurkunde immer in der Sprache der Gegenpartei ausgefertigt war, wurde noch vom Vertragsgegner eine Übersetzung in der Sprache des Empfängers angefertigt. Siehe darüber Dimitriu im (russ.) Wyzantïysky Wremennik II (1895) p 535 f. auf Grund der byzantinischen Quelle: excerpta de legationibus ed. de Boor I 179 Z 30 ff.

[1]) Muḥammed Munib el Aintābī a. a. O. II. 205.

مترجم فقیر دیر که کتب وثیقه‌ده ذکر اولنان ترتیب انجق زمان تألیفده معروف اولان عادتلرینك مقتضاسی اولمق اغلب احتمال در یوقسه زمانه‌مزده و خاصة دولة عثمانیه‌ده مصالحه ایچون کتب اولنان عهدنامه‌لر اوّلا تسوید اولنوب آنده محو و اثباتله رضاء طرفینی تکمیلدنصکره تبییض اولمغله تکلفات مرقومه‌دن وارسته ایدوکی قیل و قالدر.

„Der armselige Übersetzer (so nennt sich der türkische Kommentator regelmäßig) sagt, daß das erwähnte Schriftstück, die waṯīqa, ein Vertragsentwurf, nur zur Zeit des Verfassers (d. h. aš-Šaibānī's oder as-Saraḫsī's) bekannt war, und es ist möglich, daß es ein sehr häufiges Erfordernis nach ihren (damaligen) Bräuchen war. Wie dem auch immer sei, zu unserer Zeit, besonders im osmanischen Reiche, wird über die Vertragseinigung ein Ahdnāme geschrieben, zuvor ein Entwurf verfaßt. Nachdem die Parteien ihre Zustimmung zu Wegstreichungen daraus und Feststellungen gegeben und dies so vollendet ist, wird es abgeschrieben. So entgeht man den obengenannten Umständlichkeiten und so ist es gang und gäbe.“

mache hier erst das Konzept. Abstriche **und** zusätzliche Festsetzungen könnten mit Zustimmung der Parteien vorgenommen werden. Erst dann käme das offizielle Vertragsinstrument durch Abschrift zustande. Die waṯīqa, die Kladde, hat also keine juristische Bedeutung mehr. Wir haben oben bemerkt, daß sie im islāmischen Recht formell bindende Bedeutung hat, als Vorstadium des offiziellen Vertrags. Wir haben ferner der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die waṯīqa dem byzantinischen, von den **Gesandten** unterzeichneten, Urentwurf entspricht, wozu noch der كتاب die Hauptturkunde, das Mundum, hinzukommen mußte. Das Verständnis für all das ist dem türkischen Kommentator geschwunden. In der waṯīqa sieht er nur einen „Vertragsentwurf" *(tertīb)* und der ganze Prozeß scheint ihm umständlich. Der Türke kennt nur das Konzept *(teswīd)* und das Vertragsinstrument *('ahdnāme)*.

X. Zwei wesentliche Vertragsbedingungen jedes mit den Ungläubigen geschlossenen Vertrags sind nach der Lehre des aš-Šaibānī:

1. daß der Muslim, der zu den Ungläubigen zieht, stets der islāmischen Gerichtsbarkeit „zurückgegeben" werden muß und daß

2. der Ungläubige, der in das Land des Islām zieht und Muslim geworden ist, nicht der Gerichtsbarkeit der Ungläubigen zurückgegeben werden darf.

Beide Sätze haben im byzantinischen Recht ihre Parallelen:

Der Rechtgläubige bleibt auch im Auslande dem byzantinischen Recht unterworfen[1]) und der von den Ungläubigen kommende, der Römer geworden ist, wird nicht zurückgegeben[2]).

Abgesehen von der Feststellung ihres Zusammenhangs mit dem byzantinischen Rechte, interessieren uns jene beiden Sätze des islāmischen Rechts als notwendige Vertragsbedingungen auch deshalb noch ganz besonders: **Das Deutsche Reich hat ihnen in den Rechtsverträgen mit der Türkei von**

---

[1]) Siehe Neumayer, Entwicklung des Intern. Privat- und Strafrechts I. (1901) S. 265 und die dort cit. Balsamon und Leunclavius.

[2]) Siehe Excerpta de legationibus ed. de Boor II. p 466 16 ff: ξυνελόντα δὲ εἰπεῖν τοὺς ὅσοι βούλονται τῆς Ῥωμαϊκῆς μετασχεῖν πολιτείας, οὐπώποτε ποιήσασθαι ἐκδότους.

1917 voll auf Rechnung getragen. Wir müssen uns daher mit ihnen ganz besonders eingehend beschäftigen.

Das „Zurückgeben", von dem sie handeln, hat nichts mit unserem modernen Begriff der Auslieferung zu tun. Jene Vertragsbedingungen beziehen sich überhaupt nicht auf Strafsachen. Denn daß ein Muslim von einer ungläubigen Staatsgewalt gerichtet werden könnte, ist für die islāmische Rechtslehre eine ganz unvollziehbare Vorstellung und daher indiskutabel. Das „Zurückgeben" (ردّ) bezieht sich vorwiegend, ja ausschließlich, auf bürgerliche Rechtsverhältnisse, insbesondere auf eheliches Güterrecht, Familien-, Erbrechts- und auf Statusfragen.

Wir geben zunächst die Formulierung dieser notwendigen Vertragsbedingung nach aš-Šaibānī[1]) wieder:

> „Und wenn die Muslims einen Vertrag mit ihnen abschließen wollen nach der Richtung, daß sie (die Ungläubigen) ihnen zurückgeben, wer als Muslim außer Landes gegangen, so soll der Schreiber des Vertrags dies hinschreiben unmittelbar nach der Erwähnung, daß man sich des Kampfes enthalten wolle, und nach der Richtung, daß wenn von dem Volke des Reiches X in das Land des Islām ausziehe, Mann oder Frau, als Muslim oder als ein Verbündeter, so soll weder dem Ḫalifen noch dem Volke des Islām die Verpflichtung obliegen, ihn (sc. einen von den genannten Abwanderern) irgendjemand zurückzugeben. Und dies ist eine feststehende Anordnung gemäß dem Gesetze, welches eigentlich keiner besonderen Vertragsabmachung bedarf. Dennoch leugnet sie das Volk (sc. der Ungläubigen), und ohne diese Bedingung rechnen sie es als Betrug gemäß ihrem Glauben. Und deshalb haben wir erklärt, daß es sich gezieme den Vertrag in Rücksicht darauf abzufassen, daß es ein Argument sei gegen die beiden Streitteile und gegen seine Scheltung durch einen Schmähenden. Wenn dann nach Anführung dieser Vertragsbestimmung eine verheiratete Frau auszieht (sc. aus dem Lande der Ungläubigen) und ihr Gatte sie zurückfordert, so soll ihm dies nicht (gewährt) sein. Denn dies findet sich

[1]) W. C. fol. 298, siehe Anlage.

ausgesprochen in seinem (sc. des Propheten) Worte: „Lasset sie nicht zurückkehren zu den Ungläubigen; es ist nicht Recht, daß sie ihnen (sc. den Ungläubigen) angehören, noch daß diese ihre Gatten seien)." Ausgenommen der Fall, daß dies eine Bedingung im Friedensvertrag war, welcher zustande kam im Jahre von Ḥudaibija[2]). Und als diese Anordnung aufgehoben wurde am Orte des Qur'ānverses[3]) befahl Gott, er sei erhaben, die Rückgabe dessen was ihr der Mann so gegeben. Sagt er doch[3a]): „Gebt ihnen (sc. den Ungläubigen) zurück, was sie gegeben haben", wegen der Erfüllung dieser Bedingung. Aber wenn auch im internationalen Vertrag ausbedungen, heute (d. h. zur Zeit des Kommentators) fürwahr wird nichts zurückgegeben und ist auch nicht geboten die Rückgabe von irgend etwas, was ihr[4]) zugekommen ist. Und wenn nicht vertragsmäßig (d. h. durch internationalen Vertrag) ausbedungen (sc. die Rückgabe), so ist dies ebenso: es ist nicht geboten die Rückgabe von irgend etwas. Und diese Anordnung (sc. der Rückgabe) ist aufgehoben durch den Nachweis der iǧmā' (d. h. der allgemeinen öffentlichen Übereinstimmung der Rechtsgelehrten).

Nachdem er dann die Frage beanwortet, wie ein Sklave, der aus dem Lande der Ungläubigen ins Land des Islām entlaufen und dort zum Islām sich bekehrt, zu behandeln sei — er darf nicht ohne weiteres freigegeben werden, sondern muß zuvor verkauft werden, der Kaufpreis seinem Herrn ausgezahlt, ehe er freigelassen wird, da er als Sache eines Musta'min zu erachten ist —, führt er weiter aus[5]):

„Wenn ein Muslim oder ein Schutzbefohlener der Muslims (من اهل ذمتهم) auszieht in (das Reich) des

---

[1]), [3]) und [3a]) Sūra LX v. 10.

[2]) Nach Wāqidī übersetzt von Wellhausen, S. 257: „Wenn aber ein Qurašit ohne Erlaubnis seines Vormundes zu Muḥammad kommt, wird er ausgeliefert, dagegen wenn einer der Anhänger Muḥammads zu den Quraiš kommt, wird er nicht ausgeliefert."

[4]) Sc. als Brautgabe des Mannes, sog. مهر.

[5]) W. C. fol. 299 rechts, siehe Anlage.

Königs X, indem er die Religion des Islām verläßt oder das Schutzverhältnis, in dem er zu den Muslims steht, so liegt dem Könige X und dem Volke seines Reichs die Pflicht ob, jenen (Abwanderer) zurückzugeben den Muslims (d. h. der muslimischen Gerichtsbarkeit zuzuführen), bis sie ihn zurückgeben zur Erfüllung der Pflichten, die auf ihm ruhen (حتى يردوه الى ما كان عليه), und diese Vertragsbedingung — so ziemt es sich — soll man nicht versäumen, im Vertrage zu erwähnen. Denn wenn zu uns von ihnen ein Muslim oder ein Schutzbefohlener (sc. muslimischer Herkunft) abwandert, so ist es (doch) uns nicht erlaubt, ihn ihnen (den Ungläubigen) zurückzugeben und es ist das offenkundigste (von der Welt), daß sie bestehen werden auf der Gegenseitigkeit[1]) und sagen werden: Solange ihr nicht zurückgebt, werden auch wir nicht zurückgeben. Aber nach der ausdrücklichen Hervorhebung ist ihnen solches Argument abgeschnitten. Und wenn sie die Zurückgabe verweigern, so wäre solches eine Vertragsverletzung von ihrer Seite und es wäre den Muslims der Kampf gegen sie gestattet ohne jede (weitere) Kündigung (des Vertrags).«

Kurz zusammengefaßt: die Šarī'at fordert die Aufnahme folgender zwei Vertragsbedingungen in jedem auf Dauer berechneten Vertrag mit den Ungläubigen:

1. Wir führen keinen Muslim, der vom ungläubigen Ausland zu uns kommt, der Gerichtsbarkeit des ungläubigen Staats zu.

2. Ihr (Ungläubige) seid verpflichtet jeden Muslim unserer Gerichtsbarkeit zuzuführen.

Der letztere der beiden Grundsätze stellt eine Ausnahme von dem europäischen internationalen Rechte dar, das auf dem Gedanken ruht, daß jeder der vertragschließenden Teile in dem Gebiet des anderen Teiles dessen Landesgerichtsbarkeit in vollem Umfang unterliegt.

Beide Grundsätze des islāmischen internationalen Rechts sind von uns in den Rechtsverträgen mit der Türkei von 1917 anerkannt.

---

[1]) So möchten wir das مناصفة übersetzen. ناصف (III von نصف) heißt eigentlich „mit jemandem zur Hälfte teilen".



Zunächst der 2. Grundsatz:

Er kommt hier insbesondere Artikel 2 I des Vertrags über Rechtschutz und gegenseitige Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten[1]) in Betracht:

„Die familienrechtlichen Angelegenheiten der Angehörigen jedes vertragschließenden Teiles (d. h. ihre Rechtstreitigkeiten über die Eheschließung, die Anfechtung und die Nichtigkeit der Ehe, die Ehescheidung, die Herstellung oder die Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft, die Vaterschaft, das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern und die Annahme an Kindes statt) sowie die Angelegenheiten ihrer Geschäftsfähigkeit (d. h. ihre Rechtstreitigkeiten über die Volljährigkeit, die Volljährigkeitserklärung, die Entmündigung, die Vormundschaft oder die Pflegschaft) bleiben abweichend von den Bestimmungen im Artikel 2, Absatz 2 den zuständigen Gerichten oder den sonst zuständigen Behörden im Gebiete ihres Heimatlandes vorbehalten. Die Entscheidungen dieser Gerichte oder sonstigen Behörden sind in dem anderen Lande anzuerkennen, soweit sich die Beteiligten in dem Gebiete eines der beiden Teile befinden".

Aber auch dem ersten Grundsatz der islāmischen Rechtslehre (Wir führen keinen Muslim der ungläubigen Gerichtsbarkeit zu) hat die deutsche Regierung eine Konzession gemacht. Das bezeugt zunächst Artikel 3 des deutsch-osmanischen Vertrags über Rechtschutz und Rechtshilfe über Angelegenheiten der deutschen Schutzgebieten[2]). Er lautet:

„Abweichend von den Bestimmungen im Artikel 2 I[3]) des Hauptvertrags können die Muhammedaner der deutschen Schutzgebiete, die sich im Gebiete des Osmanischen Reichs befinden . . . . in den Angelegenheiten des Familienrechts und der Geschäftsfähigkeit die zuständigen Gerichte oder die sonst zuständigen Behörden ihres Aufenthaltsortes[4]) anrufen, soweit diese Gerichte oder sonstigen Behörden das muhammedanische Recht anwenden". Ferner kommt hier in Betracht aus dem deutsch-

---

[1]) Drucksachen des Reichstags Nr. 755 ex 1914—1917, S. 54.

[2]) RT. Dr. Nr. 755 a. a. O. S. 142.

[3]) Oben im Texte wiedergegeben.

[4]) Also die türkischen!

osmanischen Vertrag über die Anwendung des Konsular-Hauptvertrags auf die deutschen Schutzgebiete [1]), Artikel 3:

„Abweichend von den Bestimmungen des Artikel 18 des Hauptvertrags kann über Muhammedaner der deutschen Schutzgebiete, die sich im Gebiete des Osmanischen Reichs befinden .... von den zuständigen Behörden ihres Aufenthaltsortes auf Antrag der Beteiligten die Einleitung, Führung und Beaufsichtigung einer Vormundschaft oder Pflegschaft übernommen werden, soweit diese Gerichte oder sonstigen Behörden das muhammedanische Recht anwenden".

Ähnliches bestimmt Artikel 4 desselben Vertrags betreffs des Nachlasses von Muhammedanern der deutschen Schutzgebiete, die im Gebiet des Osmanischen Reichs gestorben sind.

So hat das Deutsche Reich in zwei wichtigen Punkten das internationale Recht des islāmischen Gesetzes als ebenbürtig anerkannt und damit eine neue Bahn (siehe oben S. 5) in der Entwicklung des Völkerrechts beschritten.

XI. Außer bei den bisher angeführten wesentlichen Voraussetzungen eines internationalen Vertrags zeigt die islāmische Rechtslehre noch bei anderen typischen Vertragsbestimmungen eine Abhängigkeit vom byzantinischen Vorbilde.

1. So sollen [2]) — trotzdem der Prophet ausländische Gesandten auch ohne 'amān und Geleitbrief als genügend geschützt angesehen hat — die Gesandten der Ungläubigen regelmäßig einen Geleitbrief ihres Königs an den Ḫalīfa vorweisen, sonst sind sie dem muslimischen Gemeinwesen als fai' verfallen. Gesandte können in ihrer Begleitung gefangene Muslimen zur Auslösung mitführen. Diese beiden Sätze finden sich auch im byzantinischen Vertragsrecht [3]).

---

[1]) RT. Dr. Nr. 755 a. a. O. S. 134.

[2]) W. C. fol. 299 rechts und 299, siehe Anlage.

[3]) Vergleiche beispielsweise den Vertrag der Byzantiner und Russen in Nestors Chronik a. a. O. p 37—39, den Vertrag der Bulgaren mit den Byzantinern bei Theophanes ed. Becker (Bonner Ausgabe) I, 775. Über Gesandte der orientalischen Fürsten, welche nach Byzanz geschickt, daneben ruhig Handelsgeschäfte trieben, siehe Rambaud, L'empire Grec au Xème siècle, Paris 1870, S. 432.

2. Bei Verträgen mit belagerten Städten und Ortschaften soll es nach islāmischer Rechtslehre — so lehrt aš-Šaibānī[1]) — rechtlich zulässig sein, den Vertrag dahin abzuschließen, daß die Belagerten ein Drittel ihres Guts den Muslims überlassen, zwei Drittel aber in Frieden weiter behalten. Das erinnert an die Bestimmung des Codex Theodosianus VII, 8, 5: duas dominus propriae domus, tertia hospiti deputata ea tenus intrepidus ac securus possideat portiones.

3. Eine andere Merkwürdigkeit des islāmischen Vertragsrechts: Wird ein Vertrag auf jährliche Tributzahlung an die Muslims mit den Ungläubigen abgeschlossen, so kann bei Kündigung des Vertrags vor Ablauf der Zeit jener Teil des zuleistenden Tributs, der auf die im Frieden verlebte Zeit fällt, von den Muslims zurückbehalten werden. Jener Teil des zuleistenden Tributs, der für die noch nicht abgelaufene Zeit bereits erhoben worden ist, muß zurückgezahlt werden.

So sagt aš-Šaibānī (W. C. fol. 104 rechts):

وان كانوا وادعوه ثلث سنين كل سنة بالف دينار و قبض المال كله ثم اراد الامام نقض الموادعة بعد مضى سنة فانه يرد عليهم الثلثين.

Das Merkwürdige daran ist, daß dieser Vertrag nach Art der Pachtverträge behandelt wird, wie aš-Šaibānī zutreffend bemerkt, während der Vertrag doch nur als Ganzes bestehen oder nicht bestehen soll. Hebt ihn der Imām einseitig auf, so kann er sich entweder auf den Boden stellen, nichts zurückzugeben. Das wäre widerrechtlich. Oder will er nach Gerechtigkeit handeln, so müßte er eigentlich daß Ganze zurückgeben. Die islāmische Rechtslehre behandelt aber einen solchen Friedensvertrag nach Art der synallagmatischen Rechtsgeschäfte (معاوضة)[2]).

---

[1]) W. C. fol. 299, 300, 301 rechts, siehe Anlage.

[2]) Die islamische Rechtslehre macht nach aš-Šaibānī a. a. O. fol. 104 rechts, einen Unterschied, ob der Vertrag على oder بالف دينار lautet. Mit على soll der Vertrag als ein Ganzes, mit ب der Vertrag nach Art der synallagmatischen Rechtsgeschäfte behandelt werden. Im ersteren Falle soll das Ganze des Tributs zurückgezahlt, im letzteren Falle nur der Teil für die noch nicht abgelaufene Vertragszeit.

Der Teil für die noch nicht abgelaufene Vertragszeit wird zurückgezahlt. Daß dies jedenfalls orientalische Sitte gewesen ist, zeigen die Verhandlungen zwischen Persien und Byzanz von 577. (Excerpta de legationibus ed. De Boor II. 467 Z 19 ff): ἠπείλησέ τε καὶ πρὸ τοῦ πέρατος τῶν τριῶν ἐτῶν τῆς ἤδη ξυνεστώσης ἐκεχειρίας, ἧς ἐντὸς ἐδόκει τὴν εἰρένην ἀνὰ τὴν ἕω ἐρρῶσθαι, τὰ ὅπλα κινήσειν . . . πρότερον καταθέμενον Ῥωμαίοις τὸ ὑπὲρ τῆς τοιαύτης ἀνακωχῆς δεδομένον χρυσίον, ἡνίκα Ζαχαρίας ὁ ἰατρὸς καὶ τόδε ἐμπεδώσας ὑπῆρχεν. ἔφασκε δὲ τὰ χρήματα ἀποδώσειν κατὰ τοσοῦτον, καθ' ὅσον ἐνέλιπε τῇ τριετίᾳ· εἶτα οὕτως πολέμου ἀπάρξεσθαι αὖθις. Der Perserkönig will Krieg. Ihn bindet ein Waffenstillstand für drei Jahre, der noch nicht abgelaufen ist, der aber geschlossen wurde, um einen dauernden Frieden zu führen. Diesen Waffenstillstand will der Perserkönig vorzeitig aufheben, das Geld aber, das er von den Römern für den Abschluß des Waffenstillstands erhalten, zuvor (d. h. vor der Erneuerung des Kriegs) pro rata der noch ausstehenden Waffenstillstandszeit zurückgeben. Die Byzantiner sprechen sich dagegen aus: es sei nicht verabredet, daß eine der Parteien nach Zurückgabe des ganzen Geldes, das empfangen wurde, oder eines Teiles desselben, den Vertrag brechen dürfe.

Excerpta a. a. O. II. 467: οὐδὲ γὰρ ξυντετάχθαι ἐν ταῖς ἐξεῖναι θατέρῳ βουλομένῳ τῶν μερῶν (ἢ) τοῦ χρυσίου παντὸς ἤγουν μοίρας τινὸς ὡς τὸν παρασχόμενον ἀναδραμούσης διαρρηγνύναι τὰς σπονδάς.) Also nur dagegen wenden sich die Byzantiner, daß es nicht ausdrücklich abgemacht sei. Die Sitte als solche war wohl auch ihnen nicht fremd.

XII. Muḥammad hat bei Einrichtung seines Gemeinwesens in Medina (in der Gemeindeordnung) bloß dem Fehdewesen der Stämme innerhalb der islāmischen Gemeinde Einhalt geboten [1]). Das Fehdewesen nach außen ließ er unter dem Gesichtspunkte stammesrechtlicher Prinzipien bestehen. Die folgende Zeit hatte reichlich daran zu tun, dieses stammesrechtliche Fehdeprinzip wenigstens im Innern des islāmischen Staatswesens auszumerzen. Wie schwer dies war, ist [2]) zur Genüge bekannt. Im Kriegsrecht gegen die Ungläubigen erhielt sich das stammes-

[1]) Wellhausen, Das arabische Reich, S. 10.

[2]) Vergl. dazu Goldziher, Muhammedanische Studien I 78 ff.



rechtliche Zusammenhalten. Die ganze islāmische Gemeinde bildet gegen den zu bekämpfenden Ungläubigen eine Einheit: daher der 'amān, den ein einzelner Muslim erteilt, für das ganze islāmische Gemeindewesen maßgebend und rechtsverbindlich ist. Die hellenistisch-byzantinischen Einwirkungen haben viel zur Milderung und Beseitigung der stammesrechtlichen Prinzipien durch Ausbildung der Lehre des Fiqh über den 'amān beigetragen, wie wir dies im vorhergehenden bewiesen zu haben glauben. Aber den Satz von der Kollektivverantwortlichkeit des islāmischen Staats für den von dem einzelnen erteilten 'amān haben sie nicht zu beseitigen vermocht. Theoretisch besteht er heute noch zu Recht, nicht bloß im Kriegsrecht als Pardon, sondern zur Begründung des Friedensrechts und der Stellung eines Musta'min, die dem Fremden gewährt wird. Die Staatspraxis hat hier allerdings das Fiqh überholt. Wir sehen z. B. in der Sammlung von Verträgen und Urkunden, die im Verhältnis zwischen den muslimischen Mittelmeerstaaten und den christlichen Mittelmeerrepubliken während des Mittelalters ausgetauscht wurden und die Amari gesammelt hat, nur e i n e Form des 'amān: den von der muslimischen O b r i g k e i t erteilten 'amān, der die Rechtsstellung des Fremden im islāmischen Staat, des Musta'min bestimmt[1]. Die neuen Fiqhbücher (siehe oben § 1) kennen bloß diese Form des Friedens'amān. Wie sehr dies auch sprachlich zum Ausdruck kommt, zeigt der Ausdruck emān kağidi (امان كاغدى), der in der türkischen Sprache verwendet wird (Zenker WB. 94) und soviel wie Sicherheitspaß bedeutet. Der Papier-emān ist der arabische Friedens'amān, im Gegensatz zu emān, was türkisch Pardon, Gnade (wohl im Kriege: امان ويرمك = Pardon geben) bedeutet. Ersterer wird von der Obrigkeit s c h r i f t l i c h (daher Papieremān), letzterer von jedem einzelnen Muslim m ü n d l i c h gewährt.

---

[1]) Amari, I diplomi Arabi del R. Archivo Fiorentino (in Documenti degli Archivi Toscani) 1863 I. Band Nr. VIII, Nr. XXIII, Nr. XXIX p: 96, Nr. XXXII p 117, Nr. XXXV. p 140 und 146, Nr. XXXVI. p: 160, Nr. XLII. p 215 f, Nr. XLIII. p 219, Nr. XLIV p 223, Nr. XLV p 227 f., siehe auch oben S. 77[2] das Zitat des Qalqašandī.

Schlußbetrachtung.

Wir möchten am Schlusse dieser Abhandlung das Gesagte zusammenfaßend, einer Frage nicht aus dem Wege gehen: Ist das, was oben von der Rechtstellung des Musta'min berichtet wurde (insbesondere §§ 1 und 2), nicht bloß muslimisches Fremdenrecht? Seine Herkunft aus dem antiken Gastrecht glauben wir (oben S. 75 ff.) nachgewiesen zu haben. Ist es auch wirklich internationales Privatrecht?

Wenn wir mit dem Altmeister unserer Wissenschaft (v. Bar, Lehrbuch des internationalen Privat- und Strafrechts 1892, S. 20) als Voraussetzungen für die Entfaltung des internationalen Privatrechts neben dem Aufenthalt einer Person oder Sache in einem bestimmten ausländischen Territorium und dem Sitz des Gerichts, an welchem ein Prozeß verhandelt wird, noch die Territorialsouveränität der einzelnen in Betracht kommenden Staaten anführen, so fehlt die Anerkennung der beiden ersten zweifellos nicht im islāmischen Recht. Aber auch die Berücksichtigung der dritten Voraussetzung ist im islāmischen Recht gegeben. Wir haben doch gesehen, wie der islāmische Richter sich der Beurteilung eines von Ausländern, ja eines zwischen einem Muslim und einem Ausländer im Auslande abgeschlossenen obligatorischen Rechtsverhältnisses, einer daselbst begangenen Besitzentsetzung, enthalten muß, weil sie außer seiner Herrschaftsgewalt oder richtiger seines Amtsauftrags (ولاية) liegen[1]. Wir haben oben[2]) gesehen, wie für die im Auslande von einem Muslim begangene Missetat die Verwandten im Lande des Islām nicht einzustehen haben, weil kein ittiḥād ad-dārain, keine Einheit der beiden Dārs vorliegt. Diese Einheit der Dārs — so sahen wir — ist auch der Angelpunkt im internationalen Eherecht[3]), im Familienstatus-[4]) und internationalen Erbrecht[5]). Wir sahen, wie der islāmische Staat sich selbst Schranken auferlegt, einen

[1]) Siehe oben Seite 10.
[2]) Siehe oben Seite 12.
[3]) Siehe oben Seite 10.
[4]) Siehe oben Seite 16 2.
[5]) Siehe oben Seite 33.

islāmischen Steuerschuldner nicht zu besteuern[1]), weil dieser während der kritischen Zeit der Entstehung und Fälligkeit der Steuerschuld unter der Hoheit des ausländischen Staats gestanden. Freilich müssen wir uns hüten, eine Territorialhoheit im europäischen Sinne auch für den islāmischen Staat anzunehmen. So sehr dieser die fremde Territorialhoheit anerkennt, so wenig beachtet er sie als Begriffsmerkmal seines eigenen Staatswesens. Daher ist es möglich, daß er auch ein „ittiḥād ad-dārain“ zwischen einem Muslim seines Staats und einem Muslim, der sich im Auslande aufhält, unter Umständen als gegeben erachtet (siehe oben S. 33). Alles in allem aber: Der islāmische Staat legt seinem Recht und seiner Gerichtsbarkeit Schranken auf, aus Rücksicht auf die ausländische Gerichtsbarkeit und Gerichtshoheit.

Allerdings tut er dies nicht aus dem Gesichtspunkte eines überstaatlichen Zwangs. Zwar finden wir auch im islāmischen Recht Anklänge an das jus gentium, das man wohl von Byzanz (siehe Procopius de bello Persico ed. Dindorf I 11 p 53 Z 5–10) her kennt.

So gibt Abū Jūsuf in seinem Buche über den Ḫarāǧ (p 117, 2) auf die Frage, ob man einen Musta'min im islāmischen Staate mit den Strafen der Šarī'at belegen dürfe, wenn er einen andern Menschen im Lande des Islām verleumdet oder beleidigt habe, die Antwort: „Es ist zulässig. Denn dies ist (sein) Recht aus dem Jus gentium“ (لان هذا حق من حقوق الناس). Ḥuqūq-an-nāsi, das ist das jus gentium. Aber das internationale Privatrecht, das durch die Lehre vom Musta'min wiedergegeben wird, findet letzten Endes den Rechtsgrund seiner Geltung in dem Šarī'at, dem heiligen Gesetze, der Gesamtheit von Allāhs Geboten.

Die Grundlagen des internationalen Vertragsrechts der Šarī'at nach aš-Šaibānī's Kitāb as-sijar al kabīr:

باب الشروط فى الموادعة و غيرها و اذا توادع المسلمون و المشركون لسنين معلومة فانه ينبغى ان يكتبوا بذلك كتابا لان هذا عقد ممتدد و الكتاب،

folgen in der Anlage und zwar die Seiten 301 rechts, 300, 300 rechts, 299, 299 rechts, 298, 298 rechts in der angeführten Reihenfolge. (Facsimile der Wiener Handschrift: Flügel W 1778).

[1]) Siehe oben Seite 41 ff.

Hanseatische Druck- und Verlags-Anstalt, Hamburg 36, Holstenwall 2.

لم يجر فيهم القسمة وهولاء قد جرى فيهم القسمة بين المسلمين واهل الحصن ولانهم انما يأخذ
هولاء بطريق الصلح فبنفس الوصول الى المسلمين يستفيدون الامن من القتل بمنزلة
ما لو باع الامام من السبي في دار الحرب وان طلب اهل الحصن الصلح على شيء معلوم
على ان يخليهم من الحصن حتى يبلغوا مأمنهم فذلك جائز لان للامام ان يفعل هذا بهم من
غير عوض ينتفع به المسلمون فمع العوض اولى ثم بين انه كيف يكتب وثيقة هذه الموادعة
وهو قياس ما سبق انما يحتاج في هذه الوثيقة الى كتبة هذا الشرط خاصة وكذلك في كل
وثيقة فيها مقصود فلا بد من بيان ذلك المقصود قال وينبغي للكاتب ان يكتب
ابتداء على اشد ما يكون من الاشياء يعني على احوط الوجوه فان كره المسلمون من ذلك
شيئا القوه من الكتاب لان القاء ما يريدون القاءه اهون عليهم من زيادة ... ولعل
اهل الحرب لا يقبلون الا الاشد فلهذا يكتب في الابتداء بهذه الصفة فان قبلوا الا ما
القى المسلمون منه ما احبوا قال واكره للمسلمين ان يعطوا المشركين ذمة الله وذمة رسوله
للحديث المعروف ان رسول الله عليه السلام قال وان ارادوكم ان تعطوهم ذمة الله
وذمة رسوله فلا تعطوهم ذلك ولكن اعطوهم ذممكم وذمم ابائكم فانكم ان تخفروا
ذممكم وذمم ابائكم اهون من ان تخفروا ذمة الله الا ان باخر الحديث يتبين ان النهي
ليس لحرمة هذا الشرط شرعا بل لانه ربما يتعذر الوفاء به فكان بمنزلة النهي في المستقبل
كما قال الله تعالى ولا تجعلوا الله عرضة لايمانكم وذلك ليس بحرام بل النهي لتوهم الحنث
فاذا ابى المشركون ان يرضوا الا ان نعطيهم ذمة الله وذمة رسوله فينبغي ان نعطيهم
ذلك عند الحاجة ثم نفي لهم بذلك وان دعت الضرورة الى النقض لم يكن به باس
ايضا بمنزلة اليمين على ما قال عليه السلم من حلف على يمين وراى غيرها خيرا منها
فليأت الذي هو خير وليكفر يمينه وان قال اهل الحصن تؤمنونا على كذا وكذا من
انسانا بما لهم من الاموال والامتعة يختارهم البطريق فذلك جائز لان عقد الامان
مبني على التوسع وفيما بني على التضييق يجوز شرط الخيار لانسان بعينه باعتبار
الحاجة الى ذلك كالبيع ففيما هو مبني على التوسع اولى ثم بين وثيقة هذه الموادعة
كيف يكتب وقال فيما بين على ان القول في ذلك قول فلان البطريق فان اتهمه
المسلمون على شيء من ذلك استحلفوه بالله الذي لا اله الا هو عالم الغيب والشهادة
الرحمن الرحيم يعلم من السر ما يعلم من العلانية يعلم خائنة الاعين وما تخفي الصدور
الذي انزل الانجيل على عيسى وجعله بشيرا ونذيرا وجعله وامه اية للعالمين ان الامر
على ما قال انه لم يزدد شيئا ولم يأخذ لنفسه شيئا سوى المشروط اما الاستحلاف
فلانه متهم فيما يعين والمتهم وان كان امينا شرعا فالقول قوله مع اليمين فكذلك اذا
صار امينا شرطا ثم المقصود بالاستحلاف النكول وانما يحصل هذا المقصود اذا عرض
عليه اليمين ولا وجه للتغليظ بالاستحلاف بغير الله فينبغي ان يغلظ في الاستحلاف بالله

ما يريدونه زيادته صح

عن اليمين على امر صح

Photolith v. Bogdan Gisevius, Berlin W Bülowstr 66

نص واحد فاذا ثبت في البعض ثبت في الكل ولما تعذر عليهم الوفاء بالشرط وجب
المسلمين ان يخرجوا عنهم حتى يعودوا الى منعتهم في حصنهم ثم ينبذوا اليهم لانهم صاروا
امان من المسلمين فلا يجوز قتلهم ولا استرقاقهم قبل النبذ ولا يتحقق النبذ الا بعد
اداتهم الى ما كانوا عليه من التفرد والمنعة وكل هذا للتحرز عن الغدر وان وقع الصلح
ثلث ما في الحصن من السبي وغيره من قليل او كثير فان رضي المسلمون بان لا يرضخوا
بي ويأخذوا الثلث من سائر الاموال فذلك جائز لان هذه القسمة تجمع ما يصلح
يكون بدلا وما لا يصلح والحكم في مثله ثبوت ما يصلح ان يكون بدلا دون ما لا يصلح
قالوا نرضى بهذا فلهم ذلك ولكن لا يحل لهم ان يردوا اشيئا مما في الحصن من مال
لسبي بل يخرجوا عنهم حتى يعودوا الى منعتهم كما كانوا ثم ينبذوا اليهم فان قالوا نأخذ
ثلث سوى السبي ثم ننبذ اليهم لم يكن لهم ذلك لانهم اذا اخذوا المال تقرر به امانهم
يجوز النبذ اليهم بدون رد المال وقد تقدم نظايره ثم بين انه كيف يكتب الوثيقة
ذلك واهل الحصن ان الوثيقة انما يكتب للاحتياط فينبغي ان يكتب على احوط الوجوه

وهي حكاية ما جرى فينبغي للكاتب ان يبين ما جرى بين الفريقين على ابلغ الوجوه

بهذا الصلح انما يسلم لهم حصتهم من الاموال التي هي في الحصن لم يحرزها المسلمون
ذلك فاما ما احرزوه قبل هذا فهو سالم للمسلمين لان ذلك ليس من جملة ما في الحصن حين
ع الصلح وان وقع الاختلاف بين المسلمين والمشركين في شئ من الرقيق فقال اهل
لحصن هؤلاء احرار من نسائنا وذرارينا قدرتنا ولهم الاستثناء وقال المسلمون هؤلاء
رقاكم فلنا منه الثلث فالقول في ذلك قول المشركين لانهم يتمسكون بالاصل فالاصل
الناس الحرية ولان اليد لهم فيما في الحصن فالظاهر انهم اعرف بحال ما في الحصن فان
قام المسلمون بينة على رق اولئك من المسلمين او من اهل الذمة او من اهل الحرب
لثابت بالبينة كالثابت باتفاق الخصوم وهذه البينة تقوم عليهم فلهذا اقبل شهادة
اهل الحرب في ذلك فان شهدا الشهود بانهم ارقاء لهذا الرجل بعينه فقال الرجل ليسوا
قابل ولكنهم احرار فقد عتقوا بقوله لان الثلثين من كل واحد منهم مملوك له بزعم
لمين فينفذ اقراره فيهم بالحرية ثم لا ضمان عليه للمسلمين ولا سعاية عليهم ايضا لان
ثلث من كل واحد منهم في غير محرز بدار الاسلام والغنيمة قبل الاحراز بالدار لا يضمن
ستهلاك من كان المستهلك لها وكذلك لو قال المشهود عليه هم ارقائي وقد اعتقتهم
ان للمسلمين الخيار ان شاؤا رضوا باخذ الثلث مما سوى هؤلاء واتمام الصلح
ن شاؤا ابوا ذلك وخرجوا عنهم ثم ينبذوا اليهم لانه لم يسلم لهم جميع المشروط فان
ادوا الرد فقال اهل الحصن نحن نعطيكم قيمة ذلك الثلث فينبغي للمسلمين ان يقبلوا لهم
لهم لان القيمة خلف عن العين وتسليمها عند تعذر تسليم العين كتسليم العين عند
مكانه وما يحبس للمسلمين من رقيق اهل الحصن من الرجال اذا ارادوا الامير قتله
كان له ذلك بخلاف الاسراء من اهل الحرب فان للامام ان يقتلهم لان هذا ملك

فهذا الاصل فيها وان تعذر ذلك بان كان شيئا لا يمكن قسمته اما لقلته او لما حملا
فينبغي ان يقوم قيمة عدل ثم يقول الامام لاهل الحصن ان شئتم فخذوه واعطونا ثلث
قيمته دنانير او دراهم وان شئتم اخذنا ذلك واعطيناكم ثلثي قيمته والاصل فيه
ما روي ان عبد الله بن رواحة كان يخرص النخيل بخيبر بامر رسول الله عليه السلام ثم كان
يقول لليهود ان شئتم اخذتم ولنا عندكم الشطر وان شئتم اخذنا ولكم عندنا الشطر
فقالوا بهذا قامت السموات والارض اي بالعدل فعرفنا ان القسمة بهذه الصفة
قسمة بالعدل ثم بعد قسمة العين ينبغي للامام ان يسهم على الاجزاء هكذا كان يفعله
رسول الله عليه السلام في قسمة الغنائم وكان اذا اراد سفرا اقرع بين نسائه فصار
هذا اصلا ان في كل ما يجوز فعله بغير اقراع فالاولى للامام ان يقرع تطييبا للقلوب ونفيا
لتهمة الميل عن نفسه وان اعتبر المعادلة بين الاعيان بالتقويم فذلك حسن ايضا
وهو ان يكون من جانب برذونا ومن جانب لؤلؤة فيجعل مع البرذون من المتاع
ما يساوي اللؤلؤة او مع اللؤلؤة من المتاع ما يساوي البرذون ان كان افضل
فيسوي الاجزاء الثلثة بهذه الصفة ثم يقرع بينها فالجزء الذي يخرج بالقرعة للمسلمين
ياخذه ويسلم لهم ما بقي وان شرط لاحد الفريقين على الآخر دراهم او دنانير فيقدر
بقدر ما يحصل به المعادلة فذلك جائز بتراضي الفريقين فاما بدون التراضي لا ينبغي له
ان يفعل ذلك الا عند تعذر العين لان في هذه القسمة معنى البيع والتراضي معتبر
في البيع وان كانوا شرطوا في الصلح للمسلمين ثلث ما في الحصن لم يدخل في ذلك
المنازل والدور لان ما في الحصن غير الحصن والمنازل والدور من الحصن لا ما في
الحصن ثم لا ينبغي للمسلمين ان يصالحوهم ما في الحصن على الثلث مطلقا لان ما في
الحصن انفسهم وذراريهم وقد تناولهم الامان فلا يكون لنا ان نتملك من رقابهم
الثلث بعد ما تناولهم الامان ولان صفة الرق والحرية لا يجتمع في شخص واحد لما بين
الصفتين من التنافي ولكن ان ارادوا الصلح على ثلث السبي مما في الحصن فليصالحوا
على ذلك مفسرا وذلك بان يعزل الثلث منهم قبل الامان ثم يقولون نصالحكم
على هؤلاء وعلى ثلث ما في الحصن سوى السبي فيجوز حينئذ لان الامان لا يتناول
المعينين لما جعلوا بدلا في الصلح وان صولحوا على ثلث ما في الحصن من ارقائهم دون
حريهم فهذا جائز بمنزلة سائر الاموال سوى السبي وان صولحوا على مائة راس منهم
فان كانوا يعطون المائة راس من ارقائهم فذلك جائز وان كانوا يعطون ذلك من انفسهم
وذراريهم فهذا لا يجوز لانهم صاروا آمنين بالصلح وبالامان يتأكد حريتهم على
وجه لا يحتمل الابطال فلا وجه لتملكهم بعد ذلك بالاخذ على وجه بدل الصلح فان وقع الصلح
على الثلث من السبي ودخل المسلمون الحصن على ذلك فليس ينبغي لهم ان ياخذوا
منهم شيئا لان الامان تناول بعض كل واحد منهم والامان لا يحتمل الوصف بالتجزي

قسمته

كانوا هم

الا ان الاسراء ان كانوا عبيدا فينبغي للمسلمين ان يبيعوهم ويردوا عليهم اثمانهم
لانهم ملكوهم بالاحراز وقد استفادوا الامان بهذا الشرط في ماليتهم فيجب مراعاته
بحسب الامكان وذلك في رد المالية عليهم بطريق البيع لما تعذر رد العين عليهم
فان وجد المسلمون رجلا من اهل الحرب في بلاد المسلمين فقال انا رسول الملك دخلت
بغير امان فان كان معروفا بالرسالة او اخرج كتاب الملك معه الى الخليفة فهو آمن
لان ما لا يمكن الوقوف فيه على الحقيقة يجب العمل فيه بغالب الراي والذي يسبق الى
وهم كل احد في هذه الحالة انه رسول والحكيم العلامة في مثل هذا اصل قال الله تعالى
ولو ارادوا الخروج لاعدوا له عدة وقال تعرفهم بسيماهم فان لم يكن معه دليل على انه
رسول فهو فيء وقد بينا الخلاف في الحربي اذا دخل دارنا بغير امان فهذا قد ثبت
فيه حق المسلمين او حق الاخذ فهو بما يدعي يريد ابطال الحق الثابت فيه من غير حجة فلا
يتمكن منه وان كان معروفا بالرسالة فمر على عاشر المسلمين فانه يأخذ منه العشر
بمنزلة غيره من المستامنين والحاصل ان الاخذ منهم بطريق المجازاة على ما روي
ان عمر بن الخطاب رضي الله عنه لما امر العشار بأخذ ربع العشر من تجار المسلمين
ونصف العشر من تجار اهل الذمة قال كم يأخذ اهل الحرب من تجارنا قالوا العشر
قال خذوا منهم العشر وان لم يعلم كم يأخذون من تجارنا فنحن نأخذ منهم العشر ايضا لان
المستامنين من اهل الذمة بمنزلة اهل الذمة من المسلمين فكما انه يؤخذ من اهل الذمة
ضعف ما يؤخذ من المسلمين فكذلك يؤخذ من المستامنين ضعف ما يؤخذ من اهل
الذمة وان كانوا لا يأخذون من تجارنا شيئا لم نأخذ من تجارهم ايضا شيئا لان الاخذ
بطريق المجازاة فان شرطوا في امان الرسل ان لا يأخذ عاشر المسلمين منهم شيئا فان
كانوا يعاملون رسلنا بمثل هذا فينبغي للمسلمين ان يشترطوا لهم هذا ويفوا به لان هذا
الشرط موافق لحكم الشرع فيجب الوفاء به وان كانوا يشترطون لرسلنا مثل هذا ثم لا يفون به
فينبغي لنا ان لا نقبل هذا الشرط لرسلهم وان قبلناه فينبغي لنا ان نفي لهم بذلك لانه
لا رخصة في غدر الامان وما يفعلونه برسلنا بعد الشرط غدر منهم وبغدرهم لا يباح
لنا ان نغدر بهم بمنزلة ما لو قتلوا رهننا فانه لا يحل لنا ان نقتل رهنهم وقد قررنا
هذا فان حاصر المسلمون اهل حصن فطلبوا الامان على ان يكون للمسلمين الثلث مما في
الحصن ولهم الثلثان سوى بني آدم فهذا جائز لان اعطاء الامان على بدل مسمى
معلوم جائز فكذلك على جزء شائع من مال معلوم ببيان محله وهو ما في الحصن يجوز
فاذا فتحوا الحصن على ذلك صار الثلث مما فيه مشاعا للمسلمين فينبغي للامام ان يقسم
ما في الحصن بين المسلمين بينهم فيجزئ ذلك ثلثة اجزاء والحاصل فيه ان القسمة تبتني
على التسوية قال عليه السلام خير امراء السرايا زيد بن حارثة اقسمهم بالسوية واعدلهم
في الرعية فيعتبر فيه المعادلة في المنفعة والمالية فان امكن تحصيل ذلك بقسمة العين

لم يعتق لان الموادعين بمنزلة المستأمنين يجب مراعاة حرمة مالهم الا يرى ان المسلمين
لو استولوا على اموالهم لا يملكونها فكذلك المراغم منهم لا يعتق ولكن يباع ويدفع ثمنه
الى مولاه بمنزلة المستأمن في دارنا اذا اسلم عبده قال وعلى ان من خرج من المسلمين
او من اهل ذمتهم الى فلان الملك تاركا لدين الاسلام او لذمة المسلمين فعلى فلان
واهل مملكته رده على المسلمين حتى يردوه الى محل ما كان عليه وهذا شرط لا ينبغي ان يترك
ذكره في الكتاب لانه اذا خرج الينا منهم مسلم او ذمي لا يجوز لنا ان نرده عليهم فالظاهر
انهم يطالبون بالمناصفة ويقولون كما لا تردون انتم نحن لا نرد وبعد ذكر هذا الشرط
ينقطع هذه المحاجة فاذا امتنعوا من الرد كان ذلك نقضا منهم للعهد ويحل للمسلمين القتال
معهم من غير نبذ ثم ذكر وثيقة الموادعة بعوض وهو على قياس ما تقدم والما زاد فيها
ذكر البدل والحاصل فيه انه ينبغي ان يعلم البدل على وجه لا يبقى فيه منازعة في الثاني
وذلك بان يكتب على ان يؤدي فلان الملك واهل مملكته الى فلان الخليفة في كل سنة
خراجا معدودا كذا وكذا دينارا شامية مثاقيل وكذا وكذا راسا جيادا من النساء البوالغ كذا ومن
الرجال كذا ومن الوصائف اللاتي لم يبلغن كذا ومن الوصفاء الذين لم يبلغوا كذا على
ان يكون ذلك من ارقائهم دون احرارهم وعلى ان يؤدوا من ثياب البزيون كذا ثوبا جيادا
جددا طول كل ثوب منها كذا ذراعا وعرض كل ثوب كذا منها كذا ثوبا احمر ومنها كذا ابيض
ومنها كذا اصفر وعلى ان يؤدوا في كل سنة كذا برذونا جيادا فرهة من الجذاع كذا ومن الثنيان
كذا وهذا لان المال انما يلتزمونه هنا عوضا عما ليس بمال ومثله مبني على التوسع فلهذا اكتفى فيه
ببيان الجنس والنوع ومن الاوصاف ما يمكن اعلامه من غير حرج فان كان المال مؤجلا منجما
فينبغي ان يبين في الكتاب عدد النجوم ومدة الاجل على ما هو الرسم في باب المداينات
ثم بين وثيقة الموادعة لرسل اذا ارادوا ان يدخلوا دار الاسلام والحاصل فيه ان الرسل
آمنون وان لم يستأمنوا بانه فيما روي ان رسول قوم تكلم بين يدي رسول الله عليه السلام
بما لم يكن له ان يتكلم به فقال لولا انك رسول لامرت بقتلك وما زال الرسل آمنون حتى
يبلغوا الرسالة في الجاهلية والاسلام لان ما هو مقصود الفريقين من الصلح او القتال
لا يتم الا بالرسل وما لم يكونوا آمنين لا يتمكنون من اداء الرسالة على وجهها فكانوا آمنين
من غير شرط ولكن ان شرط لهم ذلك وكتب به وثيقة فهو احوط فان كان مع الرسل
اسراء اتوا بهم للمفاداة فشرطوا على المسلمين ان يردوهم ان لم تتفق المفاداة فهذه
لا ينبغي للمسلمين ان يصالحوهم عليه وان يكتبوا به وثيقة لانهم ظالمون في حبس احرار المسلمين
ولا وجه لردهم الى اهل الحرب بعد تمكننا من الانتزاع من ايديهم وما يتعذر الوفاء به شرعا
لا يجوز اعطاء العهد عليه فان فعلوا ذلك فلينقضوا هذا العهد وليأخذوا منهم الاسرى
على كل حال سواء احتاجوا الى قتال على ذلك او لم يحتاجوا لان هذا شرط مخالف لحكم الشرع
وقال عليه السلام كل شرط ليس في كتاب الله فهو باطل وقال ردوا الجهالات الى السنة

عندهم هذا فلهذا ذكره فان قيل كيف جوز كتابة هذا اللفظ وقد قال عليه السلام وان
رادوكم ان تعطوهم ذمة الله وذمة رسوله فلا تعطوهم ولكن اذمكم وذمم ابائكم فانكم
ان تخفروا ذممكم وذمم ابائكم كان اهون قلنا ليس مراد محمد رحمه الله من اللفظ المذكور
اعطاء ذمة الله وذمة الرسول فذلك منهي عنه كما ورد في الحديث ولكن المراد من هذا
اللفظ تاكيد المواعدة بالقسم بعبارات مختلفة الا يرى انه قال واشد ما اخذ الله
على النبيين والصديقين والصالحين من عهد او ميثاق والمراد ما وقعت الاشارة
اليه في قوله تعالى واذ اخذ الله ميثاق الذين اوتوا الكتاب الاية وفي قوله واذ اخذ الله ميثاق
النبيين والمراد الالتزام على ابلغ الوجوه فهذا مثله الا يرى انه ذكر بعد بيان وجوه الغدر
بجميع هذه الايمان عليه الله عليه بما راع كفيل دالة منه برية وبهذا يتبين ان مراده لا
ذكر القسم ثم ختم الكتاب بذكر التاريخ وقد بين التاريخ في اول الكتاب وذلك كاف الا انه
اعاده في اخر الكتاب للتاكيد فليس المقصود الحرمة القتال في مدة معلومة وابتداؤها
من وقت تمام الكتاب والانتهاء فلو اكتفى بما ذكره في اول الكتاب ربما يدعي احد ان بعض
مضي مدة بين اول الكتاب واخره بعارض وقد يكون ذلك فلهذا ختم الكتاب بذكر
التاريخ ايضا والاصل في التاريخ ما روي ان عمر بن الخطاب رضي الله عنه كتب الى عماله
اذا كتبتم الي فاذكروا التاريخ في الكتاب ثم جمع الصحابة رضوان الله عليهم وشاورهم
في ابتداء مدة التاريخ فقال بعضهم نجعل التاريخ من حين قبض رسول الله عليه السلم فكانه
كره ذلك لما فيه من معنى المصيبة للمسلمين كما قال رسول الله عليه السلام انكم لن تصابوا
بمثلي فاتفقوا على ان جعلوا التاريخ من وقت هجرة رسول الله عليه السلم فان ظهور اعلام
الدين كالجمع والاعياد وامن المسلمين من اذى المشركين انما كان من ذلك الوقت
فجعلوا التاريخ من وقت الهجرة لهذا فان اراد المسلمون ان يوادعهم على ان يردوا
اليهم من خرج مسلما كتب الكاتب ذلك عقيب ذكر الكف عن القتال وعلى ان من خرج
من اهل مملكة فلان الى دار الاسلام من رجل او امراة مسلما او معاهدا لم يكن على الخليفة
وعلى اهل الاسلام رده على فلان وهذا حكم ثابت شرعا من غير شرط ولكن القوم ينكرون
هذا الحكم فيعدون هذا الشرط بعد ونه عذرا بناء على اعتقادهم وقد بينا انه ينبغي ان يكتب
الكتاب على وجه هو حجة على الخصمين ولا يطعن فيه احد من الطاعنين وبعد ذكر هذا
الشرط ان خرجت امراة ذات زوج فاراد زوجها ردها لم يكن ذلك له وهذا منصوص عليه
في قوله تعالى فلا ترجعوهن الى الكفار لا هن حل لهم ولا هم يحلون لهن الا ان الرد كان مشروطا
في الصلح الذي جرى عام الحديبية فلما انتسخ ذلك الحكم بنزول الاية امر الله تعالى برد ما
اعطاها الزوج كما قال الله تعالى واتوهم ما انفقوا للوفاء بذلك الشرط فاما المشروط
الآن ان لا يرد فلا يجب ايضا رد شيء مما اتاها وان لم يكن هذا مشروطا ايضا لا يجب
رد شيء لان هذا الحكم قد انتسخ بدليل الاجماع وان خرج منهم عبد او امة مسلما الى دار الاسلام

اعطوهم صح

نجعل التاريخ من وقت مولد رسول الله عليه السلام
فكانه كره ذلك لما فيه من معنى التشبه
بالنصارى وقال بعضهم صح

مستمی صح

في مثله مأمور به شرعا قال الله تعالى اذا تداينتم بدين الى اجل مسمى فاكتبوه وادنى درجات
الأمر الندب ثم قال في آخر الآية الا ان تكون تجارة حاضرة تديرونها بينكم
فليس عليكم جناح ان لا تكتبوها ففي هذا اشارة الى ان ما يكون ممتدا فالجناح في ترك الكتابة
ثم الاصل فيه حديث رسول الله عليه السلام فانه صالح اهل مكة عام الحديبية على ان وضع
الحرب بينه وبينهم عشر سنين وامر بان يكتب بذلك نسختين احديهما تكون عند رسول الله
والاخرى عند اهل مكة وكان علي رضي الله عنه هو الذي يكتب فلما كتب بسم الله الرحمن
فقال سهيل بن عمرو لا ندري ما الرحمن الرحيم اكتب باسمك اللهم ثم كتب هذا ما اصطلح عليه
محمد رسول الله فقال سهيل بن عمرو ولو عرفناك رسول الله ما قاتلناك او ترغب عن اسم
ابيك اكتب محمد بن عبد الله فامر رسول الله عليه السلام عليا رضي الله عنه ان يمحو فأبى
فأبى علي ذلك حتى محاه رسول الله عليه السلام بيده وقال انا محمد بن عبد الله ورسول الله
اكتب هذا ما اصطلح عليه محمد بن عبد الله وسهيل بن عمرو على اهل مكة فاملى عليه الكتاب
الى آخره وامره ان يكتب بذلك نسختين فصار هذا اصلا في هذا الباب ولان كل واحد
من الفريقين يحتاج الى نسخة تكون في يده حتى اذا نازعه الفريق الآخر في شرط رجع الى ما في
واحتج به على الفريق الآخر او انقاد للفريق الآخر ثم المقصود منه التوثق والاحتياط فينبغي
ان يكتب على احوط الوجوه ويتحرز فيه من طعن كل طاعن اليه وقعت الاشارة في قوله ولا
كاتب ان يكتب كما علمه الله ومعلوم ان ما علمه الله يكون صوابا مجمعا عليه فينبغي ان يكتب
على وجه لا يكون لاحد فيه طعن ثم بدأ الكتاب فقال هذا ما وادع عليه الخليفة فلان ومن
معه من المسلمين وفلان ومن معه من اهل مملكته وابو زيد البغدادي يقال في شروطه الاحسن
عندي ان يكتب هذا كتاب فيه ذكر ما يوادع عليه ولكن ما اختاره محمد رحمه الله موافق
لكتاب رسول الله عليه السلام في هذا الباب كما روينا وكذلك في غير هذا الباب فانه
حين امر بكتاب في شراء عبد كان صفته هذا ما اشترى محمد رسول الله من العداء بن خالد بن
هوذة واشارة الكتاب تدل على هذا قال الله تعالى هذا ما توعدون ليوم الحساب والمراد الوعد
للابرار والوعيد للفجار ثم لم يقل هذا كتاب فيه ذكر ما توعدون ثم قال توادعوا كذا وكذا سنة
اولها شهر كذا من سنة كذا واخرها شهر كذا من سنة كذا وانما يبدأ بذكر التاريخ لان موجب
العقد الذي يجري حرمة القتال في مدة معلومة فلا بد من ان يكون اول تلك المدة وآخرها معلوما
وذلك ببيان التاريخ وانما اختار لفظ الموادعة لانه لا مسالمة ولا مصالحة حقيقة بين المسلمين
والمشركين وانما يكون بينهم المعاهدة كما قال الله تعالى الى الذين عاهدتم من المشركين والموادعة
هي المعاهدة ثم ما ذكر ما بالفريقين حاجة الى ذكره في الكتاب الى ان قال وجعل كل فريق منهم
لصاحبه بالوفاء بجميع ما في هذا الكتاب عهد الله وميثاقه وذمة الله وذمة رسوله وذمة المسيح
عيسى بن مريم وهذا اللفظ يذكره في كل كتاب في هذا الباب لانه انما بنى على ما كان عليه حال
الخليفة في وقته وانما كانوا يقاتلون الروم في ذلك الوقت واعظم الالفاظ في هذا الباب عند الروم

ليكون صدقا حقيقة فانه بهذا اشارة
الى البيض والبياض ما يكون ما يوادع
جملة فيه ذكر ما يوادع عليه نحو

علوهم صح

عندهم هذا فهذا ذكره فان قيل كيف جوز كتابة هذا اللفظ وقد قال عليه السلام وان
ارادوكم ان تعطوهم ذمة الله وذمة رسوله فلا تعطوهم ولكن ذممكم وذمم ابائكم فانكم
ان تخفروا ذممكم وذمم ابائكم كان اهون قلنا ليس مراد محمد رحمه الله من اللفظ المذكور
اعطاء ذمة الله وذمة الرسول فذلك منهي عنه كما ورد في الحديث ولكن المراد من هذا
اللفظ تاكيد الموادعة بالقسم بعبارات مختلفة الا يرى انه قال واشد ما اخذ الله
على النبيين والصديقين والصالحين من عهد او ميثاق والمراد ما وقعت الاشارة
اليه في قوله تعالى واذ اخذ الله ميثاق الذين اوتوا الكتاب الاية وفي قوله واذ اخذ الله ميثاق
النبيين والمراد الالتزام على ابلغ الوجوه فهذا مثله الا يرى انه ذكر بعده بيان وجوه اليمين
فجميع هذه الايمان عليه الله عليه بما راع كفيل والذمة منه بريئة وبهذا يتبين ان مراده ما سبق
ذكر القسم ثم ختم الكتاب بذكر التاريخ وقد بين التاريخ في اول الكتاب وذلك كاف الا انه
اعاده في اخر الكتاب للتاكيد فليس للتفسير والحرمة القتال في مدة معلومة وابتداؤها
من وقت تمام الكتاب والاشهاد فلو اكتفى بما ذكره في اول الكتاب ربما يدعي احد الفريقين
مضي مدة بين اول الكتاب واخره بعارض وقد يكون ذلك فلهذا ختم الكتاب بذكر
التاريخ ايضا والاصل في التاريخ ما روي ان عمر بن الخطاب رضي الله عنه كتب الى عماله
اذا كتبتم الي فاذكروا التاريخ في الكتاب ثم جمع الصحابة رضوان الله عليهم وشاورهم
في ابتداء مدة التاريخ فقال بعضهم نجعل التاريخ من حين قبض رسول الله عليه السلام فكانه
كره ذلك لما فيه من معنى المصيبة للمسلمين كما قال رسول الله عليه السلام انكم لن تصابوا
بمثلي فاتفقوا على ان جعلوا التاريخ من وقت هجرة رسول الله عليه السلام فان ظهور اعلام
الدين كالجمع والاعياد وامن المسلمين من اذى المشركين انما كان من ذلك الوقت
فجعلوا التاريخ من وقت الهجرة لهذا فان اراد المسلمون ان يوادعوهم على ان يردوا
اليهم من خرج مسلما كتب الكاتب ذلك عقيب ذكر الكف عن القتال وعلى ان من خرج
من اهل مملكة فلان الى دار الاسلام من رجل او امرأة مسلما او معاهدا لم يكن على الخليفة
وعلى اهل الاسلام رده على فلان وهذا حكم ثابت شرعا من غير شرط ولكن القوم ينكرون
هذا الحكم فيعدون هذا الشرط بعد ونه عذرا بناء على اعتقادهم وقد بينا انه ينبغي ان يكتب
الكتاب على وجه هو حجة على الخصمين ولا يطعن فيه احد من الطاعنين وبعد ذكر هذا
الشرط ان خرجت امرأة ذات زوج فاراد زوجها ردها لم يكن ذلك له وهذا منصوص عليه
في قوله تعالى فلا ترجعوهن الى الكفار لا هن حل لهم ولا هم يحلون لهن الا ان الرد كان مشروطا
في الصلح الذي جرى عام الحديبية فلما انتسخ ذلك الحكم بنزول الاية امر الله تعالى برد ما
اعطاها الزوج كما قال الله تعالى وآتوهم ما انفقوا للوفاء بذلك الشرط فاما المشروط
الآن ان لا يرد فلا يجب ايضا رد شيء مما آتاها وان لم يكن هذا مشروطا ايضا لا يجب
رد شيء لان هذا الحكم قد انتسخ بدليل الاجماع وان خرج منهم عبد او امة مسلما الى دار الاسلام

نجعل التاريخ من وقت مولد رسول الله عليه السلام فكانه كره ذلك لما فيه من معنى التشبه بالنصارى وقال بعضهم صح

مستمی ۹۰

فی مثله مامور به شرعا قال الله تعالى اذا تداينتم بدين الى اجل مسمى فاكتبوه وادنى درجات موجب
الامر الندب كيف وقد قال فى آخر الاية الا ان تكون تجارة حاضرة تديرونها بينكم
فليس عليكم جناح الا تكتبوها ففى هذا اشارة الى ان ما يكون ممتدا آثم الجناح فى ترك الكتابة فيه
ثم الاصل فيه حديث رسول الله عليه السلام فانه صالح اهل مكة عام الحديبية على ان وضع
الحرب بينه وبينهم عشر سنين وامر بان يكتب بذلك نسختين احديها يكون عند رسول الله
والاخرى عند اهل مكة وكان على رضى الله عنه هو الذى يكتب فلما كتب بسم الله الرحمن الرحيم
قال سهيل بن عمرو لا ندرى ما الرحمن الرحيم اكتب باسمك اللهم ثم كتب هذا ما اصطلح عليه
محمد رسول الله قال سهيل بن عمرو ولو عرفناك رسول الله ما قاتلناك اترغب عن اسم
ابيك اكتب محمد بن عبد الله فامر رسول الله عليه السلام عليا رضى الله عنه ان يمحو كتب
فابى على ذلك حتى محاه رسول الله عليه السلام بيده وقال انا محمد بن عبد الله ورسوله
اكتب هذا ما اصطلح عليه محمد بن عبد الله وسهيل بن عمرو على اهل مكة فاملى عليه الكتاب
الى آخره وامره ان يكتب بذلك نسختين فصار هذا اصلا فى هذا الباب ولان كل واحد
من الفريقين يحتاج الى نسخة تكون فى يده حتى اذا نازعه الفريق الآخر فى شرط رجع الى ما فيه
واحتج به على الفريق الآخر او انقاد للفريق الآخر ثم المقصود منه التوثق والاحتياط فينبغى
ان يكتب على احوط الوجوه ويتحرز فيه من طعن كل طاعن اليه وقعت الاشارة فى قوله ولا
كاتب ان يكتب كما علمه الله ومعلوم ان ما علمه الله يكون صوابا مجمعا عليه فينبغى ان يكتب
على وجه لا يكون لاحد فيه طعن ثم بدأ الكتاب فقال هذا ما وادع عليه الخليفة فلان ومن
معه من المسلمين وفلان ومن معه من اهل مملكته وابو زيد البغدادى يقال فى شروطه الاختيار
عندى ان يكتب هذا كتاب فيه ذكر ما وادع عليه ولكن ما اختاره محمد رحمه الله موافق
لكتاب رسول الله عليه السلام فى هذا الباب كما روينا وكذلك فى غير هذا الباب فانه
حين امر بكتاب فى شراء عبد كان صفته هذا ما اشترى محمد رسول الله من العداء بن خالد بن
هوذة واشارة الكتاب تدل على هذا قال الله تعالى هذا ما توعدون ليوم الحساب والمراد الوعد
للابرار والوعيد للفجار ثم لم يقل هذا كتاب فيه ذكر ما توعدون ثم قال توادعوا كذا وكذا سنة
اولها شهر كذا من سنة كذا وآخرها شهر كذا من سنة كذا وانما بدأ بذكر التاريخ لان موجب
العقد الذى يجرى حرمة القتال فى مدة معلومة فلا بد من ان يكون اول تلك المدة وآخرها معلوما
وذلك ببيان التاريخ وانما اختار لفظ الموادعة لانه لا مسالمة ولا مصالحة حقيقة بين المؤمنين
والمشركين وانما يكون بينهم المعاهدة كما قال الله تعالى الا الذين عاهدتم من المشركين والموادعة
هى المعاهدة ثم ما ذكرنا بالفريقين حاجة الى ذكره فى الكتاب الى ان قال وجعل كل فريق منهم
لصاحبه بالوفاء بجميع ما فى هذا الكتاب عهد الله وميثاقه وذمة ابيه وذمة رسوله وذمة المسيح
عيسى بن مريم وهذا اللفظ يذكره فى كل كتاب فى هذا الباب لانه انما بنى على ما كان عليه حال
الخليفة فى وقته وانما كانوا يقاتلون الروم فى ذلك الوقت واعظم الالفاظ فى باب التزام العهد

ليكون حجة على حقيقته فان هذا اشارة
الى البياض والبياض لا يكون ما يواقع عليه
بل يكون فيه ذكر ما يواقع عليه ثم

GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE

BASIC INSTRUMENTS AND SELECTED DOCUMENTS

Volume I (revised)

Texts of the General Agreement, as amended,
and of the
Agreement on the Organization for Trade Cooperation

THE CONTRACTING PARTIES
TO THE
GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE

GENEVA, APRIL 1955

Sales No.: GATT/1955—1

Price: **$1.00** (U.S.)
(or equivalent in other currencies)

TABLE OF CONTENTS

		Page
Preface		5
The General Agreement on Tariffs and Trade		7
PART I		
Article I.	Objectives	7
Article II.	General Most-Favoured-Nation Treatment	7
Article III.	Schedules of Concessions	9
PART II		
Article IV.	National Treatment on Internal Taxation and Regulation	12
Article V.	Freedom of Transit	14
Article VI.	Anti-dumping and Countervailing Duties	15
Article VII.	Valuation for Customs Purposes	18
Article VIII.	Fees and Formalities connected with Importation and Exportation	19
Article IX.	Marks of Origin	20
Article X.	Publication and Administration of Trade Regulations	21
Article XI.	General Elimination of Quantitative Restrictions	22
Article XII.	Restrictions to Safeguard the Balance of Payments	24
Article XIII.	Non-discriminatory Administration of Quantitative Restrictions	27
Article XIV.	Exceptions to the Rule of Non-discrimination	29
Article XV.	Exchange Arrangements	30
Article XVI.	Subsidies	32
Article XVII.	State-trading Enterprises	33
Article XVIII.	Governmental Assistance to Economic Development	34
Article XIX.	Emergency Action on Imports of Particular Products	42
Article XX.	General Exceptions	43
Article XXI.	Security Exceptions	44
Article XXII.	Consultation	45
Article XXIII.	Nullification or Impairment	45
PART III		
Article XXIV.	Territorial Application — Frontier Traffic — Customs Unions and Free-trade Areas	46
Article XXV.	The Organization for Trade Cooperation	49



Page

Article XXVI. Acceptance, Entry into Force and Registration 49
Article XXVII. Withholding or Withdrawal of Concessions . . . 51
Article XXVIII. Modification of Sohedules 51
Article XXIX. Tariff Negotiations 53
Article XXX. Amendments 54
Article XXXI. Withdrawal 55
Article XXXII. Contracting Parties 55
Article XXXIII. Accession 56
Article XXXIV. Annexes 56
Article XXXV. Non-application of the Agreement between particular contracting parties 56

Annexes A to F — Relating to Article II 57
Annex G — Relating to Article XXVI 60
Annex H — Notes and Supplementary Provisions 61

Agreement on the Organization for Trade Cooperation 75

Article 1 — Establishment 75
Article 2 — Membership 75
Article 3 — Functions 75
Article 4 — Structure in General 76
Article 5 — The Assembly 76
Article 6 — The Executive Committee 76
Article 7 — The Secretariat 77
Article 8 — Voting 78
Article 9 — Budget and Contributions 78
Article 10 — Status 78
Article 11 — Relations with other Organizations 79
Article 12 — Administration in General 79
Article 13 — Waivers in Exceptional Circumstances 79
Article 14 — Nullification and Impairment 80
Article 15 — Continued Application of the Provisions of this Part . . 80
Article 16 — Amendments 81
Article 17 — Entry into Force 81
Article 18 — Notification and Registration 81
Article 19 — Relation to amendments to the General Agreement . . 82
Article 20 — Provisional Application 82
Article 21 — Temporary Exercise of Depository Functions 82
Annex — Relating to Article 17 83

PREFACE

This revised edition of Volume I of the *Basic Instruments and Selected Documents* is published after the Review of the General Agreement carried out at the Ninth Session. It contains the text of the General Agreement as it will be after the amendments drawn up by the CONTRACTING PARTIES at their Ninth Session enter into force. These amendments are embodied in three protocols, namely, the Protocol amending Part I and Articles XXIX and XXX, the Protocol amending the Preamble and Parts II and III, and the Protocol of Organizational Amendments, all dated 10 March 1955.[1] The revised volume also contains the Agreement on the Organization for Trade Cooperation which was drawn up at the Ninth Session.[1] The protocols and the Organizational Agreement are open for signature until 27 October 1955, subject to an extension of the time for signature to be granted by the CONTRACTING PARTIES to any contracting party which has been unable to sign by that date.

The Protocol of Provisional Application and the Protocols of Annecy and Torquay, under which the various contracting parties [2] are provisionally applying the Agreement, have not been reproduced in the present volume and are to be found in Volume I, published in May 1952. In that volume will also be found the procedures of the CONTRACTING PARTIES.

The reports of the Ninth Session working parties on the Review of the Agreement, as well as other documents of the Ninth Session, are to be found in the Third Supplement to the *Basic Instruments and Selected Documents.*

---

[1] See the *Final Act and Instruments adopted at the Ninth Session of the* CONTRACTING PARTIES, *10 March 1955.*

[2] Australia, Austria, Belgium, Brazil, Burma, Canada, Ceylon, Chile, Cuba, Czechoslovakia, Denmark, Dominican Republic, Finland, France, Federal Republic of Germany, Greece, Haiti, India, Indonesia, Italy, Luxembourg, The Netherlands, New Zealand, Nicaragua, Norway, Pakistan, Peru, Federation of Rhodesia and Nyasaland' Sweden, Turkey, Union of South Africa, United Kingdom, United States of America, Uruguay.

THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE

PART I

Article I

Objectives

1. The contracting parties recognize that their relations in the field of trade and economic endeavour should be conducted with a view to raising standards of living, ensuring full employment and a large and steadily growing volume of real income and effective demand, developing the full use of the resources of the world and expanding the production and exchange of goods, and promoting the progressive development of the economies of all the contracting parties.

2. The contracting parties desire to contribute to these objectives through this Agreement by entering into reciprocal and mutually advantageous arrangements directed to the substantial reduction of tariffs and other barriers to trade and to the elimination of discriminatory treatment in international commerce.

Article II

General Most-Favoured-Nation Treatment

1. With respect to customs duties and charges of any kind imposed on or in connection with importation or exportation or imposed on the international transfer of payments for imports or exports, and with respect to the method of levying such duties and charges, and with respect to all rules and formalities in connection with importation and exportation, and with respect to the application of internal taxes to exported goods, and with respect to all matters referred to in paragraphs 2 and 4 of Article IV, any advantage, favour, privilege or immunity granted by any contracting party to any product originating in or destined for any other country shall be accorded immediately and unconditionally to the like product originating in or destined for the territories of all other contracting parties.

2. The provisions of paragraph 1 of this Article shall not require the elimination of any preferences in respect of import duties or

charges which do not exceed the levels provided for in paragraph 4 of this Article and which fall within the following descriptions:

(*a*) preferences in force exclusively between two or more of the territories listed in Annex A, subject to the conditions set forth therein;

(*b*) preferences in force exclusively between two or more territories which on 1 July 1939, were connected by common sovereignty or relations of protection or suzerainty and which are listed in Annexes B, C and D, subject to the conditions set forth therein;

(*c*) preferences in force exclusively between the United States of America and the Republic of Cuba;

(*d*) preferences in force exclusively between neighbouring countries listed in Annex E.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply to preferences between the countries formerly a part of the Ottoman Empire and detached from it on 24 July 1923; *Provided* that such preferences are approved under paragraph 5 of Article XXV.

4. The margin of preference on any product in respect of which a preference is permitted under paragraph 2 of this Article but is not specifically set forth as a maximum margin of preference in the appropriate Schedule annexed to this Agreement shall not exceed:

(*a*) in respect of duties or charges on any product described in such Schedule, the difference between the most-favoured-nation and preferential rates provided for therein; if no preferential rate is provided for, the preferential rate shall for the purposes of this paragraph be taken to be that in force on 10 April 1947, and, if no most-favoured-nation rate is provided for, the margin shall not exceed the difference between the most-favoured-nation and preferential rates existing on 10 April 1947;

(*b*) in respect of duties or charges on any product not described in the appropriate Schedule, the difference between the most-favoured-nation and preferential rates existing on 10 April 1947.

In the case of the contracting parties named in Annex F, the date of 10 April 1947, referred to in sub-paragraphs (*a*) and (*b*) of this paragraph shall be replaced by the respective dates set forth in that Annex.



Article III

Schedules of Concessions

1. (*a*) Each contracting party shall accord to the commerce of the other contracting parties treatment no less favourable than that provided for in the appropriate Part of the appropriate Schedule annexed to this Agreement.

(*b*) The products described in Part I of the Schedule relating to any contracting party, which are the products of territories of other contracting parties, shall, on their importation into the territory to which the Schedule relates, and subject to the terms, conditions or qualifications set forth in that Schedule, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth and provided for therein. Such products shall also be exempt from all other duties or charges of any kind imposed on or in connection with importation, including charges of any kind imposed on the international transfer of payments for imports, in excess of those imposed on the date of this Agreement or those directly and mandatorily required to be imposed thereafter by legislation in force in the importing territory on that date.

(*c*) The products described in Part II of the Schedule relating to any contracting party which are the products of territories entitled under Article II to receive preferential treatment upon importation into the territory to which the Schedule relates shall, on their importation into such territory, and subject to the terms, conditions or qualifications set forth in that Schedule, be exempt from ordinary customs duties in excess of those set forth and provided for in Part II of that Schedule. Such products shall also be exempt from all other duties or charges of any kind imposed on or in connection with importation, including charges of any kind imposed on the international transfer of payments for imports, in excess of those imposed on the date of this Agreement or those directly and mandatorily required to be imposed thereafter by legislation in force in the importing territory on that date. Nothing in this Article shall prevent any contracting party from maintaining its requirements existing on the date of this Agreement as to the eligibility of goods for entry at preferential rates of duty.

2. Nothing in this Article shall prevent any contracting party from imposing at any time on the importation of any product:

(*a*) a charge equivalent to an internal tax imposed consistently with the provisions of paragraph 2 of Article IV in respect of the like domestic product or in respect of an article from which the imported product has been manufactured or produced in whole or in part;

(*b*) any anti-dumping or countervailing duty applied consistently with the provisions of Article VI;

(*c*) fees or other charges commensurate with the cost of services rendered.

3. No contracting party shall alter its method of determining dutiable value or of converting currencies so as to impair the value of any of the concessions provided for in the appropriate Schedule annexed to this Agreement.

4. If any contracting party establishes, maintains or authorizes, formally or in effect, a monopoly of the importation of any product described in the appropriate Schedule annexed to this Agreement, such monopoly shall not, except as provided for in that Schedule or as otherwise agreed between the parties which initially negotiated the concession, operate so as to afford protection on the average in excess of the amount of protection provided for in that Schedule. The provisions of this paragraph shall not limit the use by contracting parties of any form of assistance to domestic producers permitted by other provisions of this Agreement.

5. If any contracting party considers that a product is not receiving from another contracting party the treatment which the first contracting party believes to have been contemplated by a concession provided for in the appropriate Schedule annexed to this Agreement, it shall bring the matter directly to the attention of the other contracting party. If the latter agrees that the treatment contemplated was that claimed by the first contracting party, but declares that such treatment cannot be accorded because a court or other proper authority has ruled to the effect that the product involved cannot be classified under the tariff laws of such contracting party so as to permit the treatment contemplated in this Agreement, the two contracting parties, together with any other contracting parties substantially interested, shall enter promptly into further negotiations with a view to a compensatory adjustment of the matter.

6. (*a*) The specific duties and charges included in the Schedules relating to contracting parties members of the International Monetary Fund, and margins of preference in specific duties and charges maintained by such contracting parties, are expressed in the appropriate currency at the par value accepted or at the rate of exchange recognized by the Fund at the date of this Agreement. Accordingly, in case the par value accepted or the rate of exchange recognized by the Fund is reduced consistently with the Articles of Agreement of the Fund by more than twenty per centum, such specific duties and charges and margins of preference may be adjusted to take account of such

reduction; *Provided* that the Organization for Trade Cooperation (hereinafter referred to as " the Organization ") concurs that such adjustments will not impair the value of the concessions provided for in the appropriate Schedule or elsewhere in this Agreement, due account being taken of all factors which may influence the need for, or urgency of, such adjustments.

(*b*) Similar provisions shall apply to any contracting party not a member of the Fund, as from the date on which such contracting party becomes a member of the Fund or enters into a special exchange agreement in pursuance of Article XV.

7. The Schedules annexed to this Agreement are hereby made an integral part of Part I of this Agreement.

PART II

Article IV

National Treatment on Internal Taxation and Regulation

1. The contracting parties recognize that internal taxes and other internal charges, and laws, regulations and requirements affecting the internal sale, offering for sale, purchase, transportation, distribution or use of products, and internal quantitative regulations requiring the mixture, processing or use of products in specified amounts or proportions, should not be applied to imported or domestic products so as to afford protection to domestic production.

2. The products of the territory of any contracting party imported into the territory of any other contracting party shall not be subject, directly or indirectly, to internal taxes or other internal charges of any kind in excess of those applied, directly or indirectly, to like domestic products. Moreover, no contracting party shall otherwise apply internal taxes or other internal charges to imported or domestic products in a manner contrary to the principles set forth in paragraph 1.

3. With respect to any existing internal tax which is inconsistent with the provisions of paragraph 2, but which is specifically authorized under a trade agreement, in force on 10 April 1947, in which the import duty on the taxed product is bound against increase, the contracting party imposing the tax shall be free to postpone the application of the provisions of paragraph 2 to such tax until such time as it can obtain release from the obligations of such trade agreement in order to permit the increase of such duty to the extent necessary to compensate for the elimination of the protective element of the tax.

4. The products of the territory of any contracting party imported into the territory of any other contracting party shall be accorded treatment no less favourable than that accorded to like products of national origin in respect of all laws, regulations and requirements affecting their internal sale, offering for sale, purchase, transportation, distribution or use. The provisions of this paragraph shall not prevent the application of differential internal transportation charges which are based exclusively on the economic operation of the means of transport and not on the nationality of the product.

5. No contracting party shall establish or maintain any internal quantitative regulation relating to the mixture, processing or use of products in specified amounts or proportions which requires, directly or indirectly, that any specified amount or proportion of any product which is the subject of the regulation must be supplied from domestic sources. Moreover, no contracting party shall otherwise apply internal quantitative regulations in a manner contrary to the principles set forth in paragraph 1.

6. The provisions of paragraph 5 shall not apply to any internal quantitative regulation in force in the territory of any contracting party on 1 July 1939, 10 April 1947, or 24 March 1948, at the option of that contracting party; *Provided* that any such regulation which is contrary to the provisions of paragraph 5 shall not be modified to the detriment of imports and shall be treated as a customs duty for the purpose of negotiation.

7. No internal quantitative regulation relating to the mixture, processing or use of products in specified amounts or proportions shall be applied in such a manner as to allocate any such amount or proportion among external sources of supply.

8. (*a*) The provisions of this Article shall not apply to laws, regulations or requirements governing the procurement by governmental agencies of products purchased for governmental purposes and not with a view to commercial resale or with a view to use in the production of goods for commercial sale.

(*b*) The provisions of this Article shall not prevent the payment of subsidies exclusively to domestic producers, including payments to domestic producers derived from the proceeds of internal taxes or charges applied consistently with the provisions of this Article and subsidies effected through governmental purchases of domestic products.

9. The contracting parties recognize that internal maximum price control measures, even though conforming to the other provisions of this Article, can have effects prejudicial to the interests of contracting parties supplying imported products. Accordingly, contracting parties applying such measures shall take account of the interests of exporting contracting parties with a view to avoiding to the fullest practicable extent such prejudicial effects.

10. The provisions of this Article shall not prevent any contracting party from establishing or maintaining internal quantitative regulations relating to exposed cinematograph films. If any contracting party establishes or maintains such regulations they shall take the form of screen quotas which shall conform to the following requirements:

(*a*) screen quotas may require the exhibition of cinematograph films of national origin during a specified minimum proportion of the total screen time actually utilized, over a specified period of not less than one year, in the commercial exhibition of all films of whatever origin, and shall be computed on the basis of screen time per theatre per year or the equivalent thereof;

(*b*) with the exception of screen time reserved for films of national origin under a screen quota, screen time including that released by administrative action from screen time reserved for films of national origin, shall not be allocated formally or in effect among sources of supply;

(*c*) notwithstanding the provisions of sub-paragraph (*b*) of this paragraph, any contracting party may maintain screen quotas conforming to the requirements of sub-paragraph (*a*) of this paragraph which reserve a minimum proportion of screen time for films of a specified origin other than that of the contracting party imposing such screen quotas; *Provided* that no such minimum proportion of screen time shall be increased above the level in effect on 10 April 1947;

(*d*) screen quotas shall be subject to negotiation for their limitation, liberalization or elimination.

Article V

Freedom of Transit

1. Goods (including baggage), and also vessels and other means of transport, shall be deemed to be in transit across the territory of a contracting party when the passage across such territory, with or without trans-shipment, warehousing, breaking bulk, or change in the mode of transport, is only a portion of a complete journey beginning and terminating beyond the frontier of the contracting party across whose territory the traffic passes. Traffic of this nature is termed in this Article " traffic in transit ".

2. There shall be freedom of transit through the territory of each contracting party, via the routes most convenient for international transit, for traffic in transit to or from the territory of other contracting parties. No distinction shall be made which is based on the flag of vessels, the place of origin, departure, entry, exit or destination, or on any circumstances relating to the ownership of goods, of vessels or of other means of transport.

3. Any contracting party may require that traffic in transit through its territory be entered at the proper custom house, but,

except in cases of failure to comply with applicable customs laws and regulations, such traffic coming from or going to the territory of other contracting parties shall not be subject to any unnecessary delays or restrictions and shall be exempt from customs duties and from all transit duties or other charges imposed in respect of transit, except charges for transportation or those commensurate with administrative expenses entailed by transit or with the cost of services rendered.

4. All charges and regulations imposed by contracting parties on traffic in transit to or from the territories of other contracting parties shall be reasonable, having regard to the conditions of the traffic.

5. With respect to all charges, regulations and formalities in connection with transit, each contracting party shall accord to traffic in transit to or from the territory of any other contracting party treatment no less favourable than the treatment accorded to traffic in transit to or from any third country.

6. Each contracting party shall accord to products which have been in transit through the territory of any other contracting party treatment no less favourable than that which would have been accorded to such products had they been transported from their place of origin to their destination without going through the territory of such other contracting party. Any contracting party shall, however, be free to maintain its requirements of direct consignment existing on the date of this Agreement, in respect of any goods in regard to which such direct consignment is a requisite condition of eligibility for entry of the goods at preferential rates of duty or has relation to the contracting party's prescribed method of valuation for duty purposes.

7. The provisions of this Article shall not apply to the operation of aircraft in transit, but shall apply to air transit of goods (including baggage).

Article VI

Anti-dumping and Countervailing Duties

1. The contracting parties recognize that dumping, by which products of one country are introduced into the commerce of another country at less than the normal value of the products, is to be condemned if it causes or threatens material injury to an established industry in the territory of a contracting party or materially retards the establishment of a domestic industry. For the purposes of this Article, a product is to be considered as being introduced into the



commerce of an importing country at less than its normal value, if the price of the product exported from one country to another

(*a*) is less than the comparable price, in the ordinary course of trade, for the like product when destined for consumption in the exporting country, or,

(*b*) in the absence of such domestic price, is less than either

(i) the highest comparable price for the like product for export to any third country in the ordinary course of trade, or

(ii) the cost of production of the product in the country of origin plus a reasonable addition for selling cost and profit.

Due allowance shall be made in each case for differences in conditions and terms of sale, for differences in taxation, and for other differences affecting price comparability.

2. In order to offset or prevent dumping, a contracting party may levy on any dumped product an anti-dumping duty not greater in amount than the margin of dumping in respect of such product. For the purposes of this Article, the margin of dumping is the price difference determined in accordance with the provisions of paragraph 1.

3. No countervailing duty shall be levied on any product of the territory of any contracting party imported into the territory of another contracting party in excess of an amount equal to the estimated bounty or subsidy determined to have been granted, directly or indirectly, on the manufacture, production or export of such product in the country of origin or exportation, including any special subsidy to the transportation of a particular product. The term "countervailing duty" shall be understood to mean a special duty levied for the purpose of offsetting any bounty or subsidy bestowed, directly or indirectly, upon the manufacture, production or export of any merchandise.

4. No product of the territory of any contracting party imported into the territory of any other contracting party shall be subject to anti-dumping or countervailing duty by reason of the exemption of such product from duties or taxes borne by the like product when destined for consumption in the country of origin or exportation, or by reason of the refund of such duties or taxes.

5. No product of the territory of any contracting party imported into the territory of any other contracting party shall be subject to both anti-dumping and countervailing duties to compensate for the same situation of dumping or export subsidization.



6. (*a*) No contracting party shall levy any anti-dumping or countervailing duty on the importation of any product of the territory of another contracting party unless it determines that the effect of the dumping or subsidization, as the case may be, is such as to cause or threaten material injury to an established domestic industry, or is such as to retard materially the establishment of a domestic industry.

(*b*) The Organization may waive the requirement of sub-paragraph (*a*) of this paragraph so as to permit a contracting party to levy an anti-dumping or countervailing duty on the importation of any product for the purpose of offsetting dumping or subsidization which causes or threatens material injury to an industry in the territory of another contracting party exporting the product concerned to the territory of the importing contracting party. The Organization shall waive the requirements of sub-paragraph (*a*) of this paragraph, so as to permit the levying of a countervailing duty, in cases in which they find that a subsidy is causing or threatening material injury to an industry in the territory of another contracting party exporting the product concerned to the territory of the importing contracting party.

(*c*) In exceptional circumstances, however, where delay might cause damage which would be difficult to repair, a contracting party may levy a countervailing duty for the purpose referred to in sub-paragraph (*b*) of this paragraph without the prior approval of the Organization; *Provided* that such action shall be reported immediately to the Organization and that the countervailing duty shall be withdrawn promptly if the Organization disapproves.

7. A system for the stabilization of the domestic price or of the return to domestic producers of a primary commodity, independently of the movements of export prices, which results at times in the sale of the commodity for export at a price lower than the comparable price charged for the like commodity to buyers in the domestic market, shall be presumed not to result in material injury within the meaning of paragraph 6 if it is determined by consultation among the contracting parties substantially interested in the commodity concerned that:

(*a*) the system has also resulted in the sale of the commodity for export at a price higher than the comparable price charged for the like commodity to buyers in the domestic market, and

(*b*) the system is so operated, either because of the effective regulation of production, or otherwise, as not to stimulate exports unduly or otherwise seriously prejudice the interests of other contracting parties.

Article VII

Valuation for Customs Purposes

1. The contracting parties recognize the validity of the general principles of valuation set forth in the following paragraphs of this Article, and they undertake to give effect to such principles, in respect of all products subjects to duties or other charges or restrictions on importation and exportation based upon or regulated in any manner by value. Moreover, they shall, upon a request by another contracting party, review the operation of any of their laws or regulations relating to value for customs purposes in the light of these principles. The Organization may request from contracting parties reports on steps taken by them in pursuance of the provisions of this Article.

2. (*a*) The value for customs purposes of imported merchandise should be based on the actual value of the imported merchandise on which duty is assessed, or of like merchandise, and should not be based on the value of merchandise of national origin or on arbitrary or fictitious values.

(*b*) " Actual value " should be the price at which, at a time and place determined by the legislation of the country of importation, such or like merchandise is sold or offered for sale in the ordinary course of trade under fully competitive conditions. To the extent to which the price of such or like merchandise is governed by the quantity in a particular transaction, the price to be considered should uniformly be related to either (i) comparable quantities, or (ii) quantities not less favourable to importers than those in which the greater volume of the merchandise is sold in the trade between the countries of exportation and importation.

(*c*) When the actual value is not ascertainable in accordance with sub-paragraph (*b*) of this paragraph, the value for customs purposes should be based on the nearest ascertainable equivalent of such value.

3. The value for customs purposes of any imported product should not include the amount of any internal tax, applicable within the country of origin or export, from which the imported product has been exempted or has been or will be relieved by means of refund.

4. (*a*) Except as otherwise provided for in this paragraph, where it is necessary for the purposes of paragraph 2 of this Article for a contracting party to convert into its own currency a price expressed in the currency of another country, the conversion rate of exchange to be used shall be based, for each currency involved, on the par value as established pursuant to the Articles of Agreement of the International Monetary Fund or on the rate of exchange

recognized by the Fund, or on the par value established in accordance with a special exchange agreement entered into pursuant to Article XV of this Agreement.

(*b*) Where no such established par value and no such recognized rate of exchange exist, the conversion rate shall reflect effectively the current value of such currency in commercial transactions.

(*c*) The Organization, in agreement with the International Monetary Fund, shall formulate rules governing the conversion by contracting parties of any foreign currency in respect of which multiple rates of exchange are maintained consistently with the Articles of Agreement of the International Monetary Fund. Any contracting party may apply such rules in respect of such foreign currencies for the purposes of paragraph 2 of this Article as an alternative to the use of par values. Until such rules are adopted by the Organization, any contracting party may employ, in respect of any such foreign currency, rules of conversion for the purposes of paragraph 2 of this Article which are designed to reflect effectively the value of such foreign currency in commercial transactions.

(*d*) Nothing in this paragraph shall be construed to require any contracting party to alter the method of converting currencies for customs purposes which is applicable in its territory on the date of this Agreement, if such alteration would have the effect of increasing generally the amounts of duty payable.

5. The bases and methods for determining the value of products subject to duties or other charges or restrictions based upon or regulated in any manner by value should be stable and should be given sufficient publicity to enable traders to estimate, with a reasonable degree of certainty, the value for customs purposes.

Article VIII

Fees and Formalities connected with Importation and Exportation

1. (*a*) All fees and charges of whatever character (other than import and export duties and other than taxes within the purview of Article IV) imposed by contracting parties on or in connection with importation or exportation shall be limited in amount to the approximate cost of services rendered and shall not represent an indirect protection to domestic products or a taxation of imports or exports for fiscal purposes.

(*b*) The contracting parties recognize the need for reducing the number and diversity of fees and charges referred to in sub-paragraph (*a*).

(*c*) The contracting parties also recognize the need for minimizing the incidence and complexity of import and export formalities and for decreasing and simplifying import and export documentation requirements.

2. A contracting party shall, upon request by another contracting party or by the Organization, review the operation of its laws and regulations in the light of the provisions of this Article.

3. No contracting party shall impose substantial penalties for minor breaches of customs regulations or procedural requirements. In particular, no penalty in respect of any omission or mistake in customs documentation which is easily rectifiable and obviously made without fraudulent intent or gross negligence shall be greater than necessary to serve merely as a warning.

4. The provisions of this Article shall extend to fees, charges, formalities and requirements imposed by governmental authorities in connection with importation and exportation, including those relating to:

(*a*) consular transactions, such as consular invoices and certificates;

(*b*) quantitative restrictions;

(*c*) licensing;

(*d*) exchange control;

(*e*) statistical services;

(*f*) documents, documentation and certification;

(*g*) analysis and inspection; and

(*h*) quarantine, sanitation and fumigation.

Article IX

Marks of Origin

1. Each contracting party shall accord to the products of the territories of other contracting parties treatment with regard to marking requirements no less favourable than the treatment accorded to like products of any third country.

2. The contracting parties recognize that, in adopting and enforcing laws and regulations relating to marks of origin, the difficulties and inconveniences which such measures may cause to the commerce and industry of exporting countries should be reduced to a minimum, due regard being had to the necessity of protecting consumers against fraudulent or misleading indications.

3. Whenever it is administratively practicable to do so, contracting parties should permit required marks of origin to be affixed at the time of importation.

4. The laws and regulations of contracting parties relating to the marking of imported products shall be such as to permit compliance without seriously damaging the products, or materially reducing their value, or unreasonably increasing their cost.

5. As a general rule, no special duty or penalty should be imposed by any contracting party for failure to comply with marking requirements prior to importation unless corrective marking is unreasonably delayed or deceptive marks have been affixed or the required marking has been intentionally omitted.

6. The contracting parties shall co-operate with each other with a view to preventing the use of trade names in such manner as to misrepresent the true origin of a product, to the detriment of such distinctive regional or geographical names of products of the territory of a contracting party as are protected by its legislation. Each contracting party shall accord full and sympathetic consideration to such requests or representations as may be made by any other contracting party regarding the application of the undertaking set forth in the preceding sentence to names of products which have been communicated to it by the other contracting party.

Article X

Publication and Administration of Trade Regulations

1. Laws, regulations, judicial decisions and administrative rulings of general application, made effective by any contracting party, pertaining to the classification or the valuation of products for customs purposes, or to rates of duty, taxes or other charges, or to requirements, restrictions or prohibitions on imports or exports or on the transfer of payments therefor, or affecting their sale, distribution, transportation, insurance, warehousing, inspection, exhibition, processing, mixing or other use, shall be published promptly in such a manner as to enable governments and traders to become acquainted with them. Agreements affecting international trade policy which are in force between the government or a governmental agency of any contracting party and the government or governmental agency of any other contracting party shall also be published. The provisions of this paragraph shall not require any contracting party to disclose confidential information which would impede law enforcement or otherwise be contrary to the public interest or would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises, public or private.

2. No measure of general application taken by any contracting party effecting an advance in a rate of duty or other charge on imports under an established and uniform practice, or imposing a new or more burdensome requirement, restriction or prohibition on imports, or on the transfer of payments therefor, shall be enforced before such measure has been officially published.

3. (*a*) Each contracting party shall administer in a uniform, impartial and reasonable manner all its laws, regulations, decisions and rulings of the kind described in paragraph 1 of this Article.

(*b*) Each contracting party shall maintain, or institute as soon as practicable, judicial, arbitral or administrative tribunals or procedures for the purpose, *inter alia*, of the prompt review and correction of administrative action relating to customs matters. Such tribunals or procedures shall be independent of the agencies entrusted with administrative enforcement and their decisions shall be implemented by, and shall govern the practice of, such agencies unless an appeal is lodged with a court or tribunal of superior jurisdiction within the time prescribed for appeals to be lodged by importers; *Provided* that the central administration of such agency may take steps to obtain a review of the matter in another proceeding if there is good cause to believe that the decision is inconsistent with established principles of law or the actual facts.

(*c*) The provisions of sub-paragraph (*b*) of this paragraph shall not require the elimination or substitution of procedures in force in the territory of a contracting party on the date of this Agreement which in fact provide for an objective and impartial review of administrative action even though such procedures are not fully or formally independent of the agencies entrusted with administrative enforcement. Any contracting party employing such procedures shall, upon request, furnish the Organization with full information thereon in order that they may determine whether such procedures conform to the requirements of this sub-paragraph.

Article XI

General Elimination of Quantitative Restrictions

1. No prohibitions or restrictions other than duties, taxes or other charges, whether made effective through quotas, import or export licenses or other measures, shall be instituted or maintained by any contracting party on the importation of any product of the territory of any other contracting party or on the exportation or sale for export of any product destined for the territory of any other contracting party.

2. The provisions of paragraph 1 of this Article shall not extend to the following:

(*a*) Export prohibitions or restrictions temporarily applied to prevent or relieve critical shortages of foodstuffs or other products essential to the exporting contracting party;

(*b*) Import and export prohibitions or restrictions necessary to the application of standards or regulations for the classification, grading or marketing of commodities in international trade;

(*c*) Import restrictions on any agricultural or fisheries product, imported in any form, necessary to the enforcement of governmental measures which operate:

(i) to restrict the quantities of the like domestic product permitted to be marketed or produced, or, if there is no substantial domestic production of the like product, of a domestic product for which the imported product can be directly substituted; or

(ii) to remove a temporary surplus of the like domestic product, or, if there is no substantial domestic production of the like product, of a domestic product for which the imported product can be directly substituted, by making the surplus available to certain groups of domestic consumers free of charge or at prices below the current market level; or

(iii) to restrict the quantities permitted to be produced of any animal product the production of which is directly dependent, wholly or mainly, on the imported commodity, if the domestic production of that commodity is relatively negligible.

Any contracting party applying restrictions on the importation of any product pursuant to sub-paragraph (*c*) of this paragraph shall give public notice of the total quantity or value of the product permitted to be imported during a specified future period and of any change in such quantity or value. Moreover, any restrictions applied under (i) above shall not be such as will reduce the total of imports relative to the total of domestic production, as compared with the proportion which might reasonably be expected to rule between the two in the absence of restrictions. In determining this proportion, the contracting party shall pay due regard to the proportion prevailing during a previous representative period and to any special factors which may have affected or may be affecting the trade in the product concerned.

Article XII

Restrictions to Safeguard the Balance of Payments

1. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of Article XI, any contracting party, in order to safeguard its external financial position and its balance of payments, may restrict the quantity or value of merchandise permitted to be imported, subject to the provisions of the following paragraphs of this Article.

2. (*a*) Import restrictions instituted, maintained or intensified by a contracting party under this Article shall not exceed those necessary:

(i) to forestall the imminent threat of, or to stop, a serious decline in its monetary reserves, or

(ii) in the case of a contracting party with very low monetary reserves, to achieve a reasonable rate of increase in its reserves.

Due regard shall be paid in either case to any special factors which may be affecting the reserves of such contracting party or its need for reserves, including, where special external credits or other resources are available to it, the need to provide for the appropriate use of such credits or resources.

(*b*) Contracting parties applying restrictions under sub-paragraph (*a*) of this paragraph shall progressively relax them as such conditions improve, maintaining them only to the extent that the conditions specified in that sub-paragraph still justify their application. They shall eliminate the restrictions when conditions would no longer justify their institution or maintenance under that sub-paragraph.

3. (*a*) Contracting parties undertake, in carrying out their domestic policies, to pay due regard to the need for maintaining or restoring equilibrium in their balance of payments on a sound and lasting basis and to the desirability of avoiding an uneconomic employment of productive resources. They recognize that in order to achieve these ends, it is desirable so far as possible to adopt measures which expand rather than contract international trade.

(*b*) Contracting parties applying restrictions under this Article may determine the incidence of the restrictions on imports of different products or classes of products in such a way as to give priority to the importation of those products which are more essential.

(*c*) Contracting parties applying restrictions under this Article undertake:

(i) to avoid unnecessary damage to the commercial or economic interests of any other contracting party;



(ii) not to apply restrictions so as to prevent unreasonably the importation of any description of goods in minimum commercial quantities the exclusion of which would impair regular channels of trade; and

(iii) not to apply restrictions which would prevent the importation of commercial samples or prevent compliance with patent, trade mark, copyright, or similar procedures.

(*d*) The contracting parties recognize that, as a result of domestic policies directed towards the achievement and maintenance of full and productive employment or towards the development of economic resources, a contracting party may experience a high level of demand for imports involving a threat to its monetary reserves of the sort referred to in paragraph 2 (*a*) of this Article. Accordingly, a contracting party otherwise complying with the provisions of this Article shall not be required to withdraw or modify restrictions on the ground that a change in those policies would render unnecessary restrictions which it is applying under this Article.

4. (*a*) Any contracting party applying new restrictions or raising the general level of its existing restrictions by a substantial intensification of the measures applied under this Article shall immediately after instituting or intensifying such restrictions (or, in circumstances in which prior consultation is practicable, before doing so) consult with the Organization as to the nature of its balance of payments difficulties, alternative corrective measures which may be available, and the possible effect of the restrictions on the economies of other contracting parties.

(*b*) On a date to be determined by it, the Organization shall review all restrictions still applied under this Article on that date. Beginning one year after that date contracting parties applying import restrictions under this Article shall enter into consultations of the type provided for in sub-paragraph (*a*) of this paragraph with the Organization annually.

(*c*) (i) If, in the course of consultations, with a contracting party under sub-paragraph (*a*) or (*b*) above, the Organization finds that the restrictions are not consistent with the provisions of this Article or with those of Article XIII (subject to the provisions of Article XIV), it shall indicate the nature of the inconsistency and may advise that the restrictions be suitably modified.

(ii) If, however, as a result of the consultations, the Organization determines that the restrictions are being applied in a manner involving an inconsistency of a serious nature with the provisions of this Article or

with those of Article XIII (subject to the provisions of Article XIV) and that damage to the trade of any contracting party is caused or threatened thereby, it shall so inform the contracting party applying the restrictions and shall make appropriate recommendations for securing conformity with such provisions within a specified period of time. If such contracting party does not comply with these recommendations within the specified period, the Organization may release any contracting party the trade of which is adversely affected by the restrictions from such obligations under this Agreement towards the contracting party applying the restrictions as it determines to be appropriate in the circumstances.

(*d*) The Organization shall invite any contracting party which is applying restrictions under this Article to enter into consultations with it at the request of any contracting party which can establish a *prima facie* case that the restrictions are inconsistent with the provisions of this Article or with those of Article XIII (subject to the provisions of Article XIV) and that its trade is adversely affected thereby. However, no such invitation shall be issued unless the Organization has ascertained that direct discussions between the contracting parties concerned have not been successful. If, as a result of the consultations with the Organization, no agreement is reached and it determines that the restrictions are being applied inconsistently with such provisions, and that damage to the trade of the contracting party initiating the procedure is caused or threatened thereby, it shall recommend the withdrawal or modification of the restrictions. If the restrictions are not withdrawn or modified within such time as the Organization may prescribe, it may release the contracting party initiating the procedure from such obligations under this Agreement towards the contracting party applying the restrictions as it determines to be appropriate in the circumstances.

(*e*) In proceeding under this paragraph, the Organization shall have due regard to any special external factors adversely affecting the export trade of the contracting party applying restrictions.

(*f*) Determinations under this paragraph shall be rendered expeditiously and, if possible, within sixty days of the initiation of the consultations.

5. If there is a persistent and widespread application of import restrictions under this Article, indicating the existence of a general disequilibrium which is restricting international trade, the Organization shall initiate discussions to consider whether other measures might be taken, either by those contracting parties the balances of

payments of which are under pressure or by those the balances of payments of which are tending to be exceptionally favourable, or by any appropriate intergovernmental organization, to remove the underlying causes of the disequilibrium. On the invitation of the Organization, contracting parties shall participate in such discussions.

Article XIII

Non-discriminatory Administration of Quantitative Restrictions

1. No prohibition or restriction shall be applied by any contracting party on the importation of any product of the territory of any other contracting party or on the exportation of any product destined for the territory of any other contracting party, unless the importation of the like product of all third countries or the exportation of the like product to all third countries is similarly prohibited or restricted.

2. In applying import restrictions to any product, contracting parties shall aim at a distribution of trade in such product approaching as closely as possible the shares which the various contracting parties might be expected to obtain in the absence of such restrictions, and to this end shall observe the following provisions:

(*a*) Wherever practicable, quotas representing the total amount of permitted imports (whether allocated among supplying countries or not) shall be fixed, and notice given of their amount in accordance with paragraph 3 (*b*) of this Article;

(*b*) In cases in which quotas are not practicable, the restrictions may be applied by means of import licences or permits without a quota;

(*c*) Contracting parties shall not, except for purposes of operating quotas allocated in accordance with sub-paragraph (*d*) of this paragraph, require that import licences or permits be utilized for the importation of the product concerned from a particular country or source;

(*d*) In cases in which a quota is allocated among supplying countries, the contracting party applying the restrictions may seek agreement with respect to the allocation of shares in the quota with all other contracting parties having a substantial interest in supplying the product concerned. In cases in which this method is not reasonably practicable, the contracting party concerned shall allot to contracting parties having a substantial interest in supplying the product shares based upon the proportions, supplied by such contracting parties during a previous representative period, of the total

quantity or value of imports of the product, due account being taken of any special factors which may have affected or may be affecting the trade in the product. No conditions or formalities shall be imposed which would prevent any contracting party from utilizing fully the share of any such total quantity or value which has been allotted to it, subject to importation being made within any prescribed period to which the quota may relate.

3. (*a*) In cases in which import licences are issued in connection with import restrictions, the contracting party applying the restrictions shall provide, upon the request of any contracting party having an interest in the trade in the product concerned, all relevant information concerning the administration of the restrictions, the import licences granted over a recent period and the distribution of such licences among supplying countries; *Provided* that there shall be no obligation to supply information as to the names of importing or supplying enterprises.

(*b*) In the case of import restrictions involving the fixing of quotas, the contracting party applying the restrictions shall give public notice of the total quantity or value of the product or products which will be permitted to be imported during a specified future period and of any change in such quantity or value. Any supplies of the product in question which were *en route* at the time at which public notice was given shall not be excluded from entry; *Provided* that they may be counted so far as practicable, against the quantity permitted to be imported in the period in question, and also, where necessary, against the quantities permitted to be imported in the next following period or periods; and *Provided* further that if any contracting party customarily exempts from such restrictions products entered for consumption or withdrawn from warehouse for consumption during a period of thirty days after the day of such public notice, such practice shall be considered full compliance with this subparagraph.

(*c*) In the case of quotas allocated among supplying countries, the contracting party applying the restrictions shall promptly inform all other contracting parties having an interest in supplying the product concerned of the shares in the quota currently allocated, by quantity or value, to the various supplying countries and shall give public notice thereof.

4. With regard to restrictions applied in accordance with paragraph 2 (*d*) of this Article or under paragraph 2 (*c*) of Article XI, the selection of a representative period for any product and the appraisal of any special factors affecting the trade in the product shall be made

initially by the contracting party applying the restriction; *Provided* that such contracting party shall, upon the request of any other contracting party having a substantial interest in supplying that product or upon the request of the Organization, consult promptly with the other contracting party or the Organization regarding the need for an adjustment of the proportion determined or of the base period selected, or for the reappraisal of the special factors involved, or for the elimination of conditions, formalities or any other provisions established unilaterally relating to the allocation of an adequate quota or its unrestricted utilization.

5. The provisions of this Article shall apply to any tariff quota instituted or maintained by any contracting party, and, in so far as applicable, the principles of this Article shall also extend to export restrictions.

Article XIV

Exceptions to the Rule of Non-discrimination

1. A contracting party which applies restrictions under Article XII or under Section B of Article XVIII may, in the application of such restrictions, deviate from the provisions of Article XIII in a manner having equivalent effect to restrictions on payments and transfers for current international transactions which that contracting party may at that time apply under Article VIII or XIV of the Articles of Agreement of the International Monetary Fund, or under analogous provisions of a special exchange agreement entered into pursuant to paragraph 6 of Article XV.

2. A contracting party which is applying import restrictions under Article XII or under Section B of Article XVIII may, with the consent of the Organization, temporarily deviate from the provisions of Article XIII in respect of a small part of its external trade where the benefits to the contracting party or contracting parties concerned substantially outweigh any injury which may result to the trade of other contracting parties.

3. The provisions of Article XIII shall not preclude a group of territories having a common quota in the International Monetary Fund from applying against imports from other countries, but not among themselves, restrictions in accordance with the provisions of Article XII or of Section B of Article XVIII on condition that such restrictions are in all other respects consistent with the provisions of Article XIII.

4. A contracting party applying import restrictions under Article XII or under Section B of Article XVIII shall not be precluded

by Articles XI to XV or Section B of Article XVIII of this Agreement from applying measures to direct its exports in such a manner as to increase its earnings of currencies which it can use without deviation from the provisions of Article XIII.

5. A contracting party shall not be precluded by Articles XI to XV, inclusive, or by Section B of Article XVIII, of this Agreement from applying quantitative restrictions:

(*a*) having equivalent effect to exchange restrictions authorized under Section 3(*b*) of Article VII of the Articles of Agreement of the International Monetary Fund, or

(*b*) under the preferential arrangements provided for in Annex A of this Agreement, pending the outcome of the negotiations referred to therein.

Article XV

Exchange Arrangements

1. The Organization shall seek co-operation with the International Monetary Fund to the end that the Organization and the Fund may pursue a co-ordinated policy with regard to exchange questions within the jurisdiction of the Fund and questions of quantitative restrictions and other trade measures within the jurisdiction of the Organization.

2. In all cases in which the Organization is called upon to consider or deal with problems concerning monetary reserves, balances of payments or foreign exchange arrangements, it shall consult fully with the International Monetary Fund. In such consultations, the Organization shall accept all findings of statistical and other facts presented by the Fund relating to foreign exchange, monetary reserves and balances of payments, and shall accept the determination of the Fund as to whether action by a contracting party in exchange matters is in accordance with the Articles of Agreement of the International Monetary Fund, or with the terms of a special exchange agreement between that contracting party and the Organization. The Organization, in reaching its final decision in cases involving the criteria set forth in paragraph 2 (*a*) of Article XII or in paragraph 9 of Article XVIII, shall accept the determination of the Fund as to what constitutes a serious decline in the contracting party's monetary reserves, a very low level of its monetary reserves or a reasonable rate of increase in its monetary reserves, and as to the financial aspects of other matters covered in consultation in such cases.

3. The Organization shall seek agreement with the Fund regarding procedures for consultation under paragraph 2 of this Article.

4. Contracting parties shall not, by exchange action, frustrate the intent of the provisions of this Agreement, nor, by trade action, the intent of the provisions of the Articles of Agreement of the International Monetary Fund.

5. If the Organization considers, at any time, that exchange restrictions on payments and transfers in connection with imports are being applied by a contracting party in a manner inconsistent with the exceptions provided for in this Agreement for quantitative restrictions, it shall report thereon to the Fund.

6. Any contracting party which is not a member of the Fund shall, within a time to be determined by the Organization after consultation with the Fund, become a member of the Fund, or, failing that, enter into a special exchange agreement with the Organization. A contracting party which ceases to be a member of the Fund shall forthwith enter into a special exchange agreement with the Organization. Any special exchange agreement entered into by a contracting party under this paragraph shall thereupon become part of its obligations under this Agreement.

7. (*a*) A special exchange agreement between a contracting party and the Organization under paragraph 6 of this Article shall provide to the satisfaction of the Organization that the objectives of this Agreement will not be frustrated as a result of action in exchange matters by the contracting party in question.

(*b*) The terms of any such agreement shall not impose obligations on the contracting party in exchange matters generally more restrictive than those imposed by the Articles of Agreement of the International Monetary Fund on members of the Fund.

8. A contracting party which is not a member of the Fund shall furnish such information within the general scope of section 5 of Article VIII of the Articles of Agreement of the International Monetary Fund as the Organization may require in order to carry out its functions under this Agreement.

9. Nothing in this Agreement shall preclude:

(*a*) the use by a contracting party of exchange controls or exchange restrictions in accordance with the Articles of Agreement of the International Monetary Fund or with that contracting party's special exchange agreement with the Organization, or

(*b*) the use by a contracting party of restrictions or controls on imports or exports, the sole effect of which, additional to the effects permitted under Articles XI, XII, XIII and XIV, is to make effective such exchange controls or exchange restrictions.

Article XVI

Subsidies

Section A—Subsidies in General

1. If any contracting party grants or maintains any subsidy, including any form of income or price support, which operates directly or indirectly to increase exports of any product from, or to reduce imports of any product into, its territory, it shall notify the Organization in writing of the extent and nature of the subsidization, of the estimated effect of the subsidization on the quantity of the affected product or products imported into or exported from its territory and of the circumstances making the subsidization necessary. In any case in which it is determined that serious prejudice to the interests of any other contracting party is caused or threatened by any such subsidization, the contracting party granting the subsidy shall, upon request, discuss with the other contracting party or parties concerned, or with the Organization, the possibility of limiting the subsidization.

Section B — Additional Provisions on Export Subsidies

2. The contracting parties recognize that the granting by a contracting party of a subsidy on the export of any product may have harmful effects for other contracting parties, both importing and exporting, may cause undue disturbance to their normal commercial interests, and may hinder the achievement of the objectives of this Agreement.

3. Accordingly, contracting parties should seek to avoid the use of subsidies on the export of primary products. If, however, a contracting party grants directly or indirectly any form of subsidy which operates to increase the export of any primary product from its territory, such subsidy shall not be applied in a manner which results in that contracting party having more than an equitable share of world export trade in that product, account being taken of the shares of the contracting parties in such trade in the product during a previous representative period, and any special factors which may have affected or may be affecting such trade in the product.

4. Further, as from 1 January 1958 or the earliest practicable date thereafter, contracting parties shall cease to grant either directly or indirectly any form of subsidy on the export of any product other than a primary product which subsidy results in the sale of such product for export at a price lower than the comparable price charged for the like product to buyers in a domestic market. Until 31 December 1957 no contracting party shall extend the scope of any such



subsidization beyond that existing on 1 January 1955 by the introduction of new, or the extension of existing, subsidies.

5. The Organization shall review the operation of the provisions of this Article from time to time with a view to examining its effectiveness, in the light of actual experience, in promoting the objectives of this Agreement and avoiding subsidization seriously prejudicial to the trade or interests of contracting parties.

Article XVII

State-trading Enterprises

1. (*a*) Each contracting party undertakes that if it establishes or maintains a State enterprise, wherever located, or grants to any enterprise, formally or in effect, exclusive or special privileges, such enterprise shall, in its purchases or sales involving either imports or exports, act in a manner consistent with the general principles of non-discriminatory treatment prescribed in this Agreement for governmental measures affecting imports or exports by private traders.

(*b*) The provisions of sub-paragraph (*a*) of this paragraph shall be understood to require that such enterprises shall, having due regard to the other provisions of this Agreement, make any such purchases or sales solely in accordance with commercial considerations, including price, quality, availability, marketability, transportation and other conditions of purchase or sale, and shall afford the enterprises of the other contracting parties adequate opportunity, in accordance with customary business practice, to compete for participation in such purchases or sales.

(*c*) No contracting party shall prevent any enterprise (whether or not an enterprise described in sub-paragraph (*a*) of this paragraph) under its jurisdiction from acting in accordance with the principles of sub-paragraphs (*a*) and (*b*) of this paragraph.

2. The provisions of paragraph 1 of this Article shall not apply to imports of products for immediate or ultimate consumption in governmental use and not otherwise for re-sale or use in the production of goods for sale. With respect to such imports, each contracting party shall accord to the trade of the other contracting parties fair and equitable treatment.

3. The contracting parties recognize that enterprises of the kind described in paragraph 1 (*a*) of this Article might be operated so as to create serious obstacles to trade; thus negotiations on a reciprocal and mutually advantageous basis designed to limit or reduce such obstacles are of importance to the expansion of international trade.

4. (*a*) Contracting parties shall notify the Organization of the products which are imported into or exported from their territories by enterprises of the kind described in paragraph 1 (*a*) of this Article.

(*b*) A contracting party establishing, maintaining or authorizing an import monopoly of a product, which is not the subject of a concession under Article III, shall, on the request of another contracting party having a substantial trade in the product concerned, inform the Organization of the import mark-up on the product during a recent representative period, or, when it is not possible to do so, of the price charged on the re-sale of the product.

(*c*) The Organization may, at the request of a contracting party which has reason to believe that its interests under this Agreement are being adversely affected by the operations of an enterprise of the kind described in paragraph 1 (*a*), request the contracting party establishing, maintaining or authorizing such enterprise to supply information about its operations related to the carrying out of the provisions of this Agreement.

(*d*) The provisions of this paragraph shall not require any contracting party to disclose confidential information which would impede law enforcement or otherwise be contrary to the public interest or would prejudice the legitimate commercial interests of particular enterprises.

Article XVIII

Governmental Assistance to Economic Development

1. The contracting parties recognize that the attainment of the objectives of this Agreement will be facilitated by the progressive development of their economies, particularly of those contracting parties the economies of which can only support low standards of living and are in the early stages of development.

2. The contracting parties recognize further that it may be necessary for those contracting parties, in order to implement programmes and policies of economic development designed to raise the general standard of living of their people, to take protective or other measures affecting imports, and that such measures are justified in so far as they facilitate the attainment of the objectives of this Agreement. They agree, therefore, that those contracting parties should enjoy additional facilities to enable them (*a*) to maintain sufficient flexibility in their tariff structure to be able to grant the tariff protection required for the establishment of a particular industry and (*b*) to apply quantitative restrictions for balance of payments purposes in a manner which takes full account of the continued high level of demand for imports likely to be generated by their programmes of economic development.

3. The contracting parties recognize finally that with those additional facilities which are provided for in Sections A and B of this Article, the provisions of this Agreement would normally be sufficient to enable contracting parties to meet the requirements of their economic development. They agree, however, that there may be circumstances where no measure consistent with those provisions is practicable to permit a contracting party in the process of economic development to grant the governmental assistance required to promote the establishment of particular industries with a view to raising the general standard of living of its people. Special procedures are laid down in Sections C and D of this Article to deal with those cases.

4. (*a*) Consequently, a contracting party the economy of which can only support low standards of living and is in the early stages of development shall be free to deviate temporarily from the provisions of the other Articles of this Agreement, as provided in Sections A, B and C of this Article.

(*b*) A contracting party the economy of which is in the process of development but which does not come within the scope of sub-paragraph (*a*) above, may submit applications to the Organization under Section D of this Article.

5. The contracting parties recognize that the export earnings of contracting parties the economies of which are of the type described in paragraph 4 (*a*) and (*b*) above, and which depend on exports of a small number of primary commodities may be seriously reduced by a decline in the sale of such commodities. Accordingly, when the exports of primary commodities by such a contracting party are seriously affected by measures taken by another contracting party, it may have resort to the consultation provisions of Article XXII of this Agreement.

6. The Organization shall review annually all measures applied pursuant to the provisions of Sections C and D of this Article.

Section A

7. (*a*) If a contracting party coming within the scope of paragraph 4 (*a*) of this Article considers it desirable, in order to promote the establishment of a particular industry with a view to raising the general standard of living of its people, to modify or withdraw a concession included in the appropriate schedule annexed to this Agreement, it shall notify the Organization to this effect and enter into negotiations with any contracting party with which such concession was initially negotiated, and with any other contracting party determined by the Organization to have a substantial interest therein.

If agreement is reached between such contracting parties concerned, they shall be free to modify or withdraw concessions under the appropriate Schedules to this Agreement in order to give effect to such agreement, including any compensatory adjustments involved.

(*b*) If agreement is not reached within sixty days after the notification provided for in sub-paragraph (*a*) above, the contracting party which proposes to modify or withdraw the concession may refer the matter to the Organization, which shall promptly examine it. If it finds that the contracting party which proposes to modify or withdraw the concession has made every effort to reach an agreement and that the compensatory adjustment offered by it is adequate, that contracting party shall be free to modify or withdraw the concession if, at the same time, it gives effect to the compensatory adjustment. If the Organization does not find that the compensation offered by a contracting party proposing to modify or withdraw the concession is adequate, but finds that it has made every reasonable effort to offer adequate compensation, that contracting party shall be free to proceed with such modification or withdrawal. If such action is taken, any other contracting party referred to in sub-paragraph (*a*) above shall be free to modify or withdraw substantially equivalent concessions initially negotiated with the contracting party which has taken the action.

Section B

8. The contracting parties recognize that contracting parties coming within the scope of paragraph 4 (*a*) of this Article tend, when they are in rapid process of development, to experience balance of payments difficulties arising mainly from efforts to expand their internal markets as well as from the instability in their terms of trade.

9. In order to safeguard its external financial position and to ensure a level of reserves adequate for the implementation of its programme of economic development, a contracting party coming within the scope of paragraph 4 (*a*) of this Article may, subject to the provisions of paragraphs 10 to 12, control the general level of its imports by restricting the quantity or value of merchandise permitted to be imported; *Provided* that the import restrictions instituted, maintained or intensified shall not exceed those necessary:

(*a*) to forestall the threat of, or to stop, a serious decline in its monetary reserves, or

(*b*) in the case of a contracting party with inadequate monetary reserves, to achieve a reasonable rate of increase in its reserves. Due regard shall be paid in either case to any special factors which may be affecting the reserves of the contracting party or its need for reserves, including, where

special external credits or other resources are available to it, the need to provide for the appropriate use of such credits or resources.

10. In applying these restrictions, the contracting party may determine their incidence on imports of different products or classes of products in such a way as to give priority to the importation of those products which are more essential in the light of its policy of economic development; *Provided* that the restrictions are so applied as to avoid unnecessary damage to the commercial or economic interests of any other contracting party and not to prevent unreasonably the importation of any description of goods in minimum commercial quantities the exclusion of which would impair regular channels of trade; and *Provided* further that the restrictions are not so applied as to prevent the importation of commercial samples or to prevent compliance with patent, trade-mark, copyright or similar procedures.

11. In carrying out its domestic policies, the contracting party concerned shall pay due regard to the need for restoring equilibrium in its balance of payments on a sound and lasting basis and to the desirability of assuring an economic employment of productive resources. It shall progressively relax any restrictions applied under this Section as conditions improve, maintaining them only to the extent necessary under the terms of paragraph 9 of this Article, and shall eliminate them when conditions no longer justify such maintenance; *Provided* that no contracting party shall be required to withdraw or modify restrictions on the ground that a change in its development policy would render unnecessary the restrictions which it is applying under this Section.

12. (*a*) Any contracting party applying new restrictions or raising the general level of its existing restrictions by a substantial intensification of the measures applied under this Section, shall immediately after instituting or intensifying such restrictions (or, in circumstances in which prior consultation is practicable, before doing so) consult with the Organization as to the nature of its balance of payments difficulties, alternative corrective measures which may be available, and the possible effect of the restrictions on the economies of other contracting parties.

(*b*) On a date to be determined by it, the Organization shall review all restrictions still applied under this Section on that date. Beginning two years after that date, contracting parties applying restrictions under this Section shall enter into consultations of the type provided for in sub-paragraph (*a*) above with the Organization at intervals of approximately, but not less than, two years according to a programme to be drawn up each year by the Organization;

Provided that no consultation under this sub-paragraph shall take place within two years after the conclusion of a consultation of a general nature under any other provision of this paragraph.

(*c*) (i) If, in the course of consultations with a contracting party under sub-paragraph (*a*) or (*b*) of this paragraph, the Organization finds that the restrictions are not consistent with the provisions of this Section or with those of Article XIII (subject to the provisions of Article XIV), they shall indicate the nature of the inconcistency and may advise that the restrictions be suitably modified.

(ii) If, however, as a result of the consultations, the Organization determines that the restrictions are being applied in a manner involving an inconsistency of a serious nature with the provisions of this Section or with those of Article XIII (subject to the provisions of Article XIV) and that damage to the trade of any contracting party is caused or threatened thereby, they shall so inform the contracting party applying the restrictions and shall make appropriate recommendations for securing conformity with such provisions within a specified period. If such contracting party does not comply with these recommendations within the specified period, the Organization may release any contracting party the trade of which is adversely affected by the restrictions from such obligations under this Agreement towards the contracting party applying the restrictions as they determine to be appropriate in the circumstances.

(*d*) The Organization shall invite any contracting party which is applying restrictions under this Section to enter into consultations with them at the request of any contracting party which can establish a *prima facie* case that the restrictions are inconsistent with the provisions of this Section or with those of Article XIII (subject to the provisions of Article XIV) and that its trade is adversely affected thereby. However, no such invitation shall be issued unless the Organization has ascertained that direct discussions between the contracting parties concerned have not been successful. If, as a result of the consultations with the Organization, no agreement is reached and it determines that the restrictions are being applied inconsistently with such provisions, and that damage to the trade of the contracting party initiating the procedure is caused or threatened thereby, it shall recommend the withdrawal or modification of the restrictions. If the restrictions are not withdrawn or modified within

such time as the Organization may prescribe, it may release the contracting party initiating the procedure from such obligations under this Agreement towards the contracting party applying the restrictions as it determines to be appropriate in the circumstances.

(*e*) If a contracting party against which action has been taken in accordance with the last sentence of sub-paragraph (*c*) (*ii*) or (*d*) of this paragraph, finds that the release of obligations authorized by the Organization adversely affects the operation of its programme and policy of economic development, it shall be free, not later than sixty days after such action is taken, to give written notice to the Director-General of the Organization of its intention to withdraw from this Agreement and such withdrawal shall take effect on the sixtieth day following the day on which the notice is received by him.

(*f*) In proceeding under this paragraph, the Organization shall have due regard to the factors referred to in paragraph 2 of this Article. Determinations under this paragraph shall be rendered expeditiously and, if possible, within sixty days of the initiation of the consultations.

Section C

13. If a contracting party coming within the scope of paragraph 4 (*a*) of this Article finds that governmental assistance is required to promote the establishment of a particular industry with a view to raising the general standard of living of its people, but that no measure consistent with the other provisions of this Agreement is practicable to achieve that objective, it may have recourse to the provisions and procedures set out in this Section.

14. The contracting party concerned shall notify the Organization of the special difficulties which it meets in the achievement of the objective outlined in paragraph 13 of this Article and shall indicate the specific measure affecting imports which it proposes to introduce in order to remedy these difficulties. It shall not introduce that measure before the expiration of the time-limit laid down in paragraph 15 or 17, as the case may be, or if the measure affects imports of a product which is the subject of a concession included in the appropriate Schedule annexed to this Agreement, unless it has secured the concurrence of the Organization in accordance with the provisions of paragraph 18; *Provided* that, if the industry receiving assistance has already started production, the contracting party may, after informing the Organization, take such measures as may be necessary to prevent, during that period, imports of the product or products concerned from increasing substantially above a normal level.

15. If, within thirty days of the notification of the measure, the Organization does not request the contracting party concerned to consult with it, that contracting party shall be free to deviate from the relevant provisions of the other Articles of this Agreement to the extent necessary to apply the proposed measure.

16. If it is requested by the Organization to do so, the contracting party concerned shall consult with it as to the purpose of the proposed measure, as to alternative measures which may be available under this Agreement, and as to the possible effect of the measure proposed on the commercial and economic interests of other contracting parties. If, as a result of such consultation, the Organization agrees that there is no measure consistent with the other provisions of this Agreement which is practicable in order to achieve the objective outlined in paragraph 13 of this Article, and concurs in the proposed measure, the contracting party concerned shall be released from its obligations under the relevant provisions of the other Articles of this Agreement to the extent necessary to apply that measure.

17. If, within ninety days after the date of the notification of the proposed measure under paragraph 14 of this Article, the Organization has not concurred in such measure, the contracting party concerned may introduce the measure proposed after informing the Organization.

18. If the proposed measure affects a product which is the subject of a concession included in the appropriate Schedule annexed to this Agreement, the contracting party concerned shall enter into consultations with any other contracting party with which the concession was initially negotiated, and with any other contracting party determined by the Organization to have a substantial interest therein. The Organization shall concur in the measure if it agrees that there is no measure consistent with the other provisions of this Agreement which is practicable in order to achieve the objective set forth in paragraph 13 of this Article, and if it is satisfied:

(*a*) that agreement has been reached with such other contracting parties as a result of the consultations referred to above, or

(*b*) if no such agreement has been reached within sixty days after the notification provided for in paragraph 14 has been received by the Organization, that the contracting party having recourse to this Section has made all reasonable efforts to reach an agreement and that the interests of other contracting parties are adequately safeguarded.

The contracting party having recourse to this Section shall thereupon be released from its obligations under the relevant provisions

of the other Articles of this Agreement to the extent necessary to permit it to apply the measure.

19. If a proposed measure of the type described in paragraph 13 of this Article concerns an industry the establishment of which has in the initial period been facilitated by incidental protection afforded by restrictions imposed by the contracting party concerned for balance of payments purposes under the relevant provisions of this Agreement, that contracting party may resort to the provisions and procedures of this Section; *Provided* that it shall not apply the proposed measure without the concurrence of the Organization.

20. Nothing in the preceding paragraphs of this Section shall authorize any deviation from the provisions of Articles II, III and XIII of this Agreement. The provisos to paragraph 10 of this Article shall also be applicable to any restriction under this Section.

21. At any time while a measure is being applied under paragraph 17 of this Article, any contracting party substantially affected by it may suspend the application to the trade of the contracting party having recourse to this Section of such substantially equivalent concessions or other obligations under this Agreement the suspension of which the Organization does not disapprove; *Provided* that sixty days' notice of such suspension is given to the Organization not later than six months after the measure has been introduced or changed substantially to the detriment of the contracting party affected. Any such contracting party shall afford adequate opportunity for consultation in accordance with the provisions of Article XXII of this Agreement.

Section D

22. A contracting party coming within the scope of sub-paragraph 4 (*b*) of this Article desiring, in the interest of the development of its economy, to introduce a measure of the type described in paragraph 13 of this Article in respect of the establishment of a particular industry may apply to the Organization for approval of such measure. The Organization shall promptly consult with such contracting party and shall, in making its decision, be guided by the considerations set out in paragraph 16. If the Organization concurs in the proposed measure the contracting party concerned shall be released from its obligations under the relevant provisions of the other Articles of this Agreement to the extent necessary to permit it to apply the measure. If the proposed measure affects a product which is the subject of a concession included in the appropriate Schedule annexed to this Agreement, the provisions of paragraph 18 shall apply.

23. Any measure applied under this Section shall comply with the provisions of paragraph 20 of this Article.

Article XIX

Emergency Action on Imports of Particular Products

1. (*a*) If, as a result of unforeseen developments and of the effect of the obligations incurred by a contracting party under this Agreement, including tariff concessions, any product is being imported into the territory of that contracting party in such increased quantities and under such conditions as to cause or threaten serious injury to domestic producers in that territory of like or directly competitive products, the contracting party shall be free, in respect of such product, and to the extent and for such time as may be necessary to prevent or remedy such injury, to suspend the obligation in whole or in part or to withdraw or modify the concession.

(*b*) If any product, which is the subject of a concession with respect to a preference, is being imported into the territory of a contracting party in the circumstances set forth in sub-paragraph (*a*) of this paragraph, so as to cause or threaten serious injury to domestic producers of like or directly competitive products in the territory of a contracting party which receives or received such preference, the importing contracting party shall be free, if that other contracting party so requests, to suspend the relevant obligation in whole or in part or to withdraw or modify the concession in respect of the product, to the extent and for such time as may be necessary to prevent or remedy such injury.

2. Before any contracting party shall take action pursuant to the provisions of paragraph 1 of this Article, it shall give notice in writing to the Organization as far in advance as may be practicable and shall afford the Organization and those contracting parties having a substantial interest as exporters of the product concerned an opportunity to consult with it in respect of the proposed action. When such notice is given in relation to a concession with respect to a preference, the notice shall name the contracting party which has requested the action. In critical circumstances, where delay would cause damage which it would be difficult to repair, action under paragraph 1 of this Article may be taken provisionally without prior consultation, on the condition that consultation shall be effected immediately after taking such action.

3. (*a*) If agreement among the interested contracting parties with respect to the action is not reached, the contracting party which proposes to take or continue the action shall, nevertheless, be free



to do so, and if such action is taken or continued, the affected contracting parties shall then be free, not later than ninety days after such action is taken, to suspend, upon the expiration of thirty days from the day on which written notice of such suspension is received by the Organization, the application to the trade of the contracting party taking such action, or, in the case envisaged in paragraph 1 (*b*) of this Article, to the trade of the contracting party requesting such action, of such substantially equivalent concessions or other obligations under this Agreement the suspension of which the Organization does not disapprove.

(*b*) Notwithstanding the provisions of sub-paragraph (*a*) of this paragraph, where action is taken under paragraph 2 of this Article without prior consultation and causes or threatens serious injury in the territory of a contracting party to the domestic producers of products affected by the action, that contracting party shall, where delay would cause damage difficult to repair, be free to suspend, upon the taking of the action and throughout the period of consultation, such concessions or other obligations as may be necessary to prevent or remedy the injury.

Article XX

General Exceptions

Subject to the requirement that such measures are not applied in a manner which would constitute a means of arbitrary or unjustifiable discrimination between countries where the same conditions prevail, or a disguised restriction on international trade, nothing in this Agreement shall be construed to prevent the adoption or enforcement by any contracting party of measures:

(*a*) necessary to protect public morals;

(*b*) necessary to protect human, animal or plant life or health;

(*c*) relating to the importation or exportation of gold or silver;

(*d*) necessary to secure compliance with laws or regulations which are not inconsistent with the provisions of this Agreement, including those relating to customs enforcement, the enforcement of monopolies operated under paragraph 4 of Article III and Article XVII, the protection of patents, trade marks and copyrights, and the prevention of deceptive practices;

(*e*) relating to the products of prison labour;

(*f*) imposed for the protection of national treasures of artistic, historic or archæological value;

(*g*) relating to the conservation of exhaustible natural resources if such measures are made effective in conjunction with restrictions on domestic production or consumption;

(*h*) undertaken in pursuance of obligations under any intergovernmental commodity agreement which conforms to criteria submitted to the Organisation and not disapproved by it or which is itself so submitted and not so disapproved;

(*i*) involving restrictions on exports of domestic materials necessary to assure essential quantities of such materials to a domestic processing industry during periods when the domestic price of such materials is held below the world price as part of a governmental stabilization plan; *Provided* that such restrictions shall not operate to increase the exports of or the protection afforded to such domestic industry, and shall not depart from the provisions of this Agreement relating to non-discrimination;

(*j*) essential to the acquisition or distribution of products in general or local short supply; *Provided* that any such measures shall be consistent with the principle that all contracting parties are entitled to an equitable share of the international supply of such products, and that any such measures which are inconsistent with the other provisions of this Agreement shall be discontinued as soon as the conditions giving rise to them have ceased to exist. The Organization shall review the need for this sub-paragraph not later than 30 June 1960.

Article XXI

Security Exceptions

Nothing in this Agreement shall be construed

(*a*) to require any contracting party to furnish any information the disclosure of which it considers contrary to its essential security interests; or

(*b*) to prevent any contracting party from taking any action which it considers necessary for the protection of its essential security interests

(i) relating to fissionable materials or the materials from which they are derived;

(ii) relating to the traffic in arms, ammunition and implements of war and to such traffic in other goods and materials as is carried on directly or indirectly for the purpose of supplying a military establishment;

(iii) taken in time of war or other emergency in international relations; or

(*c*) to prevent any contracting party from taking any action in pursuance of its obligations under the United Nations Charter for the maintenance of international peace and security.

Article XXII

Consultation

1. Each contracting party shall accord sympathetic consideration to, and shall afford adequate opportunity for consultation regarding, such representations as may be made by another contracting party with respect to any matter affecting the operation of this Agreement.

2. The Organization may, at the request of a contracting party, consult with any contracting party or parties in respect of any matter for which it has not been possible to find a satisfactory solution through consultation under paragraph 1.

Article XXIII

Nullification or Impairment

1. If any contracting party should consider that any benefit accruing to it directly or indirectly under this Agreement is being nullified or impaired or that the attainment of any objective of the Agreement is being impeded as the result of (*a*) the failure of another contracting party to carry out its obligations under this Agreement, or (*b*) the application by another contracting party of any measure, whether or not it conflicts with the provisions of this Agreement, or (*c*) the existence of any other situation, the contracting party may, with a view to the satisfactory adjustment of the matter, make written representations or proposals to the other contracting party or parties which it considers to be concerned. Any contracting party thus approached shall give sympathetic consideration to the representations or proposals made to it.

2. If no satisfactory adjustment is effected between the contracting parties concerned within a reasonable time, or if the difficulty is of the type described in paragraph 1 (*c*) of this Article, the matter may be referred to the Organization.

PART III

Article XXIV

Territorial Application—Frontier Traffic—Customs Unions and Free-trade Areas

1. The provisions of this Agreement shall apply to the metropolitan customs territories of the contracting parties and to any other customs territories in respect of which this Agreement has been accepted under Article XXVI or is being applied under Article XXXIII or pursuant to the Protocol of Provisional Application. Each such customs territory shall, exclusively for the purposes of the territorial application of this Agreement, be treated as though it were a contracting party; *Provided* that the provisions of this paragraph shall not be construed to create any rights or obligations as between two or more customs territories in respect of which this Agreement has been accepted under Article XXVI or is being applied under Article XXXIII or pursuant to the Protocol of Provisional Application by a single contracting party.

2. For the purposes of this Agreement a customs territory shall be understood to mean any territory with respect to which separate tariffs or other regulations of commerce are maintained for a substantial part of the trade of such territory with other territories.

3. The provisions of this Agreement shall not be construed to prevent:

(*a*) advantages accorded by any contracting party to adjacent countries in order to facilitate frontier traffic;

(*b*) advantages accorded to the trade with the Free Territory of Trieste by countries contiguous to that territory, provided that such advantages are not in conflict with the Treaties of Peace arising out of the Second World War.

4. The contracting parties recognize the desirability of increasing freedom of trade by the development, through voluntary agreements, of closer integration between the economies of the countries parties to such agreements. They also recognize that the purpose of a customs union or of a free-trade area should be to facilitate trade between the constituent territories and not to raise barriers to the trade of other contracting parties with such territories.

5. Accordingly, the provisions of this Agreement shall not prevent, as between the territories of contracting parties, the formation of a customs union or of a free-trade area or the adoption of an interim agreement necessary for the formation of a customs union or of a free-trade area; *Provided* that:

(*a*) with respect to a customs union, or an interim agreement leading to the formation of a customs union, the duties and other regulations of commerce imposed at the institution of any such union or interim agreement in respect of trade with contracting parties not parties to such union or agreement shall not on the whole be higher or more restrictive than the general incidence of the duties and regulations of commerce applicable in the constituent territories prior to the formation of such union or the adoption of such interim agreement, as the case may be;

(*b*) with respect to a free-trade area, or an interim agreement leading to the formation of a free-trade area, the duties and other regulations of commerce maintained in each of the constituent territories and applicable at the formation of such free-trade area or the adoption of such interim agreement to the trade of contracting parties not included in such area or not parties to such agreement shall not be higher or more restrictive than the corresponding duties and other regulations of commerce existing in the same constituent territories prior to the formation of the free-trade area, or interim agreement, as the case may be; and

(*c*) any interim agreement referred to in sub-paragraphs (*a*) and (*b*) shall include a plan and schedule for the formation of such a customs union or of such a free-trade area within a reasonable length of time.

6. If, in fulfilling the requirements of sub-paragraph 5 (*a*), a contracting party proposes to increase any rate of duty inconsistently with the provisions of Article III, the procedure set forth in Article XXVIII shall apply. In providing for compensatory adjustment, due account shall be taken of the compensation already afforded by the reductions brought about in the corresponding duty of the other constituents of the union.

7. (*a*) Any contracting party deciding to enter into a customs union or free-trade area, or an interim agreement leading to the formation of such a union or area, shall promptly notify the Organization and shall make available to it such information regarding the proposed union or area as will enable it to make such reports and recommendations to contracting parties as it may deem appropriate.

(*b*) If, after having studied the plan and schedule included in an interim agreement referred to in paragraph 5 in consultation with the parties to that agreement and taking due account of the information made available in accordance with the provisions of sub-paragraph (*a*), the Organization finds that such agreement is not likely to result in the formation of a customs union or of a free-trade area within the period contemplated by the parties to the agreement or that such period is not a reasonable one, the Organization shall make recommendations to the parties to the agreement. The parties shall not maintain or put into force, as the case may be, such agreement if they are not prepared to modify it in accordance with these recommendations.

(*c*) Any substantial change in the plan or schedule referred to in paragraph 5 (*c*) shall be communicated to the Organization, which may request the contracting parties concerned to consult with it if the change seems likely to jeopardize or delay unduly the formation of the customs union or of the free-trade area.

8. For the purposes of this Agreement:

(*a*) A customs union shall be understood to mean the substitution of a single customs territory for two or more customs territories, so that

(i) duties and other restrictive regulations of commerce (except, where necessary, those permitted under Articles XI, XII, XIII, XIV, XV and XX) are eliminated with respect to substantially all the trade between the constituent territories of the union or at least with respect to substantially all the trade in products originating in such territories, and,

(ii) subject to the provisions of paragraph 9, substantially the same duties and other regulations of commerce are applied by each of the members of the union to the trade of territories not included in the union;

(*b*) A free-trade area shall be understood to mean a group of two or more customs territories in which the duties and other restrictive regulations of commerce (except, where necessary, those permitted under Articles XI, XII, XIII, XIV, XV and XX) are eliminated on substantially all the trade between the constituent territories in products originating in such territories.

9. The preferences referred to in paragraph 2 of Article II shall not be affected by the formation of a customs union or of a free-trade area but may be eliminated or adjusted by means of negotiations



with contracting parties affected. This procedure of negotiations with affected contracting parties shall, in particular, apply to the elimination of preferences required to conform with the provisions of paragraph 8 (*a*) (i) and paragraph 8 (*b*).

10. The Organization may by a two-thirds majority approve proposals which do not fully comply with the requirements of paragraphs 5 to 9 inclusive, provided that such proposals lead to the formation of a customs union or a free-trade area in the sense of this Article.

11. Taking into account the exceptional circumstances arising out of the establishment of India and Pakistan as independant States and recognizing the fact that they have long constituted an economic unit, the contracting parties agree that the provisions of this Agreement shall not prevent the two countries from entering into special arrangements with respect to the trade between them, pending the establishment of their mutual trade relations on a definitive basis.

12. Each contracting party shall take such reasonable measures as may be available to it to ensure observance of the provisions of this Agreement by the regional and local governments and authorities within its territory.

Article XXV

The Organization for Trade Cooperation

1. The Organization for Trade Cooperation, established by the Agreement bearing the date of 10 March 1955, shall give effect to those provisions of this Agreement, which provide for action by the Organization and such other provisions as involve joint action, and may carry on any other activities with respect to the General Agreement which are provided for by the Agreement establishing the Organization.

2. All contracting parties shall, as soon as possible, become Members of the Organization.

3. Those contracting parties which have accepted the Agreement on the Organization for Trade Cooperation may decide at any time after the entry into force of that Agreement that any contracting party which has not accepted it shall cease to be a contracting party.

Article XXVI

Acceptance, Entry into Force and Registration

1. The date of this Agreement shall be 30 October 1947.

2. This Agreement shall be open for acceptance by any contracting party which, on 1 March 1955, was a contracting party or was negotiating with a view to accession to this Agreement.

3. This Agreement, done in a single English original and in a single French original, both texts authentic, shall be deposited with the Director-General of the Organization, who shall furnish certified copies thereof to all interested governments.

4. Each government accepting this Agreement shall deposit an instrument of acceptance with the Director-General of the Organization, who will inform all interested governments of the date of deposit of each instrument of acceptance and of the day on which this Agreement enters into force under paragraph 6 of this Article.

5. (*a*) Each government accepting this Agreement does so in respect of its metropolitan territory and of the other territories for which it has international responsibility, except such separate customs territories as it shall notify to the Director-General of the Organization at the time of its own acceptance.

(*b*) Any government, which has so notified the Director-General under the exceptions in sub-paragraph (*a*) of this paragraph, may at any time give notice to the Director-General that its acceptance shall be effective in respect of any separate customs territory or territories so excepted and such notice shall take effect on the thirtieth day following the day on which it is received by the Director-General.

(*c*) If any of the customs territories, in respect of which a contracting party has accepted this Agreement, possesses or acquires full autonomy in the conduct of its external commercial relations and of the other matters provided for in this Agreement, such territory shall, upon sponsorship through a declaration by the responsible contracting party establishing the above-mentioned fact, be deemed to be a contracting party and shall also be deemed to be a Member of the Organization.

6. This Agreement shall enter into force, as among the governments which have accepted it, on the thirtieth day following the day on which instruments of acceptance have been deposited with the Director-General of the Organization on behalf of governments named in Annex G, the territories of which account for 85 per centum of the total external trade of the territories of such governments, computed in accordance with the applicable column of percentages set forth therein. The instrument of acceptance of each other government shall take effect on the thirtieth day following the day on which such instrument has been deposited.

7. The United Nations is authorized to effect registration of this Agreement as soon as it enters into force.

Article XXVII

Withholding or Withdrawal of Concessions

Any contracting party shall at any time be free to withhold or to withdraw in whole or in part any concession, provided for in the appropriate Schedule annexed to this Agreement, in respect of which such contracting party determines that it was initially negotiated with a government which has not become, or has ceased to be, a contracting party. A contracting party taking such action shall notify the Organization and, upon request, consult with contracting parties which have a substantial interest in the product concerned.

Article XXVIII

Modification of Schedules

1. On the first day of each three-year period, the first period beginning on 1 January 1958 (or on the first day of any other period that may be specified by the Organization by two-thirds of the votes cast) a contracting party (hereafter in this Article referred to as the " applicant contracting party ") may, by negotiation and agreement with any contracting party with which such concession was initially negotiated and with any other contracting party determined by the Organization to have a principal supplying interest (which two preceding categories of contracting parties, together with the applicant contracting party, are in this Article hereinafter referred to as the " contracting parties primarily concerned "), and subject to consultation with any other contracting party determined by the Organization to have a substantial interest in such concession, modify or withdraw a concession included in the appropriate Schedule annexed to this Agreement.

2. In such negotiations and agreement, which may include provision for compensatory adjustment with respect to other products, the contracting parties concerned shall endeavour to maintain a general level of reciprocal and mutually advantageous concessions not less favourable to trade than that provided for in this Agreement prior to such negotiations.

3. (*a*) If agreement between the contracting parties primarily concerned cannot be reached before 1 January 1958 or before the expiration of a period envisaged in paragraph 1 of this Article, the contracting party which proposes to modify or withdraw the con-

cession shall, nevertheless, be free to do so and if such action is taken any contracting party with which such concession was initially negotiated, any contracting party determined under paragraph 1 to have a principal supplying interest and any contracting party determined under paragraph 1 to have a substantial interest shall then be free not later than six months after such action is taken, to withdraw, upon the expiration of thirty days from the day on which written notice of such withdrawal is received by the Organization, substantially equivalent concessions initially negotiated with the applicant contracting party.

(*b*) If agreement between the contracting parties primarily concerned is reached but any other contracting party determined under paragraph 1 of this Article to have a substantial interest is not satisfied, such other contracting party shall be free, not later than six months after action under such agreement is taken, to withdraw, upon the expiration of thirty days from the day on which written notice of such withdrawal is received by the Organization, substantially equivalent concessions initially negotiated with the applicant contracting party.

4. The Organization may, at any time, in special circumstances, authorize a contracting party to enter into negotiations for modification or withdrawal of a concession included in the appropriate Schedule annexed to this Agreement subject to the following procedures and conditions:

(*a*) Such negotiations and any related consultations shall be conducted in accordance with the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article.

(*b*) If agreement between the contracting parties primarily concerned is reached in the negotiations, the provisions of paragraph 3 (*b*) of this Article shall apply.

(*c*) If agreement between the contracting parties primarily concerned is not reached within a period of sixty days after negotiations have been authorized, or within such longer period as the Organization may have prescribed, the applicant contracting party may refer the matter to the Organization.

(*d*) Upon such reference, the Organization shall promptly examine the matter and submit their views to the contracting parties primarily concerned with the aim of achieving a settlement. If a settlement is reached, the provisions of paragraph 3 (*b*) shall apply as if agreement between the contracting parties primarily concerned had been reached. If no settlement is reached between the contracting parties primarily concerned, the applicant contracting party shall be free to modify or



withdraw the concession, unless the Organization determines that the applicant contracting party has unreasonably failed to offer adequate compensation. If such action is taken, any contracting party with which the concession was initially negotiated, any contracting party determined under paragraph 4 (*a*) to have a principal supplying interest and any contracting party determined under paragraph 4 (*a*) to have a substantial interest, shall be free, not later than six months after such action is taken, to modify or withdraw, upon the expiration of thirty days from the day on which written notice of such withdrawal is received by the Organization, substantially equivalent concessions initially negotiated with the applicant contracting party.

5. Before 1 January 1958 and before the end of any period envisaged in paragraph 1 a contracting party may elect by notifying the Organization to reserve the right, for the duration of the next period, to modify the appropriate Schedule in accordance with the procedures of paragraphs 1 to 3. If a contracting party so elects, other contracting parties shall have the right, during the same period, to modify or withdraw, in accordance with the same procedures, concessions initially negotiated with that contracting party.

Article XXIX

Tariff Negotiations

1. The contracting parties recognize that customs duties often constitute serious obstacles to trade; thus negotiations on a reciprocal and mutually advantageous basis, directed to the substantial reduction of the general level of tariffs and other charges on imports and exports and in particular to the reduction of such high tariffs as discourage the importation even of minimum quantities, and conducted with due regard to the objectives of this Agreement and the varying needs of individual contracting parties, are of great importance to the expansion of international trade. The Organization may therefore sponsor such negotiations from time to time.

2. (*a*) Negotiations under this Article may be carried out on a selective product-by-product basis or by the application of such multilateral procedures as may be accepted by the contracting parties concerned. Such negotiations may be directed towards the reduction of duties, the binding of duties at then existing levels or undertakings that individual duties or the average duties on specified categories of products shall not exceed specified levels. The binding against increase of low duties or of duty-free treatment shall, in principle, be

recognized as a concession equivalent in value to the reduction of high duties.

(*b*) The contracting parties recognize that in general the success of multilateral negotiations would depend on the participation of all contracting parties which conduct a substantial proportion of their external trade with one another.

3. Negotiations shall be conducted on a basis which affords adequate opportunity to take into account:

(*a*) the needs of individual contracting parties and individual industries;

(*b*) the needs of less-developed countries for a more flexible use of tariff protection to assist their economic development and the special needs of these countries to maintain tariffs for revenue purposes; and

(*c*) all other relevant circumstances, including the fiscal, developmental, strategic and other needs of the contracting parties concerned.

Article XXX

Amendments

1. (*a*) Except as provided for in paragraph 3 of this Article, amendments to the provisions of this Agreement shall be made in accordance with the provisions of this paragraph.

(*b*) Amendments to the provisions of this Agreement shall be submitted to the contracting parties for acceptance in accordance with sub-paragraphs (*c*) and (*d*) below; *Provided* that such amendments have been approved by the Organization by a majority of two-thirds of the votes cast.

(*c*) Amendments to the provisions of Part I of this Agreement or of this Article shall become effective on the thirtieth day following the day on which they have been accepted by all the contracting parties.

(*d*) Other amendments to this Agreement shall become effective in respect of those contracting parties which have accepted them on the thirtieth day following the day on which they have been accepted by two-thirds of the contracting parties, and thereafter for each other contracting party on the thirtieth day following the day on which they have been accepted by it.

2. (*a*) The Organization may decide that any amendment made effective under paragraph 1 (*d*) of this Article is of such a nature that any contracting party which has not accepted it within a period specified by the Organization shall be free to withdraw from this

Agreement or to remain a contracting party with the consent of the Organization.

(*b*) A withdrawal from this Agreement under sub-paragraph (*a*) of this paragraph shall take effect upon the expiration of the sixtieth day following the day on which written notice of withdrawal is received by the Director-General of the Organization. A contracting party which, in the circumstances described in sub-paragraph (*a*), fails to accept the amendment or to give notice of withdrawal, shall cease to be a contracting party upon the expiration of the period referred to in that sub-paragraph or on the sixtieth day following the day on which the Organization shall have decided to withhold their consent to the contracting party remaining a contracting party, whichever date is the later.

3. Any amendment to the schedules annexed to this Agreement which records rectifications of a purely formal character or modifications resulting from action taken under paragraph 6 of Article III, Article XVIII, Article XXIV, Article XXVII or Article XXVIII, shall become effective on the thirtieth day following certification to this effect by the Organization; *Provided* that prior to such certification, all contracting parties have been notified of the proposed amendment and no objection has been raised, within thirty days of such notification by any contracting party, on the ground that the proposed amendments are not within the terms of this paragraph.

Article XXXI

Withdrawal

Without prejudice to the provisions of paragraph 12 of Article XVIII or of paragraph 2 of Article XXX, any contracting party may withdraw from this Agreement, or may separately withdraw on behalf of any of the separate customs territories for which it has international responsibility and which at the time possesses full autonomy in the conduct of its external commercial relations and of the other matters provided for in this Agreement. The withdrawal shall take effect upon the expiration of six months from the day on which written notice of withdrawal is received by the Director-General of the Organization.

Article XXXII

Contracting Parties

1. The contracting parties to this Agreement shall be understood to mean those governments which are applying the provisions of this Agreement under Articles XXVI or XXXIII or pursuant to the Protocol of Provisional Application.

2. At any time after the entry into force of this Agreement pursuant to paragraph 6 of Article XXVI, those contracting parties which have accepted this Agreement pursuant to paragraph 4 of Article XXVI may decide that any contracting party which has not so accepted it shall cease to be a contracting party.

Article XXXIII

Accession

A government not a contracting party to this Agreement may accede thereto on terms to be agreed between such government and the Organization; *Provided* that such government has accepted the Agreement on the Organization for Trade Cooperation. Decisions of the Organization under this paragraph shall be taken by a majority comprising two-thirds of the contracting parties.

Article XXXIV

Annexes

The annexes to this Agreement are hereby made an integral part of this Agreement.

Article XXXV

Non-application of the Agreement between particular Contracting Parties

1. This Agreement, or alternatively Article III of this Agreement shall not apply as between any contracting party and any other contracting party if:

(*a*) the two contracting parties have not entered into tariff negotiations with each other, and

(*b*) either of the contracting parties, at the time either becomes a contracting party, does not consent to such application.

2. The Organization may review the operation of this Article in particular cases at the request of any contracting party and make appropriate recommendations.

ANNEX A

LIST OF TERRITORIES REFERRED TO IN PARAGRAPH 2 (*a*) OF ARTICLE II

United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Dependent territories of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Canada
Commonwealth of Australia
Dependent territories of the Commonwealth of Australia
New Zealand
Dependent territories of New Zealand
Union of South Africa including South West Africa
Ireland
India
Pakistan
Southern Rhodesia
Burma
Ceylon

Certain of the territories listed above have two or more preferential rates in force for certain products. Any such territory may, by agreement with the other contracting parties which are principal suppliers of such products at the most-favoured-nation rate, substitute for such preferential rates a single preferential rate which shall not on the whole be less favourable to suppliers at the most-favoured-nation rate than the preferences in force prior to such substitution.

The imposition of an equivalent margin of tariff preference to replace a margin of preference in an internal tax existing on 10 April 1947, exclusively between two or more of the territories listed in this Annex or to replace the preferential quantitative arrangements described in the following paragraph, shall not be deemed to constitute an increase in a margin of tariff preference.

The preferential arrangements referred to in paragraph 5 (*b*) of Article XIV are those existing in the United Kingdom on 10 April 1947 under contractual agreements with the Governments of Canada, Australia and New Zealand, in respect of chilled and frozen beef and veal, frozen mutton and lamb, chilled and frozen pork, and bacon. It is the intention, without prejudice to any action taken under subparagraph (*h*) of Article XX, that these arrangements shall be eliminated or replaced by tariff preferences, and that negotiations to this end shall take place as soon as practicable among the countries substantially concerned or involved.

The film hire tax in force in New Zealand on 10 April 1947, shall, for the purposes of this Agreement, be treated as a customs duty under Ar-

ticle II. The renters' film quota in force in New Zealand on 10 April 1947, shall, for the purposes of this Agreement, be treated as a screen quota under Article IV.

ANNEX B

List of Territories of the French Union referred to in Paragraph 2 (*b*) of Article II

France
French Equatorial Africa (Treaty Basin of the Congo [1] and other territories)
French West Africa
Cameroons under French Trusteeship [1]
French Somali Coast and Dependencies
French Establishments in Oceania
French Establishments in the Condominium of the New Hebrides [1]
Indo-China
Madagascar and Dependencies
Morocco (French zone)
New Caledonia and Dependencies
Saint-Pierre and Miquelon
Togo under French Trusteeship [1]
Tunisia

ANNEX C

List of Territories of the Customs Union of Belgium, Luxemburg and the Netherlands referred to in Paragraph 2 (*b*) of Article II

The Belgium-Luxemburg Economic Union
Belgian Congo
Ruanda Urundi
Netherlands, Kingdom of the
New Guinea
Surinam
Netherlands Antilles
Republic of Indonesia

For imports into the metropolitan territories constituting the Customs Union.

[1] For imports into Metropolitan France and Territories of the French Union.

ANNEX D

LIST OF TERRITORIES REFERRED TO IN PARAGRAPH 2 (*b*) OF ARTICLE II AS RESPECTS THE UNITED STATES OF AMERICA

United States of America (customs territory)
Dependent territories of the United States of America
Republic of the Philippines

The imposition of an equivalent margin of tariff preference to replace a margin of preference in an internal tax existing on 10 April 1947, exclusively between two or more of the territories listed in this Annex shall not be deemed to constitute an increase in a margin of tariff preference.

ANNEX E

LIST OF TERRITORIES COVERED BY PREFERENTIAL ARRANGEMENTS BETWEEN NEIGHBOURING COUNTRIES REFERRED TO IN PARAGRAPH 2 (*d*) OF ARTICLE II

(i) Chile on the one hand, and
  1. Argentina
  2. Bolivia
  3. Peru, on the other.

(ii) Uruguay and Paraguay

ANNEX F

DATES ESTABLISHING MAXIMUM MARGINS OF PREFERENCE REFERRED TO IN PARAGRAPH 4 OF ARTICLE II

Australia	15 October 1946
Canada	1 July 1939
France	1 January 1939
Union of South Africa	1 July 1938
Southern Rhodesia	1 May 1941

ANNEX G

PERCENTAGE SHARES OF TOTAL EXTERNAL TRADE TO BE USED FOR THE PURPOSE OF MAKING THE DETERMINATION REFERRED TO IN ARTICLE XXVI

(based on the average of 1949-1953)

If, prior to the accession of the Government of Japan to the General Agreement, the present Agreement has been accepted by contracting parties the external trade of which under column I accounts for the percentage of such trade specified in paragraph 6 of Article XXVI, column I shall be applicable for the purposes of that paragraph. If the present Agreement has not been so accepted prior to the accession of the Government of Japan, column II shall be applicable for the purposes of that paragraph.

	Column I (Contracting parties on 1 March 1955)	*Column II* (Contracting parties on 1 March 1955 and Japan)
Australia	3.1	3.0
Austria	0.9	0.8
Belgium-Luxemburg . . .	4.3	4.2
Brazil	2.5	2.4
Burma	0.3	0.3
Canada	6.7	6.5
Ceylon	0.5	0.5
Chile	0.6	0.6
Cuba	1.1	1.1
Czechoslovakia	1.4	1.4
Denmark	1.4	1.4
Dominican Republic . . .	0.1	0.1
Finland	1.0	1.0
France	8.7	8.5
Germany, Federal Republic of	5.3	5.2
Greece	0.4	0.4
Haiti	0.1	0.1
India	2.4	2.4
Indonesia	1.3	1.3
Italy	2.9	2.8
Netherlands, Kingdom of the	4.7	4.6
New Zealand	1.0	1.0
Nicaragua	0.1	0.1
Norway	1.1	1.1
Pakistan	0.9	0.8

	Column I (Contracting parties on 1 March 1955)	*Column II* (Contracting parties on 1 March 1955 and Japan)
Peru	0.4	0.4
Rhodesia and Nyasaland .	0.6	0.6
Sweden	2.5	2.4
Turkey	0.6	0.6
Union of South Africa . .	1.8	1.8
United Kingdom	20.3	19.8
United States of America	20.6	20.1
Uruguay	0.4	0.4
Japan	—	2.3
	100.0	100.0

Note: These percentages have been computed taking into account the trade of all territories in respect of which the General Agreement on Tariffs and Trade is applied.

ANNEX H

Notes and Supplementary Provisions

Ad Article II

Paragraph 1.

The obligations incorporated in paragraph 1 of Article II by reference to paragraphs 2 and 4 of Article IV and those incorporated in paragraph 2 (*b*) of Article III by reference to Article VI shall be considered as falling within Part II for the purposes of the Protocol of Provisional Application.

Paragraph 4.

The term " margin of preference " means the absolute difference between the most-favoured-nation rate of duty and the preferential rate of duty for the like product, and not the proportionate relations between those rates. As examples:

(1) If the most-favoured-nation rate were 36 per cent *ad valorem* and the preferential rate were 24 per cent *ad valorem*, the margin of preference would be 12 per cent *ad valorem*, and not one-third of the most-favoured-nation rate;

(2) If the most-favoured-nation rate were 36 per cent *ad valorem* and the preferential rate were expressed as two-thirds of the most-favoured-nation rate, the margin of preference would be 12 per cent *ad valorem*;

(3) If the most-favoured-nation rate were 2 francs per kilogramme and the preferential rate were 1.50 francs per kilogramme, the margin of preference would be 0.50 francs per kilogramme.

The following kinds of customs action, taken in accordance with established uniform procedures, would not be contrary to a general binding of margins of preference:

(i) The re-application to an imported product of a tariff classification or rate of duty, properly applicable to such product, in cases in which the application of such classification or rate to such product was temporarily suspended or inoperative on April 10, 1947; and

(ii) The classification of a particular product under a tariff item other than that under which importations of that product were classified on April 10, 1947, in cases in which the tariff law clearly contemplates that such product may be classified under more than one tariff item.

Ad Article III

Paragraph 2 (b).

See the note relating to paragraph 1 of Article II.

Paragraph 4.

The provisions of this paragraph will be applied in the light of the following:

1. The protection afforded through the operation of an import monopoly in respect of products described in the appropriate schedule shall be limited by means of:

(*a*) a maximum import duty that may be applied in respect of the product concerned; or

(*b*) any other mutually satisfactory arrangement consistent with the provisions of this Agreement; any contracting party entering into negotiations with a view to concluding such arrangement shall afford to other interested contracting parties an opportunity for consultation.

2. The import duty mentioned in 1 (*a*) above shall represent the margin by which the price charged by the import monopoly for the imported product (exclusive of internal taxes conforming to the provisions of Article IV, transportation, distribution, and other expenses incident to the purchase, sale or further processing, and a reasonable margin of profit) exceeds the landed cost; *Provided* that regard may be had to average landed costs and selling prices over recent periods; and *Provided* further that, where the product concerned is a primary commodity which is the subject of a domestic price stabilization arrangement, provisions may be made for adjustment to take account of wide fluctuations or variations in world prices, subject to agreement between the countries parties to the negotiations.



Ad Article IV

Any internal tax or other internal charge, or any law, regulation or requirement of the kind referred to in paragraph 1 which applies to an imported product and to the like domestic product and is collected or enforced in the case of the imported product at the time or point of importation, is nevertheless to be regarded as an internal tax or other internal charge, or a law, regulation or requirement of the kind referred to in paragraph 1, and is accordingly subject to the provisions of Article IV.

Paragraph 1.

The application of paragraph 1 to internal taxes imposed by local governments and authorities within the territory of a contracting party is subject to the provisions of the final paragraph of Article XXIV. The term " reasonable measures " in the last-mentioned paragraph would not require, for example, the repeal of existing national legislation authorizing local governments to impose internal taxes which, although technically inconsistent with the letter of Article IV, are not in fact inconsistent with its spirit, if such repeal would result in a serious financial hardship for the local governments or authorities concerned. With regard to taxation by local governments or authorities which is inconsistent with both the letter and spirit of Article IV, the term " reasonable measures " would permit a contracting party to eliminate the inconsistent taxation gradually over a transition period, if abrupt action would create serious administrative and financial difficulties.

Paragraph 2.

A tax conforming to the requirements of the first sentence of paragraph 2 would be considered to be inconsistent with the provisions of the second sentence only in cases where competition was involved between, on the one hand, the taxed product and, on the other hand, a directly competitive or substitutable product which was not similarly taxed.

Paragraph 5.

Regulations consistent with the provisions of the first sentence of paragraph 5 shall not be considered to be contrary to the provisions of the second sentence in any case in which all of the products subject to the regulations are produced domestically in substantial quantities. A regulation cannot be justified as being consistent with the provisions of the second sentence on the ground that the proportion or amount allocated to each of the products which are the subject of the regulation constitutes an equitable relationship between imported and domestic products.

Ad Article V

Paragraph 5.

With regard to transportation charges, the principle laid down in paragraph 5 refers to like products being transported on the same route under like conditions.

Ad Article VI

Paragraph 1.

1. Hidden dumping by associated houses (that is, the sale by an importer at a price below that corresponding to the price invoiced by an exporter with whom the importer is associated, and also below the price in the exporting country) constitutes a form of price dumping with respect to which the margin of dumping may be calculated on the basis of the price at which the goods are resold by the importer.

2. It is recognized that, in the case of imports from a country which has a complete or substantially complete monopoly of its trade and where all domestic prices are fixed by the State, special difficulties may exist in determining price comparability for the purposes of paragraph 1, and in such cases importing contracting parties may find it necessary to take into account the possibility that a strict comparison with domestic prices in such a country may not always be appropriate.

Paragraphs 2 and 3.

1. As in many other cases in customs administration, a contracting party may require reasonable security (bond or cash deposit) for the payment of anti-dumping or countervailing duty pending final determination of the facts in any case of suspected dumping or subsidization.

2. Multiple currency practices can in certain circumstances constitute a subsidy to exports which may be met by countervailing duties under paragraph 3 or can constitute a form of dumping by means of a partial depreciation of a country's currency which may be met by action under paragraph 2. By " multiple currency practices " is meant practices by governments or sanctioned by governments.

Paragraph 6 (b).

Waivers under the provisions of this sub-paragraph shall be granted only on application by the contracting party proposing to levy an anti-dumping or countervailing duty, as the case may be.

Ad Article VII

Paragraph 1.

The expression " or other charges " is not to be regarded as including internal taxes or equivalent charges imposed on or in connection with imported products.

Paragraph 2.

1. It would be in conformity with Article VII to presume that " actual value " may be represented by the invoice price, plus any non-included charges for legitimate costs which are proper elements of " actual value " and plus any abnormal discount or other reduction from the ordinary competitive price.

2. It would be in conformity with Article VII, paragraph 2 (*b*), for a contracting party to construe the phrase " in the ordinary course of trade



. . . under fully competitive conditions ", as excluding any transaction wherein the buyer and seller are not independent of each other and price is not the sole consideration.

3. The standard of " fully competitive conditions " permits a contracting party to exclude from consideration prices involving special discounts limited to exclusive agents.

4. The wording of sub-paragraphs (*a*) and (*b*) permits a contracting party to determine the value for customs purposes uniformly either (1) on the basis of a particular exporter's prices of the imported merchandise, or (2) on the basis of the general price level of like merchandise.

Ad Article VIII

1. While Article VIII does not cover the use of multiple rates of exchange as such, paragraphs 1 and 4 condemn the use of exchange taxes or fees as a device for implementing multiple currency practices; if, however, a contracting party is using multiple currency exchange fees for balance of payments reasons with the approval of the International Monetary Fund, the provisions of paragraph 9 (*a*) of Article XV fully safeguard its position.

2. It would be consistent with paragraph 1 if, on the importation of products from the territory of a contracting party into the territory of another contracting party, the production of certificates of origin should only be required to the extent that is strictly indispensable.

Ad Articles XI, XII, XIII and XIV

Throughout Articles XI, XII, XIII and XIV the terms " import restrictions " or " export restrictions " include restrictions made effective through state-trading operations.

Ad Article XI

Paragraph 2 (*c*).

The term " in any form " in this paragraph covers the same products when in an early stage of processing and still perishable, which compete directly with the fresh product and if freely imported would tend to make the restriction on the fresh product ineffective.

Paragraph 2, last sub-paragraph.

The term " special factors " include changes in relative productive efficiency as between domestic and foreign producers, or as between different foreign producers, but not changes artificially brought about by means not permitted under the Agreement.

Ad Article XII

The Organization shall make provision for the utmost secrecy in the conduct of any consultation under the provisions of this Article.

Paragraph 3 (c) (i).

Contracting parties applying restrictions shall endeavour to avoid causing serious prejudice to exports of a commodity on which the economy of a contracting party is largely dependent.

Paragraph 4 (b).

It is agreed that the date shall be within ninety days after the entry into force of the amendments of this Article effected by the Protocol Amending the Preamble and Parts II and III of this Agreement. However, should the Organization find that conditions were not suitable for the application of the provisions of this sub-paragraph at the time envisaged, it may determine a later date; *Provided* that such date is not more than thirty days after such time as the obligations of Article VIII, Sections 2, 3 and 4 of the Articles of Agreement of the International Monetary Fund become applicable to contracting parties, members of the Fund, the combined foreign trade of which constitutes at least fifty per centum of the aggregate foreign trade of all contracting parties.

Paragraph 4 (e).

It is agreed that paragraph 4 (*e*) does not add any new criteria for the imposition or maintenance of quantitative restrictions for balance of payments reasons. It is solely intended to ensure that all external factors such as changes in the terms of trade, quantitative restrictions, excessive tariffs and subsidies, which may be contributing to the balance of payments difficulties of the contracting party applying restrictions will be fully taken into account.

Ad Article XIII

Paragraph 2 (d).

No mention was made of " commercial considerations " as a rule for the allocation of quotas because it was considered that its application by governmental authorities might not always be practicable. Moreover, in cases where it is practicable, a contracting party could apply these considerations in the process of seeking agreement, consistently with the general rule laid down in the opening sentence of paragraph 2.

Paragraph 4.

See note relating to " special factors " in connection with the last sub-paragraph of paragraph 2 of Article XI.

Ad Article XIV

Paragraph 1.

The provisions of this paragraph shall not be so construed as to preclude full consideration by the Organization, in the consultations provided for in paragraph 4 of Article XII and in paragraph 12 of Article XVIII, of the nature, effects and reasons for discrimination in the field of import restrictions.

Paragraph 2.

One of the situations contemplated in paragraph 2 is that of a contracting party holding balances acquired as a result of current transactions which it finds itself unable to use without a measure of discrimination.

Ad Article XV

Paragraph 4.

The word " frustrate " is intended to indicate, for example, that infringements of the letter of any Article of this Agreement by exchange action shall not be regarded as a violation of that Article if, in practice, there is no appreciable departure from the intent of the Article. Thus, a contracting party which, as part of its exchange control operated in accordance with the Articles of Agreement of the International Monetary Fund, requires payment to be received for its exports in its own currency or in the currency of one or more members of the International Monetary Fund will not thereby be deemed to contravene Article XI or Article XIII. Another example would be that of a contracting party which specifies on an import licence the country from which the goods may be imported, for the purpose not of introducing any additional element of discrimination in its import licensing system but of enforcing permissible exchange controls.

Ad Article XVI

The exemption of an exported product from duties or taxes borne by the like product when destined for domestic consumption, or the remission of such duties or taxes in amounts not in excess of those which have accrued, shall not be deemed to be a subsidy.

Section B.

1. Nothing in Section B shall preclude the use by a contracting party of multiple rates of exchange in accordance with the Articles of Agreement of the International Monetary Fund.

2. For the purposes of Section B, a " primary product " is understood to be any product of farm, forest or fishery, or any mineral, in its natural form or which has undergone such processing as is customarily required to prepare it for marketing in substantial volume in international trade.

Paragraph 3.

1. The fact that a contracting party has not exported the product in question during the previous representative period would not in itself preclude that contracting party from establishing its right to obtain a share of the trade in the product concerned.

2. A system for the stabilization of the domestic price or of the return to domestic producers of a primary product independently of the movements of export prices, which results at times in the sale of the product for export at a price lower than the comparable price charged for the like product to buyers in the domestic market, shall be considered not to

involve a subsidy on exports within the meaning of paragraph 3 if the Organization determines that:

(*a*) the system has also resulted, or is so designed as to result, in the sale of the product for export at a price higher than the comparable price charged for the like product to buyers in the domestic market; and

(*b*) the system is so operated, or is designed so to operate, either because of the effective regulation of production or otherwise, as not to stimulate exports unduly or otherwise seriously to prejudice the interests of other contracting parties.

Notwithstanding such determination by the Organization, operations under such a system shall be subject to the provisions of paragraph 3 where they are wholly or partly financed out of government funds in addition to the funds collected from producers in respect of the product concerned.

Paragraph 4.

The intention of paragraph 4 is that the contracting parties should seek before the end of 1957 to reach agreement to abolish all remaining subsidies as from 1 January 1958; or, failing this, to reach agreement to extend the application of the standstill until the earliest date thereafter by which they can expect to reach such agreement.

Ad Article XVII

Paragraph 1.

The operations of Marketing Boards, which are established by contracting parties and are engaged in purchasing or selling, are subject to the provisions of sub-paragraphs (*a*) and (*b*).

The activities of Marketing Boards which are established by contracting parties and which do not purchase or sell but lay down regulations covering private trade are governed by the relevant Articles of this Agreement.

The charging by a state enterprise of different prices for its sales of a product in different markets is not precluded by the provisions of this Article, provided that such different prices are charged for commercial reasons, to meet conditions of supply and demand in export markets.

Paragraph 1 (a).

Governmental measures imposed to ensure standards of quality and efficiency in the operation of external trade, or privileges granted for the exploitation of national natural resources but which do not empower the government to exercise control over the trading activities of the enterprise in question, do not constitute " exclusive or special privileges ".

Paragraph 1 (b).

A country receiving a " tied loan " is free to take this loan into account as a " commercial consideration " when purchasing requirements abroad.



Paragraph 2.

The term " goods " is limited to products as understood in commercial practice, and is not intended to include the purchase or sale of services.

Paragraph 3.

Negotiations which contracting parties agree to conduct under this paragraph may be directed towards the reduction of duties and other charges on imports and exports or towards the conclusion of any other mutually satisfactory arrangement consistent with the provisions of this Agreement. (See paragraph 4 of Article III and the note to that paragraph.)

Paragraph 4 (b).

The term " import mark-up " in this paragraph shall represent the margin by which the price charged by the import monopoly for the imported product (exclusive of internal taxes within the purview of Article IV, transportation, distribution, and other expenses incident to the purchase, sale or further processing, and a reasonable margin of profit) exceeds the landed cost.

Ad Article XVIII

The Organization and the contracting parties concerned shall preserve the utmost secrecy in respect of matters arising under this Article.

Paragraphs 1 and 4.

1. When they consider whether the economy of a contracting party " can only support low standards of living ", the Organization shall take into consideration the normal position of that economy and shall not base their determination on exceptional circumstances such as those which may result from the temporary existence of exceptionally favourable conditions for the staple export product or products of such contracting party.

2. The phrase " in the early stages of development " is not meant to apply only to contracting parties which have just started their economic development, but also to contracting parties the economies of which are undergoing a process of industrialization to correct an excessive dependence on primary production.

Paragraphs 2, 3, 7, 13 and 22.

The reference to the establishment of particular industries shall apply not only to the establishment of a new industry, but also to the establishment of a new branch of production in an existing industry and to the substantial transformation of an existing industry, and to the substantial expansion of an existing industry supplying a relatively small proportion of the domestic demand. It shall also cover the reconstruction of an industry destroyed or substantially damaged as a result of hostilities or natural disasters.

Paragraph 7 (b).

A modification or withdrawal, pursuant to paragraph 7 (b), by a contracting party, other than the applicant contracting party, referred to in



paragraph 7 (*a*), shall be made within six months of the day on which the action is taken by the applicant contracting party, and shall become effective on the thirtieth day following the day on which such modification or withdrawal has been notified to the Organization.

Paragraph 11.

The second sentence in paragraph 11 shall not be interpreted to mean that a contracting party is required to relax or remove restrictions if such relaxation or removal would thereupon produce conditions justifying the intensification or institution, respectively, of restrictions under paragraph 9 of Article XVIII.

Paragraph 12 (b).

The date referred to in paragraph 12 (*b*) shall be the date determined by the Organization in accordance with the provisions of paragraph 4 (*b*) of Article XII of this Agreement.

Paragraphs 13 and 14.

It is recognized that, before deciding on the introduction of a measure and notifying the Organization in accordance with paragraph 14, a contracting party may need a reasonable period of time to assess the competitive position of the industry concerned.

Paragraphs 15 and 16.

It is understood that the Organization shall invite a contracting party proposing to apply a measure under Section C to consult with it pursuant to paragraph 16 if it is requested to do so by a contracting party the trade of which would be appreciably affected by the measure in question.

Paragraphs 16, 18, 19 and 22.

1. It is understood that the Organization may concur in a proposed measure subject to specific conditions or limitations. If the measure as applied does not conform to the terms of the concurrence it will to that extent be deemed a measure in which the Organization has not concurred. In cases in which the Organization has concurred in a measure for a specified period, the contracting party concerned, if it finds that the maintenance of the measure for a further period of time is required to achieve the objective for which the measure was originally taken, may apply to the Organization for an extension of that period in accordance with the provisions and procedures of Section C or D, as the case may be.

2. It is expected that the Organization will, as a rule, refrain from concurring in a measure which is likely to cause serious prejudice to exports of a commodity on which the economy of a contracting party is largely dependent.

Paragraphs 18 and 22.

The phrase " that the interests of other contracting parties are adequately safeguarded " is meant to provide latitude sufficient to permit



consideration in each case of the most appropriate method of safeguarding those interests. The appropriate method may, for instance, take the form of an additional concession to be applied by the contracting party having recourse to Section C or D during such time as the deviation from the other Articles of the Agreement would remain in force or of the temporary suspension by any other contracting party referred to in paragraph 18 of a concession substantially equivalent to the impairment due to the introduction of the measure in question. Such contracting party would have the right to safeguard its interests through such a temporary suspension of a concession; *Provided* that this right will not be exercised when, in the case of a measure imposed by a contracting party coming within the scope of paragraph 4 (*a*), the Organization has determined that the extent of the compensatory concession proposed was adequate.

Paragraph 19.

The provisions of paragraph 19 are intended to cover the cases where an industry has been in existence beyond the " reasonable period of time " referred to in the note to paragraphs 13 and 14, and should not be so construed as to deprive a contracting party coming within the scope of paragraph 4 (*a*) of Article XVIII, of its right to resort to the other provisions of Section C, including paragraph 17, with regard to a newly established industry even though it has benefited from incidental protection afforded by balance of payments import restrictions.

Paragraph 21.

Any measure taken pursuant to the provisions of paragraph 21 shall be withdrawn forthwith if the action taken in accordance with paragraph 17 is withdrawn or if the Organization concurs in the measure proposed after the expiration of the ninety-day time limit specified in paragraph 17.

Ad Article XX

Sub-paragraph (h).

The exception provided for in this sub-paragraph extends to any commodity agreement which conforms to the principles approved by the Economic and Social Council in its Resolution 30 (IV) of 28 March 1947.

Ad Article XXIV

Paragraph 9.

It is understood that the provisions of Article II would require that, when a product which has been imported into the territory of a member of a customs union or free-trade area at a preferential rate of duty is re-exported to the territory of another member of such union or area, the latter member should collect a duty equal to the difference between the duty already paid and any higher duty that would be payable if the product were being imported directly into its territory.

Paragraph 11.

Measures adopted by India and Pakistan in order to carry out definitive trade arrangements between them, once they have been agreed upon,

might depart from particular provisions of this Agreement, but these measures would in general be consistent with the objectives of the Agreement.

Ad Article XXVIII

The Organization and each contracting party concerned should arrange to conduct the negotiations and consultations with the greatest possible secrecy in order to avoid premature disclosure of details of prospective tariff changes. The Organization shall be informed immediately of all changes in national tariffs resulting from recourse to this Article.

Paragraph 1.

1. If the Organization specifies a period other than a three-year period, a contracting party may act pursuant to paragraph 1 or paragraph 3 of Article XXVIII on the first day following the expiration of such other period and, unless the Organization has again specified another period, subsequent periods will be three-year periods following the expiration of such specified period.

2. The provision that on 1 January 1958, and on other days determined pursuant to paragraph 1, a contracting party " may . . . modify or withdraw a concession " means that on such day, and on the first day after the end of each period, the legal obligation of such contracting party under Article III is altered; it does not mean that the changes in its customs tariff should necessarily be made effective on that day. If a tariff change resulting from negotiations undertaken pursuant to this Article is delayed, the entry into force of any compensatory concessions may be similarly delayed.

3. Not earlier than six months, nor later than three months, prior to 1 January 1958, or to the termination date of any subsequent period, a contracting party wishing to modify or withdraw any concession embodied in the appropriate Schedule, should notify the Organization to this effect. The Organization shall then determine the contracting party or contracting parties with which the negotiations or consultations referred to in paragraph 1 shall take place. Any contracting party so determined shall participate in such negotiations or consultations with the applicant contracting party with the aim of reaching agreement before the end of the period. Any extension of the assured life of the Schedules shall relate to the Schedules as modified after such negotiations, in accordance with paragraphs 1, 2 and 3 of Article XXVIII. If the Organization is arranging for multilateral tariff negotiations to take place within the period of six months before 1 January 1958, or before any other day determined pursuant to paragraph 1, it shall include in the arrangements for such negotiations suitable procedures for carrying out the negotiations referred to in this paragraph.

4. The object of providing for the participation in the negotiations of any contracting party with a principal supplying interest, in addition to any contracting party with which the concession was initially negotiated, is to ensure that a contracting party with a larger share in the trade



affected by the concession than a contracting party with which the concession was initially negotiated shall have an effective opportunity to protect the contractual right which it enjoys under this Agreement. On the other hand, it is not intended that the scope of the negotiations should be such as to make negotiations and agreement under Article XXVIII unduly difficult nor to create complications in the application of this Article in the future to concessions which result from negotiations thereunder. Accordingly, the Organization should only determine that a contracting party has a principal supplying interest if that contracting party has had, over a reasonable period of time prior to the negotiations, a larger share in the market of the applicant contracting party than a contracting party with which the concession was initially negotiated or would, in the judgment of the Organization, have had such a share in the absence of discriminatory quantitative restrictions maintained by the applicant contracting party. It would therefore not be appropriate for the Organization to determine that more than one contracting party, or in those exceptional cases where there is near equality more than two contracting parties, had a principal supplying interest.

5. Notwithstanding the definition of a principal supplying interest in note 4 to paragraph 1, the Organization may exceptionally determine that a contracting party has a principal supplying interest if the concession in question affects trade which constitutes a major part of the total exports of such contracting party.

6. It is not intended that provision for participation in the negotiations of any contracting party with a principal supplying interest, and for consultation with any contracting party having a substantial interest in the concession which the applicant contracting party is seeking to modify or withdraw, should have the effect that it should have to pay compensation or suffer retaliation greater than the withdrawal or modification sought, judged in the light of the conditions of trade at the time of the proposed withdrawal or modification, making allowance for any discriminatory quantitative restrictions maintained by the applicant contracting party.

7. The expression " substantial interest " is not capable of a precise definition and accordingly may present difficulties for the Organization. It is, however, intended to be construed to cover only those contracting parties which have, or in the absence of discriminatory quantitative restrictions affecting their exports could reasonably be expected to have, a significant share in the market of the contracting party seeking to modify or withdraw the concession.

Paragraph 4.

1. Any request for authorization to enter into negotiations shall be accompanied by all relevant statistical and other data. A decision on such request shall be made within thirty days of its submission.

2. It is recognized that to permit certain contracting parties, depending in large measure on a relatively small number of primary commodities and relying on the tariff as an important aid for furthering diversification of their economies or as an important source of revenue, normally to negotiate

for the modification or withdrawal of concessions only under paragraph 1 of Article XXVIII, might cause them at such a time to make modifications or withdrawals which in the long run would prove unnecessary. To avoid such a situation the Organization shall authorize any such contracting party, under paragraph 4, to enter into negotiations unless they consider this would result in, or contribute substantially towards, such an increase in tariff levels as to threaten the stability of the Schedules to this Agreement or lead to undue disturbance of international trade.

3. It is expected that negotiations authorized under paragraph 4 for modification or withdrawal of a single item, or a very small group of items, could normally be brought to a conclusion in sixty days. It is recognized, however, that such a period will be inadequate for cases involving negotiations for the modification or withdrawal of a larger number of items and in such cases, therefore, it would be appropriate for the Organization to prescribe a longer period.

4. The determination referred to in paragraph 4 (*d*) shall be made by the Organization within thirty days of the submission of the matter to it, unless the applicant contracting party agrees to a longer period.

5. In determining under paragraph 4 (*d*) whether an applicant contracting party has unreasonably failed to offer adequate compensation, it is understood that the Organization will take due account of the special position of a contracting party which has bound a high proportion of its tariffs at very low rates of duty and to this extent has less scope than other contracting parties to make compensatory adjustment.

Ad Article XXIX

Paragraph 3.

It is understood that the reference to fiscal needs would include the revenue aspect of duties and particularly duties imposed primarily for revenue purposes or duties imposed on products which can be substituted for products subject to revenue duties to prevent the avoidance of such duties.

Ad Article XXX

The acceptance of amendments pursuant to this paragraph shall be in such form as may be determined by the Organization.

Ad Article XXXIII

Similarly, a government, acting on behalf of a separate customs territory possessing full autonomy in the conduct of its external commercial relations and of other matters provided for in this Agreement, may accede to this Agreement on behalf of that territory on terms applicable thereto.



AGREEMENT ON THE ORGANIZATION FOR TRADE COOPERATION

PART I

GENERAL

Article 1—Establishment.

The Organization for Trade Cooperation (hereinafter referred to as "the Organization") is hereby established to further, as provided for in the General Agreement and herein, the achievement of the purposes and objectives set forth in the General Agreement on Tariffs and Trade (herein referred to as "the General Agreement").

Article 2—Membership.

The Members of the Organization shall be the contracting parties to the General Agreement. Governments which become or cease to be contracting parties to the General Agreement shall become or cease to be Members of the Organization. The Organization may, by a two-thirds majority of the votes cast, invite governments which are not or which cease to be contracting parties to the General Agreement to participate in such activities of the Organization and on such terms as it shall decide; *Provided* that in no case shall such participation involve the right to vote or to be counted in determining the fulfilment of the relevant voting requirements when the Organization is exercising any function relating directly to the General Agreement.

Article 3—Functions.

(*a*) The Organization shall administer the General Agreement and generally facilitate the operation of that Agreement.

(*b*) In addition, the Organization shall have the following functions:

(i) to facilitate intergovernmental consultations on questions relating to international trade;

(ii) to sponsor international trade negotiations;

(iii) to study questions of international trade and commercial policy and, where appropriate, make recommendations thereon;



(iv) to collect, analyze and publish information and statistical data relating to international trade and commercial policy, due regard being paid to the activities in this field of other international bodies.

(*c*) The Organization shall, in carrying out these functions, endeavour to give full effect to the provisions of Article 1 of this Agreement.

(*d*) The Organization shall have no authority to amend the provisions of the General Agreement; no decision or other action of the Assembly or any subsidiary body of the Organization shall have the effect of imposing on a Member any new obligation which the Member has not specifically agreed to undertake.

PART II

STRUCTURE AND ADMINISTRATION OF THE ORGANIZATION

Article 4—Structure in General.

The Organization shall have an Assembly, an Executive Committee and a Secretariat.

Article 5—The Assembly.

(*a*) The Assembly shall consist of all the Members of the Organization.

(*b*) It shall be the responsibility of the Assembly to carry out the functions of the Organization.

(*c*) The Assembly shall determine the seat of the Organization.

(*d*) The Assembly shall meet in regular annual session and in such special sessions as may be convened in accordance with the rules of procedure.

(*e*) The Assembly shall establish its own rules of procedure and shall approve the rules of procedure of the Executive Committee and of any other subsidiary body.

Article 6—The Executive Committee

(*a*) The Executive Committee shall consist of seventeen Members of the Organization elected periodically by the Assembly. Each election shall be for a single term and each Member shall be eligible for re-election. In such elections, the Assembly shall be guided by the following criteria:



(i) the Executive Committee shall include the five Members of chief economic importance, in the determination of which particular regard shall be paid to their shares in international trade;

(ii) the Executive Committee shall be representative of the broad geographical areas to which the Members belong;

(iii) the Executive Committee shall be representative of different degrees of economic development, different types of economies and different economic interests.

(*b*) The Executive Committee shall exercise the powers and perform the duties assigned to it by the Assembly by a majority of two-thirds of the votes cast. Decisions or recommendations of the Executive Committee shall be subject to a right of appeal to the Assembly by any Member in accordance with rules to be prescribed by the Assembly.

(*c*) Any Member of the Organization which is not a member of the Executive Committee shall be entitled to participate, without the right to vote, in the discussion by the Executive Committee of any matter of concern to it.

Article 7—The Secretariat.

(*a*) The Assembly shall appoint a Director-General as chief administrative officer of the Organization. The powers, duties, conditions of service and term of office of the Director-General shall conform to regulations approved by the Assembly.

(*b*) The Director-General or his representative shall be entitled to participate, without the right to vote, in all meetings of the Assembly and subsidiary bodies of the Organization.

(*c*) The Director-General shall appoint the members of the staff, and shall fix their duties and conditions of service in accordance with regulations approved by the Assembly.

(*d*) The selection of the members of the staff shall as far as possible be made on a wide geographical basis and with due regard to the various types of economy represented by Member countries. The paramount consideration in the selection of candidates and in determining the conditions of service of the staff shall be the necessity of securing the highest standards of efficiency, competence, impartiality and integrity.

(*e*) The responsibilities of the Director-General and of the members of the staff shall be exclusively international in character. In the discharge of their duties, they shall not seek or receive instructions from any government or from any other authority external to the Orga-

nization. They shall refrain from any action which might reflect on their position as international officials. The Members shall respect the international character of the responsibilities of these persons and shall not seek to influence them in the discharge of their duties.

Article 8—Voting.

(*a*) At meetings of the Assembly each Member of the Organization shall be entitled to have one vote and, except as otherwise provided for in the General Agreement or in this Agreement, decisions of the Assembly shall be taken by a majority of the votes cast.

(*b*) Each member of the Executive Committee and of other subsidiary bodies shall have one vote therein; *Provided* that the rules of procedure may require that parties to a dispute shall abstain from voting.

Article 9—Budget and Contributions.

(*a*) The Director-General shall present to the Assembly, through the Executive Committee, the annual budget estimates and financial statement of the Organization. The Assembly shall approve the accounts and the budget.

(*b*) The Assembly shall apportion the expenditures of the Organization among the Members, in accordance with a scale of contributions to be fixed by the Assembly, and each Member shall contribute promptly to the Organization its share of these expenditures.

(*c*) If a Member is in arrears in the payment of its contributions by an amount which equals or exceeds the amount of contributions due from it in respect of the preceding two completed financial years, the Member shall have no vote, and shall not be counted in the determining of the fulfilment of the relevant voting requirements, in the organs of the Organization. If the Assembly is satisfied that the failure to pay is due to circumstances beyond the control of the Member, it may, nevertheless, permit such a Member to vote, and then such Member shall be counted accordingly.

Article 10—Status.

(*a*) The Organization shall have legal personality.

(*b*) The Organization shall enjoy in the territory of each of the Members such legal capacity, privileges and immunities as may be necessary for the exercise of its functions.

(*c*) The representatives of the Members, and the officials of the Organization shall similarly enjoy such privileges and immunities as



may be necessary for the independent exercise of their functions in connection with the Organization.

(*d*) The privileges and immunities to be accorded by a Member to the Organization, to its officials and to the representatives of its Members shall be similar to those accorded by that Member to specialized agencies of the United Nations, to their officials and to the representatives of their members, under the Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies, or under similar arrangements.

Article 11—Relations with other Organizations.

(*a*) The Organization shall make arrangements with intergovernmental bodies and agencies which have related responsibilities to provide for effective cooperation and the avoidance of unnecessary duplication of activities.

(*b*) In pursuance of the provisions of the preceding paragraph, the Organization may, by an agreement approved by the Assembly, be brought into relationship with the United Nations, as one of the specialized agencies referred to in Article 57 of the Charter of the United Nations.

(*c*) The Organization may make suitable arrangements for consultation and cooperation with non-governmental organizations concerned with matters within the scope of the Organization.

PART III

SPECIAL PROVISIONS RELATING TO THE ADMINISTRATION OF THE GENERAL AGREEMENT

Article 12—Administration in General.

The Organization shall give effect to those provisions of the General Agreement which provide for action by the Organization, and shall carry out such other activities in relation to the General Agreement which involve joint action. This shall include the taking of decisions, the sponsorship of negotiations and consultations, the conduct of studies, the circulation of proposals and the receipt of reports, in any case in which such action is required or appropriate to carry out the purposes of the General Agreement.

Article 13—Waivers in Exceptional Circumstances.

In exceptional circumstances, not elsewhere provided for in this Agreement, nor provided for in the General Agreement, the Assembly

may waive an obligation imposed upon a contracting party by the General Agreement; *Provided* that any such decision shall be approved by a two-thirds majority of the votes cast and that such majority shall comprise more than half of the Members. The Assembly may also by such a vote (i) define certain categories of exceptional circumstances to which other voting requirements shall apply for the waiver of obligations imposed by the General Agreement upon a contracting party thereto, and (ii) prescribe such criteria as may be necessary for the application of this Article.

Article 14—Nullification and Impairment.

(*a*) If a claim that a benefit accruing directly or indirectly under the General Agreement is being nullified or impaired, or that the attainment of any objective of that Agreement is being impeded, is referred to the Organization in accordance with the provisions of that Agreement, the Organization shall promptly investigate the matter and shall make appropriate recommendations to the contracting parties to the General Agreement which it considers to be concerned, or give a ruling on the matter, as appropriate. The Organization may consult with contracting parties, with the Economic and Social Council of the United Nations, and with any appropriate intergovernmental organization in cases where it considers such consultation necessary.

(*b*) If the Organization considers that the circumstances are serious enough to justify such action, it may authorize a contracting party or parties to suspend the application to any other contracting party or parties of such concessions or other obligations under the General Agreement as it determines to be appropriate in the circumstances. If the application to any contracting party of any concession or other obligation is in fact suspended, that contracting party shall then be free, not later than sixty days after such action is taken, to give written notice to the Director-General of the Organization of its intention to withdraw from the General Agreement and such withdrawal shall take effect on the sixtieth day following the day on which such notice is received by him.

Article 15—Continued Application of Provisions of this Part.

The Members shall not, acting as contracting parties to the General Agreement, amend the General Agreement so as to provide therein for procedures, other than consultation, negotiation or recommendation, applicable to the general situations to which Articles 13 and 14 relate.



PART IV

OTHER PROVISIONS

Article 16—Amendments.

Amendments to this Agreement shall become effective, in respect of those Members which accept them, upon acceptance by two-thirds of the Members of the Organization and thereafter in respect of each other Member upon acceptance by it.

Article 17—Entry into Force.

(*a*) This Agreement shall be deposited, subject to the provisions of Article 21, with the Director-General of the Organization.

(*b*) This Agreement shall be opened at Geneva on 10 March 1955 for acceptance, by signature or otherwise, by contracting parties to the General Agreement and by any other government which has, in accordance with such rules of procedure as may be established by the Organization, notified the Director-General of its intention to accede.

(*c*) Without prejudice to the principle laid down in Article 2, this Agreement shall enter into force, as among those governments which are then contracting parties to the General Agreement and which have accepted this Agreement, on the thirtieth day following the day on which it has been accepted by governments named in the Annex to this Agreement the territories of which account for 85 per centum of the total external trade of the territories of such governments, computed in accordance with the appropriate column of percentage set forth therein. This Agreement shall enter into force for each other government which is a contracting party to the General Agreement on the thirtieth day following the day on which it has been accepted thereby. It shall enter into force for each other government which has accepted it when such government accedes to the General Agreement.

Article 18—Notification and Registration.

(*a*) The Director-General of the Organization shall promptly furnish a certified copy of this Agreement and a notification of its entry into force, and of each acceptance thereof, to each contracting party to the General Agreement.

(*b*) This Agreement shall be registered in accordance with the provisions of Article 102 of the Charter of the United Nations.

PART V

TRANSITIONAL PROVISIONS

Article 19—Relation to Amendments to the General Agreement.

If this Agreement enters into force before the entry into force of amendments to the General Agreement contained in the Protocol of Organizational Amendments to the General Agreement on Tariffs and Trade dated 10 March 1955, this Agreement shall, until the entry into force of such amendments, be applied as if all references in the General Agreement to " the CONTRACTING PARTIES " were references to the Organization.

Article 20—Provisional Application.

Without prejudice to the principle laid down in Article 2, if by 15 November 1955 this Agreement shall not have entered into force pursuant to paragraph (*c*) of Article 17, those governments, being contracting parties to the General Agreement, which are prepared to do so may nevertheless decide to apply it; *Provided* that the territories of such governments account for the percentage of trade required for the entry into force of this Agreement under paragraph (*c*) of Article 17.

Article 21—Temporary Exercise of Depository Functions.

Pending the entry into force of this Agreement, the title " Director-General of the Organization " in paragraph (*b*) of Article 14, paragraphs (*a*) and (*b*) of Article 17 and paragraph (*a*) of Article 18, shall read " Executive Secretary to the CONTRACTING PARTIES to the General Agreement ".

IN WITNESS WHEREOF the respective representatives, duly authorized to that effect, have signed the present Agreement.

DONE at Geneva, in a single copy, in the English and French languages, both texts authentic, this tenth day of March, one thousand nine hundred and fifty-five.



ANNEX

PERCENTAGE SHARES OF TOTAL EXTERNAL TRADE TO BE USED FOR THE PURPOSE OF MAKING THE DETERMINATION REFERRED TO IN ARTICLE 17

(based on the average of 1949-1953)

If, prior to the accession of the Government of Japan to the General Agreement, the present Agreement has been accepted by contracting parties the external trade of which under column I accounts for the percentage of such trade specified in paragraph (*c*) of Article 17, column I shall be applicable for the purposes of that paragraph. If the present Agreement has not been so accepted prior to the accession of the Government of Japan, column II shall be applicable for the purposes of that paragraph.

	Column I (Contracting parties on 1 March 1955	*Column II* (Contracting parties on 1 March 1955 and Japan)
Australia	3.1	3.0
Austria	0.9	0.8
Belgium-Luxemburg	4.3	4.2
Brazil	2.5	2.4
Burma	0.3	0.3
Canada	6.7	6.5
Ceylon	0.5	0.5
Chile	0.6	0.6
Cuba	1.1	1.1
Czechoslovakia	1.4	1.4
Denmark	1.4	1.4
Dominican Republic	0.1	0.1
Finland	1.0	1.0
France	8.7	8.5
Germany, Federal Republic of	5.3	5.2
Greece	0.4	0.4
Haiti	0.1	0.1
India	2.4	2.4
Indonesia	1.3	1.3
Italy	2.9	2.8
Netherlands, Kingdom of the	4.7	4.6
New Zealand	1.0	1.0
Nicaragua	0.1	0.1
Norway	1.1	1.1
Pakistan	0.9	0.8
Peru	0.4	0.4

	Colymn I (Contracting parties on 1 March 1955	*Column II* (Contracting parties on 1 March 1955 and Japan)
Rhodesia and Nyasaland . .	0.6	0.6
Sweden	2.5	2.4
Turkey	0.6	0.6
Union of South Africa . . .	1.8	1.8
United Kingdom	20.3	19.8
United States of America . .	20.6	20.1
Uruguay	0.4	0.4
Japan	—	2.3
	100.0	100.0

Note: These percentages have been computed taking into account the trade of all territories in respect of which the General Agreement on Tariffs and Trade is applied.

REPORTS PUBLISHED BY THE CONTRACTING PARTIES TO THE GENERAL AGREEMENT ON TARIFFS AND TRADE

These reports are available in English and French and are obtainable from the secretariat or through United Nations Sales Agents, unless otherwise stated.

The Attack on Trade Barriers. A progress report on the operation of the General Agreement from January 1948 to August 1949. 32 pages. September 1949. Price $0.15. (GATT/1949-2). Spanish and German editions obtainable from the secretariat only. (English edition is out of print.)

Liberating World Trade. Second report on the operation of the General Agreement. 29 pages. June 1950. Price: $0.25. (GATT/1950-2). Spanish and German editions obtainable from the secretariat only.

GATT in Action. Third report on the operation of the General Agreement. This contains a 12-page outline of the provisions of the GATT, explaining the salient points of each Article. 32 pages. February 1952. Price: $0.50. (GATT/1952-2). Spanish and German editions obtainable from the secretariat.

International Trade 1952. 124 pages. June 1953. Price $1.50. (GATT/1953-2.)

International Trade 1953. 145 pages. June 1954. Price: $1.50. (GATT/1954-3.)

The above reports present the work of the Contracting Parties against a comprehensive account of the main developments in international trade—since the War to the end of 1952, and for 1953 respectively—with extensive statistical material.

The Use of Quantitative Restrictions for Protective and other Commercial Purposes. 18 pages. July 1950. Price: $0.15. (GATT/1950-3). (English edition is out of print.)

First Report on the Discriminatory Application of Import Restrictions under the Transition Period Arrangements of Article XIV. 28 pages. March 1950. Price: $0.25. (GATT/1950-1) (English edition is out of print.)

The Use of Quantitative Restrictions to Safeguard Balances of Payments, Incorporating the Second Report on the Discriminatory Application of Import Restrictions. 87 pages. November 1951. Price: $0.70. (GATT/1951-2.)

Third Report on the Discriminatory Application of Import Restrictions, Incorporating a Report on the Consultations in 1952 on the Continuance of Discrimination. 28 pages. November 1952. Price: $0.25. (GATT/1952-5)

A New Proposal for the Reduction of Customs Tariffs. A popular explanation of the French plan for tariff reduction, which was completed at the Eighth Session and submitted to governments. 16 pages. January 1954. Price: $0.15. (GATT/1954-1). German edition obtainable from the secretariat.



SALES AGENTS FOR UNITED NATIONS PUBLICATIONS

ARGENTINA. Editorial Sudamericana Alsina 500, **Buenos Aires.**

AUSTRALIA. H. A. Goddard, 255a George St., **Sydney.** 90 Queen St., **Melbourne.** Melbourne University Press, Carlton N.3, **Victoria.**

BELGIUM. Agence et Messageries de la Presse S.A., 14-22 rue du Persil, **Bruxelles.** W. H. Smith & Son, 71-75 boulevard Adolphe-Max, **Bruxelles.**

BOLIVIA. Librería Selecciones, Casilla 972, **La Paz.**

BRAZIL. Livraria Agir, **Rio de Janeiro; São Paulo,** and **Belo Horizonte.**

CANADA. Ryerson Press, 299 Queen St. West, **Toronto.** Periodica, Inc., 5112 Ave. Papineau, **Montreal,** 34.

CEYLON. The Associated Newspapers of Ceylon, Lake House, **Colombo.**

CHILE. Librería Ivens, Moneda 822, **Santiago.** Editorial del Pacífico, Ahumada 57, **Santiago.**

CHINA. The World Book Co. Ltd., 99 Chung King Road, 1st Section, Taipeh, **Taiwan.** Commercial Press, 211 Honan Road, **Shanghai.**

COLOMBIA. Librería América, **Medellín.** Librería Nacional Ltda., **Barranquilla.**

COSTA RICA. Trejos Hermanos, Apartado 1313, **San José.**

CUBA. La Casa Belga, O'Reilly 455, **La Habana.**

CZECHOSLOVAKIA. Ceskoslovensky Spisovatel, Národní Trída 9, **Praha 1.**

DENMARK. Einar Munksgaard, Ltd., Nørregade 6, **København, K.**

DOMINICAN REPUBLIC. Librería Dominicana, Mercedes 49, **Ciudad Trujillo.**

ECUADOR. Librería Científica, **Guayaquil** and **Quito.**

EGYPT. Librairie "La Renaissance d'Egypte", 9 Sh. Adly Pasha, **Cairo.**

EL SALVADOR. Manuel Navas y Cía., 1a. Avenida sur 37, **San Salvador.**

FINLAND. Akateeminen Kirjakauppa, 2, Keskuskatu, **Helsinki.**

FRANCE. Editions A. Pedone, 13, rue Soufflot, **Paris Vᵉ.**

GREECE. "Eleftheroudakis", Place de la Constitution, **Athènes.**

GUATEMALA. Goubaud & Cía. Ltda., 5a. Avenida sur 28, **Guatemala.**

HAITI. Librairie "A la Caravelle", Boîte postale 111-B, **Port-au-Prince.**

HONDURAS. Librería Panamericana, Calle de la Fuente, **Tegucigalpa.**

HONG-KONG. Swindon Book Co., 25, Nathan Road, **Kowloon.**

ICELAND. Bokaverzlun Sigfusar Eymondsonar H. F., Austurtraeti 18, **Reykjavik.**

INDIA. Oxford Book & Stationery Co., Scindia House, **New Delhi,** and 17, Park Street, **Calcutta.** P. Varadachary & Co., 8 Linghi Chetty St., **Madras 1.**

INDONESIA. Jajasan Pembangunan, Gunung Sahari 84, **Djakarta.**

IRAN. Ketab-Khaneh Danesh, 293 Saadi Avenue, **Tehran.**

IRAQ. Mackenzie's Bookshop, **Baghdad.**

ISRAEL. Blumstein's Bookstores Ltd., 35 Allenby Road, **Tel Aviv.**

ITALY. Libreria Commissionaria Sansoni, Via Gina Capponi 26, **Firenze.**

LEBANON. Librairie Universelle, **Beyrouth.**

LIBERIA. J. Momolu Kamara, **Monrovia.** Albert Gemayel, **Monrovia.**

LUXEMBOURG. Librairie J. Schummer, **Luxembourg.**

MEXICO. Editorial Hermes S.A., Ignacio Mariscal 41, **México,** D.F.

NETHERLANDS. N.V. Martinus Nijhoff, Lange Voorhout 9, **'s-Gravenhage.**

NEW ZEALAND. United Nations Association of New Zealand, C.P.O. 1011, **Wellington.**

NORWAY. Johan Grundt Tanum Forlag, Kr. Augustsgt. 7A, **Oslo.**

PAKISTAN. Thomas & Thomas, Fort Mansion, Frere Road, **Karachi, 3.** Publishers United Ltd., 176 Anarkali, **Lahore.** The Pakistan Cooperative Book Society, **Chittagong** and **Dacca** (E. Pakistan).

PANAMA. José Menéndez, Plaza de Arango, **Panamá.**

PARAGUAY. Moreno Hermanos, **Asunción.**

PERU. Librería Internacional del Perú, S.A., **Lima** and **Arequipa.**

PHILIPPINES. Alemar's Book Store, 749 Rizal Avenue, **Manila.**

PORTUGAL. Livraria Rodrigues, 186, Rua Aurea, **Lisboa.**

SINGAPORE. The City Book Store, Ltd., Winchester House, Collyer Quay.

SWEDEN. C. E. Fritze's Kungl. Hovbokhandel A-B, Fredsgatan 2, **Stockholm.**

SWITZERLAND. Librairie Payot S.A., **Lausanne, Genève.**
Hans Raunhardt, Kirchgasse 17, **Zurich 1.**

SYRIA. Librairie Universelle **Damas.**

THAILAND. Pramuan Mit Ltd., 55 Chakrawat Road, Wat Tuk, **Bangkok.**

TURKEY. Librairie Hachette, 469 Istiklal Caddesi, Beyoglu, **Istanbul.**

UNION OF SOUTH AFRICA. Van Schaik's Bookstore Box 724, **Pretoria.**

UNITED KINGDOM. H.M. Stationery Office, P. O. Box 569, **London,** S.E.1 (and at H.M.S.O. Shops).

UNITED STATES OF AMERICA. Int'l Documents Service, Columbia Univ. Press, 2960 Broadway, **New York 17,** N. Y.

URUGUAY. Representación de Editoriales, Prof. H. D'Elía, Av. 18 de Julio 1333, **Montevideo.**

VIET-NAM. Papeterie-Librairie Nouvelle Albert Portail, Boîte Postale 283, **Saigon.**

YUGOSLAVIA. Drzavno Preduzece, Jugoslovenska Knjiga, Terazije 27-11, **Beograd.**

United Nations publications can also be obtained from the following firms:

AUSTRIA. B. Wüllerstorff, Waagplatz, 4, **Salzburg.** Gerold & Co., 1. Graben 31, **Wien 1.**

GERMANY. Elwert & Meurer Hauptstrasse 101, **Berlin-Schöneberg.** W. E. Saarbach, Gereonstrasse 25-29, **Köln** (22c). Alex. Horn, Spiegelgasse 9, **Wiesbaden.**

JAPAN. Maruzen Company, Ltd., 6 Tori-Nichome Nihonbashi, **Tokyo** Central.

SPAIN. Librería Bosch, 11 Ronda Universidad, **Barcelona.**

Orders and inquiries from countries where sales agents have not yet been appointed may be sent to Sales Section, United Nations Office, Palais des Nations, GENEVA, Switzerland; or Sales Section, United Nations, New York, U.S.A.

Price: U.S. $1.00 (or equivalent in other currencies).

Printed in Switzerland